
A
ARCHITEKTUR
DER DDR
1'81
Preis 5,— Mark
LIBRARY

Die Zeitschrift „Architektur der DDR"
erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M

Schriftliche Bestellungen nehmen entgegen:

Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin, Abt. Absatz

Im Ausland:

Bestellungen nehmen entgegen

Für Buchhandlungen:

Buchexport, Volkseigener Außenhandelsbetrieb der DDR,
DDR – 7010 Leipzig
Leninstraße 16

Für Endbezieher:

Internationale Buchhandlungen in den jeweiligen Ländern bzw. Zentralantiquariat der DDR
DDR – 7010 Leipzig
Talstraße 29

*Allen Lesern
und Autoren
wünscht
die Redaktion
ein glückliches
neues Jahr,
Gesundheit und
erfolgreiches Schaffen*

Redaktion

Zeitschrift „Architektur der DDR"
VEB Verlag für Bauwesen, 1080 Berlin
Französische Straße 13–14
Telefon: 2 04 12 67 · 2 04 12 68 · 2 04 12 66 · 2 04 13 14
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Artikelnummer: 5236

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Dipl.-Ök. Siegfried Seeliger
Telefon 2 04 10
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 11-22-29 trave Berlin
(Bauwesenverlag)

Gesamtherstellung

Druckerei Märkische Volksstimme, 1500 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR
P 383/80

Anzeigen

Alleinige Anzeigenannahme: DEWAG-Werbung Berlin
1054 Berlin, Hauptstadt der DDR
Wilhelm-Pieck-Str. 49, Fernruf: 2 26 27 12
und alle DEWAG-Betriebe und -Zweigstellen der Bezirke der DDR
Gültiger Preiskatalog 286/1

Archit. DDR Berlin **30** (1981), Januar, 1, S. 1–64
ISSN 0323-3413

Im nächsten Heft:

Karl Friedrich Schinkel – Leben und Werk
Zur Restaurierung der Bauten Schinkels in Berlin
Zum Wiederaufbau des ehemaligen Schauspielhauses als Konzerthaus am Platz der Akademie in Berlin
Vernunft und Harmonie – Zur Kunsttheorie Karl Friedrich Schinkels
Zur Architektur der Zeit Schinkels
Karl Friedrich Schinkel und die Anfänge der Denkmalpflege in Preußen
Die Veröffentlichungen von Karl Friedrich Schinkel

Redaktionsschluß:

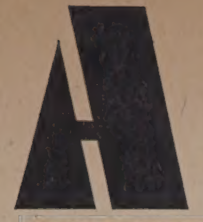
Kunstdruckteil: 10. November 1980
Illusdruckteil: 19. November 1980

Titelbild:

Blick auf den Altstadtkern von Perleberg
Foto: Lothar Willmann, Berlin, ZLB/L 1717/78

Fotonachweis:

Büro des Stadtarchitekten Dresden, Bildstelle/Christa Zocher (1); Institut für Denkmalpflege Berlin/Joachim Fritz (1); Bauinformation/Inge Blohm (1); Humboldt-Universität Berlin/Kunstgeschichtliche Bildstelle (1); ADN-Zentralbild/Busch (1); Lothar Willmann, Berlin (3); Bauinformation/Grambow (1); ADN-Zentralbild/Ludwig (2); Büro für Städtebau Suhl/Benecke (3); ORBIS-Presseagentur Prag (11); Josef Münzberg, Halle (1); Dieter Zeh, Berlin (3); Werner Remd, Gräfinau-Angstedt (1)
ZLB 1513/77, ZLB 1778/78



ARCHITEKTUR DER DDR

XXX. JAHRGANG · BERLIN · JANUAR 1981

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Prof. Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung: Erich Blocksdorf

Gemeinsame Arbeitstagung zur Gestaltung der Stadtumwelt

Mit Blick auf den X. Parteitag der SED und die neuen Aufgaben in den achtziger Jahren führten das Ministerium für Bauwesen und das Ministerium für Kultur am 5. 11. 1980 in Berlin eine gemeinsame Arbeitstagung über die weitere Verbesserung des Zusammenwirkens bei der komplexen Stadtgestaltung durch. Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge, der Leiter der Abteilung Städtebau des Ministeriums für Bauwesen, der die Beratung eröffnete, begrüßte auf der Tagung den Minister für Kultur, Hans-Joachim Hoffmann, Staatssekretär Dr. Karl Schmiechen, den Präsidenten des BdA/DDR, Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski, den Präsidenten des VBK-DDR, Prof. Willi Sitte, und zahlreiche Architekten und bildende Künstler.

Zur Diskussion stand ein umfangreiches Material zu Fragen der Stadtgestaltung, darunter Grundsätze für das Zusammenwirken der Organe des Bauwesens und der Kultur bei der Stadtgestaltung, der Entwurf einer Empfehlung zur Stellung und Arbeitsweise von Beiräten für Stadtgestaltung sowie Entwürfe von staatlichen Regelungen zum Rahmenstatut der Büros für architekturbezogene Kunst und zur Finanzierung von Werken der architekturbezogenen Kunst.

In einem einleitenden Referat konnte Staatssekretär Dr. Schmiechen feststellen, daß der seit Jahren beschrittene Weg einer engen Zusammenarbeit von Architekten und bildenden Künstlern dazu beitrug, das Antlitz vieler Städte zu verändern, freundliche neue Wohngebiete und schöne Fußgängerbereiche zu gestalten. Auf die künftigen gemeinsamen Aufgaben bei der komplexen Stadtgestaltung eingehend, hob er besonders das Anliegen hervor, das Wohnungsbauprogramm entsprechend der Orientierung der 7. Baukonferenz mit guter Qualität und höherer Effektivität fortzuführen. Ausführlich ging er dann auf die damit verbundene Verantwortung der staatlichen Organe, der Beiräte und der Verbände der Architekten und bildenden Künstler ein. (Ausführlich auf S. 6–8)

In der Diskussion berichtete zuerst der Chefarchitekt von Berlin-Marzahn, Heinz Graffunder, über Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Architekten, bildenden Künstlern und Bewohnern bei der Gestaltung des größten Neubaugebietes der Hauptstadt. Er setzte sich insbesondere dafür ein, im Interesse einer guten Gestaltung die Rolle der Komplexarchitekten zu stärken. Ein Problem sei nach wie vor die Realisierung mancher Gestaltungsideen.

Daß ein günstiges Klima einer achtungsvollen Zusammenarbeit eine entscheidende Voraussetzung für gute Ergebnisse in der Stadtgestaltung ist, verdeutlichte Dr. Gundlach vom Rat des Bezirkes Rostock. Wachsendes Gewicht erhalte eine komplexe Stadtgestaltung auch immer mehr bei Rekonstruktionsaufgaben in Altbaugebieten.

Der Stadtarchitekt von Rostock, Prof. Dr.-Ing. Rolf Lasch, ging auf Konsequenzen aus der 7. Baukonferenz ein, die bereits bei der Planung für das neue Wohngebiet Rostock-Dierkow gezogen wurden. Bewährt hat sich, daß die Konzeption für dieses Gebiet von vornherein in einer interdisziplinären Werkstattwoche erarbeitet wurde, um viele Ideen wirksam zu machen.

Die Bedeutung einer Gestaltungsabsicht unterstrich Dr. Rolf Walter, der Leiter des Gestalterkollektivs für Berlin-Marzahn. Künstlerische Gestaltung müsse von allen Beteiligten als etwas Notwendiges erkannt werden. Er wandte sich gegen einen Perfektionismus in der Freiflächengestaltung und sprach sich für eine bessere Nutzung landschaftlicher Elemente unter Einbeziehung der Bürger aus.

Über die Arbeit an der Gestaltungskonzeption für das Wohngebiet Olvenstedt sprach der Magdeburger Stadtarchitekt, Dr. Hanspeter Kirsch. Wichtig sei dabei neben der Gesamtverantwortung des Architekten die Einbeziehung der bildenden Künstler in alle Stufen des Planungsprozesses.

Der Vizepräsident des VBK-DDR, Klaus Dietl, begrüßte prinzipiell die vorgelegten Materialien, bedauerte aber, daß dabei die Mitwirkung der industriellen Formgestaltung nicht eingeschlossen sei. Er hob hervor, daß kollektive Arbeit von Architekten und bildenden Künstlern dann zu besten Ergebnissen führt, wenn sich echte Partner, „die zusammen Musik machen können“, zusammenfinden, und wenn die Mitarbeit der Nutzer ernst genommen wird.

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski, der Präsident des BdA/DDR, ging auf wichtige Gesichtspunkte der Leitlinien für die Entwicklung von Städtebau und Architektur in den 80er Jahren ein, die gemeinsam diskutiert werden sollten. Es gehe nicht nur um ein Verbessern des bisherigen, sondern auch um die Suche nach neuen Konzeptionen für die Gestaltung unserer Städte. Dazu setzte er sich für ein verstärktes Einwirken beider Verbände auf die Praxis ein.

Den Wert und die bessere Erhaltung und Nutzung der vorhandenen Bausubstanz hob Prof. Dr.-Ing. Ludwig Deiters, Direktor des Instituts für Denkmalpflege, hervor. Dafür seien stärker spezifische Methoden und Kapazitäten zu entwickeln. Die Verbindung von Neuem und Vorhandenem sei ein wesentliches Mittel, jeder Stadt einen einmaligen Charakter zu verleihen.

Dipl.-Ing. Peter Baumbach, Hauptarchitekt im WBK Rostock, sprach sich dafür aus, mit den Mitteln sozialistischer Stadtbaukunst das eigene Gesicht unserer Gesellschaft auszuprägen. Die komplizierten ökonomischen Anforderungen könnten auch die Chance für gestalterisch Vernünftiges sein. Dazu sei aber auch eine weitere schöpferische Aufwertung des Schaffens der Architekten notwendig. Ein generelles Problem sei auch die Pflege des Geschaffenen.

Den Qualitätsanspruch an Architektur und Kunst unterstrich der Vorsitzende der VBK-Bezirksgruppe Dresden, Kollege Weder, und schlug vor, daß neben den Komplexarchitekten auch ein Künstler für die komplexe Gestaltung stehen sollte.

Über das Wirken und die Arbeitsweise des gesellschaftlichen Rates für Stadtgestaltung und bildende Kunst sprach zum Abschluß der Diskussion der Dresdner Stadtarchitekt, Dr.-Ing. Heinz Michalk.

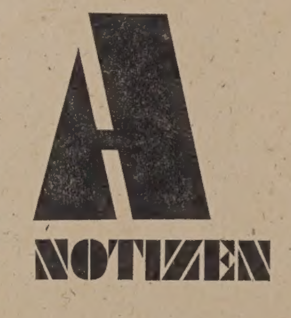
Der Minister für Kultur, Hans-Joachim Hoffmann, hob in seinen Schlußbemerkungen hervor, daß jetzt neue Schritte zu einer komplexen Stadtgestaltung getan werden können, weil heute in vielem eine geistige Einheit zwischen Architekten und bildenden Künstlern entstanden ist. Gerade die Aufgabe, das Wohnungsbauprogramm unter schwierigen Bedingungen fortzusetzen, verlange intelligenteste Lösungen. Danach müsse weiter gesucht werden. Die vorgelegten Materialien sollen unter Berücksichtigung der Diskussion überarbeitet und dann in Kraft gesetzt werden.

Schinkel-Ausstellung

Anläßlich des 150jährigen Bestehens der Staatlichen Museen zu Berlin wird im Alten Museum am Berliner Lustgarten die Ausstellung „Karl Friedrich Schinkel“ gezeigt. Sie würdigt auf eindrucksvolle und bisher einmalige Weise Leben und Werk dieses hervorragenden deutschen Baumeisters der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. An Hand von 650 ausgewählten, zum Teil erstmalig vorgestellten Exponaten – architektonische Entwürfe, Zeichnungen, Gemälde, Möbel, Arbeiten des Kunsthandwerks und zeitgenössische Dokumente – wird das universale Wirken von Schinkel verdeutlicht.

In zwanzig Ausstellungsbereichen, die unter anderem seiner Ausbildung, seinem Frühwerk, seinen Entwürfen für Bühnenbilder, dem vielseitigen Wirken als Baumeister in Berlin und Potsdam, seinem Eintreten für die Denkmalpflege und den Arbeiten für ein architektonisches Lehrbuch gewidmet sind, wird ein tiefer Einblick in die Denkweise und Arbeitsmethode von Schinkel gegeben. Die Ausstellung schließt auch die heutige Pflege des architektonischen Erbes Schinkels in der DDR ein und gibt abschließend einen Ausblick auf die weitere Gestaltung der Hauptstadt Berlin in unserer Zeit.

Außergewöhnlich hohe Besucherzahlen sprechen für das Niveau der Ausstellung. (Eine ausführliche Besprechung der Ausstellung werden wir im nächsten Heft bringen, das der 200. Wiederkehr des Geburtstages von K. F. Schinkel gewidmet ist. Red.)







Oben: Modell der neuen Wohnsiedlung Tschiltschi, die an der Baikal-Amur-Magistrale (BAM) in Sibirien entsteht

Links: Das ehemalige Schauspielhaus von K. F. Schinkel vor der Zerstörung. Über den Wiederaufbau dieses Schinkelbaus als Konzerthalle berichten wir im nächsten Heft.

Architekten mit dem Nationalpreis der DDR geehrt

Zum 31. Jahrestag der Gründung der DDR wurde eine Reihe verdienstvoller Architekten durch den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem Nationalpreis der DDR ausgezeichnet.

Prof. Dr.-Ing. Ule Lammert,
Vizepräsident der Bauakademie der DDR und Direktor des Instituts für Städtebau und Architektur, wurde in Würdigung seines hervorragenden Anteils an der Entwicklung des sozialistischen Städtebaus und der sozialistischen Architektur der Nationalpreis der DDR, II. Klasse, verliehen.

Prof. Dr.-Ing. Ludwig Deiters,
Generalkonservator und Leiter des Instituts für Denkmalpflege der DDR, wurde für seine großen Verdienste auf dem Gebiet der Denkmalpflege und seinen hervorragenden Beitrag zu den international anerkannten denkmalpflegerischen Leistungen der DDR mit dem Nationalpreis der DDR, II. Klasse, geehrt.

Für die städtebaulich-architektonische Gestaltung des Ensembles „Straße der Befreiung" in Dresden wurde das Kollektiv der Architekten
Martin Gersdorf
Günter Kretzschmar
Konrad Lässig
Heinz Mersiowsky
Dr. sc. Heinz Michalk
in Würdigung hervorragender Leistungen mit dem Nationalpreis der DDR, III. Klasse, ausgezeichnet. Ferner wurden in einem Kollektiv für die geschlossene Darstellung der Kunstwissenschaft im „Lexikon der Kunst" die Architekturhistoriker
Prof. Dr.-Ing. Kurt Junghanns und
Prof. Dr. Gerhard Strauss
mit dem Nationalpreis der DDR, III. Klasse, gewürdigt.







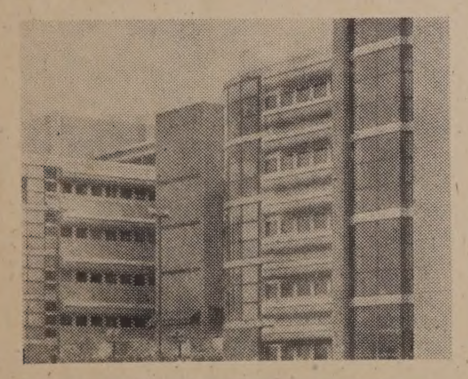
Links oben: Nationalpreisträger Prof. Dr.-Ing. Ule Lammert, Vizepräsident der Bauakademie der DDR und Direktor des Instituts für Städtebau und Architektur

Rechts oben: Nationalpreisträger Prof. Dr.-Ing. Ludwig Deiters, Generalkonservator und Leiter des Instituts für Denkmalpflege

Rechts: Das Dresdner Nationalpreisträgerkollektiv „Straße der Befreiung" mit den Architekten Heinz Mersiowsky, Günter Kretzschmar, Dr. sc. Heinz Michalk, Konrad Lässig und Martin Gersdorf (v. l. n. r.)

Zusammenarbeit mit dem SAFA

Zwischen dem BdA/DDR und dem Finnischen Architektenverband (SAFA) wurde eine Vereinbarung über die künftige Zusammenarbeit abgeschlossen. Bei der Unterzeichnung der Vereinbarung durch die Präsidenten beider Verbände, Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski, und Prof. Matti K. Mäkinen, die am 25. 10. 1980 in Helsinki stattfand, wurde das beiderseitige Interesse an einem Austausch von Erfahrungen, insbesondere auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, hervorgehoben.
Dazu soll unter anderem ein Austausch von Studiendelegationen, von Ausstellungen und Fachpublikationen dienen.

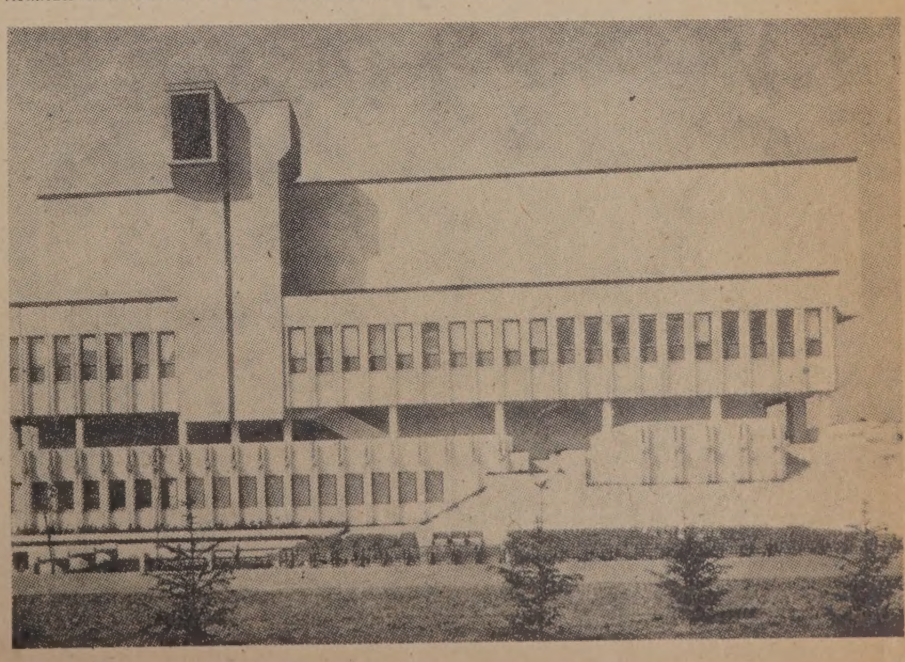


Das neue Verwaltungsgebäude des finnischen Unternehmens „Valio" in Helsinki.
Architekt Matti K. Mäkinen

Ausstellung in Bukarest

Am 10. Oktober 1980 eröffnete der Vizepräsident des BdA/DDR, Dipl.-Ing. Roland Korn, in Bukarest eine Ausstellung mit dem Thema „Städtebau und Architektur in der DDR". Der Präsident des Architektenverbandes der SRR, Prof. Dr. Lazarescu, würdigte dabei das Niveau des Architekturschaffens in der DDR und die bei der Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms erzielten Ergebnisse. Die BdA-Delegation, zu der auch das Mitglied des Büros, Architekt Alfred Hoffmann, gehörte, konnte während des Aufenthalts einen Überblick über die städtebauliche Entwicklung und das Wohnungsbauprogramm der SR Rumänien gewinnen.

Komitats-Kulturzentrum in Debrecen. Architekt Tibor Mikolas



Denkmalschutz in der Ukraine

69 000 historische, architektonische, archäologische und Objekte der bildenden Kunst stehen in der Ukrainischen SSR unter staatlichem Denkmalschutz. Dazu gehören die Ruinen der antiken Städte Chersones und Ol Via, mittelalterliche Schlösser, steinerne Zeugen aus der Zeit der Kiewer Rus, einzigartige Sakralbauten und Hunderte Hügelgräber der Skythen. Seit etwa fünf Jahren werden von Expeditionen für bereits bekannte, aber auch neu entdeckte historische oder kulturelle Zeugnisse, die unter staatlichen Schutz gestellt werden sollen, wissenschaftliche Pässe ausgefertigt. Während dieser systematischen Arbeiten wurden weitere 20 000 Objekte zu Denkmalen erklärt.

Mit der Restaurierung und Erhaltung dieser Kulturschätze befaßt sich eine spezielle Produktionsvereinigung, die Werkstätten vor allem in jenen 300 Städten hat, die als historisch wertvoll gelten. Das heißt, hier können Baumaßnahmen nur dann erfolgen, wenn sie mit dem architektonischen Ensemble der Stadt harmonieren.



Architekturwettbewerb 1981

Die Redaktion der Zeitschrift „Architektur der DDR" schreibt mit Unterstützung des Ministeriums für Bauwesen und des Bundes der Architekten der DDR erneut den schon zur guten Tradition gewordenen Wettbewerb für die besten Leistungen auf dem Gebiet der Architektur aus.

I. Ziel des Wettbewerbs

Der „Architekturwettbewerb 1981", der anläßlich des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgeschrieben wird, hat das Ziel, die besten architektonischen Leistungen in der DDR, die im Sinne der neuen Anforderungen an das Bauen richtungweisend wirken, zu ermitteln und deren Autoren auszuzeichnen. Der Wettbewerb soll vor allem solche schöpferische Leistungen von Architekten anerkennen, in denen sich architektonische Qualität und ökonomische Effektivität in beispielhafter Weise vereinen, die für umweltfreundliches, energie- und materialsparendes, Werte erhaltendes Bauen sowie für die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Bauwesen orientierend wirken und so dazu beitragen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen weiter zu verbessern.
Die Auswertung des Wettbewerbs soll als Form eines Leistungsvergleichs das Neue im architektonischen Schaffen, das Interesse der breiten Öffentlichkeit an der Architektur und den Erfahrungsaustausch unter den Bauschaffenden fördern.

II. Teilnehmer

Zur Teilnahme an diesem Wettbewerb sind alle Architekten und Entwurfsverfasser berechtigt, die ihren ständigen Wohnsitz in der DDR haben.

III. Bedingungen

a) Kategorien

Zum Wettbewerb können Unterlagen in folgenden Kategorien eingereicht werden:
(1) Wohnbauten
(2) Gemeinschaftseinrichtungen des komplexen Wohnungsbaus
(3) Industrie- und Verkehrsbauten
(4) Landwirtschaftsbauten
(5) Gesellschaftliche Bauten (außerhalb des komplexen Wohnungsbaus, einschließlich Arbeitsstätten in Bereichen, die nicht zur materiellen Produktion gehören)
(6) Modernisierte und rekonstruierte Bauten und Baukomplexe sowie Werke der Denkmalpflege
(7) Bebauungskonzeptionen für den komplexen Wohnungsbau
Dabei können auch realisierte Arbeiten von Innenarchitekten und Landschaftsarchitekten eingereicht werden, die in die Kategorien (1) bis (6) einzuordnen und nicht Bestandteil einer anderen eingereichten Arbeit sind.

b) Zeitliche Begrenzung

In den Kategorien (1) bis (6) sind nur Unterlagen von solchen Bauten einzureichen, die vom 1. 5. 1978 bis zum 1. 1. 1981 in der DDR (oder von Institutionen der DDR im Ausland) an den Nutzer übergeben und abgerechnet wurden.
In der Kategorie (7) können Bebauungskonzeptionen für Wohngebiete eingereicht werden, die im gleichen Zeitraum durch die zuständigen staatlichen Organe bestätigt wurden.

c) Einzureichende Unterlagen

Alle einzureichenden Unterlagen sollen ein Format von 40 cm × 50 cm nicht überschreiten und nicht aufkaschiert sein. In besonderen Fällen kann der Umfang der einzureichenden Unterlagen reduziert werden. Zur Teilnahme am Wettbewerb sind für die Kategorien (1) bis (6) folgende Unterlagen einzureichen:
1. Allgemeine Unterlagen
– Bezeichnung und Standort des Gebäudes
– Urheberrechtlich eindeutige Benennung des verantwortlichen Autors bzw. der Autoren, der weiteren Mitarbeiter und der Projektierungseinrichtung
2. Funktionelle, technische und gestalterische Angaben
– Kurze Beschreibung der Funktion, der Konstruktion und Bauweise, des Ausbaus, der städtebaulichen Einordnung und der gestalterischen Lösung
– Angaben über Ergebnisse aufwandsenkender, energie- und materialsparender Maßnahmen
– Angaben zur Einführung neuer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse über das Projekt
3. Angaben über die Bauausführung
– Bauzeit
– General- oder Hauptauftragnehmer
4. Kennziffern
– Kapazität
– Baukosten, absolut, je Kapazitätseinheit und je m³ umbauten Raum
5. Nachweis über die Einhaltung der Normative und die Funktionstüchtigkeit (siehe Anlage zur Ausschreibung)
6. Zeichnerische Unterlagen (reproduktionsfähige Fotokopien)
– Grundrisse der Hauptgeschosse und Schnitt (möglichst 1 : 200)
– Modellfoto oder schematischer Lageplan
7. Fotografische Unterlagen
– 2 Fotos der Hauptansichten (vierfach, für Presseinformation)
– 3 bis 5 Fotos der wichtigsten Innenräume, Details und mit dem Bau verbundenen Werken der bildenden Kunst
Für Arbeiten der Kategorie (7) sind folgende Unterlagen einzureichen:
1. Allgemeine Angaben
– Bezeichnung und Standort des geplanten Wohngebietes
– Autorenrechtlich eindeutige Benennung des Autors bzw. der Autoren, bestätigt durch den Leiter der Institution
2. Angaben zur Zielstellung
– Kurze Angaben über das Programm
– Einordnung in die Gesamtstadt
– Funktionelle Ordnung und gestalterische Idee
– Angaben über Vorzüge der Lösung hinsichtlich Aufwandssenkung, Umweltschutz, Energieökonomie und Erhaltung vorhandener Bausubstanz
– Zeitraum der Realisierung
3. Kennziffern
– Anzahl der Wohnungen und Belegungsquote
– Kapazität der geplanten Gemeinschaftseinrichtungen
– Einwohner je ha
– Einhaltung der vorgegebenen Normative (unterteilt nach Wohnungsbau, gesellschaftlichen Einrichtungen und Sekundärerschließung)
4. Fotografische Unterlagen
– Modellfoto (vierfach, für Presseinformation)
5. Zeichnerische Unterlagen (reproduktionsfähige Fotokopien)
– Bebauungsplan, Verkehrslösung, Erschließung und Freiflächengestaltung (möglichst vereinfacht, für Veröffentlichung geeignete Pläne)
– Schaubilder
d) Verbleib der Materialien
Die eingereichten Unterlagen werden – soweit es in dieser Hinsicht keine Einschränkungen gibt – Eigentum des Auslobers und können ausgestellt und veröffentlicht werden.

IV. Einreichung und Auswahl der Arbeiten

a) Alle Unterlagen sind bis zum 16. 2. 1981 beim Bezirksvorstand des BdA/DDR des Bezirkes, in dem der Autor seinen Sitz hat, einzureichen.
b) Die Auswahl der in den Bezirken eingereichten Arbeiten erfolgt durch den Bezirksvorstand des BdA/DDR in Zusammenarbeit mit dem Bezirksarchitekten.
Jede Bezirksgruppe kann in jeder der genannten Kategorien bis zu drei Arbeiten auswählen und dem zentralen Ausscheid einreichen.
c) Die ausgewählten Arbeiten sind mit einer kurzen Begründung des Bezirksvorstandes **bis zum 10. 3. 1981** an das Bundessekretariat des BdA/DDR unter dem Kennwort „Architekturwettbewerb 1981" einzureichen.
d) Arbeiten der Kategorie (4) können auch gesondert über ein Gutachtergremium der Zentralen Fachgruppe Landwirtschaftsbau des BdA/DDR und des Auftraggebers eingereicht werden.

V. Vorprüfung

Die eingereichten Unterlagen werden durch die Zentralen Fachgruppen des BdA/DDR bis zum **25. 3. 1981** auf Vollständigkeit, Richtigkeit der Angaben und Einhaltung der Kennziffern vorgeprüft.

VI. Bewertung und Entscheidung

Die Bewertung der Arbeiten erfolgt durch eine Jury, die auch die Entscheidung über die auszuzeichnenden Arbeiten fällt.
Als Mitglieder der Jury wurden berufen:
Dr.-Ing. Isolde Andrä
Architekt Ekkehard Böttcher
Prof. Dr.-Ing. e. h. Edmund Collein
Prof. Dr.-Ing. Ludwig Deiters
Diplomgärtner Gottfried Funek
Prof. Dipl.-Ing. Hans Gericke
Dr. rer. oec. Dietmar Hanke
Dipl.-Gewi. Alfred Hoffmann
Dr.-Ing. Eberhard Just
Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Kluge
Dipl.-Ing. Roland Korn
Prof. Dr. Gerhard Krenz
Dr. Gerhard Kröber
Dipl.-Ing. Dietmar Kuntzsch
Dr. sc. techn. Kurt Lembcke
Prof. Dr.-Ing. Walter Niemke
Prof. Dr.-Ing. Werner Teuber
Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski
Dipl.-Ing. Wolfgang Weigel

VII. Preise

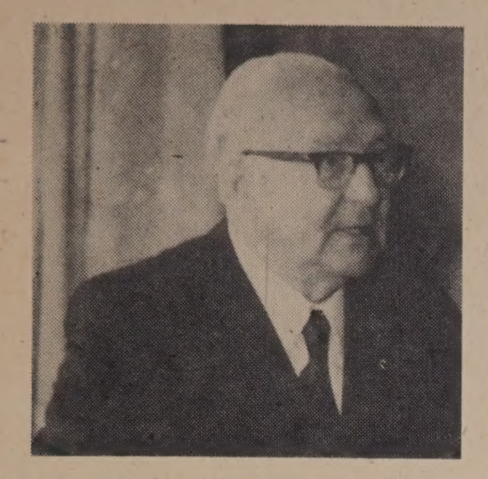
a) Es werden folgende Preise vergeben:

Sieben 1. Preise (je 2000,– M)	14 000,– M
Sieben 2. Preise (je 1500,– M)	10 500,– M
	24 500,– M

b) Die Zuerkennung der Preise geschieht unter Ausschluß des Rechtsweges.
c) Die preisgekrönten Arbeiten und das Ergebnis des Wettbewerbes werden in der Zeitschrift „Architektur der DDR" veröffentlicht.

Redaktion
„Architektur der DDR"

Prof. Dr. e. h. Edmund Collein zum 75. Geburtstag





1

Der Ehrenpräsident unseres Architektenverbandes, Prof. Dr.-Ing. e. h. Edmund Collein, begeht am 10. Januar 1981 seinen 75. Geburtstag. Dazu möchte ich ihm im Namen der Mitglieder unseres Verbandes die herzlichsten Glückwünsche aussprechen und sie mit dem Wunsche verbinden, daß ihm Gesundheit, Energie und Schaffenskraft noch lange erhalten bleiben mögen.

Edmund Collein kann mit Stolz auf 50 Jahre fruchtbringender Arbeit als Architekt und Wissenschaftler zurückblicken. Nach Absolvierung seines Studiums am Bauhaus in Dessau unter Walter Gropius und Hannes Meyer führte ihn sein beruflicher Weg über Wien und München nach Berlin.

Auch für Edmund Collein begann nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus ein neuer Lebensabschnitt. Als Aktivist der ersten Stunde stand er in den Reihen derer, die darangingen, die geistigen und materiellen Trümmer der unheilvollen faschistischen Vergangenheit zu beseitigen, und legte mit Hand an beim schwierigen Beginn des Neuaufbaues.

Sein vielseitiges Wirken nach Gründung der DDR ist gekennzeichnet durch eine ständige enge Verbindung seiner beruflichen Arbeit mit der gesellschaftlichen Tätigkeit und ebenso durch das Bestreben, vielfältige Verbindungen von Wissenschaft, Lehre und Praxis herzustellen.

Seit seiner Berufung zum Vizepräsidenten und ordentlichen Mitglied der Bauakademie sah Edmund Collein die Hauptaufgabe seiner Tätigkeit auf dem Gebiet des sozialistischen Städtebaues. Als Mitglied einer Studiendelegation in der Sowjetunion war er an der Ausarbeitung der 16 Grundsätze des Städtebaues und des Aufbaugesetzes maßgeblich beteiligt. In seinen Funktionen als Direktor des Institutes für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung der Bauakademie, als Vorsitzender des Beirates für Bauwesen beim Ministerrat oder als Vorsitzender der Sektion Städtebau und Architektur des Plenums der Bauakademie der DDR ging es Edmund Collein vor allem um eine wissenschaftliche Durchdringung und Lebensnähe des architektonischen Schaffens und um die Erhöhung der sozialen und künstlerischen Qualität in Städtebau und Architektur. Diese hohe Zielstellung liegt auch der Planung und Projektierung des 2. Abschnittes der Karl-Marx-Allee in Berlin zugrunde, wofür Edmund Collein 1962 gemeinsam mit Werner Dutschke und Josef Kaiser der Nationalpreis II. Klasse für Kunst und Literatur verliehen wurde.

Mit Erfolg widmete er sich als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates der Bauakademie der Qualifizierung des Nachwuchses in Wissenschaft und Praxis.

Edmund Collein war einer der Initiatoren der Bildung des BdA in der DDR und ist seit dessen Gründung Mitglied des Bundesvorstandes. Während der Zeit seiner Präsidentschaft haben die Mitglieder unseres Verbandes als Avantgarde der Städtebauer und Architekten der DDR große Erfolge in der fachlichen und gesellschaftlichen Tätigkeit errungen und hohe Anerkennung gefunden. Wesentlichen Anteil hat unser Ehrenpräsident an der Intensivierung und Vertiefung der Beziehungen des Architektenbundes zur Partei- und Staatsführung unseres Landes.

Den Bund der Architekten der DDR hat Edmund Collein in vielen internationalen Gremien würdig vertreten, wobei seine 12-jährige Mitgliedschaft im Rat der UIA hervorzuheben ist. Durch seine verdienstvolle Mitarbeit im Leitgremium des internationalen Architektenverbandes und seine aktive Mitarbeit auf zahlreichen Weltkongressen der UIA hat er die Autorität und das Ansehen der DDR und unseres Bundes bei den Architekten und Fachverbänden anderer Länder gefestigt und gestärkt.

Große Verdienste hat sich Edmund Collein bei der Festigung der brüderlichen Beziehungen des BdA der DDR zu den Architektenverbänden der sozialistischen Staaten erworben.

Das Wirken und die Leistungen unseres Ehrenpräsidenten für die Entwicklung und Erfolge von Städtebau und Architektur in unserem Lande bei der Erfüllung der von Partei und Regierung gestellten Aufgaben des Bauwesens wurden durch hohe staatliche Auszeichnungen, wie den Karl-Marx-Orden und den Stern der Völkerfreundschaft in Silber, gewürdigt.

Der Bund der Architekten der DDR wünscht Dir, lieber Edmund Collein, von ganzem Herzen viele Jahre aktiven schöpferischen Wirkens bei bester Gesundheit und persönlichem Wohlergehen.

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski
Präsident des BdA/DDR

2



3



1 Der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, überreichte Prof. Collein den Karl-Marx-Orden
2 Prof. Collein mit seiner Gattin, Architekt Lotte Collein
3 Prof. Collein mit Kollegen der Delegation des BdA/DDR auf der UIA-Generalversammlung in Bariloche (Argentinien)





Stadtgestaltung mit hohem Anspruch an Architektur und bildende Kunst

Aus dem Referat von Staatssekretär Dr. Karl Schmiechen auf der gemeinsamen Arbeitstagung des Ministeriums für Bauwesen und des Ministeriums für Kultur

Diese Arbeitstagung des Ministeriums für Bauwesen und des Ministeriums für Kultur steht im Zeichen der Vorbereitung auf den X. Parteitag der SED. Sie dient der weiteren Durchführung des Wohnungsbauprogramms als dem Kernstück des sozialpolitischen Programms.

Das Wohnungsbauprogramm auch unter den verschärften äußeren Bedingungen ohne Abstriche weiterzuführen, stellt entschieden höhere Anforderungen an die Effektivität und Qualität der Investitions- und Bautätigkeit und damit an die Arbeit der Bauschaffenden und aller daran Beteiligten, insbesondere der Städtebauer und Architekten sowie der bildenden Künstler, die an der Gestaltung der Wohngebiete tätig sind. Die dazu von der 7. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR gegebene klare Orientierung gilt es bei der Weiterführung des Wohnungsbauprogramms schöpferisch umzusetzen. Anliegen dieser Tagung ist es, die dabei in der Praxis gesammelten Erfahrungen zu vermitteln, die Schwerpunkte der künftigen gemeinsamen Arbeit zu beraten.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der bisher geleisteten Arbeit

Die erfolgreiche Bilanz der bei der Durchführung der Beschlüsse des VIII. und IX. Parteitages erzielten Ergebnisse berechtigt uns, mit Zuversicht und Optimismus die neuen Aufgaben anzupacken, die für den kommenden Fünfjahrplan bereits festgelegt wurden.

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Genosse Erich Honecker, hob kürzlich in seiner Geraer Rede hervor, daß sich durch gute Politik und schöpferische, fleißige Arbeit die Arbeits- und Lebensbedingungen in den 70er Jahren bei uns so gründlich verändert haben wie in keiner vergleichbaren Zeitspanne der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. So wurden in diesem Jahrzehnt über 1,4 Millionen Wohnungen gebaut oder modernisiert, in denen etwa jeder 4. Einwohner der DDR lebt. Dieser umfangreiche Wohnungsbau trug entscheidend zur Entwicklung der Städte und Dörfer in der DDR bei.

Das Antlitz vieler Städte – als Beispiel seien Neubrandenburg, Magdeburg und Karl-Marx-Stadt genannt – veränderte sich. Neues wurde mit Altem verbunden. In vielen alten Stadtkernen zog durch die Schaffung attraktiver Fußgängerbereiche neues Leben ein. Unsere Dörfer spiegeln in ihrer äußeren Gestaltung die gesellschaftlichen Veränderungen wider, die sich seit 1945 auf dem Lande vollzogen. Viele neue Wohngebiete sind in den letzten 10 Jahren entstanden, in denen sich unsere Bürger wohl fühlen, von denen sie Besitz ergriffen haben, die ihnen als sozialistische Heimat lieb und teuer geworden sind.

Nicht das erste Mal beraten wir über die Fragen der Gestaltung der Wohngebiete, insbesondere auch über das Zusammenwirken von Architekten und bildenden Künstlern. Ganz im Sinne der auf dem 7. Kongreß des Bundes der Architekten der DDR und auf dem 8. Kongreß des Verbandes Bildender Künstler der DDR diskutierten Vorschläge und Anregungen haben zum Beispiel unsere Rostocker Kollegen, die Komplexarchitekten Kaufmann und Baumbach, unterstützt von den bildenden Künstlern Jo Jastram, Ronald Paris und Rainer Dietrich, in den Wohngebieten Lichtenhagen und Evershagen sehr ansprechende, ausgewogene städtebaulich-räumliche Lösungen mit wirksamer Einbeziehung der bildenden Kunst und der Ausstattung der Freiflächen geschaffen. Im Wohngebiet Schmarl gingen sie neue Wege in der Gebäude- und Fassadengestaltung.

Das Erfurter Wohngebiet Riethstraße, ausgezeichnet mit dem Architekturpreis der DDR, zeigt neue Lösungen einer komplexen Gestaltung mit seinen Gebäuden, den Freiflächen, der Kleinarchitektur und der bildenden Kunst – ein Ergebnis der Gemeinschaftsarbeit des Büros des Stadtarchitekten mit dem Büro für architekturbezogene Kunst und den Architekten des Wohnungsbaukombinates.

Das Wohngebiet Halbe-Stadt in Frankfurt (Oder) beweist, wie mit einer vorbildlichen Nutzung der Landschaftssituation eine eindrucksvolle und unverwechselbare Stadtgestaltung erreicht werden kann.

In Schwerin, Magdeburg, Cottbus, Potsdam, Leipzig-Grünau u. a. wurden mit dem Bau von Wohngebäuden und Gemeinschaftseinrichtungen bei Einhaltung sozialpolitischer und volkswirtschaftlicher Kennziffern interessant gestaltete, neue Stadtteile geschaffen.

Bedeutende und schöne Lösungen architekturbezogener bildender Kunst entstanden in den Stadtzentren in Verbindung mit gesellschaftlichen Bauten, aber auch in zunehmendem Maße in den Wohngebieten.

Die vorliegenden komplexen Gestaltungskonzeptionen solcher Wohngebiete wie Berlin-Marzahn und Magdeburg-Olvenstedt zeigen neue Möglichkeiten auf und beweisen die Fortschritte, die durch zielstrebige Zusammenarbeit von Städtebauern und Architekten mit bildenden Künstlern, Formgestaltern und Kulturpolitikern bereits in der städtebaulichen Planung erreicht werden können.

Die Vereinbarung des Ministeriums für Bauwesen und des Ministeriums für Kultur über das Zusammenwirken der staatlichen Organe des Bauwesens und der Kultur hat sich bewährt und als Hilfe bei der weiteren Hebung der sozialen und ästhetischen Qualität von Städtebau und Architektur erwiesen.

Auch für die Aufgaben des Städtebaus und der Architektur wurden mit den Beschlüssen der 10. und 11. Tagung des ZK der SED und der 7. Baukonferenz neue Maßstäbe gesetzt. Hohe städtebaulich-architektonische Qualität und das günstigste Verhältnis von Aufwand und Ergebnis zu sichern sowie jegliche Verschwendung von Volksvermögen zu unterbinden, das sind erstrangige Aufgaben bei der Vorbereitung und Durchführung neuer und zu rekonstruierender Wohngebiete im kommenden Planjahrfünft. Daß zwischen guter gestalterischer Qualität und hoher volkswirtschaftlicher Effektivität im Wohnungsbau kein Widerspruch besteht, zeigen viele gut gestaltete Wohngebiete. Das haben auch die durchgeführten Überprüfungen und Überarbeitungen vieler Bebauungskonzeptionen anschaulich bewiesen. Entsprechend der gegebenen klaren Orientierung auf die Einbeziehung der nutzbaren Bausubstanz in die baulichen Maßnahmen zur Lösung der Wohnungsfrage und zur Umgestaltung unserer Städte und Dörfer meistern Architekten und bildende Künstler zunehmend immer besser die Verbindung von Altem und Neuem.

Auf dem Gebiete der baukünstlerischen Gestaltung wurde Neues, Ansprechendes und Bedeutendes geschaffen, manche neue Erkenntnis wurde gewonnen, anderes wurde als Problem erkannt und muß jetzt zur Lösung gebracht werden.

Die erreichte gestalterische Qualität der Wohngebiete ist jedoch noch sehr unterschiedlich. Dabei zeigt sich immer mehr, daß eine gründliche Vorbereitung der Wohngebiete für deren Effektivität und städtebauliche Qualität ausschlaggebend ist. Gelungene Entwürfe entstanden besonders dort, wo mit städtebaulichen Wettbewerben, Werkstattwochen oder anderen Formen der Gemeinschaftsarbeit ein schöpferischer Wettstreit um gute Gestaltungsideen ausgelöst wurde.

Durch rechtzeitige und qualifizierte Vorbereitung des Neubaus und der Rekonstruktion von Wohngebieten sind wichtige Voraussetzungen zu schaffen, um die Entwicklung der Stadt und den Wohnungsbau in der Einheit von Neubau, Modernisierung und Erhaltung mit hoher sozialpolitischer, kultureller und ästhetischer Wirksamkeit durchzuführen. Vor allem kommt es darauf an, durch komplexe Gestaltung die Qualität der Stadtumwelt zu erhöhen und mit geringem Aufwand größere Wirkungen zum Wohle der Bevölkerung zu erzielen.

Die weitere Durchführung des Wohnungsbauprogramms steht auch im Mittelpunkt der baukünstlerischen Aufgaben

Der Neubau und die Modernisierung von Wohngebieten sowie umfangreiche Baumaßnahmen zur Erhaltung der Bausubstanz in den Wohnbereichen werden auch in den kommenden Jahren den Hauptanteil aller Maßnahmen zur Stadtgestaltung umfassen.

Parteiführung und Regierung – das möchte ich besonders hervorheben – haben bereits im März 1980 die Zielstellungen für die Weiterführung des Wohnungsbauprogramms im Zeitraum 1981–1985 festgelegt. Das unterstreicht einmal mehr die große gesellschaftspolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung, die dem Wohnungsbauprogramm beigemessen wird. Dabei ist es der erklärte Wille der Parteiführung und Regierung, das Wohnungsbauprogramm trotz der veränderten äußeren Bedingungen, denen die DDR gegenübersteht und die einerseits in den steigenden Weltmarktpreisen, andererseits in den aggressiven Beschlüssen der NATO und anderer internationaler Entwicklungstendenzen ihren Ausdruck finden, ohne Abstriche weiterzuführen, das heißt ohne Abstriche an Umfang und ohne Abstriche an städtebaulicher Qualität und Erzeugnisqualität, jedoch mit entschieden höherem volkswirtschaftlichem Effekt. Höhere volkswirtschaftliche Effektivität – das heißt klug rechnen, neue Ideen entwickeln, aus dem, was wir haben, mehr machen, die verfügbaren Mittel nicht mit lockerer Hand ausgeben und jeden nicht notwendigen Aufwand unterbinden. Es ist längst von guten Architekten und Projektanten in Rostock, Erfurt, Cottbus und anderen Bezirken bewiesen worden, daß gut und teuer nicht zusammengehören müssen. So wurden gerade von Kollektiven der genannten Bezirke seit vielen Jahren gute Wohngebiete gestaltet und dabei weniger Aufwand je Wohnungseinheit in Anspruch genommen, als in anderen Bezirken, in denen die staatlichen Aufwandsnormative überschritten wurden und die diesen höheren Aufwand nicht in reichhaltigere, interessantere und schönere städtebaulich-architektonische und bildkünstlerische Gestaltung umgesetzt haben. Entsprechend der von der 7. Baukonferenz gegebenen klaren Orientierung zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität ist die Aufgabe gestellt, den Investitions- und Bauaufwand im komplexen Wohnungsbau gegenüber dem im Jahre 1980 erreichten Niveau ohne Minderung der Qualität entschieden zu senken. Heißt das, daß wir uns Schönheit in der Gestaltung und Werke der bildenden Kunst nicht mehr leisten können? Ganz im Gegenteil. Was wir brauchen sind gute gestalterische Ideen der Städtebauer und Architekten, die durch die bildenden Künstler aufgenommen und mit ihrem bildkünstlerischen Schaffen bereichert werden.

Das auf dem IX. Parteitag der SED beschlossene Wohnungsbauprogramm, das die breiteste Resonanz bei der gesamten Bevölkerung findet, sieht bekanntlich vor, bis zum Jahre 1990 die Woh-



nungsfrage in der Deutschen Demokratischen Republik als soziales Problem zu lösen. Soziale Fragen sind im Sozialismus stets Massenfragen. Um allen Bürgern bis zum Jahre 1990 eine gute Wohnung zur Verfügung stellen zu können, müssen eben Wohngebiete, die, wie Berlin-Marzahn oder Leipzig-Grünau einer Großstadt wie Schwerin, Zwickau oder Dessau mit mehr als 100 000 Einwohnern entsprechen, in weniger als 10 Jahren städtebaulich geplant, projektiert und ausgeführt werden.
Deshalb müssen die Architekten, Städtebauer und bildenden Künstler ihre Aufgaben unter der Forderung lösen, gute Wohnbedingungen für viele Bürger in relativ wenigen Jahren zu schaffen. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe.
Bauwerke, Wohngebiete und Städte sind Zeugen ihrer Zeit, widerspiegeln die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sie entstanden sind. Das Besondere am Wirken der Bauarbeiter, Meister, Bauingenieure, Architekten und bildenden Künstler besteht darin, daß sie mit den heute zu Gebote stehenden geistigen Fähigkeiten sowie materiellen und finanziellen Mitteln die Bedürfnisse der heute lebenden, aber in den Grundzügen auch bereits der morgen lebenden Generation befriedigen müssen. Diesem Erfordernis müssen sich Architekten und bildende Künstler stellen. Städtebauer, Architekten und bildende Künstler müssen gute Städte, Stadtgebiete, Wohngebiete, Ensembles und Bauwerke gestalten unter der Bedingung, daß in weniger als 20 Jahren die Hälfte der gesamten Wohnbausubstanz in der DDR neu zu bauen oder zu modernisieren ist und dabei viele alte Städte ihr Antlitz spürbar verändern. Das ist zugleich einer der Gründe, warum – in letzter Zeit verstärkt – auf die Erhaltung der vorhandenen Substanz orientiert wird. Es gilt, das historisch gewachsene Antlitz der Städte, ihre Unverwechselbarkeit sowie progressiven Stadtstrukturen zu erhalten und Neues in die alten Städte einzubeziehen und zu einem harmonischen Ganzen zu fügen. Eine begeisternde Aufgabe, so meinen wir, für Städtebauer und Architekten gleichermaßen wie für bildende Künstler.
Wir brauchen ein neues Verhältnis zur vorhandenen Bausubstanz, nicht zuletzt auch aus volkswirtschaftlichen Gründen, denn die vorhandene Wohnbausubstanz repräsentiert immerhin einen Wert von etwa 180 Mrd. Mark.
Das ist ein beträchtlicher Teil unseres Nationalreichtums und ein wichtiger Teil unseres kulturellen Erbes, dem wir verpflichtet sind.
Das Wohnungsbauprogramm sieht für den Zeitraum 1981–1985, wie vom Minister für Bauwesen, Genossen Wolfgang Junker, auf der 7. Baukonferenz dargelegt wurde, vor, 600 000 Wohnungen neu zu bauen und 330 000 bis 350 000 Wohnungen zu modernisieren.
Ein bedeutender Teil des Wohnungsneubaus wird in der Hauptstadt Berlin in solch großen Wohngebieten wie Marzahn, Kaulsdorf-Nord, Marzahn-Nord sowie in Leipzig-Grünau, Karl-Marx-Stadt/Wohngebiet Fritz Heckert, Magdeburg-Olvenstedt und in weiteren Bezirksstädten und Großstädten wie Dessau und Zwickau realisiert. Diese großen Wohngebiete stellen besonders hohe Anforderungen an die städtebaulich-architektonische und bildkünstlerische Gestaltung und zwar thematisch und gestalterisch.
Gleichzeitig vollzieht sich eine immer stärkere Wohnungsbautätigkeit in den mittleren und kleineren Städten. Auf diese qualitativen Entwicklungsfaktoren müssen sich Städtebauer, Architekten und bildende Künstler sowie alle anderen an der Vorbereitung und Durchführung des Wohnungsbauprogramms Beteiligten voll einstellen.
Wenn wir heute feststellen können, daß in den 30 Jahren seit 1950 mehr als 2 Mio. Wohnungen neu gebaut worden sind, verbunden mit vielen Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen, Kindereinrichtungen, Schulsporthallen, Kaufhallen, Gaststätten, Polikliniken und Ambulatorien, dann war diese bedeutende Bauleistung nur durch die Anwendung industrieller Baumethoden möglich, die seit Ende der 50er Jahre unter breiter Nutzung sowjetischer Erfahrungen angewandt werden.
Dafür wurde mit der Kraft der gesamten Volkswirtschaft der DDR mit über 50 Beton- und Plattenwerken eine leistungsstarke materiell-technische Basis geschaffen, in die viele Milliarden Mark investiert wurden. Nur durch die Verlegung eines beträchtlichen Teiles der Bauprozesse von der Baustelle in die serienmäßig produzierende hochmechanisierte und teilautomatisierte Vorfertigung war es möglich, die Bauzeiten für ein Wohngebäude von früher $1^1/_2$ bis $2^1/_2$ Jahren auf wenige Monate zu verkürzen und den Arbeitszeitaufwand von mehr als 2000 Arbeitsstunden je Wohnungseinheit auf zur Zeit 800–850 Stunden zu reduzieren. Viele unserer Architekten haben im Zusammenwirken mit bildenden Künstlern in der künstlerischen Beherrschung dieser neuen Konstruktionen und Technologien bereits eine hohe Meisterschaft erlangt und ringen um weitere Vielfalt in der Gestaltung, entwickeln neue interessante Ideen und wenden neue Ausdrucksmittel in der Gestaltung an, die den konstruktiven und technologischen Bedingungen entsprechen. Dieses hohe Niveau wurde jedoch noch nicht durchgängig erreicht, so daß – vor allem durch Übertragung der Erfahrungen der Besten – an der Lösung dieser Probleme zielstrebig weiterzuarbeiten ist.
Im kommenden Planjahrfünft bis 1985 wird der überwiegende Teil der neu zu bauenden Wohnungen in Neubaugebieten am Rande bebauter Stadtgebiete verwirklicht.
In diesen Wohngebieten, die in wenigen Jahren von Tausenden, ja Zehntausenden Bürgern bewohnt sind, gilt es, mit großer Meisterschaft durch eine komplexe Gestaltung angenehme Wohnbereiche zu schaffen, den Familien ihr „neues Zuhause" zu gestalten. Dabei stellt die weitere Vervollkommnung und Rationalisierung des industriellen Bauens höhere Ansprüche an Ideenreichtum, Vielfalt und die künstlerisch wirksame Anwendung aller gestalterischen Mittel.
Heute steht die Aufgabe, den zunehmend differenzierter werdenden Wohngebietsstandorten auch gestalterisch in differenzierter Weise zu entsprechen und z. B. die Besonderheiten der Landschaft, der vorhandenen Bebauung und der Bauaufgabe mit der Erarbeitung anspruchsvoller Kompositionsideen zu nutzen, um eine charakteristische Gestaltung mit rationellem Einsatz der Mittel zu erreichen.
Die vorgesehenen Maßnahmen zur Senkung des Bauaufwandes richten sich dabei nicht gegen die gestalterische Qualität, sie fördern zum Teil sogar die Entwicklung neuer Qualitätsmerkmale. So kann eine größere Dichte der Bebauung, die Reduzierung gewisser Weiträumigkeit und zugleich die Minderung des Anteils von Wohnhochhäusern durchaus ein guter Schritt zu mehr Wohnlichkeit, städtischem Milieu und angenehmeren Maßstäben in den Wohngebieten sein.
Es geht nicht darum, weniger architekturbezogene Kunst in Wohngebieten zu schaffen oder die Wohngebiete mit weniger Kleinarchitektur auszustatten, sondern darum, Aufwand und Ergebnis in ein besseres Verhältnis zu setzen und durch wirksamere, effektivere Gestaltungen den Gesamtaufwand in volkswirtschaftlich beherrschbaren Grenzen zu halten. Das gilt für den Neubau genauso wie für die Modernisierung.
Viele mit vertretbarem Aufwand modernisierte, liebevoll gestaltete Wohngebäude, Wohngebiete und Zentrumsbereiche legen Zeugnis davon ab, daß diese neuen Aufgaben zunehmend besser gemeistert werden und die besten Erfolge stets dann erreicht wurden, wenn Architekten und bildende Künstler gemeinsam ans Werk gehen.
Die besonders starke Steigerung in der Modernisierung macht es erforderlich, auch in diesem wichtigen Bereich der Bautätigkeit den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu verwirklichen, das heißt moderne Technologien und im möglichen Umfang auch Elemente der Industrialisierung des Bauens wirksam werden zu lassen. So wurden moderne Fließlinien z. B. für die Instandsetzung der Dächer, der Fassaden, für die Trockenlegung der Bauten sowie für die Modernisierung des Küche-Bad-WC-Bereiches entwickelt, die das Bild der Modernisierungsbaustellen in innerstädtischen Wohngebieten zunehmend bestimmen werden.
Die Modernisierung von Wohngebäuden und ganzer Wohngebiete verbunden mit der Einordnung von Ersatzneubauten in Baulücken und bebaubare Flächen, die durch Abriß nicht mehr erhaltungswürdiger Altbausubstanz entstanden sind, ist also eine Aufgabe, die im Rahmen der Weiterführung des Wohnungsbauprogramms steigendes Gewicht erhält, woraus sich neue Anforderungen an die Städtebauer, Architekten und bildenden Künstler ergeben.
Mit dem Entwurf der „Leitlinien für die weitere Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR" wurde dazu eine Orientierung erarbeitet, die der 7. Baukonferenz vorgelegen hat und die in den Gruppen des Bundes der Architekten breit diskutiert wurde.
Die Aufgabe, die Gestaltung der Städte, Wohngebiete und baulichen Ensembles in ihren Gesamtzusammenhängen weiterzuführen, erfordert die weitere Entwicklung der architekturbezogenen Kunst im städtebaulichen Raum und die Einbeziehung der Denkmalpflege zur Bewahrung historisch wertvoller Bausubstanz sowie der Struktur und Gestalt der Städte als Quelle lebendiger Geschichtserlebnisse. Gerade darin, anknüpfend an historische Kultur- und Bauepochen, bestehen besondere Züge des Städtebaus und der Architektur der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft.
Zur Bereicherung der städtebaulichen, architektonischen Gestaltung geht es um die sinnvolle Auswahl aus einer ganzen Palette von Gestaltungselementen. Wir brauchen vor allem auch die kleinen Themen und Formen bildender Kunst in den Wohngebieten, wie Brunnen, Plastiken, auch dekorativen Gestaltungen. In den großen Wohngebieten, wie Berlin-Marzahn, Leipzig-Grünau, Halle-Südstadt, Karl-Marx-Stadt/Fritz-Heckert-Gebiet, in denen Zehntausende Bürger wohnen, gilt es aber auch verstärkt, anspruchsvolle Bildwerke mit tragenden politischen und historischen Themen zu schaffen, deren Bedeutung über das Gebiet, evtl. auch über die Stadt hinausgeht. Das erfordert natürlich von den Räten der Städte und Kreise von vornherein eine klare kulturpolitische Aufgabe zu formulieren und die städtebauliche Komposition darauf abzustimmen.
Welche Themen auch gewählt werden, die Übereinstimmung von Form und Inhalt ist immer eine wesentliche Aufgabe, die in der Gemeinschaft von Architekt und Künstler besonderes Bemühen erfordert. Solche Gestaltungen, wie die des zentralen Raumes an der Stadthalle Karl-Marx-Stadt, der zentralen Bereiche der Wohngebiete Evershagen und Lichtenhagen in Rostock oder der Brunnen „Völkerfreundschaft" in Erfurt und „Herrn Pastor sin Kau" auf dem Schlachtermarkt in Schwerin sind aus unserer Sicht gute Beispiele dafür.
Architektonische und bildkünstlerische Gestaltung

sowie die Elemente der Kleinarchitektur und der sogenannten „Stadtmöblierung" zusammenzuführen erfordert, das künstlerische Schaffen mit den modernen Produktionsprozessen zu koordinieren. Das gilt vor allem für die bildkünstlerische Gestaltung von Gebäuden, Gebäudeteilen und industriell vorgefertigten Elementen in den Plattenwerken des Wohnungsbaus.
Wie die Erfahrungen aus Rostock, Gera und anderen Bezirken besagen, bewährt es sich, daß die Künstler in diesen Produktionsstätten Hand in Hand mit den Plattenwerkern arbeiten.
Von ganz entscheidender Bedeutung bleibt jedoch, wenn es um höhere Wirksamkeit der Stadtgestaltung geht, daß Werke architekturgebundener Kunst in günstigster Beziehung zum städtebaulichen Raum, also von vornherein gestalterisch aufeinander abgestimmt, entstehen. Gerade darauf bezogen gilt es, den Prozeß der Leitung, Planung und Vorbereitung weiter zu verbessern.

Zur weiteren Verbesserung der Leitung und Planung

Auf der Tagung in Gera hob der Generalsekretär des ZK der SED, Genosse Erich Honecker, hervor, daß gerade jetzt, wo es darum geht, den Fünfjahrplan 1981–1985 fertigzustellen und wichtige Entscheidungen zu treffen, die staatlichen Leiter eine hohe Verantwortung für die hocheffektive Vorbereitung und Durchführung der Hauptaufgabe in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wahrzunehmen haben.
Zugleich machte er deutlich, daß eine entscheidende Stärke unserer gesellschaftlichen Ordnung darin liegt, daß die Werktätigen in umfassender Weise an der Leitung und Planung der gesellschaftlichen Angelegenheiten teilnehmen. Unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands spielen dabei die Massenorganisationen eine entscheidende Rolle bei der Vertretung der Interessen der Bürger und der Mobilisierung ihrer Initiativen.
Ganz in diesem Sinne geht es jetzt darum, die Leitung und Planung der Maßnahmen der Stadtgestaltung auf die höheren Maßstäbe und neuen Anforderungen einzustellen. Noch deutlicher gesagt: Durch hohe Qualität der Leitung und Planung sind neue höhere Ergebnisse im Zusammenwirken von Städtebau, Architektur und architekturbezogener Kunst zu erreichen. Das ist ein hoher, verpflichtender Anspruch an alle Beteiligten. Wir können uns aber auch darauf stützen, daß seit der im Jahre 1977 abgeschlossenen Vereinbarung des Ministers für Bauwesen und des Ministers für Kultur im Zusammenwirken der staatlichen Organe des Bauwesens und der Kultur bei der städtebaulichen und bildkünstlerischen Gestaltung, insbesondere im komplexen Wohnungsbau spürbare Fortschritte erreicht wurden. In allen Bezirken bestehen jetzt Büros für architekturbezogene Kunst, in vielen Städten arbeiten Beiräte für Architektur und bildende Kunst. Unter der Führung der Bezirksleitungen und Kreisleitungen der SED werden Beratungen zu den Aufgaben der Stadtgestaltung durchgeführt und damit dem Wirken der Architekten und bildenden Künstler klare Orientierungen gegeben.
Neue Initiativen entwickelten die Fachverbände der Architekten und bildenden Künstler sowohl mit ihren Präsidien und der zentralen Fachgruppe „Architektur und bildende Kunst" als auch durch die Bildung von bezirklichen Fachgruppen und deren aktive Mitarbeit in den Beiräten. Und schließlich zeigt sich, daß sich die Gemeinschaftsarbeit von Architekten und Künstlern immer mehr festigt und teilweise bereits in jahrelanger Zusammenarbeit bewährt. Das wurde besonders durch neue Formen kollektiver Zusammenarbeit bei der Vorbereitung von Wohngebieten gefördert, z. B. durch Werkstattwochen, wie sie in Rostock durchgeführt werden, durch die gemeinsame Arbeit an Bebauungskonzeptionen, wie sie z. B. für Berlin-Marzahn und Magdeburg-Olvenstedt erfolgt ist. Durch den Einsatz von Komplexarchitekten der Baukombinate und die zunehmende Autorität der Bezirks- und Stadtarchitekten werden die Planungs- und Leitungsprozesse qualifizierter und straffer durchgeführt.
Auf dem 8. Kongreß des Verbandes Bildender Künstler der DDR hat der Minister für Kultur, Genosse Hans-Joachim Hoffmann, die neuen Aufgaben zur Verbesserung der Leitung und Planung formuliert und die Bildung einer ständigen Arbeitsgruppe des Ministeriums für Bauwesen, des Ministeriums für Kultur, des Bundes der Architekten der DDR und des Verbandes Bildender Künstler der DDR vorgeschlagen.
Zur heutigen ersten gemeinsamen Arbeitstagung hat diese Arbeitsgruppe entsprechende Ausarbeitungen vorgelegt. Sie wurden mit den Präsidenten und Präsidiumsmitgliedern beider Verbände beraten. Auf der Grundlage dieser Materialien werden nunmehr die notwendigen Festlegungen und grundsätzlichen Orientierungen erarbeitet. Dabei werden die Regelungen so getroffen werden, daß bewährte Verfahren und Leitungsformen weitergeführt werden.
Auf einige wesentliche Fragen der Leitung und Planung möchte ich im Zusammenhang mit diesen Grundsatzmaterialien eingehen.

Vorrangig geht es darum, die Leitung und Planung unter Nutzung der guten Erfahrungen vieler Kollektive auf das erforderliche Niveau in allen Bereichen zu bringen. Durch ein komplexes, das heißt aufeinander abgestimmtes Herangehen an die Lösung jeder einzelnen Aufgabe gilt es, eine hohe städtebaulich-architektonische und bildkünstlerische Gestaltung zu erreichen. Nur wenn alle Beteiligten die einzelnen Aufgaben nicht isoliert voneinander, sondern als Bestandteil eines ganzen Aufgabenkomplexes und aus der perspektivischen Sicht eines ständigen und dynamischen Prozesses der städtebaulichen Entwicklung und Gestaltung der Stadt und ihrer Bereiche durchführen, werden hohe Leistungen zu erzielen sein, die den höheren Maßstäben entsprechen. Es hat sich erwiesen, daß solch ein Herangehen an die Aufgaben der Stadtgestaltung die Leitung dieses Gesamtprozesses durch die örtlichen Volksvertretungen und ihre Räte erfordert. Dazu werden ihnen vor allem von den örtlichen staatlichen Organen des Bauwesens und der Kultur klare Entscheidungsvorschläge für die langfristigen Entwicklungsziele und Maßnahmen sowie für die konkreten Vorhaben unterbreitet. Der Rat der Stadt Leipzig und andere örtliche Staatsorgane haben die Verantwortung der an der Stadtgestaltung beteiligten Organe exakt festgelegt und auf dieser Grundlage das enge Zusammenwirken organisiert und in Verfahrensregelungen beschlossen. Diese bewährten Leitungsmethoden sollten auch von anderen Bezirken, Kreisen und Städten übernommen werden. Unter der Verantwortung der Räte der Bezirke, Kreise und Städte sind im Rahmen der städtebaulichen Maßnahmen die Aufgaben der Stadtgestaltung in ihrer Einheit von Neubau, Modernisierung, Rekonstruktion und Erhaltung städtebaulich zu planen, vorzubereiten und als Bestandteil der Volkswirtschaftspläne zu realisieren. Eine besondere Verantwortung tragen dafür die Bezirks- und Kreisbaudirektoren und für die kulturpolitischen und bildkünstlerischen Aspekte die Ratsmitglieder für Kultur der Bezirke und Kreise. Der städtebauliche Planungs- und Vorbereitungsprozeß wird konkret von den Bezirks-, Stadt- und Kreisarchitekten in enger Verbindung mit den Projektierungseinrichtungen sowie den Komplexarchitekten der für die Durchführung beauftragten Baukombinate und -betriebe geleitet.
Es hat sich bewährt, zu den einzelnen Gestaltungsmaßnahmen kulturpolitische Aufgaben zu stellen und Pläne, Studien und dgl. auszuarbeiten. Das erfolgte mit guten Ergebnissen beispielsweise für Berlin-Marzahn, Rostock-Lichtenhagen, Leipzig-Grünau und Magdeburg-Olvenstedt. Und als richtig erwiesen hat sich dabei der Grundsatz, daß es keine Planungen oder Konzeptionen komplexer Stadtgestaltung abgesondert und parallel zu städtebaulichen Planungen geben kann. Das gilt auch für die langfristige Planung, wo der Generalbebauungsplan der Stadt die Stadtgestaltung mit beinhaltet.

Die Bestätigung der Bebauungskonzeptionen, die im Ministerium für Bauwesen erfolgt, schließt auch die Bestätigung der Gestaltungskonzeption als Bestandteil der Bebauungskonzeption ein.

Von großer Bedeutung ist es, rechtzeitig die Ziele und Aufgaben für die städtebauliche Planung und Vorbereitung zu erarbeiten. Die Ratsmitglieder für Kultur tragen hierbei die Verantwortung für die kulturpolitische und bildkünstlerische Aufgabenstellung der Stadtgestaltung. Sie leiten und fördern die schöpferische Mitarbeit von bildenden Künstlern bei der konzeptionellen Arbeit zur Einbeziehung der Werke architekturbezogener Kunst.

Die den Ratsbereichen für Kultur unterstellten Büros für architekturbezogene Kunst haben sich bewährt. Mit dem Entwurf des Rahmenstatuts erfolgte eine erste Zusammenfassung bisheriger Erfahrungen und eine Klärung ihrer Aufgaben und Arbeitsweise. Die Büros sollten echte Partner der bildenden Künstler sein und gewissermaßen die Transmission der spezifischen, individuellen Arbeitsweise der Künstler in das Gefüge der Wirtschaftsorganisation und des koordinierten Ablaufes des Vorbereitungs- und Bauprozesses übernehmen. Zugleich werden sie an den Aufgabenstellungen und konzeptionellen Ausarbeitungen teilnehmen, aber auch die konkreten Aufgaben der materiellen Sicherung der architekturbezogenen Kunst bearbeiten. Damit sind sie zugleich wichtige Kooperationspartner für die Baukombinate. Ihre Tätigkeit sollte jedoch immer von dem Grundsatz ausgehen, die direkte, schöpferische Gemeinschaftsarbeit von Künstler und Architekt zu fördern und zu unterstützen.

Das Rahmenstatut soll den Büros Raum lassen, Bewährtes weiterzuführen und die spezifischen Bedingungen des Bezirkes zu berücksichtigen. Letztlich müssen die rationellsten Formen der Tätigkeit gefunden werden, um Haushalt und Planstellen der örtlichen Staatsorgane nicht zusätzlich zu belasten. Das komplexe Herangehen an die Stadtgestaltung bedeutet auch, in den Prozeß der Planung und Verwirklichung der Stadtgestaltung andere Ratsbereiche und verstärkt die gesellschaftlichen Organisationen einzubeziehen. Das gilt für die Verbände der Architekten und bildenden Künstler, die sich bereits auf viele Erfahrungen stützen können, aber auch für die Massenorganisationen, mit deren Hilfe die Initiative der Bürger zur Mitberatung und Beteiligung an der Stadtgestaltung breit gefördert wird. Es sind die Bürger, die sich mit der Gestaltung ihrer Stadt, ihres Wohngebietes identifizieren wollen. Sie sind der Prüfstein der Qualität des Erreichten. Sie dürfen nicht erst mit dem fertigen Projekt überrascht werden, vielmehr sollten die gesellschaftlichen Organisationen und die Bürger möglichst frühzeitig einbezogen werden. Hierbei kommt den ehrenamtlichen Beiräten für Stadtgestaltung bei den Räten der Städte eine verantwortungsvolle Aufgabe zu. Es gilt, die Wirksamkeit der Beiräte durch deren planmäßige Einbeziehung in den Prozeß der Stadtgestaltung zu erhöhen. Die vorliegenden Empfehlungen dienen diesem Ziele. Sie gehen von den bisherigen Erfahrungen der Arbeit der Beiräte aus, die unter verschiedener Bezeichnung (Beirat für architekturbezogene Kunst, Beirat für Städtebau und Architektur und dgl.) auf unterschiedlicher Leitungsebene arbeiteten. Dabei hat sich jedoch herausgestellt, daß der Beirat auf Stadtebene am wirksamsten tätig werden kann.
Ausgehend davon, daß die Bebauungskonzeptionen und die Grundsatzentscheidungen Hauptinstrument der konkreten städtebaulichen Vorbereitung und der Investitionsvorbereitung sind, gilt das uneingeschränkt für alle Fragen der Stadtgestaltung. Dem Grundsatz folgend, daß Städtebau mit den Investitionen im städtischen Bereich – vorrangig dem Wohnungsbau – erfolgt, sind die Maßnahmen der Stadtgestaltung nach den rechtlich geregelten Schritten der Investitionsvorbereitung vorzubereiten. Dieses Prinzip ist Grundlage des Richtlinienentwurfes zur Einbeziehung der Maßnahmen der Stadtgestaltung in die städtebauliche Planung.
Schwerpunkt der Einbeziehung der Künstler bei der städtebaulichen Planung und Vorbereitung sind die Erarbeitung von Vorschlägen zur bildkünstlerischen Gestaltung und ihre Mitarbeit an den komplexen Gestaltungskonzeptionen. Deshalb fördern und unterstützen wir das koordinierte Zusammenwirken von Städtebauern, Architekten und Künstlern sowie von Form- und Landschaftsgestaltern bei der konzeptionellen Arbeit.
Unter der Verantwortung der Bezirks- bzw. Stadtarchitekten mit ihren Städtebaubüros ist dafür die Zusammenarbeit zu organisieren.
Die Erfahrungen lehren, daß hierbei besonders die Komplexarchitekten der Wohnungsbaukombinate schöpferisch mitwirken sollten. Von der Ausarbeitung der Projekte bis zur Baudurchführung tragen die Komplexarchitekten die Verantwortung für die Arbeitsphase, mit der sie, im gemeinsamen Schaffen mit den bildenden Künstlern, Formgestaltern und vielen anderen die komplexe Gestaltung unserer Wohnungsbauvorhaben vorbereiten und in ihrer Verwirklichung anleiten ...
Bei dem großen Anspruch, den wir an die Stadtgestaltung stellen, insbesondere auch an die volle Nutzung aller Möglichkeiten der architekturbezogenen Kunst, ist die Frage der Finanzierung von erheblicher Bedeutung. Wir sind uns wohl alle dessen bewußt, daß es bei den erheblichen Anforderungen, die an unsere Volkswirtschaft gestellt werden, nicht um eine Erhöhung finanzieller Mittel für architekturbezogene Kunst gehen kann. Die Aufgabe ist gestellt, die zur Verfügung stehenden Mittel effektiver einzusetzen. Das erfordert auch auf diesem Gebiet, planmäßiger und kontinuierlicher zu arbeiten. Um das zu unterstützen und zu fördern, wird eine Regelung vorbereitet, mit der die Bereitstellung der finanziellen Mittel für architekturbezogene Kunst gebunden an die mit den Jahresvolkswirtschaftsplänen zur Verfügung gestellten Investitionen für den Wohnungsneubau erfolgen soll.
Wir wissen von vielen darüber hinaus gehenden Aktivitäten der örtlichen Organe, von Betrieben und Massenorganisationen zur Schaffung von Werken architekturbezogener Kunst. Und wir sind uns gewiß, das wird auch in dem Maße weiter erfolgen, wie es gelingt, gute, anerkennenswerte Leistungen in der bildkünstlerischen Gestaltung unserer Städte zu erreichen.
Mit dem Begriff Stadtgestaltung umspannen wir einen ganzen Komplex von Wesenszügen unserer Umwelt, die einander ergänzend das Antlitz unserer Städte ausmachen, die in ihrer praktischen Nutzung und ihrem emotionalen ästhetischen Erleben solche Empfindungen wie Daheimsein, Heimatliebe und Stolz auf unser sozialistisches Vaterland auslösen. Die gebaute Umwelt mit ihren baulichen Anlagen und Gebäuden, die Landschaft und die Grünanlagen, die Elemente städtischer Raumausstattung und schließlich die Werke architekturbezogener Kunst, all das ist zugleich ein gewaltiger Umfang von vergegenständlichter Arbeit, von Material, Energie, Produktion. Das zu wahren und weiterzuentwickeln ist unser Auftrag und erfordert, die emotionalen, schöpferisch-künstlerischen mit den rationalen, konstruktiven und organisatorischen Fähigkeiten eines großen Kollektivs von Bau- und Kulturschaffenden zu vereinen und die wirksamsten, effektivsten Schritte der Stadtgestaltung als unlösbaren Bestandteil der Weiterführung des Wohnungsbauprogramms und der Entwicklung und Umgestaltung der Städte zu verwirklichen.

Energieökonomisches Bauen – Möglichkeiten und Tendenzen

Prof. Dr. sc. techn. Karl Petzold
Technische Universität Dresden
Sektion Architektur

Die Raumheizung gehört mit einem Anteil von mehr als einem Viertel zu den größten Energieverbrauchern der DDR. Die Senkung des spezifischen Heizenergieverbrauches [1] ist deswegen eine Aufgabe von erheblicher gesamtvolkswirtschaftlicher Bedeutung. Der Architekt kann zur Erfüllung dieser Aufgabe beitragen, wenn er bei der Gestaltung und der Konstruktion der Gebäude energieökonomische Gesichtspunkte sinnvoll einbezieht. Die Möglichkeiten, die sich dafür heute abzeichnen, werden im folgenden erörtert, um damit Anregungen für die praktische Arbeit zu geben.

Ansatzpunkte für eine Verringerung des Heizenergieaufwandes

Grundsätzlich gibt es drei Ansatzpunkte, um den Energieaufwand für die Raumheizung zu verringern:

- die Erschließung „natürlicher" Energiequellen
- die Heizungsanlage
- das Gebäude.

Die Substitution der (vorwiegend) aus fossilen Brennstoffen gewonnenen Energie durch „natürliche" Energiequellen ist in Mitteleuropa nur in beschränktem Umfange möglich. Lediglich die Nutzung der Windenergie könnte in Zukunft einen spürbaren Anteil am Gesamtenergieaufkommen erlangen. Geothermische Energie, die Energie der Gezeiten, Wasserkräfte u. dgl. stehen hier kaum zur Verfügung. Auch die Nutzung der Sonnenenergie wird voraussichtlich kaum über das schon jetzt – häufig unbewußt – praktizierte Maß hinaus möglich sein. Sonnenkollektoren, Solarabsorber und andere Elemente des Maschinenbaus, die der Erwärmung eines Heizmediums oder von Warmwasser dienen, erfordern einen sehr hohen technischen Aufwand; dem steht in Mitteleuropa – wegen der häufigen und starken Bewölkung – ein nur geringes Dargebot an nutzbarer Sonnenstrahlungsenergie gegenüber. Sonnenkollektoren sind deswegen in der Regel nur im Sommer einzusetzen, z. B. zur Erwärmung des Wassers von Freibädern, um damit die Badesaison zu verlängern, sowie für die Warmwasserbereitung in Wohnungen. Aber schon für die Warmwasserbereitung ist sogar im Sommer der Aufwand häufig unwirtschaftlich hoch; und im Winter ist in Mitteleuropa das Dargebot an Sonnenstrahlungsenergie wohl immer zu gering, um mit Sonnenkollektoren bei wirtschaftlich vertretbarem Aufwand einen nennenswerten Beitrag zur Entlastung der Energiesituation leisten zu können.

Mit Wärmepumpen ist es möglich, die im Fluß-, Brunnen- oder Grundwasser u. dgl. enthaltene Energie auf ein hinreichend hohes Temperaturniveau zu bringen, um sie für die Heizung nutzen zu können. Diese Art der Nutzung natürlicher Energiequellen ist diskutabel, wenn der Aufwand an Primärenergie, der zum Antrieb der Wärmepumpe erforderlich ist, kleiner ist als der Energiegewinn. Das ist durchaus nicht immer der Fall; deswegen ist das Haupteinsatzgebiet der Wärmepumpen wohl die Nutzung von Abwärme. Außerdem ist sie eine Alternative für andere, energetisch aufwendige Heizsysteme (z. B. Nachtstromspeicherheizung).

Der Ersatz der aus fossilen Brennstoffen gewonnenen Gebrauchsenergie durch Energie aus „natürlichen" Quellen mag in Einzelfällen durchaus wirksam sein, ist aber insgesamt gesehen von nur geringer Bedeutung. Größere Einsparungen sind dagegen durch Nutzung der Abwärme (z. B. mit Wärmepumpen), vor allem aber mit Wärmerückgewinnungsanlagen zu erzielen sowie dadurch, daß die Verluste, die durch einen unzweckmäßigen Betrieb der Heizungsanlagen entstehen, eingeschränkt werden.

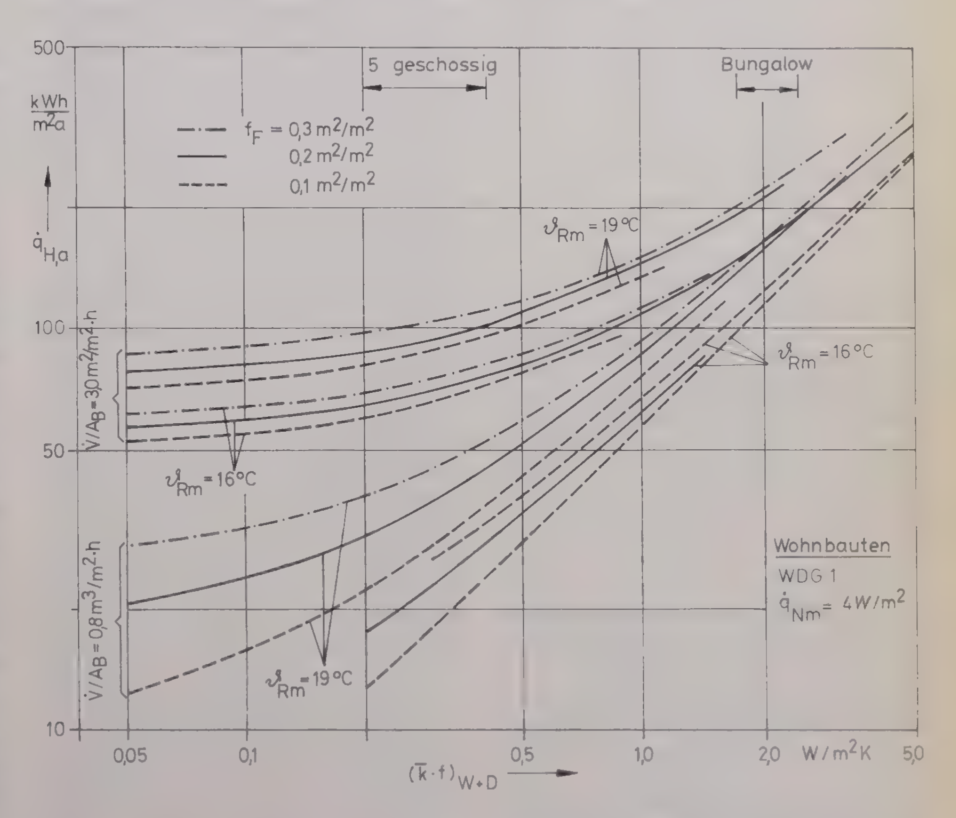
Wärmerückgewinnungsanlagen sind in Zusammenhang mit der Raumheizung dort einsetzbar, wo mit Zwangslüftungsanlagen größerer Leistung (Förderstrom größer als etwa 1000 bis 2000 m³/h), die sowohl aus Zuluft- als auch aus Abluftanlagen bestehen, gearbeitet wird. In Regeneratoren oder Rekuperatoren (z. B. sog. RZ-Systeme) wird dabei die von der Fortluft abgeführte Wärme zur Erwärmung der angesaugten Außenluft genutzt, und zwar können etwa 40 % bis 80 % der von der Fortluft transportierten Energie zurückgewonnen werden. Diese Rückgewinnung beschränkt sich aber auf die mit der Luft transportierte Wärme, also auf den Lüftungswärmebedarf; für die Transmissionswärme, die über die Gebäudeumschließungskonstruktion abströmende Wärme besteht diese Möglichkeit nicht.

Wärmerückgewinnung, Wärmepumpen u. ä. sind Maßnahmen, mit denen die Effektivität von Heizungsanlagen wesentlich verbessert werden kann. Ihr Einsatz ist besonders in Produktionsbauten, aber auch in manchen Gesellschaftsbauten möglich. Die Wirtschaftlichkeit solcher Maßnahmen muß im Einzelfalle gesondert nachgewiesen werden.

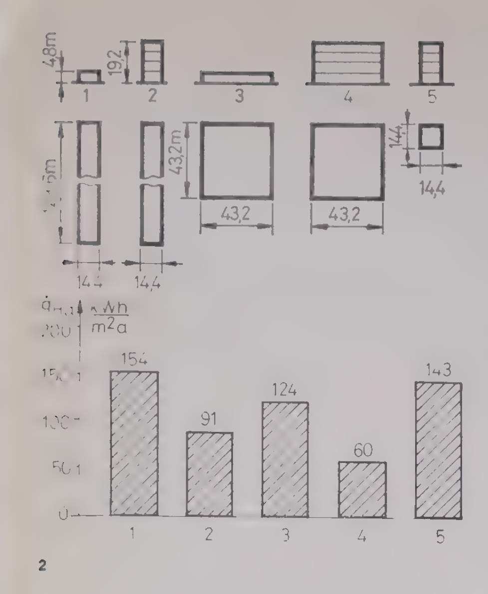
In jedem Falle aber gilt es, die Heizungsanlagen so auszurüsten, daß unnötige Verluste vermieden werden. Dazu ist es notwendig, durch eine sinnvolle Regelung dafür zu sorgen, daß die vorgegebene Raumlufttemperatur nicht überschritten wird, und die Energiezufuhr möglichst auf die Betriebszeit der Räume (z. B. durch Nachttemperaturabsenkung) zu beschränken [2]. Solche anlagentechnische Maßnahmen haben Vorrang; denn sie verursachen meist nur geringe Aufwendungen, gemessen an der eingesparten Energiemenge. Ihre Wirksamkeit ist aber vom Prinzip her begrenzt; denn ihr einziger Zweck ist es, Verluste zu vermeiden, indem sie den Verbrauch an Heizenergie auf den Bedarf reduzieren. Der Heizenergiebedarf ist die Energiemenge, die notwendig ist, um die vorgegebene Raumlufttemperatur herzustellen. Sie ist durch die Funktion, die Gestalt und die Konstruktion des Gebäudes gegeben. Demzufolge entscheidet die Gestalt und die Konstruktion des Gebäudes in erheblichem Maße mit über seine Energieökonomie. Dem Architekten ist damit eine beträchtliche Verantwortung für die Durchsetzung der Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie [1] übertragen.

Gebäudeform und -größe

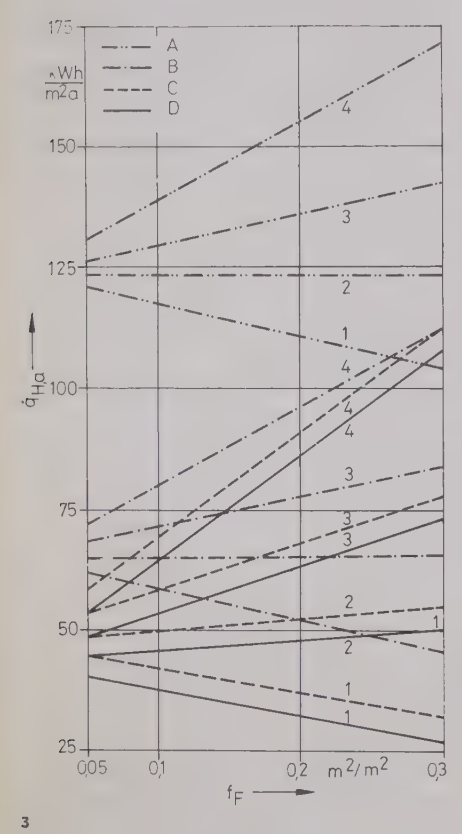
Der Heizenergiebedarf ist um so größer, je größer die Außenkonstruktionsfläche sowie deren mittlerer Wärmedurchgangskoeffizient k ist (Berechnung z. B. nach [2] [3]). Bild 1 zeigt diesen Zusammenhang für Wohnbauten. Je größer das Flächenverhältnis $f_{W+D} = (A_W + A_D)/A_B$, die Summe der Außenwand- (A_W) und Dachflächen (A_D), bezogen auf die Bodenfläche der Geschosse A_B ist, um so größer ist auch der jährliche Heizenergiebedarf $\dot{q}_{H,a}$. Dieser kann bei einem freistehenden Einfamilienhaus (Bungalow) ein Mehrfaches des Heizenergiebedarfs eines 5geschossigen Sektionsgebäudes betragen.



1
Heizenergiebedarf $\dot{q}_{H,a}$ (bezogen auf die Geschoßfläche A_B) für Wohnbauten im Wärmedämmgebiet 1 in Abhängigkeit vom Außenflächenanteil f_{W+D} (Wände und Dach) sowie dessen mittleren Wärmedurchgangskoeffizienten k. Innere Wärmelast $\dot{q}_{Nm}$ = 4 W/m²; Wärmedurchgangskoeffizient der Fenster k_F = 2,5 W/m²K. Fenster unverschattet und gleichmäßig aufeinander gegenüberliegende Außenwände verteilt; Wärmeverluste zum Keller vernachlässigt. Fensterflächenanteil $f_F = A_{FG}/A_B$ (A_{FG} Glasfläche der Fenster; A_B Geschoßfläche)



2



3

2
Heizenergiebedarf $\dot{q}_{H,a}$ in kWh/a · m² (bezogen auf die Geschoßfläche A_B) für Produktionsbauten. 3-Schicht-Betrieb; innere Wärmelast = 20 W/m²; mittlere Raumlufttemperatur = 20 °C; Luft-Förderstrom = 3 m³/h · m² Geschoßfläche; Glasflächenanteil 30% der Fläche der Längs-Außenwände

3
Heizenergiebedarf $\dot{q}_{H,a}$ je m² Geschoßfläche für Wohnbauten im Wärmedämmgebiet 1 in Abhängigkeit vom Fensterflächenanteil $f_F = A_{FG}/A_B$ (A_{FG} Glasfläche der Fenster; A_B Geschoßfläche).
Innere Wärmelast = 4 W/m²; Förderstrom der Lüftungseinrichtungen = 0,8 m³/h · m² Geschoßfläche; mittlerer Wärmedurchgangskoeffizient der Außenbauwerksteile k_A = 0,8 W/m²K

A Bungalow, 16 °C Raumlufttemperatur
B 2geschossiges Reihenhaus 8 m tief, 16 °C
C 5geschossiges Sektionsgebäude 12 m tief, 19 °C
D 5geschossiges Sektionsgebäude 14,4 m tief, 19 °C
1 3Scheibenfenster f_F = 1,5 W/m²K
2 2Scheibenfenster k_F = 2,5 W/m²K
3 2Scheiben-Thermofenster
4 1Scheibenfenster k_F = 5,0 W/m²K

Auch die Raumlufttemperatur ϑ_{Rm}, die sich im Mittel über die Heizperiode einstellt, hat Einfluß auf den Heizenergiebedarf. Im Einfamilienhaus liegt diese oft niedriger als in mehrgeschossigen Wohnbauten (z. B. etwa ϑ_{Rm} = 16 °C gegenüber ϑ_{Rm} = 19 °C im 5geschossigen Gebäude); denn im Einfamilienhaus gibt es in der Regel unbeheizte Nebenräume, und auch die nächtliche Auskühlung bei Heizunterbrechung oder Nachttemperaturabsenkung ist im kleineren Gebäude wirksamer als im mehrgeschossigen Gebäude [2]. Jedoch ist dieser Einfluß geringer als der der Gebäudeform und -größe. Der Heizenergiebedarf ist dann am kleinsten, wenn das Gebäude ein „Körper kleinster Oberfläche je Einheit Geschoßfläche" ist.
Für das Beispiel eines Produktionsbaus zeigt auch das Bild 2 diesen Zusammenhang. Das langgestreckte eingeschossige Gebäude (Variante 1) hat je Einheit Geschoßfläche einen Heizenergiebedarf $\dot{q}_{H,a}$, der um ein Mehrfaches größer ist als der eines mehrgeschossigen Gebäudes mit quadratischem Grundriß (Variante 4). Und das mehrgeschossige Gebäude mit der kleineren Grundfläche (Variante 5) hat ebenfalls einen bedeutend höheren Heizenergiebedarf als z. B. Variante 4.

Lüftung

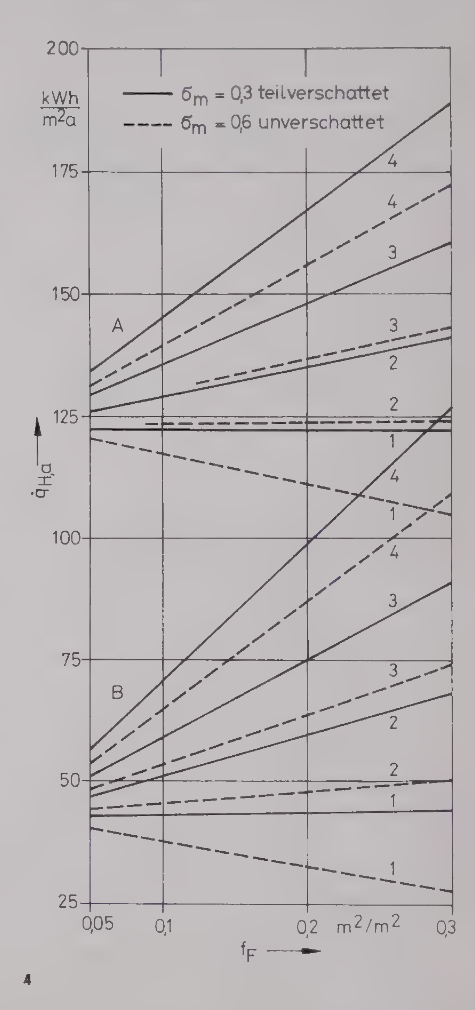
Im Bild 1 sind zwei spezifische Förderströme $\dot{V}/A_B$ (bezogen auf die Geschoßfläche A_B) ausgewiesen, die etwa die Grenzen markieren, innerhalb deren sich die Lüftung von Wohnungen bewegen kann. Der kleinere Wert entspricht etwa dem Mindestluftbedarf, der aus hygienischen Gründen und zur Gewährleistung des Feuchtigkeitsschutzes [4] erforderlich ist. Der größere Wert tritt bei den heute üblichen Fensterkonstruktionen in freier und in extrem freier Lage auf, ganz besonders auch bei hohen Gebäuden.
Der Luftdurchsatz soll so klein wie möglich und die Lüftung stabil sein, das heißt, der aus hygienischen oder funktionellen Gründen erforderliche Mindestluftdurchsatz soll zwar erreicht, aber nicht oder doch nicht wesentlich überschritten werden. Für Gebäude mit Fensterlüftung (z. B. Wohnbauten) ergeben sich daraus zwei Forderungen:

- Die Luftdurchlässigkeit der Fenster muß dem Mindestluftbedarf angepaßt werden.
- Das Gebäude muß so in seine Umgebung eingeordnet werden, daß es nicht starken Windkräften ausgesetzt ist.

Nach gegenwärtigen Erkenntnissen erscheint für die Fensterlüftung eine Lösung am zweckmäßigsten, die in kalten, aber auch in gemäßigten Klimazonen eine lange Tradition hat, nämlich die Fensterfugen möglichst gut zu dichten und die Luft über spezielle Lüftungsflügel oder Lüftungsöffnungen zuzuführen. Damit wird nicht nur der Luftdurchsatz am besten unter Kontrolle gehalten, sondern dadurch bleibt auch die Zugbelästigung gering [4], und das Schalldämm-Maß der Fenster kann dabei mitunter ebenfalls verbessert werden.
Um den Luftdurchsatz stabil und klein zu halten, sollte möglichst nur in geschützter oder in Normallage gebaut werden. Dazu sollten die Gebäude eine einheitliche Höhe haben, um sich gegenseitig Windschutz zu gewähren, und die Gebäudeabstände sollten gering sein; und zwar etwa ≦ 1× Gebäudehöhe. Sind solche geringen Gebäudeabstände nicht einzuhalten (z. B. wegen des Verkehrs, um die Besonnung zu sichern oder aus technologischen Gründen), sollten Bäume den Windschutz übernehmen. Besonders auch in Randlagen und im Übergangsbereich zu niedrigerer Bebauung (z. B. an Kaufhallen innerhalb von Wohngebieten) ist Windschutz durch mehrere Reihen Bäume von Nutzen.
Bei Gebäuden mit 5 Geschossen und mehr ist ein hinreichender Windschutz durch die umliegende Bebauung und durch Bäume häufig nicht zu erreichen. Dort muß die Gebäudedurchströmung durch Zwangslüftung stabilisiert werden. In Wohnbauten genügt dafür in der Regel eine Absaugung aus den Küchen und aus den Bädern [5] [6]; in Hochhäusern sind Zu- und Abluftanlagen erforderlich. Die Einsparungen an Heizenergiekosten, die in freier oder in extrem freier Lage erzielt werden können, indem Zwangslüftung statt freier Lüftung (Fensterlüftung) angewandt wird, sind meistens wesentlich größer als die Aufwendungen für die Lüftungsanlagen selbst [6].

Fenster

Für die Gebäudegestalt und -größe sowie für die Gebäudelüftung ergibt sich eine eindeutige Orientierung auf eine „Kompaktierung" bzw. auf Windschutz und Stabilisierung der Luftströmung. Der Einfluß des Fensters auf den Heizenergiebedarf ist dagegen nicht so eindeutig und einfach zu beschreiben; er ist komplizierter.
Die heute üblichen Fenster haben wesentlich größere Wärmedurchgangskoeffizienten k_F als die Dächer und Außenwände, also auch größere Wärmeverluste je Flächeneinheit. Nach Bild 1 ist der Einfluß der Fensterfläche $f_F = A_{FG}/A_B$ (A_{FG} Glasfläche der Fenster; A_B Bodenfläche) auf den Heizenergiebedarf $\dot{q}_{H,a}$ aber nicht so groß, wie man — wegen der großen Wärmedurchgangskoeffizienten k_F — annehmen könnte. Der Grund dafür ist in dem nicht unerheblichen Strahlungsgewinn der Fenster zu suchen; denn das Fenster ist nicht nur eine Quelle für Wärmeverluste, sondern es ist gleichzeitig ein äußerst wirksamer und ergiebiger „Sonnenkollektor". Vor allem mit Hilfe der Fenster wurde — ob nun bewußt oder unbewußt — schon



4

immer die Energie der Sonnenstrahlung für die Raumheizung genutzt, und dieses sollte auch künftig zielgerichtet fortgesetzt und weiterentwickelt werden.
Bei Einscheibenfenstern, aber auch bei sogenannten Thermofenstern ($k_F \approx$ 3,5 W/m²K) überwiegen die Wärmeverluste, auch wenn die Fenster unverschattet sind und aus klarem Tafelglas bestehen, das den Durchgang der Sonnenstrahlung nur wenig behindert. In diesem Falle erhöht sich der Heizenergiebedarf $\dot{q}_{H,a}$ mit einer Vergrößerung der Fensterfläche f_F (Kurven 3 und 4 in Bild 3).
Aber bereits bei voll der Sonne ausgesetzten Doppelfenstern mit zwei Normalscheiben ($k_F \approx$ 2,5 W je m²K) halten sich Verlust und Gewinn annähernd die Waage, und die Größe der Fensterfläche f_F hat keinen nennenswerten Einfluß mehr auf den Heizenergiebedarf (Kurve 2 in Bild 3). Gelänge es, den Wärmedurchgangskoeffizienten k_F noch weiter zu senken, z. B. durch Dreischeibenfenster mit Gasfüllung, für die etwa $k_F \approx$ 1,5 W/m²K zu erwarten wäre, könnte der Strahlungsgewinn unverschatteter Fenster sogar die Energieverluste überwiegen, und es könnte möglicherweise dadurch Energie gespart werden, daß die Fensterfläche f_F vergrößert wird (Kurve 1 in Bild 3).
Durch Vergrößerung der Fensterflächen in größerem Umfange Heizenergie einzusparen, ist aber kaum möglich. Denn Gebäude, deren sämtliche Fenster während der Heizperiode niemals verschat-

4
Heizenergiebedarf für Wohnbauten mit unverschatteten und mit teilverschatteten Fenstern
A Bungalow, 16 °C Raumlufttemperatur
B 5geschossiges Sektionsgebäude 14,4 m tief, 19 °C
(übrige Parameter wie Bild 3)

5
Obere Grenzwerte von Fenstern aus klarem Tafelglas, nach Osten, Süden oder Westen orientiert, die unterhalb der Außenlufttemperatur ϑ_e (Monatsmittelwert) eine vollständige Nutzung der Energie der Sonnenstrahlung ermöglichen. A_{FG} Glasfläche der Fenster; A_B Geschoßfläche; T_H Zeitkonstante der Heizungsanlage.
Gültig für Wohnbauten, Zellenbüros u. ä. mit einer Heizgrenztemperatur von 12 °C und einer installierten Heizlast (nach TGL 26 760) von etwa 50 W/m² Geschoßfläche

1: Gut speichernd ($b = 25\ W \cdot h^{0,5}/m^2K$),
z. B. Schwerbeton oder Ziegelmauerwerk mit Betonfußboden;

2: Mäßig speichernd ($b = 15\ W \cdot h^{0,5}/m^2K$),
z. B. Ziegelmauerwerk mit Holzbalkendecke

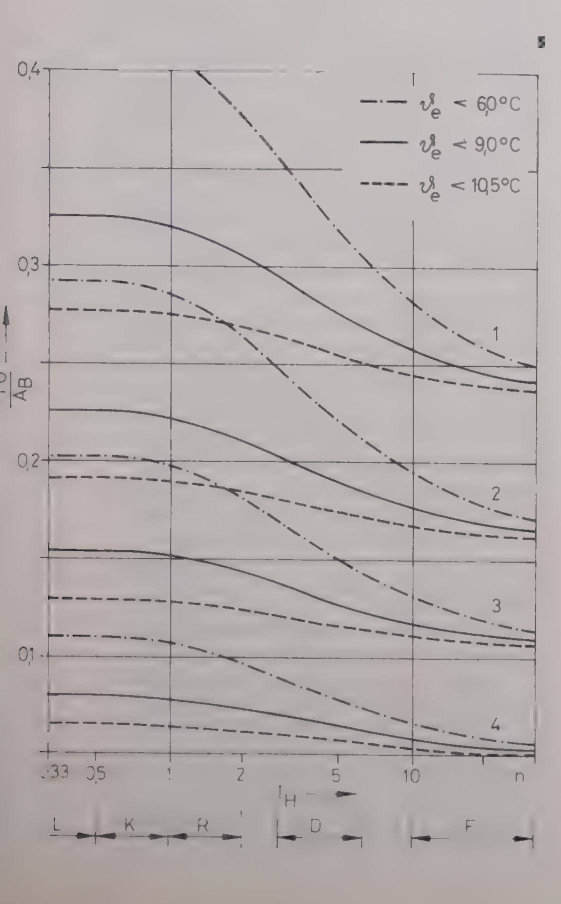
3: Mäßig speichernd ($b = 10\ W \cdot h^{0,5}/m^2K$),
z. B. Leichtbauplatten mit leichter Dachdecke und Betonfußboden

4: Schlecht speichernd ($b = 5\ W \cdot h^{0,5}/m^2K$),
z. B. Leichtbauplatten und Leichtbautafeln
L: Luftheizung; K: Konvektorheizung; R: Radiatorheizung; D: Decken-Flächenheizung; F: Fußboden-Flächenheizung

6
Heizenergiebedarf $\dot{q}_{H,a}$ je m² Geschoßfläche für 2geschossige Reihenhäuser in Abhängigkeit vom Fensterflächenanteil f_F für Fenster mit klarem Tafelglas und mit Reflexionsglas (Parameter wie Bild 3)

7
Heizenergiebedarf $\dot{q}_{H,a}$ je m² Geschoßfläche für freistehende Einfamilienhäuser (Bungalow) mit gleichverteilten und mit ungleich verteilten unverschatteten Fensterflächen (Parameter wie Bild 3)

8
Heizenergiebedarf $\dot{q}_{H,a}$ je m² Bodenfläche in Abhängigkeit vom Fensterflächenanteil f_F bei Produktionsbauten mit Nord-Shed und mit First-Oberlichten (übrige Parameter wie Bild 2)



tet werden, sind wohl eine Ausnahme. Der tiefe Sonnenstand im Winter und die dichte Bebauung, die u. a. auch des Windschutzes wegen (s. o.) zu fordern ist, sorgen wenigstens für eine zeitweilige Verschattung. Eine solche Teilverschattung mindert aber den Strahlungsgewinn erheblich (Bild 4). Weiterhin kann die Energie der Sonnenstrahlung nur in einer begrenzten Menge zur Raumheizung genutzt werden, die noch nicht zur „Überheizung" des Raumes führt. Ist die Fensterfläche und damit die durch Sonnenstrahlung zugeführte Energiemenge zu groß, reicht die Speicherfähigkeit des Gebäudes nicht mehr aus, diesen „Energiestoß" hinreichend zu dämpfen, und die Raumlufttemperatur steigt erheblich über die erforderlichen Werte an. Durch Sonnenschutz oder vermehrte Lüftung muß die Strahlungsenergie unwirksam gemacht werden. Leichtbauten sind deswegen energetisch im Nachteil [7].

Um ein Überheizen zu vermeiden, dürften die Fenster von Leichtbauten nur klein sein (Bild 5). Aus hygienischen oder anderen Erwägungen müssen die Fenster aber häufig größer gewählt werden als beispielsweise nach Bild 5; auf eine vollständige Nutzung des Strahlungsgewinnes muß dann aber verzichtet werden. (Extrem leichte Gebäude, wie Raumzellen, haben außerdem schon wegen ihres geringen Wärmebeharrungsvermögens einen etwas größeren Heizenergiebedarf als Gebäude in Plattenbauweise oder Produktionsbauten mit ihren funktionell bedingten schweren Fußböden [8]).

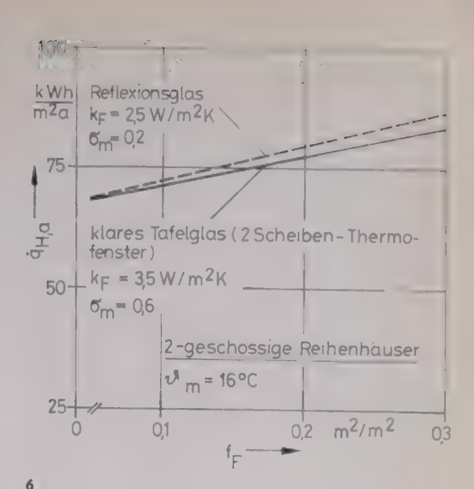
Nur bei hinreichend schwerer Bauweise ist es möglich, die über größere Fensterflächen (Bild 5) zugeführte Energie der Sonnenstrahlung annähernd vollständig zu nutzen. Voraussetzung ist dabei allerdings auch, daß das Heizungssystem hinreichend schnell reagiert, die eigene Energiezufuhr einstellt und das Heizen der natürlichen Energiequelle „Sonne" überläßt. Luftheizungssysteme, aber auch die klassischen Warmwasserheizungen (Konvektor- und Radiatorheizung) besitzen in der Regel die dafür erforderliche geringe Trägheit (kleine Zeitkonstanten TH nach Bild 5), sie müssen nur zweckentsprechend geregelt werden. Gebäude mit Flächenheizung, besonders mit Fußbodenheizung dagegen lassen keine so weitgehende Ausnutzung der Energie der Sonnenstrahlung zu [9].

Für eine Vergrößerung der Fensterflächen über das gegenwärtig übliche Maß hinaus kann also auch aus energetischen Erwägungen nicht plädiert werden; im Gegenteil sprechen diese eher für kleinere Fensterflächen, ebenso wie die übrigen Nachteile großer Fenster wie die Zugerscheinungen in Fensternähe oder hohe Raumlufttemperaturen im Sommer. Unabhängig von der Fenstergröße gilt es aber, in der nächsten Zeit die „energetischen" Eigenschaften der Fenster erheblich zu verbessern und sie „energetisch richtig" einzusetzen. Dazu muß an der Verringerung des Wärmedurchgangskoeffizienten der Fenster gearbeitet und es sollte immer für eine möglichst große Strahlungsdurchlässigkeit gesorgt werden.

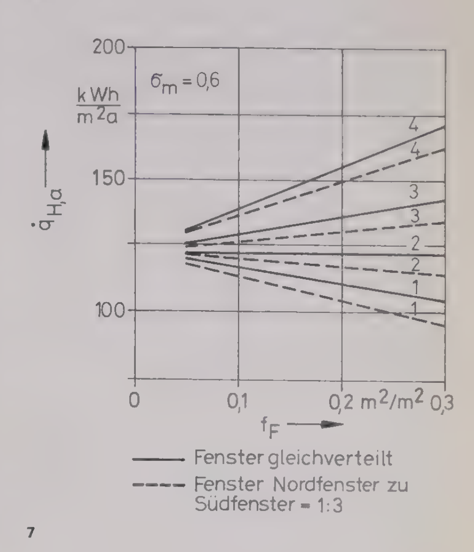
Daraus ergibt sich auch ein wesentlicher Gesichtspunkt für die Wahl von Sonnenschutzeinrichtungen. Bewegliche Verschattungseinrichtungen (z. B. Außenjalousien, Markisen) erweisen sich den starren Einrichtungen (z. B. Horizontalblenden) energetisch eindeutig überlegen [10]; denn sie können wahlweise eingesetzt werden, wirken im Sommer als Sonnenschutz, behindern aber im Winter den Energiegewinn nicht. Selbst den Sonnenschutzgläsern (Reflexionsgläser, Absorptionsgläser) sind sie überlegen, obwohl z. B. ein Fenster aus Reflexionsglas einen niedrigeren Wärmedurchgangskoeffizienten k_F und damit auch geringere Wärmeverluste hat als das klare Tafelglas. Aber das Reflexionsglas behindert die Zufuhr von Strahlungsenergie eben nicht nur im Sommer, sondern auch im Winter, während der Heizperiode, so daß mit Reflexionsglas insgesamt kein oder kein nennenswerter Energiegewinn [10] zu erzielen ist (Bild 6).

Ist es notwendig, während der Heizperiode der Sonnenstrahlung den Zutritt zu verwehren, um beispielsweise eine direkte Besonnung von Arbeitsplätzen zu verhindern, so sollten dazu (dunkle) Vorhänge u. ä. als innere Verschattungselemente benutzt werden; denn dann bleibt die Energie im Raum. Diese Vorhänge müßten zusätzlich angebracht werden, denn für den sommerlichen Wärmeschutz ist ihre Wirkung zu gering [10].

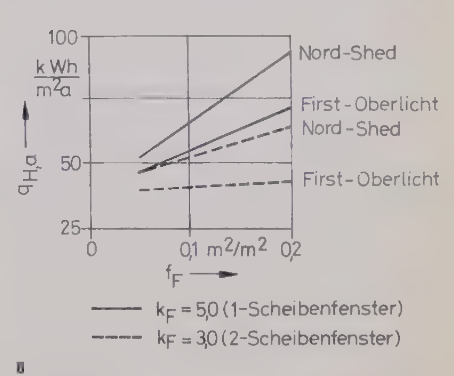
Bewegliche Verschattungseinrichtungen haben noch weitere Vorzüge: Sie können, wenn sie außen angebracht sind, die nächtliche Abstrahlung von Energie behindern [11]. Dadurch ist — je nach Lage — der Heizenergiebedarf um schätzungsweise 1 bis



6



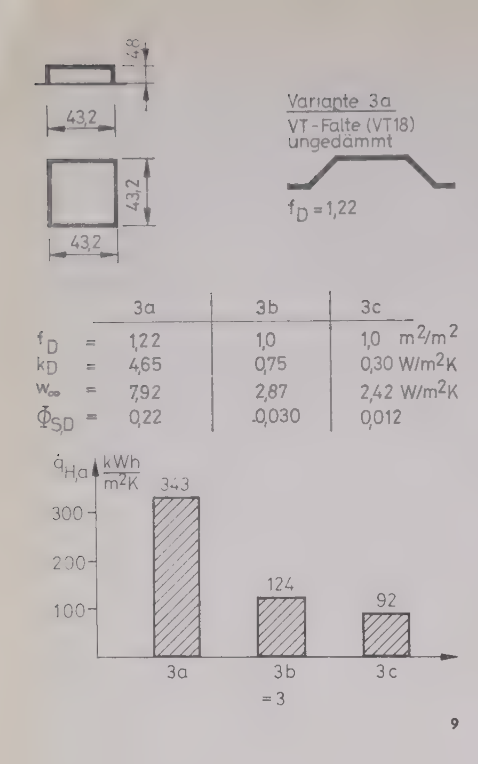
7



8

3% zu verringern. Außerdem ist es damit auch möglich, den Wärmedurchgangskoeffizienten zeitweilig (z. B. während der Nacht) zu vermindern und dadurch die Energiebilanz zugunsten des Strahlungsgewinns zu verschieben. Besonders günstig sind hier Rolläden, Rolljalousien u. dgl., die in Schienen geführt sind, also wenig Luft durchlassen, so daß die Luftschicht zwischen Rolladen und Fenster als Wärmedämmung wirkt. Geht man diesen Weg konsequent weiter, wird man die Fensterläden, die nachts außen vor das Fenster gesetzt werden, die vertikal oder horizontal verschiebbaren Blenden u. ä. noch mit einer zusätzlichen Wärmedämmung versehen [12], [13]. Dadurch lassen sich die Wärmeverluste des Fensters erheblich vermindern.

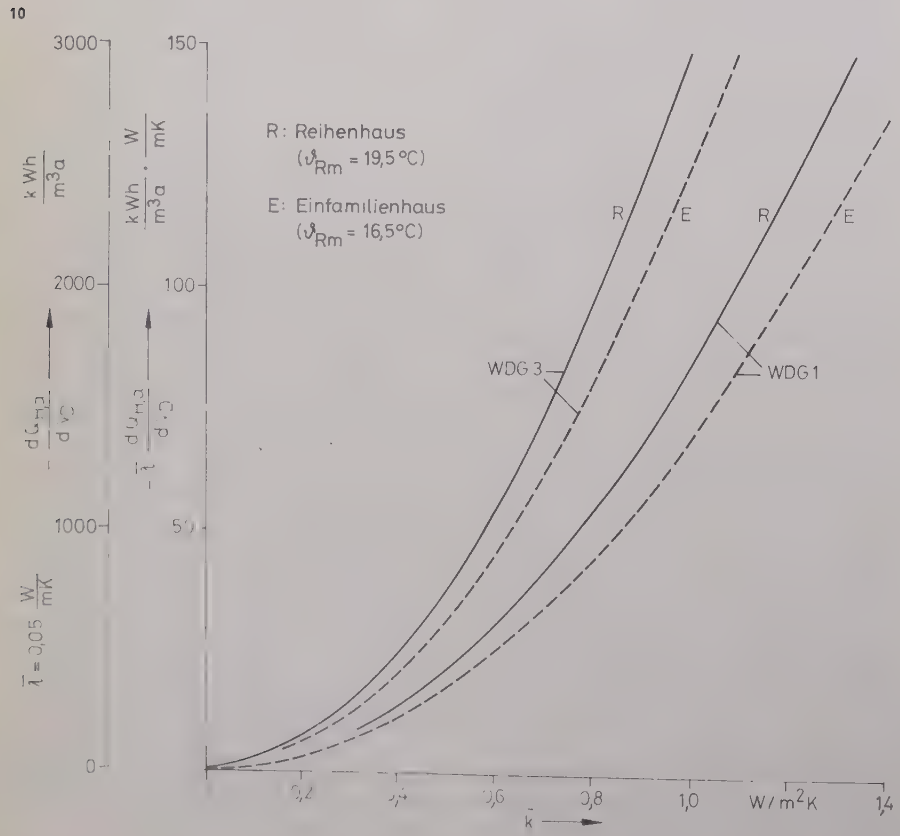
In den Bildern 1, 3 und 4 war vorausgesetzt worden, daß der Fensterflächenanteil einander gegenüberliegender Fassaden gleich groß ist. Unter dieser Voraussetzung gelten diese Bilder allgemein, für alle Himmelsrichtungen; denn während der Heizperiode ist die Summe der auf die Ost- und auf die Westwand fallenden Sonnenstrahlung etwa gleich der Summe der auf eine Süd- und eine Nordwand fallenden [10]. Der Strahlungsgewinn der Südwand selbst ist aber bedeutend größer als der einer Nordwand. Deswegen kann bekanntlich dadurch Heizenergie gespart werden, daß die Fensterflächen ungleich verteilt werden (Bild 7). Räume, für die große Fensterflächen vorgesehen sind, sollten nach Süden orientiert werden, die nach Norden orientierten Fenster dagegen sollten so klein wie möglich gewählt werden.



9
Heizenergiebedarf $\dot{q}_{H,a}$ je m² Bodenfläche bei Produktionsbauten mit verschiedener Wärmedämmung des Daches (Parameter wie Bild 2)

10
Nutzeffekt der Dämmstoffe in Abhängigkeit vom mittleren Wärmedurchgangskoeffizienten $\bar{k}$ der Außenbauwerksteile. λ mittlere Wärmeleitfähigkeit der Dämmstoffe; V_D Dämmstoffvolumen; $d\dot{Q}_{h,a}$ Veränderung des Heizenergiebedarfs

Grundsätzlich gilt das auch für das Nord-Shed. Auch dieses verursacht einen größeren Heizenergiebedarf als ein First-Oberlicht gleicher Größe und gleichen Wärmedurchgangskoeffizienten k_F (Bild 8). Aber ein Nord-Shed hat andere Vorzüge (gleichmäßigere Tageslichtbeleuchtung, geringere Strahlungslast im Sommer [10]). Deswegen sollte es nicht von vornherein verworfen werden, ebensowenig wie das nach Norden orientierte Atelierfenster. Klimagerechtes Bauen ist vielschichtig, und der Einfluß auf den Heizenergiebedarf ist nur ein Kriterium unter vielen; eine Überschätzung der Wärmeschutzfunktion von Bauelementen wäre ebenso falsch wie ihre Nichtbeachtung.



Dächer und Außenwände

Nicht nur Fenster, auch Dächer und Außenwände haben einen „Strahlungsgewinn" zu verzeichnen. Dieser Strahlungsgewinn durch absorbierte Sonnenstrahlung ist um so größer, je dunkler die Oberfläche und je größer der Wärmedurchgangskoeffizient des Bauelementes ist. Bei Außenwänden üblicher Bauart ist der Strahlungsgewinn allerdings in der Regel vernachlässigbar klein, ebenso bei einschaligen Dächern, die gut wärmegedämmt sind. Aber bei zweischaliger Anordnung können, wenn die Außenschale ungedämmt ist, dem Dachraum aus der Sonnenstrahlung relevante Energiemengen zugeführt werden. Da die Unterschale (schon zur Vermeidung von Tauwasser) einer wirksamen Wärmedämmung bedarf, ist dieser Strahlungsgewinn praktisch nur über Lüftungsanlagen zu nutzen, indem, wie es im Landwirtschaftsbau üblich ist, die Außenluft über den Dachraum angesaugt wird. Eine dunkle Dachoberfläche erhöht den Anteil der absorbierten Sonnenstrahlung und ist deswegen in diesem Falle zu bevorzugen.

Wichtigster Ansatzpunkt zur Verbesserung der Energieökonomie ist aber die Wärmedämmung der Dächer und Außenwände. Damit ist nicht nur die Forderung erhoben, die Wärmedämmung durch vermehrten Einsatz von Dämmstoffen zu verstärken, sondern es ist vor allem dem Baukonstrukteur die Aufgabe gestellt zu verhindern, daß die Wärmedämmung durch Wärmebrücken in ihrer Wirksamkeit beeinträchtigt wird. Durch Wärmebrücken werden die Wärmeverluste erhöht; außerdem besteht die Gefahr, daß an den Wärmebrücken der Taupunkt unterschritten und dadurch der Bestand des Bauwerkes gefährdet wird. Besonders Skelettkonstruktionen und mehrschichtige Außenbauwerksteile sind hier betroffen [10] [14] [15]. Zum Beispiel können die Wärmebrücken, die durch die Stege an den Plattenstößen dreischichtiger Brüstungselemente gebildet werden, deren Wärmeverluste etwa verdoppeln [14].

Auch die Wärmedämmung selber ist häufig unzureichend. Vor allem sollten Außenbauwerksteile größerer Abmessung niemals ohne Wärmedämmung eingesetzt werden. Wird das Dach der Variante 3 in Bild 2 (als Variante 3 b in Bild 9 übernommen) als ungedämmte VT-Falte ausgeführt, so verdreifacht sich der Heizenergiebedarf annähernd (Variante 3 a in Bild 9). Anzustreben ist ein energetisch optimaler Wärmeschutz [3] [16] (Variante 3 c in Bild 9), bei dem die Summe der Aufwendungen für die Wärmedämmung und für die Heizung ein Minimum wird. Dafür ergeben sich Wärmedämmwerte, die bedeutend über den heute üblichen liegen [17]. Es liegt deswegen im volkswirtschaftlichen Interesse, die Wärmedämmwerte der Außenbauwerksteile künftig zu erhöhen, und zwar nicht nur bei Neubauten, sondern auch bei Altbauten, die zu modernisieren sind [4] [17]. Das gegenwärtig begrenzte Dämmstoffaufkommen läßt das häufig noch nicht zu, verpflichtet aber auch dazu, die Dämmstoffe dort einzusetzen, wo sie den höchsten Nutzeffekt bringen, das heißt, wo die jährliche Einsparung an Heizenergie, die mit einer Volumeneinheit Dämmstoff erzielt werden kann, am größten ist. Der Nutzeffekt ist dort am größten, wo der mittlere Wärmedurchgangskoeffizient k am größten ist (Bild 10). Der höchste Nutzeffekt wird also nicht dadurch erzielt, daß einige wenige Gebäude besonders gut wärmegedämmt werden, sondern dadurch, daß alle Außenbauwerksteile, soweit sie vergleichbar sind, mit etwa der gleichen Wärmedämmung versehen werden [17].

Literatur

[1] Junker, W.: Die Aufgaben des Bauwesens bei der konsequenten Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED und in Vorbereitung des Fünfjahrplanes 1981—1985. ND **35** (1980) Nr. 144, S. 3.

[2] Petzold, K.: Der Einfluß des Gebäudes auf den Heizenergieverbrauch bei unterbrochenem Betrieb von Heizungsanlagen. Stadt- und Gebäudetechnik **32** (1978) 10, S. 289—293; 11, S. 327—329.

[3] Petzold, K.: Zum wirtschaftlichen Wärmeschutz beheizter Gebäude. Bauzeitung **32** (1978) 12, S. 640—644; 33 (1979) 1, S. 22—25.

[4] Petzold, K.; Roloff, J.: Lüftung, Wärme- und Feuchtigkeitsschutz bei der Rekonstruktion in Altbaugebieten. Stadt- und Gebäudetechnik **34** (1980) 9, S. 267—273.

[5] Weier, H.: Die Wirkung der Lüftungssysteme von Wohnbauten bei unterschiedlichen Außenluftzuständen. Luft- und Kältetechnik **11** (1975) 6, S. 317—319; 12 (1976) 1, S. 20—24.

[6] Hering, G.: Ein Beitrag zur Berechnung der Lüftung von Wohngebäuden unter besonderer Berücksichtigung der Umgebungsbedingungen. Dissertation TU Dresden 1980.

[7] Gronau, J.: Das thermische Verhalten von Fenstern unter instationären Randbedingungen während der Heizperiode. Schriftenreihe der Sektion Architektur, TU Dresden (1980), Heft 16.

[8] Petzold, K.; Ruhla, B.: Zur Definition des Wärmebeharrungsvermögens. Schriftenreihe der Sektion Architektur, TU Dresden (1978) Heft 11, S. 145—162.

[9] Petzold, K.; Graupner, K.: Zur bauklimatischen Bemessung von Gebäuden — Kriterien, Probleme und methodische Aspekte. Schriftenreihe der Sektion Architektur, TU Dresden (1980), Heft 16.

[10] Petzold, K.: Wärmelast. 2. Aufl. Berlin: VEB Verlag Technik 1980.

[11] Hoffmeister, H.; Cassens, R.: Verbesserung der thermischen Leistungsfähigkeit von Fensterkonstruktionen. Schriftenreihe der Sektion Architektur, TU Dresden (1978), Heft 11.

[12] Usemann, K. W.; del Valle, L. R.: Über einige Versuche zur Ökonomie der Sonnenheizung. Gesundheits-Ingenieur **100** (1979) 7, S. 198—202.

[13] Gertis, K.; Hauser, G.: Energieeinsparung infolge Sonneneinstrahlung durch Fenster. Klima + Kälteingenieur **7** (1979) 3, S. 107—111.

[14] Gronau, J.: Möglichkeiten zur Einsparung von Energie für die Raumheizung am Beispiel des Wohnungsbaus unter besonderer Berücksichtigung der Wärmedämmung der Bauhülle. Dissertation (B) TU Dresden 1978.

[15] Baum, P.: Beitrag zur analytischen Berechnung von Wärmebrücken. Schriftenreihe der Sektion Architektur. TU Dresden (1980), Heft 16.

[16] TGL 35424/08. Bautechnischer Wärmeschutz — Wirtschaftlicher Wärmeschutz.

[17] Petzold, K.: Einige Grundsätze des energetisch optimalen Bauens. Schriftenreihe der Sektion Architektur, TU Dresden (1980), Heft 16.

Die Einbeziehung des laufenden Aufwandes in die ökonomische Bewertung von Bebauungskonzeptionen

Siegfried Stepputat

Das Wohnungsbauprogramm als Kernstück des sozialpolitischen Programms stellt das anspruchsvolle Ziel, bis 1990 die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen.

Daran gibt es auch bei gewachsenen außenwirtschaftlichen Belastungen unserer Volkswirtschaft keinen Abstrich.

Diese Zielstellung stellt hohe Anforderungen an die gesamte Volkswirtschaft, insbesondere an die Wohnungsbaukombinate.

Sie erfordert aber auch, die vorhandenen Fonds rationell, auf maximalen Zuwachs an Gebrauchswerteinheiten orientiert, einzusetzen. Dabei bedeutet rationeller Einsatz der Fonds nicht allein, die Wohnungen und gesellschaftlichen Einrichtungen mit minimalem Aufwand zu errichten. Es ist gewissenhaft zu prüfen und festzulegen, welchen Gebrauchswertanforderungen – als gesellschaftlich anerkannter Bedarf – entsprochen werden kann. Dabei sind Erzeugnisse zu entwickeln, die bei minimalem Einsatz von Material und Arbeitszeit

- dem gesellschaftlich erforderlichen Gebrauchswertniveau entsprechen,
- bei minimalem Aufwand für die Bewirtschaftung eine möglichst hohe Lebensdauer aufweisen,
- hohen Anforderungen an die Architektur und Ästhetik gerecht werden,
- ermöglichen, mit geringstem Aufwand wachsenden Anforderungen der Wohnqualität nachzukommen.

Die Reduzierung des einmaligen Aufwands hat dabei gegenwärtig Vorrang, und noch sind längst nicht alle Quellen der Einsparung von Material und Arbeitszeit ausgeschöpft.

Diese Vorrangigkeit darf aber auf keinen Fall dazu verleiten, daß in absehbarer Zukunft die laufenden Aufwendungen für Betreibung, Reparaturen und Werterhaltung in volkswirtschaftlich nicht zu vertretenden Dimensionen wachsen und damit einen beträchtlichen Teil des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens binden, der dem Produktionsbereich verlorengeht. Dieser Aspekt ist bereits in der frühesten Phase der Vorbereitung und bei der Entwicklung und Weiterentwicklung von Erzeugnissen zu berücksichtigen.

Die Notwendigkeit der Einbeziehung des laufenden Aufwandes

Der Begriff des Gebrauchswertes ist eng verbunden mit den durch den Gebrauch entstehenden Aufwendungen. Ziel muß es sein, diese bei Berücksichtigung aller volkswirtschaftlich begründeten Bedarfsanforderungen der Gegenwart und der Zukunft so gering wie möglich zu halten.

Beim laufenden Aufwand handelt es sich im wesentlichen um eine Effektivitätsfrage der Zukunft. Schon auf dem Reißbrett wird entschieden, welche Mittel später für Betreibung und Instandhaltung eingesetzt werden müssen.

Durch die jährlich wachsende Anzahl der fertiggestellten Neubauten ist hierbei mit raschem, progressivem Wachstum zu rechnen. Volkswirtschaftlich muß entschieden werden, welche Proportionen dabei zu anderen Bereichen der Wirtschaft zulässig sind. Das betrifft auch besonders die Anzahl der in diesem Bereich tätigen Arbeitskräfte.

Unter diesem Aspekt gesehen stellt sich der zu erwartende laufende Aufwand für einen Neubaukomplex als ein unmittelbarer Faktor des Gebrauchswertes dar, genau wie es bei einer Maschine oder Anlage die Betriebskosten, Bedienungsaufwand usw. sind. Der laufende Aufwand wird auch von der Höhe des einmaligen Aufwandes (soweit dieser beispielsweise die Verwendung wartungsarmer und weniger reparaturanfälliger Systeme und Materialien ausdrückt) beeinflußt.

Aus den bisherigen Ausführungen geht jedoch schon hervor, daß es notwendig ist, die Fragen des laufenden Aufwandes für ein Neubaugebiet insgesamt zu analysieren. Nur so lassen sich für die langfristige Bewirtschaftung, vor allem aber für die Konzipierung zukünftiger Neubaukomplexe, verwertbare Aussagen gewinnen. Bisher erfolgten Planung und Abrechnung der Ausgaben und Einnahmen von jedem Rechtsträger einzeln, bei manchen gibt es nicht einmal eine Abgrenzung für ein Wohngebiet (so z. B. für Straßen und unterirdische Versorgungsnetze).

Inhalt des laufenden Aufwandes

Der laufende Aufwand für einen Wohnkomplex besteht aus dem laufenden Aufwand sämtlicher Einzelobjekte. Als Einzelobjekte werden dabei sowohl Hochbauten als auch Ver- und Entsorgungsanlagen, unterirdische Versorgungsnetze aller Art, Straßen, Wege und Freiflächen, technische Einrichtungen sowie Sicherungs- und Verkehrsanlagen in den Grenzen des Wohngebietes oder mit Funktion ausschließlich für das Wohngebiet angesehen.

Der laufende Aufwand tritt erstmalig mit der Übergabe des Einzelobjektes durch den Baubetrieb (Generalauftragnehmer) an den Rechtsträger auf und endet nach Aussonderung, Verschrottung oder Abriß des Einzelobjektes. Damit ist gesagt, daß er sich über die gesamte Nutzungsdauer für das Objekt verteilt.

In einem Wohngebiet tritt eine Vielzahl verschiedener Rechtsträger in Form von volkseigenen Betrieben, Genossenschaften und dem örtlichen Staatsorgan auf. Alle diese Rechtsträger planen und erfassen den laufenden Aufwand für ihre Objekte getrennt. Zur Zeit gibt es an keiner zentralen Stelle eine Gesamtübersicht. Diese ist aber zur Sammlung von Ausgangsdaten und Erfahrungswerten unbedingt notwendig. Außerdem spielt eine große Rolle, daß der laufende Aufwand in seinen Bestandteilen zeitlich sehr verschieden auftritt:

Die **Abschreibungen** sind Ausdruck des materiellen und moralischen Verschleißes der Grundmittel. Nach den in der DDR geltenden Rechtsvorschriften erfolgen die Abschreibungen linear vom Bruttowert, d. h., auch der Kostenverlauf ist – abgesehen von möglichen Restbuchwerten am Ende der normativen Nutzungsdauer – linear.

Die **Nutzungskosten** stellen den Verbrauch vergegenständlichter Arbeit (Material, Energie, Wasser, Entsorgung usw.) und lebendiger Arbeit (Lohnkosten, Dienstleistungen) dar. Sie entstehen mit Beginn der Nutzung der Objekte und verlaufen im Verhältnis zur Nutzungsdauer annähernd linear.

Die **Reparatur- und Wartungskosten** entstehen für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Objektes und beinhalten planmäßig anfallende Reparaturen und vorbeugende Instandhaltung, aber auch unvorhergesehene Reparaturen infolge von Havarien. Ihr Verlauf ist in Abhängigkeit von der Nutzungsdauer der Objekte progressiv steigend.

Das gebietswirtschaftliche Rechnungswesen als Datenquelle für die Bebauungsplanung und Methode zum Nachweis der Wirtschaftlichkeit eines Wohnkomplexes

■ Die gegenwärtig bestehende Situation in der Bewirtschaftung eines Wohnkomplexes

In einem Neubaukomplex wirkt eine Reihe von Betrieben und Institutionen zur Gewährleistung seiner Funktionsfähigkeit und seiner Funktionen zusammen. Bereits bei der Bewirtschaftung des Wohnraumes sind oft zwei verschiedene Eigentumsformen, staatliches und genossenschaftliches Eigentum, anzutreffen.

Noch vielfältiger ist die Rechtsträgerstruktur der gesellschaftlichen Einrichtungen. Neben volkseigenen Betrieben sind die Konsumgenossenschaften, PGH und staatliche Organe als Rechtsträger vertreten.

Auf dem Gebiet der stadttechnischen Versorgung sind die Objekte in Rechtsträgerschaft volkseigener Betriebe und des örtlichen Staatsorgans.

Jeder der Rechtsträger erfaßt die Bewirtschaftungskosten für seine Objekte unabhängig vom anderen. Hinzu kommt, daß viele Rechtsträger diese Erfassung und Planung nicht auf den Neubaukomplex bezogen durchführen, sondern andere örtliche Abgrenzungen vornehmen. Ein anderes Bild ergibt sich bei den Einzelobjekten der gesellschaftlichen Einrichtungen. Dort sind zum Teil objektbezogene Aufwands- und Ergebnisanalysen vorhanden.

Der Verfasser ist der Meinung, daß über wesentliche Seiten des später auftretenden laufenden Aufwandes bereits während der objektbezogenen Projektierung (standortlose Wiederverwendungsprojekte) und Bebauungsplanung entschieden wird. Und dies geschieht ohne genaue Kenntnis über den laufenden Aufwand, bestenfalls unter Einbeziehung persönlicher Erfahrungen. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist eine solche Verfahrensweise nicht zu vertreten, und deshalb besteht besonderes Interesse, diese Seite des Aufwandes zu analysieren und dem Projektanten Kennziffern zur Verfügung zu stellen.

Dazu ein Beispiel: Zur Pflege der Rasenflächen ist der produktivitätssteigernde Einsatz von Mähgeräten mit einer Arbeitsbreite von 3 bis 5 m zweckmäßig. Zur Zeit ist der Einsatz dieser Großgeräte im Stadtbezirk Berlin-Lichtenberg lediglich auf etwa 20 Prozent der zu pflegenden Flächen möglich, weil Wege mit hohen Bordkanten und eine in dieser Hinsicht nicht durchdachte Anordnung der Baum- und Strauchgruppen die Arbeit zu stark behindern. Nachträglich wird vom Gartenamt versucht, dieses Problem durch Umpflanzungen teilweise zu lösen. Und damit entsteht ein volkswirtschaftlicher Verlust, der vermeidbar wäre.

Anforderungen an ein zu entwickelndes gebietswirtschaftliches Rechnungswesen

In immer stärkerem Maß wirkt der laufende Aufwand als ein wesentliches Kriterium der Effektivität der Städte und Gemeinden und somit unmittelbar auf die Verteilung des Nationaleinkommens. „Der jährlich geschätzte Nutzungsaufwand für die Städte der DDR beträgt mehr als 5 Milliarden Mark. Das sind rund 4 Prozent unseres Nationaleinkommens"⟨1⟩.

Vor allem muß dabei gesehen werden, daß sich hinter dieser Zahl ein beachtliches Arbeitskräftepotential verbirgt und auf diesem Gebiet die Kleinmechanisierung bzw. Handarbeit vorherrscht.

Das sozialpolitische Programm der SED, insbesondere der Aspekt stabiler Mieten und Einzelhandelspreise, erfordert eine Reihe von staatlichen Stützungen auf dem Gebiet der Bewirtschaftung von Wohngebieten. Es gilt, diese Stützungen, die jährlich planmäßig steigen, unter Ausnutzung aller Vorzüge des sozialistischen Wirtschaftssystems auf das notwendige Maß zu beschränken. Und dies kann nicht durch Einschränkung der Leistungen, sondern nur durch Optimierung d. h. Vermeiden unnötiger Ausgaben geschehen. Dazu ist jedoch eine genaue Kenntnis der Einflußfaktoren und Größenrelationen Voraussetzung.

Um zu solchen wissenschaftlich fundierten Aussagen zu kommen, müssen alle an der Bewirtschaftung eines Wohnkomplexes beteiligten Partner zusammenwirken. Vor allem ist es dabei erforderlich, Bearbeitungsgrenzen zu ermitteln, die der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit Rechnung tragen.

Nach Meinung des Verfassers ist dabei eine Abgrenzung der Objekte, die dem Wohngebiet zugeordnet sind, von denen, die gesamtstädtische Funktionen zu erfüllen haben, durchzuführen. Weiterhin ist nach der Altersstruktur (Altbauten, ältere Neubauten, modernisierte Gebiete und Neubaukomplexe) zu gliedern. Die Voraussetzungen dafür sind zur Zeit bei den Räten der Stadtbezirke nicht vorhanden, jedoch wären die Aufgaben nur an dieser Stelle im Sinne des Gesamtüberblicks lösbar. Beiträge aller beteiligten Rechtsträger sind dazu eine Voraussetzung. Sie sind von den örtlichen Räten zusammenzufassen und auszuwerten. Entsprechend diesen Anforderungen ist die Datenerfassung bei den Rechtsträgern durchzuführen. Der hierfür anfangs erforderliche Mehraufwand (durch sinnvollen EDV-Einsatz reduzierbar) wird sich nach Meinung des Verfassers volkswirtschaftlich lohnen, einmal durch die Möglichkeit der direkten Senkung des laufenden Aufwandes durch Einflußnahme auf seine Hauptfaktoren, andererseits durch Anwendung gewonnener Erkenntnisse für die Bebauungsplanung neuer Wohnkomplexe.

Normative des einmaligen und laufenden Aufwandes

Bei den bestehenden Normativen des Aufwandes wird zur Zeit lediglich der einmalige Investitionsaufwand festgelegt. Damit steht dem Komplexprojektanten für den Hochbauteil eine recht gute Grundlage zur Aufwandsplanung zur Verfügung. Unsicherheiten dagegen bestehen noch auf dem Gebiet der äußeren und inneren Erschließung.

Bei der Bebauungsplanung wird der zu erwartende laufende Aufwand bisher kaum berücksichtigt, und auch bei der Erzeugnisentwicklung werden nur einige Aspekte erfaßt. Das betrifft insbesondere Faktoren, die die Nutzungsdauer beeinflussen und den Energiebedarf bestimmen. Dies jedoch sind nur einige Teile des laufenden Aufwandes. Kennziffern, die den laufenden Aufwand komplex vorausschauend erfaßbar machen, existieren nicht.

In der Industrie angewendete Maschinen und Anlagen sind in der Regel mit Verbrauchsnormativen, dem erforderlichen Bedienungs-, Wartungs- und Reparaturaufwand recht genau belegt. Dies ist auch für das Rechnungswesen und effektives Wirtschaften unbedingt notwendig.

Das Normativ stellt das gesellschaftlich anerkannte Mögliche dar. Nach ihm können sich Projektanten und Architekten bei der Arbeit richten und Einfluß auf Verbrauchsschwerpunkte nehmen.

Das Erkennen der wichtigsten Ansatzpunkte der Rationalisierung der Bewirtschaftung muß unbedingt vor der Baudurchführung erfolgen, da hier die größten Einsparungen erreicht werden können bzw. spätere Änderungen zusätzlich hohen Aufwand erfordern. Dazu müssen die zukünftigen Rechtsträger, die für das Betreiben, die Instandhaltung und Wartung verantwortlich sind, eng mit den Projektanten und Architekten zusammenarbeiten. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß diese Rechtsträger ausreichend genaue Aussagen über die auf den laufenden Aufwand wirkenden Faktoren treffen können, und die Zusammenhänge zwischen ihnen bekannt sind. Diese Erkenntnisse sind nur langfristig auf Grund von statistischen Auswertungen eines gebietswirtschaftlichen Rechnungswesens zu gewinnen. Bisher bei den Rechtsträgern vorhandene Informationen entsprechen größtenteils nicht diesem wirtschaftlichen Erfordernis. Die in Auswertung und Analyse nur eines Neubaukomplexes gewonnenen Erkenntnisse können weder für eine Stadt noch für ein größeres Territorium repräsentativ sein. Solche Daten können nur durch Zusammenarbeit der beteiligten Betriebe und Institutionen ermittelt werden.

Auf dieser Basis ist die Aufstellung normativer Kennziffern und standardisierbarer Lösungsvarianten zur Minimierung des laufenden Aufwandes bei der objektbezogenen Projektierung und Bebauungsplanung möglich.

Es ist weiterhin zu beachten, daß es nicht möglich sein wird, ein Wohngebiet nur nach bewirtschaftungsgemäßen Gesichtspunkten zu gestalten. In der Regel ist ein Kompromiß zwischen harmonischer Architektur, der aktuellen wirtschaftlichen Situation und den Anforderungen rationeller Bewirtschaftung zu finden. Das heißt, ein zu entwickelndes Kennziffernsystem des normierten laufenden Aufwandes ist mit bereits bestehenden Normativen des einmaligen Aufwandes und der Wohnqualität sowie Standardlösungen des Wohnungsbaus zu sehen, es sind Verbindungen zu schaffen.

Normative müssen zu ihrer breiten Anwendbarkeit für weite Teile eines Bezugsobjektes allgemeingültig sein. Sie sollen zu diesem Zweck so variiert sein, daß sie kein starres Schema darstellen, verschiedene Anwendungsbedingungen ermöglichen und anderen Bedarfssituationen angepaßt werden können.

Die Ermittlung solcher Normative kann nur das Ergebnis langfristiger Forschungsarbeit bei den verschiedenen Rechtsträgern sein. Das gebietswirtschaftliche Rechnungswesen ist dabei eine wichtige Quelle für die notwendigen Ausgangsdaten.

Die Abschreibungen sind relativ leicht auf Grundlage der festgelegten normativen Nutzungsdauer der Investitionsobjekte zu ermitteln. Voraussetzung ist lediglich eine Abgrenzung der unterirdischen Versorgungsnetze, Straßen, Freiflächen, Hochbauojekte usw., die der Wohngebietsfunktion unmittelbar zuzuordnen sind, von denen, die übergeordnete Funktionen erfüllen bzw. der äußeren Erschließung dienen. Die objektmäßige Abgrenzung ist gleichzeitig Bezugsbasis für den Aufwand der Wartung und Betreibung.

Der Aufwand für die Betreibung umfaßt alle direkt und nicht direkt zurechenbaren Kosten für das jeweilige Bezugsobjekt. Diese Werte können hinreichend genau nur durch die Auswertung einer Vielzahl betrieblicher statistischer Angaben ermittelt werden. Weiterhin dürfen Besonderheiten der Ausführung von Objekten auf Grund örtlicher Besonderheiten diese Werte nicht zu stark beeinflussen. Bei der Normativentwicklung ist vom Durchschnitt auszugehen. Die Normative müssen Mittelwerte darstellen, die entsprechend den spezifischen Anwendungsbedingungen variiert werden können.

Diese Aussagen gelten auch in vollem Umfang für den Wartungsaufwand.

Bei den o. g. Aufwandsarten ist von den Besonderheiten betrieblicher Aufwandserfassung zu abstrahieren. Das betrifft insbesondere die nicht direkt zurechenbaren Aufwendungen. Diese sind von der Betriebsgröße, dem Leitungsaufwand, der Anzahl und der Struktur der bewirtschafteten Objekte usw. abhängig und können nicht verallgemeinert werden. Bestenfalls können sie Aussagen für eine innerbetriebliche Rationalisierung enthalten.

Die Normativentwicklung muß damit verbunden werden, ökonomisch günstige Lösungen in ihrer Anwendungsbreite zu fördern. Deshalb ist gleichzeitig mit der Normativerarbeitung auf die Festlegung bestimmter Vorzugslösungen und Konstruktionsprinzipien zu orientieren. Mehr als bisher ist es dabei möglich, die den laufenden Aufwand bestimmenden Faktoren zu analysieren und bereits von optimalen Lösungsprinzipien an seine Senkung heranzugehen.

Grundsätzlich sind für die Normativentwicklung zwei Wege möglich. Bei dem ersten Weg ist von der Analyse einer Vielzahl von bestehenden Neubauwohngebieten auszugehen. Dabei ist von Besonderheiten zu abstrahieren, um zu anwendbaren Normativen zu kommen. Allerdings wirkt sich nachteilig aus, daß die in der Zwischenzeit erfolgte Weiterentwicklung von Wirtschaft und Technik, die sich u. a. in den technischen Lösungen für Objekte und Wohngebiete zeigt, nicht in die Durchschnittsberechnung einfließt. Der zweite Weg bedingt die Zuarbeit aller in Wohngebieten möglichen Rechtsträger.

Diese entwickeln jeweils für ihre Objekte Einzelnormative, die noch nach Gesichtspunkten der verwendeten Materialien, Ausführungsarten, Konstruktionsprinzipien, territorialen Besonderheiten usw. gestaffelt sein sollten. Diese Normativentwicklung müßte auf der Grundlage der Zusammenarbeit der Betriebe mehrerer Bezirke der DDR erfolgen.

Die Einbeziehung von Funktionskomplexen in die ökonomische Bewertung

Das Wohngebiet stellt eine Einheit der zur Funktionsfähigkeit notwendigen Einzelobjekte dar. Diese Objekte dienen den

Tabelle 1 Analyse der Funktionszuordnung und Bewertung

Bewertung	Funktionen und Bewertung: Erholen aktiv 3	Erholen passiv 3	bilden und erziehen 3	Versorgen 1	betreuen 1	Wertung = (Bewertung × Funktionskennzeichen)
Wohnhäuser	2	3	3	0	0	21
gesellschaftliche Einrichtungen						
— Kaufhalle	0	0	1	3	1	7
— Gaststätte	1	3	2	3	3	21
— Schule	1	1	3	0	2	16
— Turnhalle — Schwimmhalle	3	0	3	0	0	18
— Kindergarten — Krippe	1	1	3	0	3	17
— Medizinische Einrichtungen	0	0	1	1	3	7
— Verwaltung	0	0	0	0	2	2
— Serviceeinrichtung	0	0	0	2	2	4
— Dienstleistungsgebäude (Post, Friseur, Club etc.)	2	0	3	3	3	21
— FAH	1	3	1	3	3	18
Straßen/Parkplätze	1	0	0	3	0	6
— Freiflächen/Wege	3	1	2	1	2	20
— unterirdische Versorgungsnetze	0	0	0	3	1	4

Kennziffern der Spalten: 0 = Funktion nicht vorhanden 2 = mittlere Funktion
1 = geringe Funktion 3 = starke Funktion

Tabelle 2

Objekt	Vorgabewert (TM/WE)	Istwert (TM/WE)	Abweichung + / ./. (M/WE)	Gesamt (4) × WE = (5) (TM)	Bewertung (lt. Tabelle 1)	Entscheidung zulässig: ja/nein
1	2	3	4	5	6	7
.	.	.	.	.	.	.
.	.	.	.	.	.	.
.	.	.	.	.	.	.
					—	—

— verbaler Teil (Begründung für Abweichungen etc.)

Tabelle 3

Objekt	Vorgabewert (TM/WE)	Istwert (TM/WE)	Abweichung + / ./. (M/WE)	Gesamt (4) × WE = (5) (TM)	Bewertung (lt. Tabelle 1)	Entscheidung zulässig: ja/nein
1	2	3	4	5	6	7
.	.	.	.	.	.	.
.	.	.	.	.	.	.
.	.	.	.	.	.	.
					—	—

— verbaler Teil (Begründung für Abweichungen etc.)

Tabelle 4

Objekt	Vorgabe .(M/Objekt) .(M/m²) .(M/lfd. m)	Ist .(M/Objekt) .(M/m²) .(M/lfd. m)	Abweichungen + / ./.	Bewertung (lt. Tabelle 1)	Entscheidung zulässig: ja/nein
1	2	3	4	5	6
.	.	.	.	.	.
.	.	.	.	.	.
.	.	.	.	.	.
				—	—

— verbaler Teil (Begründung für Abweichungen etc.)

Hauptfunktionen des Wohngebietes. In Tabelle 1 wird eine Übersicht über diese Funktionen einschließlich einer Bewertung der Einzelobjekte zur Erfüllung dieser Funktionen gegeben.

Obwohl die Bewertung der Funktionen in Tabelle 1 ohne Expertisen durch den Verfasser erfolgte, zeichnen sich für bestimmte Objekte deutliche Schwerpunkte ab. Diese könnten z. B. bei der Bebauungsplanung Beachtung finden, indem sie vom Gebrauchswert her Aufwandsschwerpunkte hervorheben. Weiterhin sollten diese Aussagen dazu benutzt werden, den einmaligen und laufenden Aufwand zu relativieren und mehr funktionsabhängig zu betrachten.

Nach Meinung des Verfassers ergeben sich durch die funktionsbezogene Relativierung der Aufwandskennziffern Hinweise für notwendige Aufwandsschwerpunkte. Diese Schwerpunkte liegen lt. Tabelle 1 bei den hohen Wertungskennzahlen. Bei diesen Objekten sind Aufwandssenkungen unbedingt ohne Gebrauchswertminderung durchzuführen und Gebrauchswerterhöhungen führen unmittelbar zu einer Verbesserung der Wohnqualität.

Vorschlag einer Methodik der ökonomischen Bewertung unter Einbeziehung des laufenden Aufwandes

Die komplexe Bewertung der Bebauungskonzeption umfaßt neben der ökonomischen und gebrauchswertbezogenen Bewertung

- die Bewertung der architektonischen Gestaltung der Bebauung (ästhetische Gestaltung, charakteristische Bebauung, Einordnung in die Landschaft, harmonische Verbindung mit zu erhaltender Bebauung usw.) sowie
- die Bewertung, inwieweit erkennbare zukünftige Entwicklungen des Standortes und des Bedarfs berücksichtigt wurden.

Diese beiden Gebiete sind am besten mittels Expertisen und Punktsystemen zu bewerten. Die Einbeziehung der zukünftigen Bewohner hierbei sollte möglichst frühzeitig erfolgen. Der Verfasser stellt nachfolgend eine Methodik zur komplex ökonomischen Bewertung für Bebauungskonzeptionen in vier Komplexen zur Diskussion:

1. Einhaltung der Komplexvorgaben, wie

- Anzahl der zu errichtenden Wohnungen
- Fläche des Wohnkomplexes und Einwohnerdichte
- Geschossigkeit
- Wohnungsverteilerschlüssel
- durchschnittliche Wohnungsgröße
- Gesamtinvestitionsaufwand und bezogen auf eine Wohnungseinheit

2. Einhaltung der Vorgaben zur Wohnqualität, wie

- Anzahl und Größe der gesellschaftlichen Einrichtungen
- Freiflächen je Einwohner
- Anlagen des ruhenden und fließenden Verkehrs
- Einwohner- und Wohnflächendichte
- durchschnittliche bzw. maximale Wegentfernung

3. Funktionsbezogene Bewertung des einmaligen Aufwands

Hierbei ist der Gesamt-Investitionsaufwand gemäß Ziffer 1 auf die einzelnen Objekte aufzuschlüsseln.
Anschließend ist dieser Aufwand dem objektbezogenen Normativaufwand einschließlich örtlicher Angleichung gegenüberzustellen. Dann ist die funktionsbezogene Objektbewertung (z. B. mittels Tabelle 1) so durchzuführen, wie in Tabelle 2 dargestellt.

4. Funktionsbezogene Bewertung des laufenden Aufwandes

Voraussetzung dafür ist, daß objektbezogene Aufwandsnormative z. B. M/Objekt/a, M/m²/a, M/lfd. m/a bzw. WE-bezogene Normative vorliegen, die das gebietswirtschaftliche Rechnungswesen zuarbeiten muß. Die Bewertung erfolgt analog Ziffer 3, so wie in Tabelle 3 oder 4 dargestellt. Dabei ist zuletzt aufgeführte Tabelle bevorzugt anzuwenden, da die so ermittelten Werte sehr viel genauer als die WE-bezogenen Werte sind. Das bedingt aber, daß bereits mit der Bebauungskonzeption Angaben über Objekte, notwendige Freiflächen und Wege sowie unterirdische Versorgungsnetze ermittelt werden.

Literatur

(1) Mausolf, J.: Ökonomische Bewertungskriterien für Bebauungskonzeptionen (im Stadium der Investitionsvorentscheidung). TU Dresden 1972



1

Zur Verbesserung der Wohnbedingungen in Kleinstädten

Bauen in Kleinstädten: Ausgangsposition, Bestandsaufnahme und Zielstellung

Dipl.-Ing. Karl Sommerer
Bauakademie der DDR
Institut für Landwirtschaftliche Bauten

Eine Forschungsgruppe der Bauakademie der DDR hat in den letzten Jahren verschiedene Kleinstädte der Kategorie 2000 bis 10 000 Einwohner analysiert, um Möglichkeiten der Verbesserung ihrer Wohnbedingungen zu erkunden und wissenschaftlich zu begründen.
Das Kollektiv, dem Dipl.-Ing. Karl Sommerer (Leiter), Dipl.-Ing. Rolf Linke, Dipl.-Ing. Peter Hennig, Dr.-Ing. Werner Dohms, Dipl.-Ing. Hella Böttger und Dipl.-Ing. Evelyn Marquardt angehören, erarbeitete Grundlagen für die städtebauliche Umgestaltung von Innenstädten und Vorschläge für den traditionellen Wohnungsbau. Diese wurden für eine Veröffentlichung der Bauinformation aufbereitet.
Die Forschungsgruppe hat in Fortsetzung dieser Aufgaben weiterhin den Auftrag, die vorliegenden Grundlagen in die Praxis überzuleiten. Deshalb werden in den kommenden Jahren mit örtlichen Räten Vereinbarungen für die gemeinsame Bearbeitung von Beispielen für die Realisierung (bevorzugt Lückenschließungen in Innenstädten) getroffen. Das Kollektiv wird außerdem bei entsprechenden Aufgaben in den Bezirken nach Notwendigkeit und Abstimmung mit den zuständigen örtlichen Stellen für Konsultationen zur Verfügung stehen. red.

Ausgangsposition

Die Verbesserung der Wohnbedingungen in Kleinstädten ist eine Aufgabe, die nur im Rahmen der Erfüllung des Wohnungsbauprogramms und dessen Einheit von Erhaltung, Modernisierung und Neubau definiert werden kann. Diese Aufgabe ist aber auch, da sie zur Vervollkommnung und Erneuerung der Kleinstadt beiträgt, als ein über 1990 hinausreichender langfristiger Prozeß zu sehen. Er erfordert die Einbeziehung aller in diesen Siedlungskategorien zu mobilisierenden Initiativen, vorrangig auf den Gebieten der Substanzerhaltung und -modernisierung, des individuellen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus, wo staatlicher Wohnungsneubau nicht zur Anwendung kommt.

Dies erfordert wiederum sehr differenzierte Lösungswege über längere Zeitabschnitte und daher langfristige Entwicklungskonzeptionen, deren Realisierung mit unterschiedlichen Mitteln und schrittweise möglich sein muß. Ganz besonders wichtig als ein Schwerpunkt bei der Verbesserung der Wohnbedingungen in ländlichen Siedlungszentren ist eine Zielstellung, die sich auf die intensive Nutzung der vorhandenen Substanz und auf baulandsparende Bebauungsformen orientiert. Damit ist eine neue Einstellung zur Ermittlung eines günstigen Verhältnisses zwischen Neubau, Modernisierung und Erhaltung erforderlich, und dies bedeutet weniger Abriß, mehr Erhaltung und Kombination mit Neubau. Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich die gesellschaftliche Aufgabe, die Haus- und Grundstückseigentümer für die Lösung der Aufgabe zu interessieren, indem sie durch die Verbesserung ihrer Wohnsubstanz und den Bau neuer Wohngebäude (besonders in Innenstadtbereichen) diesen Prozeß unterstützen.

Die Initiative vieler Bürger hat sich in dieser Hinsicht besonders in den dörflichen Siedlungen in den letzten Jahren positiv entwickelt. Zahlreiche Hauseigentümer haben häufig in gegenseitiger Hilfe ihre Wohnungen und Wohngebäude durch Um- und Ausbau oder Modernisierung in einen sehr guten Zustand gebracht. Auch in den Kleinstädten sind solche Initiativen von Bürgern und örtlichen Räten zu erkennen. Sie sind allerdings noch entwicklungsbedürftig, um an proportional vergleichbare Ergebnisse, wie sie zum Teil in den Dörfern erreicht wurden, heranzukommen. Hierzu bedarf es unseres Erachtens neuer Überlegungen, wie z. B. mit der großzügigen Kreditgewährung des Staates im Eigenheimbau für die Lösung solcher Aufgaben Stimuli zu schaffen sind oder wie mit einer bevorzugten Materialbelieferung von Grundstückseigentümern in Innenstädten Bauinteressenten gewonnen werden können.

Die Ausgangspositionen und Möglichkeiten der Verbesserung der Wohnverhältnisse in Kleinstädten sind sehr differenziert. Diese Kategorie hat nicht nur sehr unterschiedliche städtebauliche Strukturen und architektonische Formen, sondern auch sehr unterschiedliche volkswirtschaftliche und soziale Entwicklungsbedingungen und -möglichkeiten. Nach den Grundsätzen und Leitlinien der staatlichen Siedlungspolitik der DDR sind diese „Kleinstädte (Siedlungskategorie 4) ... in der Regel Siedlungszentren für größere Teile des Kreises oder auch mehrerer Kreise... Sie üben zum Teil auch die Funktion der Kreisstadt aus... Entsprechend den gebietlich differenzierten wirtschaftlichen Bedingungen sind diese Kleinstädte gleichzeitig Standorte der Industrie, der Kultur und des Erholungswesens... In agrarisch strukturierten Gebieten besitzen diese Kleinstädte zum Teil vorwiegend überörtliche Funktionen in der Versorgung und Betreuung der Bevölkerung für das ländliche Umland".⟨1⟩

Von den 843 Gemeinden in der Größe von 2000 bis 10 000 Einwohnern sind 356 Kleinstädte mit rund 1,7 Mio Einwohnern; 39 davon sind Kreisstädte mit etwa 0,24 Mio Einwohnern. Die übrigen Kleinstädte sind meist Siedlungszentren für die sie umgebenden Dörfer. Die Wohnbevölkerung der 356 Kleinstädte betrug 1971 rund 1 706 000 Ew, das waren 10,1 Prozent der Gesamtbevölkerung.⟨2⟩

Für einen Teil dieser Kleinstädte war in den letzten Jahren ein spürbarer Einwohnerzuwachs nicht zu verzeichnen, wobei es territoriale Unterschiede gab.

Zwischen 1964 und 1970 war die Veränderung des Bevölkerungsbestandes in den Kleinstädten bis 10 000 Einwohner nicht bemerkenswert, während die Veränderung, bezogen auf alle Siedlungen dieser Größenordnung, bei etwa 0,6 Prozent lag.

Eine wichtige Ursache ist, daß Kleinstädte häufig eigene Arbeitsstätten und historisch gewachsene Umlandfunktionen haben. Besonders die Kleinstädte der Nord- und teilweise auch der Mittelbezirke üben fast alle Versorgungsfunktionen für das Umland aus.

Einige wichtige Aspekte, die für die Entwicklung der unterschiedlichen Kleinstädte von Bedeutung waren, sind:

- 39 unserer Kleinstädte mit weniger als 10 000 Ew haben Kreisstadtfunktionen, ihr Einzugsgebiet umfaßt rund 1,5 Mio Ew. Der Einzugsbereich einer solchen Kreisstadt umfaßt etwa das Sechsfache der Einwohnerzahl der Stadt selbst. Auf Grund ihrer Umlandfunktionen und ihrer meist ausgeprägten Arbeitsstättenkonzentration werden diese Städte sehr wahrscheinlich eine spürbare Weiterentwicklung erfahren.
- Auch die territoriale Lage der Kleinstädte macht ihre unterschiedliche Bedeutung für das Umland deutlich. So sind die Kleinstädte der Nordbezirke und Teile von Mittelbezirken fast ausschließlich von kleineren Dörfern umgeben.

Die Kleinstädte in den übrigen Bezirken haben überwiegend in unmittelbarer Nähe große Gemeinden, oder sie liegen selbst in der Nähe größerer Städte, weswegen ihre Umlandbedeutung geringer und Einwohnerzuwachs nicht wahrscheinlich ist.

- Auf Grund vorliegender Siedlungskonzeptionen kann eingeschätzt werden, daß die kleinstädtischen Siedlungszentren ein durchschnittliches Umland mit gleicher Bevölkerungszahl wie die Kleinstädte selbst zu versorgen haben.
- Typische Versorgungseinrichtungen mit überörtlicher Bedeutung sind meist Ambulatorien, Apotheken, Spezialverkaufsstellen für Industriewaren, Kinos und Kultureinrichtungen.
- Analysen zur Arbeitskräftestruktur und zum Arbeitsplatzangebot weisen ebenfalls auf territorial unterschiedliche Bedeutung der Kleinstädte hin. Während z. B. in einem agrarstrukturierten Bezirk der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten mit 20 Prozent sehr hoch ist und Industrie und Bauwesen mit 19 Prozent eine geringe Bedeutung haben, weisen die Kleinstädte verschiedener Bezirke erheblich andere Beschäftigtenanteile auf. In weiteren Gebieten sinkt z. B. der Anteil der Land- und Forstwirtschaftbeschäftigten auf etwa 7 Prozent, und der in Industrie und Bauwesen Tätigen steigt auf 60 Prozent an.
- Während allgemein im Bereich der Infrastruktur kaum bemerkenswerte Unterschiede festzustellen sind, zeigen die Kleinstädte mit ausgeprägten Erholungsfunktionen relative Besonderheiten. Die differenzierte Bedeutung und die daraus abzuleitende Entwicklung der Kleinstädte führen neben den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in der vorhandenen Infrastruktur auch zu unterschiedlichen städtebaulichen Konsequenzen bei der Planung und Umgestaltung der Städte.

Bestandsaufnahme zu den Wohnbedingungen in Kleinstädten

Der Wohnungsbestand beträgt aus einer Analyse von rund 100 Kleinstädten abgeleiteten durchschnittlichen Belegung von 2,95 Ew/WE ungefähr 578 000 Wohnungen. Damit ergibt sich für die Kleinstädte (mit



2



3

4



1 Sehr gut erhaltene Stadtstruktur mit guten Voraussetzungen zur Verbesserung der Wohnbedingungen durch schrittweise Entkernung und Ersatz schlechter Substanz sowie durch die Modernisierung geeigneter Wohnungen

2 Straßenzug mit befriedigender architektonischer Erscheinung. Die Ergänzung durch ein geeignetes Gebäude (Lücke rechts im Bild) wird die Qualität des Straßenbildes wesentlich erhöhen.

3 Lückenbebauung mit falscher Bauform, ungerechtfertigtem Aufwand und nicht gelungener Gestaltung für den Eingang

4 Gelungene Lückenschließung im Straßenzug einer Innenstadt

weniger als 10 000 Ew) eine gegenwärtige Belegung von etwa 1,1 Haushalt je Wohnung, die also damit höher liegt als bei größeren Städten und auch bei nichtstädtischen Siedlungen. In der folgenden Einschätzung wird davon ausgegangen, daß bis 1990 die durchschnittliche Haushaltsgröße mit 2,5 Einwohnern je Haushalt angenommen werden kann.

Die 1971 mit etwa 15 Prozent eingeschätzten Bauzustandsstufen 3 und 4 betreffen etwa 185 000 WE; sie bedürfen einer grundsätzlich differenzierteren Betrachtung und einer neuen Einschätzung auf Grund von durchgeführten privaten Baumaßnahmen und der neuen Beschlüsse und Weisungen.

Man muß davon ausgehen, daß die 1971 durchgeführte Wohnraumzählung mit ihren teilweisen Schätzwerten nur noch zu allgemeinen Orientierungen taugen. Dies betrifft ganz besonders das Gebiet der Wohnungsausstattung, wo in den letzten Jahren beachtliche Eigeninitiativen vieler Bürger eine neue Situation schufen.

Weniger verändert haben sich in den Kleinstädten die Situationen der technischen Versorgung. Wenn man auch davon ausgehen muß, daß es auf diesem Gebiet zwischen dem nördlichen und südlichen Teil unseres Landes erhebliche Unterschiede gibt, so ist für nördliche Kleinstädte zu bedenken, daß die zentralen Abwasseranlagen weitgehend noch zu schaffen sind. Dagegen haben mittlere und südliche Bezirke fast in allen Kleinstädten diese Anlagen mit einem hohen Anteil angeschlossener Gebäude.

Die Ausstattung der Kleinstädte mit **gesellschaftlichen Einrichtungen** ist territorial unabhängig dadurch gekennzeichnet, daß in verschiedenen Versorgungsarten ein Nachholebedarf besteht, während in bestimmten Bereichen die meisten Kleinstädte eine Reihe Gemeinden im Umland mit versorgen. Die Versorgung mit **Unterrichtsräumen in polytechnischen Oberschulen** entspricht in den Südbezirken dem Bedarf der Kleinstädte selbst, und nur die nächstgelegenen Dörfer werden mitversorgt. Dagegen versorgen viele Kleinstädte der Nord- und Mittelbezirke ein größeres Umland.

Die **medizinische ambulante Betreuung** ist in den Kleinstädten – bis auf Ausnahmen – auf die Versorgung der eigenen Bevölkerung sowie der sie direkt umgebenden Dörfer abgestimmt. Größere Einzugsgebiete weisen zum Teil die Einrichtungen der Siedlungszentren in vorwiegend agrarstrukturierten Gebieten auf.

Die **Verkaufsraumflächen** der Einrichtungen für die Waren des täglichen Bedarfs liegen bis auf Ausnahmen über den Bedarfsrichtwerten, für Industriewaren sogar erheblich darüber. Die Organisation des Handels wird erschwert durch eine häufig auftretende Dezentralisation sehr kleiner Einrichtungen, deren Zustand oft verbesserungsbedürftig ist.

Die vorhandenen Gaststättenplätze liegen über dem Bedarfsrichtwert. Hier ist die wichtigste Aufgabe, die Rekonstruktion und Modernisierung der weiterzunutzenden Gebäude und Einrichtungen.

Der Bestand an **Kultureinrichtungen** ist sehr unterschiedlich. Sowohl bei Modernisierungsmaßnahmen als auch bei evtl. Neuanlagen muß vor einer Überdimensionierung gewarnt werden. Die Integration mehrerer Funktionen in einer Einrichtung ist deshalb sehr ratsam (Kultur, Gastronomie, Gemeinschaftsverpflegung, Sport u. a.) und sollte angestrebt werden.

Während die Einwohnerdichte des Gesamtterritoriums einer Kleinstadt mit 40 bis 50 Ew/ha meist sehr niedrig ist, weisen die Altstadtgebiete trotz ihrer vorwiegend nur ein- bis dreigeschossigen Bebauung hohe Werte auf. Analysierte Altstadtkerne haben teilweise Dichten von 100 bis 150 Ew/ha ergeben, und der WE-Anteil dieser Gebiete liegt generell über 35 Prozent (oft über 50 Prozent) an der Gesamtstadt. Hier ist auch die Mehrzahl der Wohngebäude, die für eine Rekonstruktion aus ökonomischen und strukturellen Gründen gut geeignet sind, die aber auch meist die höheren Bauzustandsstufen haben. Bei der Beseitigung von technischen Mängeln ist nicht selten auch der geometrische Zuschnitt und die Höhe der Räume kritisch zu überprüfen. Aber auch Einschätzungen, wo die Wohnungen in Innenstädten dieser Stadtkategorie bis zu 45 Prozent als nicht weiter verwendbar eingestuft wurden, bedürfen der Überprüfung. Einzelne Kontrollen brachten mitunter ein völlig anderes Ergebnis, da in der Zeit von 1971 bis 1980, wie schon erwähnt, durch Maßnahmen der Hauseigentümer (oft mit sehr guter Unterstützung des örtlichen Rates) vieles verändert wurde.

Zielstellung

Der in den Kleinstädten nach 1945 durchgeführte Wohnungsneubau wurde häufig nicht zur Aufwertung innerstädtischer Bereiche genutzt; er erfolgte fast ausschließlich außerhalb der Altstadt.

Planungen aus jüngerer Zeit zeigen zwar andere Tendenzen, es fehlt aber häufig an der Sicherheit für die Realisierung, da das Bauen in der Innenstadt eine Reihe Begleiterscheinungen mit sich bringt, die die Inanspruchnahme von Standorten auf nichtbebautem Gebiet nicht hervorruft. In der Zukunft muß aber auch eine solche Stadtökonomie praktiziert werden, die grundsätzlich baulandsparend ist, die die Unterhaltungskosten der Stadt und ihre Flächenteile stärker in die Rechnung einbezieht und die mehr als in der Vergangenheit auch davon ausgeht, daß schadhafte, aber erhaltenswerte Substanz immer schneller dem Verfall preisgegeben ist, je mehr Zeit tatenlos vergeht, und ihre Verbesserung nicht einfacher, sondern von Tag zu Tag komplizierter wird. Wenn man davon ausgeht, daß Bauland zu sparen ist, wenn Standorte für Wohnungsneubau in den Innenstädten genutzt werden, neues nicht erschlossen und zusätzlich erhalten werden muß und in diesen Prozeß die Verbesserung der Substanz einbezogen wird, so entsteht eine neue Qualität, in der auch der kulturelle Wert unserer Kleinstädte erst wieder seine Funktion erfüllen kann.

Aus den vorangegangenen Ausführungen ergeben sich einige Erkenntnisse, die als Merksätze zusammengefaßt werden können:

1. Ausgehend von der gegenwärtigen Wohnungsbelegung, den Tendenzen ihrer Einwohnerentwicklung, werden die Kleinstädte (< 10 000 Ew) insgesamt nur eine geringe Erhöhung der Wohnungszahl erhalten. Extensive Standorte für den Wohnungsneubau sind nur dann gerechtfertigt, wenn die Altstadtsanierung mit der erforderlichen Kapazität und entsprechenden Mitteln abgesichert werden kann.

Während die Kleinstädte (< 10 000 Ew) mit Kreisstadtfunktionen auf Grund bisheriger Erfahrungen einen spürbaren Aufschwung mit Einwohnerzuwachs erfahren werden, sind andere Kleinstädte dieser Größenordnung mit geringerer Umlandfunktion in ihrer Einwohnerentwicklung abhängig von der Anziehungskraft der Industriestädte. Kleinstädte, die in vorwiegend agrarstrukturierten Gebieten liegen, üben, ohne wesentliche Einwohnerentwicklung, die Funktion als Siedlungszentrum aus.

2. Die Bausubstanz dieser Kleinstädte ist infolge ihres Zustandes (besonders in Innenstädten) gegenüber anderen Stadtkategorien für die Maßnahmen der schrittweisen Erneuerung weitaus differenzierter zu behandeln. Dabei ist besonders zu beachten, daß die Verbesserung der sanitärtechnischen Ausstattung erhaltenswerter Wohnungen in enger Verbindung mit den Maßnahmen zur Verbesserung der Netze und Anlagen der Stadt zu betrachten und zeitlich wie quantitativ in Übereinstimmung zu bringen sind. Zwischenlösungen (wie Gruppenversorgungen) sind häufig erforderlich.

3. Für gesellschaftliche Einrichtungen in Innenstadtbereichen sind häufig durch Funktionsänderungen, Zusammenfassungen von Einrichtungen im Erdgeschoß wesentliche qualitative und ökonomische Effekte zu erreichen. Aus städtebaulich-gestalterischen Gesichtspunkten, die sich aus Stadtbild und -milieu ergeben, ist besonders bei der Einordnung neuer Wohngebäude im Zentrum anzustreben, geeignete gesellschaftliche Einrichtungen im Erdgeschoß solcher Gebäude unterzubringen und zwar so, daß ein hoher städtebaulich-gestalterischer und funktionell-ökonomischer Effekt erreicht wird.

In den dargestellten Prozeß für die Verbesserung der Wohnbedingungen in Kleinstädten sollte der Eigenheimbau vorrangig mit den vielgestaltigen Möglichkeiten des Reihenhauses einbezogen werden. Der Reihenhausbau hat in Kleinstädten zum Teil hervorragende Standortbedingungen, die in verschiedenen Bereichen die Vorteile des Wohnens im Grünen verbunden mit denen der städtischen Versorgung bieten. Diese Tatsache wird vielen Bauinteressenten nicht genügend bewußt gemacht, und der allgemeine Trend, das Eigenheim möglichst am Rande oder außerhalb der Stadt zu bauen, hält unvermindert an. Es ist dringend erforderlich, daß vor allem die Architekten diese Vorteile selbst erkennen und eine entsprechende Aufklärungsarbeit leisten. Leider gibt es Anlaß genug, diesen Appell wiederholt auszusprechen, weil sich vor allem auf dem Gebiet des Eigenheimbaus, besonders in ökonomischer und gestalterischer Beziehung, Erscheinungen ausbreiten, die den Gesamtinteressen der Gesellschaft kraß entgegenstehen.

Ein anderer Teil der innerstädtischen Struktur in den Kleinstädten erfordert aber auch andere Bauformen zu ihrer Sanierung als es mit dem Eigenheimbau möglich ist. Dabei handelt es sich um Baulücken, bei deren Schließung mit mehrgeschossigen (häufig 2- bis 3geschossigen) Wohngebäuden an die Möglichkeiten im Rahmen von AWG oder Interessengemeinschaften gedacht wird. Nach Aussagen des Prüfverbandes der AWG Berlin sind im Rahmen örtlicher AWG-Verbände entsprechende Modifikationen durchführbar. Die örtlichen Räte sollten im Interesse bauwilliger Bürger und der Verbesserung der Wohnverhältnisse ihrer (Innen-)Städte mit der zuständigen AWG (Stadt, Kreis oder Bezirk) entsprechende Verbindungen aufnehmen. Die Kreisgruppen des BdA/DDR sollten außer der erforderlichen Aufklärungsarbeit über das Bauen in der Stadt auch Aktivitäten organisieren, die die langfristigen Entwicklungskonzeptionen von Innenstädten zum Inhalt haben.

Der Wohnungsneubau und der Prozeß der Erhaltung und Modernisierung müssen auf sehr differenzierte Weise gelöst werden. Die Räte der Kleinstädte sollten die häufig sehr große Bereitschaft der Kollegen des BdA sinnvoll nutzen und sie für die Ausarbeitung von langfristigen Konzeptionen zu gewinnen suchen. In den Innenstädten sind Aufgaben zu lösen, die ohne fachmännische Unterstützung die Räte der Städte oft in große Schwierigkeiten bringen. Die örtlichen Räte haben außerdem die für den Umgestaltungsprozeß notwendigen gesellschaftlichen Aktivitäten in Form der Interessentengewinnung zu leisten und dafür gleichzeitig materielle und geistige Stimuli zu schaffen. Der ganze Prozeß erfordert eine permanente und langfristig orientierte Gemeinschaftsarbeit, die die Gewähr gibt, daß die für die Realisierung möglichen „Einzelschritte“ richtig sind, weil sie einer Gesamtüberlegung entspringen.

Literatur

⟨1⟩ Grundsätze und Leitlinien für die staatliche Siedlungspolitik der DDR
Forschungsleitstelle für Territorialplanung der Staatlichen Plankommission
Stand: April 1978

⟨2⟩ Ergebnisse der VBWGZ 1971



1

Städtebaulich-gestalterische Möglichkeiten für die Erhaltung und Entwicklung von Kleinstadtkernen

Dipl.-Ing. Rolf Linke
Bauakademie der DDR
Institut für Landwirtschaftliche Bauten

1
Dichte Überbauung, eindeutige Abgrenzung und in Teilbereichen direkte Beziehung zur Landschaft sind charakteristisch für den Stadtkern von Grabow.

Für den nächsten Zeitraum steht in den Kleinstädten, besonders in ihren Kernen die Aufgabe, Struktur und Bebauung zu erhalten, wo es möglich und sinnvoll ist, und schlechte nicht mehr nutzbare Substanz zu ersetzen, wo es erforderlich ist. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur schrittweisen Umgestaltung dieser Städte geleistet.

Das erfordert, sich mit sehr unterschiedlichen konkreten Gegebenheiten und Situationen auseinanderzusetzen. Unterschiede in Struktur, Bebauungsdichte und -form sind vor allem zwischen den Kleinstädten mittelalterlichen Ursprungs und den im 19. Jahrhundert entstandenen Kleinstädten vorhanden.

Allgemein vollzieht sich jedes Bauen in gegebenen Räumen; das Hinzugefügte tritt in ein Verhältnis zum Vorhandenen. Entscheidend für die Wirkung – ob Harmonie, Kontrast oder Disharmonie – sind letztlich Art und Grad der räumlichen und architektonischen Anpassung unter Berücksichtigung der städtebaulichen Situation, der gesellschaftlichen Erfordernisse und der verfügbaren Mittel.

In den folgenden kurzgefaßten Ausführungen werden die für viele Kleinstadtkerne zutreffenden charakteristischen und erhaltenswerten Merkmale vorangestellt und jeweils die entsprechenden Möglichkeiten für ihre Erhaltung und Weiterentwicklung erläutert. Sie bildeten im Rahmen der Forschungsaufgabe die Basis der Entwicklung von Projektserien für den lückenschließenden traditionellen Wohnungsneubau, die auf den Seiten 24 bis 28 vorgestellt werden.

Die Kleinstädte haben eine überschaubare Größe, alle Teilgebiete sind fußläufig erreichbar. Die Stadtkerne sind besonders bei mittelalterlichen Gründungen meist eindeutig abgegrenzt und bilden in einigen Bereichen noch direkte Beziehungen zur Landschaft (Abb. 1).

Eine flächenmäßige Erweiterung ist in den meisten Kleinstädten mit 2000 bis 10 000 Ew auf Grund der zu erwartenden sehr geringen Einwohnerentwicklung nicht erforderlich. Die vorhandenen Flächen in den Stadtkernen bieten die Möglichkeit, mit der Umgestaltung eine höhere Einwohnerdichte zu erreichen (Abb. 2, 3). Nach Untersuchungen verschiedener Mittel- und Kleinstädte ist eine durchschnittliche Erhöhung der Einwohnerdichte von 92 Ew/ha auf 121 Ew/ha möglich ⟨1⟩. So könnte in den meisten Kleinstädten der künftige Nachhole- und Ersatzbedarf durch Verdichtung in der Stadt abgedeckt werden.

Die extensiven Standorte für den Wohnungsneubau sind deshalb so klein wie unbedingt erforderlich auszuweisen. Sonst können bei späterer Umgestaltung der innerstädtischen Gebiete nur entschieden weniger Wohnungen als heute vorhanden errichtet werden. Statt möglicher Verdichtung ergäbe sich eine Auflockerung der Bebauung, eine Ausdehnung der Stadt, eine Vergrößerung der Entfernungen und damit die Notwendigkeit, neue Nebenzentren zu schaffen, die die Attraktivität des Hauptzentrums schwächen. Alle diese Fak-



2

3



toren wirken sich nachteilig auf die Gesamtökonomie der Kleinstadt aus.

Für die Gliederung und Überschaubarkeit der Kleinstädte ist es wichtig, die teilweise noch vorhandene eindeutige Abgrenzung des Stadtkerns durch Reste der Befestigungs- und Wallanlagen zu erhalten oder freizulegen und möglichst nicht zu stören (Ausbau mehrspuriger Umgehungsstraßen). Am Rand der Stadtkerne wird in Teilbereichen auch heute noch der Gegensatz zwischen geschlossenem Stadtkörper und offener Landschaft deutlich (s. Abb. 1). Dabei ist die unmittelbare Erlebbarkeit des Stadtbildes von außen genauso charakteristisch wie umgekehrt die Tatsache, daß man direkt aus dem dichten städtischen Milieu in die offene Landschaft blicken oder gehen kann. Diese Flächen sollten im allgemeinen nicht bebaut werden, sondern den Ausgleich für das im Stadtkern häufig zu geringe Freiflächenangebot bieten.

Die Kleinstadtkerne besitzen eine einprägsame räumliche und funktionelle Ordnung durch Über- und Unterordnung des Straßen- und Wegenetzes. Charakteristisch sind besonders für mittelalterliche Gründungen ein oder zwei sich am Markt kreuzende Hauptachsen als ursprüngliche Hauptzufahrten zur Stadtmitte. Die bedeutendsten Straßen haben häufig die größte Breite und die repräsentativste Bebauung.

Diese Hierarchie würde mit einer Verbreiterung der meist 8 m bis 15 m breiten Straßenräume auf die geforderten Besonnungs- oder Lärmschutzabstände aufgegeben und damit die Einprägsamkeit der räumlichen Ordnung entscheidend verringert.

Entsprechend Höhe und Gebäudestellung zur Himmelsrichtung ergeben sich nach ⟨2⟩ die in der Übersicht (Abb. 4) zusammengestellten Abstände. Die heute gültigen Besonnungskennziffern können unter den differenzierten Umgestaltungsbedingungen nicht immer eingehalten werden, häufig sind Kompromisse erforderlich.

Wird ein Straßenraum verbreitert, aber die Trassierung beibehalten, so verändert sich der Raumeindruck wesentlich; aber dennoch können auch in diesem Fall noch wichtige Strukturmerkmale erhalten werden (teilweise Bebauung, Zielpunkte, Baumbestand usw.) und ökonomische Vorteile besonders im Tiefbau erreicht werden.

Als wichtigste Strukturelemente sollten in jeder Kleinstadt die Hauptachsen und der Markt mit ihrer charakteristischen Bebauung erhalten und ausgebaut werden. Sie besitzen auf Grund ihrer Abmessungen und Funktionsmischung die besten Voraussetzungen für neu zu gestaltende Fußgängerbereiche, wie ausgeführte Beispiele (Abb. 5) beweisen. Im allgemeinen ist eine Vielzahl kleiner, teilweise nicht mehr rationell nutzbarer gesellschaftlicher Einrichtungen vorhanden, die von Wohnungen überlagert werden. Eine Vergrößerung kann oft durch Zusammenfassen der Erdgeschoßzone mehrerer vorhandener Gebäude erreicht werden oder durch ergänzende Neubauten möglichst in der Gebäudetiefe, um so die Vielfalt und Konzentration der Einrichtungen zu erhalten.

Kleinere neue Einrichtungen in Funktionsüberlagerung mit Wohnungen können meist problemlos in Baulücken eingeordnet werden. Dagegen lassen sich größere neue Einrichtungen mit großem Flächenanspruch oder starkem Anlieferungsverkehr und hohem Stellplatzbedarf bei Strukturerhaltung schwer in die kleingliedrige Altstadtbebauung einfügen. Sie sind oft besser am Rand des Stadtkerns als Zentrumserweiterung in günstiger Verbindung zu den Hauptachsen vorzusehen.

In Kleinstädten werden die Hauptstraßen häufig vor den wenigen historischen Stadteingängen zusammengeführt. Daraus ergibt sich eine starke Verkehrsbelastung des innerstädtischen Netzes, vor allem der Hauptkommunikationsbereiche, aber auch unzureichender Lärm- und Emissionsschutz und teilweise eine Gefährdung der Standsicherheit der Gebäude.

Zur Verbesserung der Verkehrs- und Wohnbedingungen ist es langfristig notwendig, vor allem den überörtlichen Durchgangs-

4

N / W – O / S	ausgewählte Gebäudestellungen				
	⊣a⊢	22,5°	45°	67,5°	90°
[illegible] schattenwerfenden Gebäudes	Gebäudeabstände (a)				
	2,5 h	1,7 h	1,5 h	[illegible] h	2,1 h
1geschossig	[illegible]	[illegible]	4,5 m	5,0 m	6,5 m
2geschossig	[illegible]	10,0 m	[illegible]	10,0 m	13,0 m
3geschossig	[illegible]	15,5 m	[illegible]	14,5 m	[illegible]
4geschossig	[illegible]	20,5 m	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Zu 2 und 3
Eine Erhöhung der Einwohnerdichte wäre trotz Verringerung der Bebauungsdichte möglich (Stadtkern Grabow)

2
vorhandene Bebauung (135 Ew/ha)

3
Studie für eine Umgestaltung (160 Ew/ha)

4
Übersicht Straßenraumbreiten und Besonnung entsprechend ⟨2⟩. Für die Erhaltung der vorhandenen Straßenraumbreiten von 5 bis 15 m sind bei Lage der Wohnräume des verschatteten Gebäudes zur Straße nur die umrandeten Fälle geeignet.

5
Fußgängerbereich in Gräfenhainichen

6
Übermäßige Belastung durch Erschließungs-, teilweisen Durchgangs- und Industrieverkehr in den Hauptachsen des Stadtkerns, die gleichzeitig Hauptgeschäftsstraßen sind und die Landbuslinien aufnehmen (Stadtkern Grabow)

7
Vorschlag für Sofortmaßnahmen zur Verkehrsorganisation durch ein System von Einbahnstraßen im Stadtkern von Grabow



5

verkehr je nach örtlicher Situation am Rand der Stadt oder des Stadtkerns auf Teil- oder Ortsumgehungsstraßen vorbeizuführen (Nutzung vorhandener Straßen oder teilweise Neubau). In den Stadtkernen ist es vor allem erforderlich, die Hauptkommunikationsbereiche zu entlasten oder völlig verkehrsfrei zu gestalten. Durch Klassifizierung des Verkehrsnetzes, den Ausbau weniger Straßenzüge und verkehrsorganisatorische Maßnahmen kann häufig eine funktionsfähige Lösung erreicht werden (Abb. 6 bis 8). Für die Klassifizierung des kleinstädtischen Straßennetzes reicht normalerweise die Einteilung in Landstraßen II. Ordnung, Sammel- und Anliegerstraßen aus ⟨3⟩. Der das Umland erschließende öffentliche Nahverkehr sollte möglichst nah an das Stadtzentrum herangeführt werden. Eine gute Verbindung zwischen Busbahnhof und Bahnhof der Eisenbahn ist anzustreben, wenn Umsteigebeziehungen bestehen. Priorität besitzt nomalerweise die Beziehung Busbahnhof–Stadtzentrum.

Der ruhende Verkehr erfordert in Kleinstädten sehr differenzierte Lösungen. Die Bewohner werden ihre Fahrzeuge weiterhin in Garagen auf dem Grundstück, auf Parkstreifen oder -spuren unmittelbar vor dem Wohngebäude (weniger in Garagenkomplexen in zumutbarer Entfernung) abstellen. Größere Parkplätze am Rand der Stadt oder ihres Kerns sind für die Fahrzeuge der Besucher erforderlich, besonders in Kleinstädten mit touristischer Bedeutung.

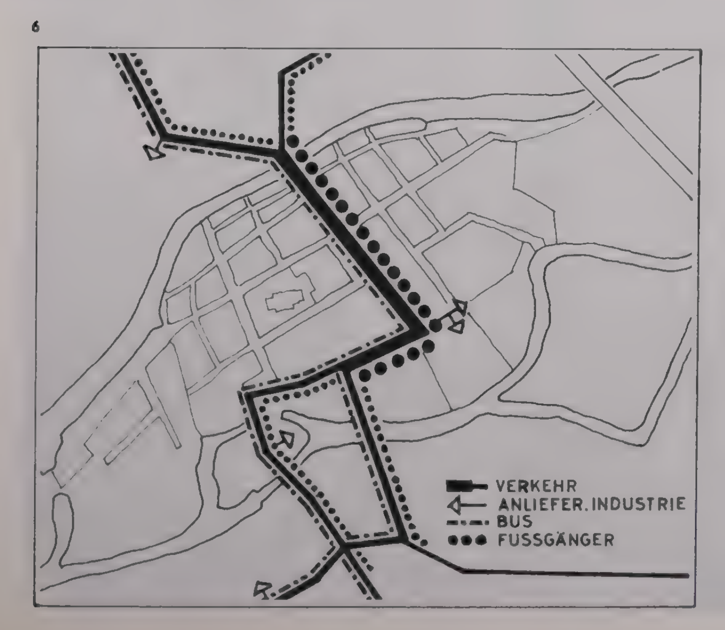
Von einer Doppelnutzung der Parkmöglichkeiten kann in Kleinstädten nur selten ausgegangen werden.

Für den Fußgänger- und Radverkehr ist die Verbindung der wichtigsten Quell- und Zielpunkte erforderlich. Dabei ist eine Integration des Radverkehrs im Fußgängerbereich dort durchaus möglich, wo sie sich auf Grund des geringen Aufkommens gegenseitig wenig behindern.

Für die Kleinstadtkerne ist die geschlossen wirkende Bebauung von Straßenquartieren unterschiedlicher Form und Größe charakteristisch. Die Straßen- und Platzräume begrenzende Bebauung steht allgemein in einer Gebäudeflucht, in der das einzelne teilweise plastisch gegliederte Haus als maßstabgebendes Element ablesbar ist. Der räumliche Abschluß der Straßen wird häufig durch Blickpunkte unterschiedlicher Art betont.

Die offenen Bebauungsformen mit gereihten oder zeilenförmig angeordneten Blöcken die Errichtung langer, gleichförmiger Gebäude, die Anwendung regelmäßiger oder rhythmischer Gebäudeversätze würden zur Aufgabe der vorhandenen Struktur und des kleinstädtischen Maßstabes führen (Abb. 9, 10). Deshalb ist es für die Bebau-

6



7



ung in Kleinstädten u. a. erforderlich, daß Funktionen überlagert, Giebel und Ecken betont, Gebäude waagerecht und senkrecht plastisch gegliedert, Erker, Balkone, Hausdurchfahrten und Dachterrassen vorgesehen werden können. Diese Forderungen gelten letztlich nicht nur für den lückenschließenden Wohnungsbau in der Stadt, sondern auf Grund der vielfältigen Bedürfnisse von Individuum und Gesellschaft ebenso für den Wohnungsneubau „auf der grünen Wiese".

Mit der geschlossenen Bebauung sollte auch die für Kleinstadtkerne charakteristische Intimität der Freiflächen im Quartierinneren bewahrt oder durch eventuelle teilweise Entkernung geschaffen werden, die auf Grund der eindeutigen räumlichen Abgrenzung zwischen gesellschaftlichen, gemeinschaftlichen und individuellen Freiflächen gegeben ist. Denn bei offener Bebauung hat sich der fließende Übergang zwischen gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Freiflächen als Nachteil für die Nutzung und Pflege, aber auch für den Lärmschutz erwiesen.



8

Die geschlossene Bebauung der Kleinstadtkerne besteht im allgemeinen je nach ursprünglicher Nutzung aus 7 bis 20 m breiten ein- bis dreigeschossigen Gebäuden mit Steildach, meist als Satteldach in Trauf- oder teilweise auch in Giebelstellung. Das Erdgeschoß weicht häufig funktionell und gestalterisch von den Obergeschossen ab.

Neubauten in Baulücken sollten sich der gegebenen räumlichen Situation anpassen (= räumliche Anpassung). Deshalb ist anzustreben, längere Gebäude gestalterisch in einzelne Gebäudeabschnitte entsprechend den vorhandenen Hausbreiten zu gliedern (Abb. 11, 12). Eine Anpassung an jede Baulückenbreite ist nicht immmer möglich oder sinnvoll. In solchen Fällen kann neu und alt durch Mauern eventuell mit Grundstückseinfahrt oder Garagen verbunden werden.

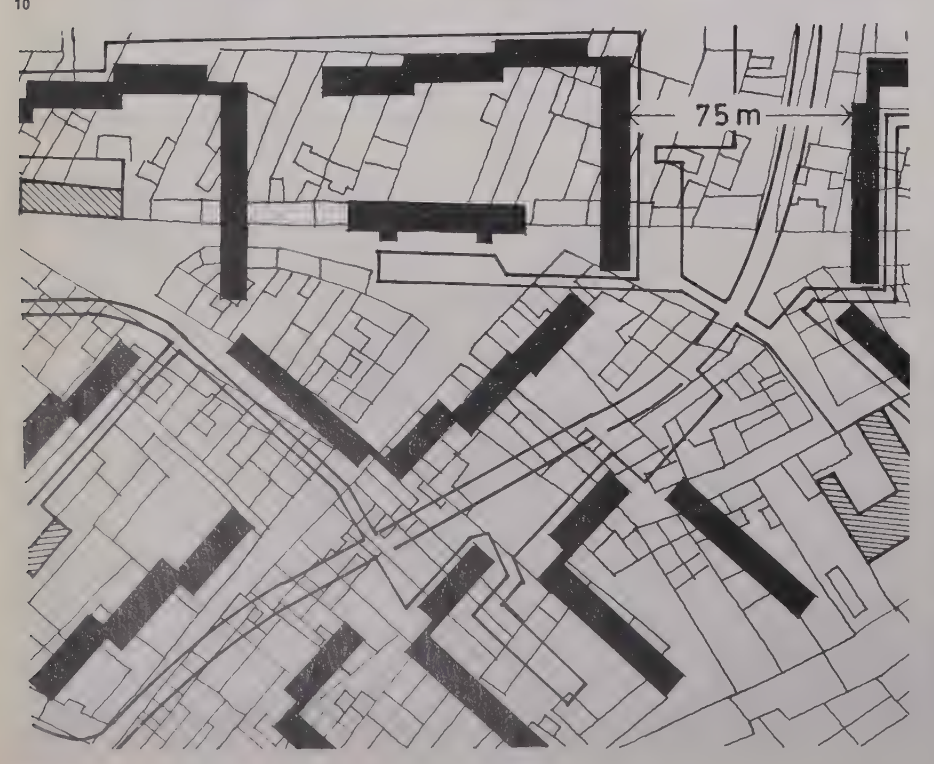


9

Je nach Charakter der vorhandenen Bebauung sind für die Lückenschließung zwei- bis viergeschossige Wohngebäude und ein- bis zweigeschossige Eigenheime geeignet. Für eine Anpassung an die Dachform können in den meisten Fällen Satteldächer in Traufstellung angewendet werden, teilweise aber auch kombinierte Steil-Flachdächer und Flachdächer mit Betonung des oberen Gebäudeabschlusses.

Das Erdgeschoß der lückenschließenden Neubauten kann gestalterisch gegenüber den anderen Geschossen abgesetzt werden, indem gesellschaftliche Einrichtungen vorgesehen oder Nebenfunktionsflächen (besonders bei kellerlosen Gebäuden), offene und geschlossene Durchgänge und Durchfahrten angeordnet oder unterschiedliche Materialien und Farben eingesetzt werden.

10



Die mehrgeschossigen Bürgerhäuser in den Kleinstadtkernen haben im allgemeinen höchstens über zwei Geschosse eine annähernd gleiche Fassadengestaltung. Sie sind immer nach dem Prinzip der Wand-Loch-Fassade mit einer von der Zahl erfaßbaren Gruppierung (nie eine rhythmische Reihung) gleichgroßer hochformatiger Fenster gegliedert. Durch Beschränkung auf wenige Materialien in vielfältiger Ausformung wird mit wenig Mitteln viel Gestaltqualität erreicht.

Die häufig wünschenswerte Anpassung der Neubauten an die vorhandene architektonische Gliederung (= architektonische Anpassung) ist möglich durch
- gestalterisch abgesetztes Erdgeschoß und letztes Ober- und Dachgeschoß



11

8
Verkehrsbelastung einer innerstädtischen Straße

9
Mit der Neubebauung wurde die Struktur wesentlich verändert und damit die geschlossene Bebauung, der Straßenraum und der kleinstädtische Maßstab aufgegeben (Wittenburg).

10
Mit diesem Bebauungsvorschlag aus dem Jahre 1976 für den Innenstadtbereich einer Kleinstadt würde die historische Struktur aufgegeben.

11
Mit der geschlossenen Bebauung wurde die räumliche Struktur erhalten. Architektonisch wurde das fast 100 m lange, völlig gleichförmig gegliederte Gebäude in einzelne Abschnitte geteilt (Sömmerda).

12
Durch geschlossene Bebauung, Gebäudehöhe und Dachform wurde eine räumliche Anpassung erreicht. In der Architektonischen Gliederung entsprechen der sehr lange gleichförmige Baukörper und die vorgehängten Balkone nicht dem kleinstädtischen Maßstab (Beeskow).

- Vermeiden vertikaler Gliederungselemente, die über die gesamte Gebäudehöhe reichen (z. B. Treppenhaus, wo funktionell vereinbar an Gebäuderückseite vorsehen)
- wenige dominierende plastische Gliederungselemente, abgeleitet aus der jeweiligen städtebaulichen Situation.

In der Flächengliederung der Fassade können sich Neubauten anpassen durch

- Gruppierung der Fensteröffnungen, Vermeiden von rhythmischer Reihung
- Verwendung vorwiegend hochformatiger Fenster mit symmetrischer oder ohne Teilung
- Gliederung der geschlossenen Flächen zwischen den Fenstern (durch Putzfaschen, Brüstungsspiegel usw.)

Weiterhin ist es für die Anpassung von Neubauten wesentlich, gleiche bereits vorhandene oder in ihrer Wirkung ähnliche Materialien und Farben anzuwenden und sich auf möglichst wenige Materialien zu beschränken.

Insgesamt wird bei der Einordnung von neuen Gebäuden in historische Kleinstadtkerne eine harmonische Gesamtwirkung nur erreicht, wenn räumliche und maßstäbliche Beziehungen aufgenommen werden.

Das erfordert gemeinsame gestalterische Merkmale zwischen alt und neu. Gleichzeitig sollte jedes neue Gebäude in Funktion und Formensprache eindeutig den Erfordernissen, Ansprüchen und Vorstellungen unserer Zeit entsprechen.

Literatur:

(1) Schattel, J.: Erhöhung der Effektivität langfristiger Standortkonzeptionen für den komplexen Wohnungsbau. Architektur der DDR **28** (1979) 11
(2) Komplexrichtlinien für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten. Bauakademie der DDR, Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur, Sonderheft 2, Bauinformation der DDR, Berlin 1976
(3) Krause, L.: Ziele für die Entwicklung des Verkehrssystems in Kleinstädten (unveröff. Manuskript) 1976

12



Vorschläge für den traditionellen Wohnungsneubau

Dipl.-Ing. Peter Hennig
Bauakademie der DDR,
Institut für Landwirtschaftliche Bauten

Mit einem geringen, aber unverzichtbaren Anteil wird im Wohnungsneubau der DDR auch künftig traditionell gebaut werden; denn die traditionelle Bauweise ist beim Bauen auf kleinsten Standorten (maximal 20 bis 40 WE) wie z. B. bei Lückenschließungen in Umgestaltungsgebieten auf Grund ihrer optimalen städtebaulich-gestalterischen, funktionellen und bautechnischen Anpaßbarkeit selbst beim derzeitigen Entwicklungsstand immer noch vorteilhafter als andere Bauweisen. Wohnungsneubau in traditioneller Bauweise ist darüber hinaus für alle Siedlungen möglich, in denen andere effektive Technologien noch nicht zur Verfügung stehen oder für spezielle Aufgaben weniger geeignet sind. Solche Möglichkeiten ergeben sich z. B. in Dörfern und Kleinstädten auch durch den Einsatz von Kapazitäten zur Lehrlingsausbildung, von Baukapazitäten sonstiger Betriebe, durch die Mitwirkung bauwilliger Bürger und Betriebe beim Eigenheimbau oder beim genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Geschoßwohnungsbau.

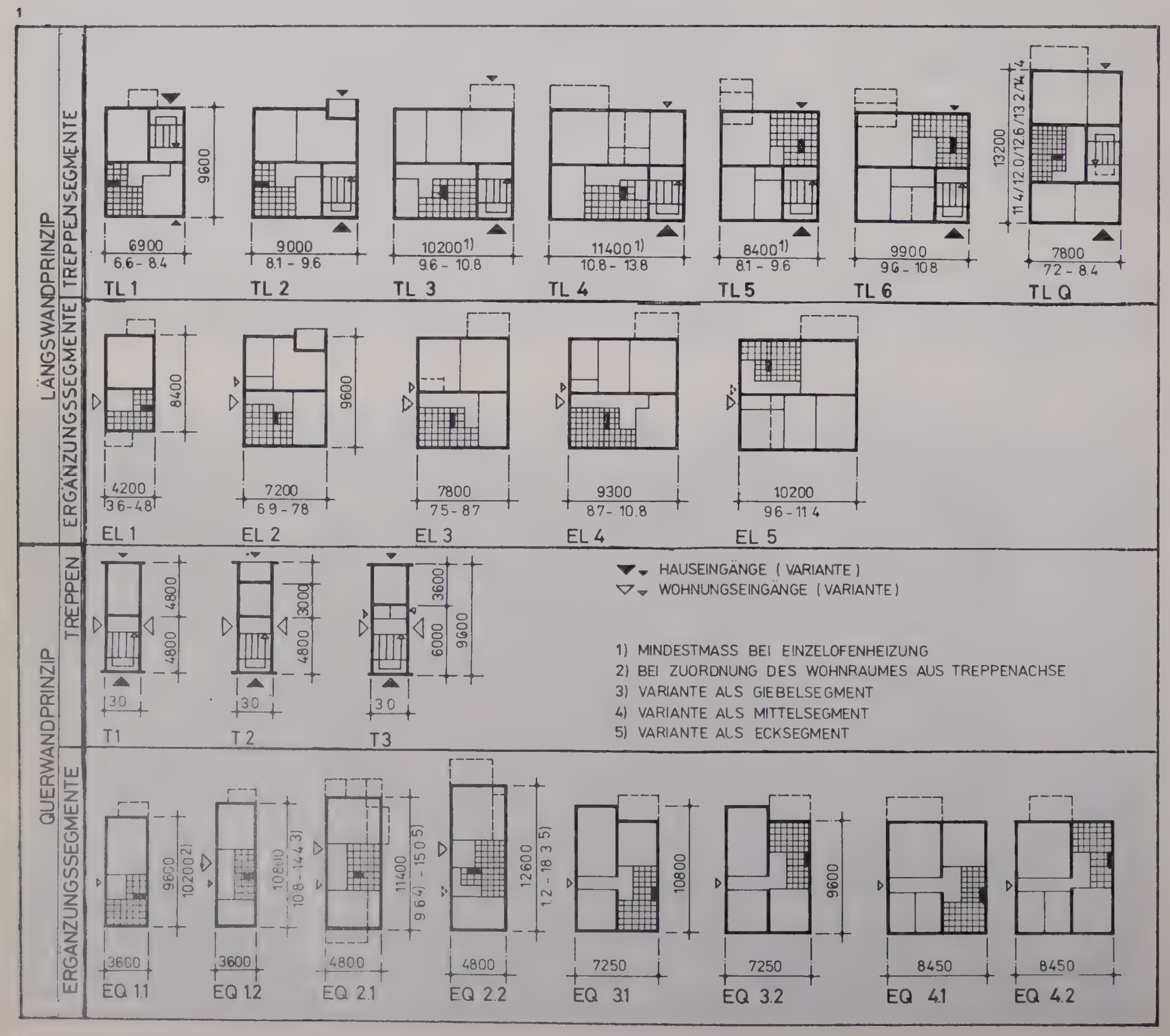
Einer 1978 abgeschlossenen Analyse der Bauakademie zufolge entsprechen die bisher vorliegenden Angebotsprojekte besonders für den Geschoßwohnungsbau weder den funktionellen noch den städtebaulich-gestalterischen Anforderungen, denen das Bauen vor allem in Umgestaltungsgebieten gerecht werden muß. Als Schlußfolgerungen aus dieser Analyse, vor allem aber aus Untersuchungen zur Umgestaltung von innerstädtischen Gebieten mit kleinstädtischen Strukturen und aus allgemeinen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Orientierungen ergeben sich wesentliche Prämissen für die Weiterentwicklung des traditionellen Wohnungsbaus:

■ Wohngebäude in traditioneller Bauweise müssen eine höhere städtebaulich-gestalterische Variabilität und Anpaßbarkeit an unterschiedlichste Standortbedingungen in Umgestaltungsgebieten aufweisen als mit industriellen Bauweisen zu errichtende Gebäude.

Das erfordert vielgestaltige, vorwiegend jedoch angleichende Gebäudeformen und -gliederungen zur Bebauung von Baulücken und kleinen Einzelstandorten (ein- bis dreigeschossige Gebäude mit Steildach).

■ Wohngebäude in traditioneller Bauweise müssen wie bisher üblich durch Baubetriebe, aber auch durch Eigenleistungen bauwilliger Betriebe und Bürger wie beim

1



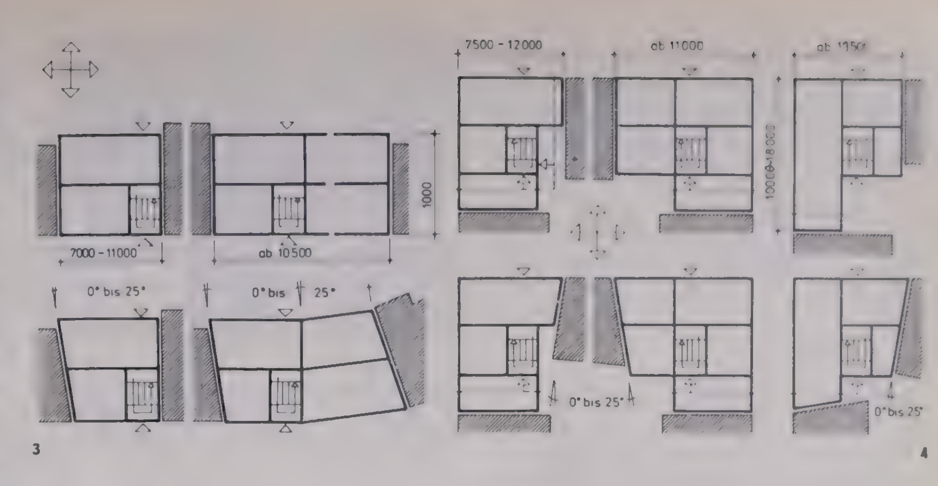
Eigenheimbau und beim genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Wohnungsbau mit einfachen Hilfsmitteln wirtschaftlich und in guter Qualität hergestellt werden können.

■ Wohngebäude in traditioneller Bauweise müssen den vorgegebenen Normativen entsprechen, sollten jedoch spezielle Bedingungen des ländlichen Wohnens berücksichtigen.

Als Anreiz für hohe Eigenleistungen bauwilliger Betriebe und Bürger beim Wohnungsneubau auch in Umgestaltungsgebieten innerhalb von Städten und Dörfern sollte darüber hinaus ein der Höhe der Eigenleistungen angemessener höherer Wohnkomfort ermöglicht werden.

Das erfordert im Geschoßwohnungsbau Verbesserungen im Küche-Bad-Bereich sowie gute Voraussetzungen zur Vergrößerung der Wohnfläche und zu individueller Gestaltung der Wohnung sowie im Eigenheimbau die Erfüllung aller Forderungen, die auf extensiven Standorten auch erfüllt werden können – zu vergleichbaren finanziellen Bedingungen.

Bei der Erarbeitung von Projektierungs-



3

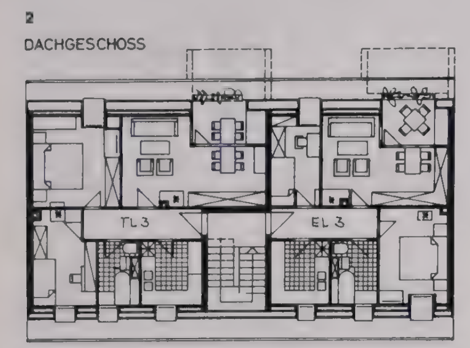
4

4
Lösungsmöglichkeiten bei Eckbebauung mit den Ecksegmenten TLQ (links und Mitte) und EQ2 (rechts)

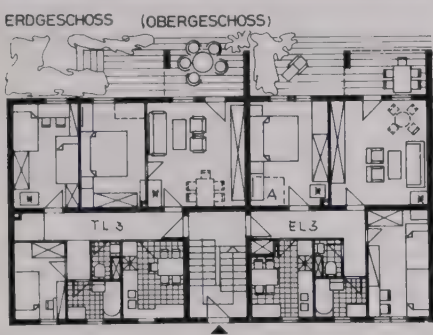
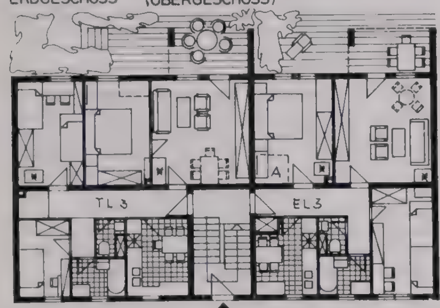
5
Die Baukörpergestaltung von Serie f wird durch den geplanten vorzugsweisen Einsatz in Umgestaltungsgebieten bestimmt. Das führte zur Erarbeitung maßstabsgerecht angleichender, relativ neutral gestalteter Baukörper. Diese Prinziplösungen können örtlich variierbar angeglichen werden. Ansatzpunkte bieten u. a. die begrenzt veränderliche Lage und Größe der Öffnungen sowie Putzgliederungen, aber auch unterschiedliche Erdgeschoßnutzung und -gestaltung sowie Austauschkonstruktionen für Fassaden (z. B. leichte Fertigteile) und Dach (z. B. Mansarddach).

2

DACHGESCHOSS



ERDGESCHOSS (OBERGESCHOSS)

5



BILD a NEBENRAUMSEITE ZUR STRASSE (VARIANTEN ZUM DACH / LINKS - ZUR FASSADENKONSTRUKTION)

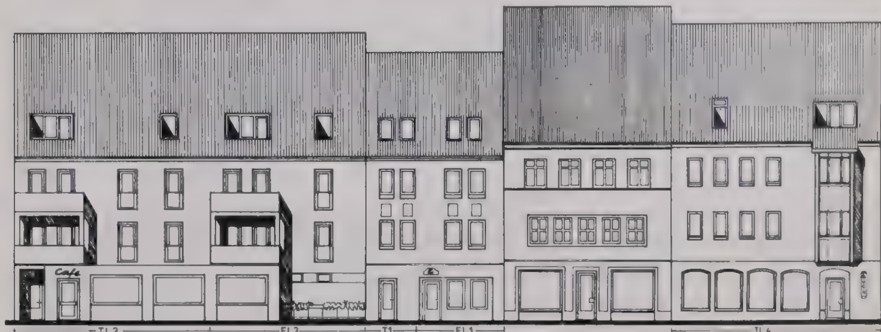


BILD b WOHNRAUMSEITE ZUR STRASSE MIT GESELLSCHAFTL. EINRICHTUNGEN



BILD c WOHNRAUMSEITE ZUM GARTEN



BILD d NEBENRAUMSEITE ZUR STRASSE.

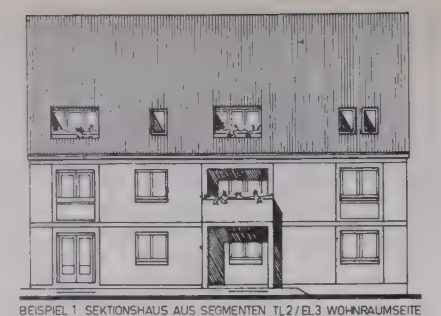
Serie f

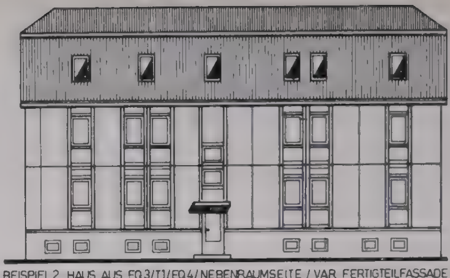
1
Übersicht über Geschoßwohnungsbauserie f
Charakteristische Merkmale der 21 vorwiegend längenvariablen und frei kombinierbaren Segmente sind gute Voraussetzungen zur Baulückenbebauung und hoher Wohnwert der Wohnungen bei Einhaltung der Normative.

2
Der Stellflächennachweis geht von den gewählten Mindestmaßen aus und zeigt, daß in den Wohnräumen alle Forderungen der TGL 9552 eingehalten werden und im Küche-Bad-Bereich spürbare Verbesserungen bereits bei durchschnittlich 58 m² großen Wohnungen möglich sind.

3
Baulücken können mit Segmenten der Serie f ab etwa 7 m Breite lückenlos bebaut werden. Realisierbar sind zugleich Abwinkelungen an den Anschlußstellen bis etwa 25°. Größere Abwinkelungen sind zwar konstruktiv möglich, funktionell und ökonomisch aber kaum sinnvoll. Realisiert wird die lückenlose Anpassung vorzugsweise mit allen Längswandsegmenten durch Ausnutzung ihrer Längenvariabilität in Grenzen von 0,9 m bis 2,4 m.

6
Freistehende Gebäude ergeben sich vorteilhaft durch Zuordnung von zwei Segmenten zu einem Sektionshaus mit 5 bis 7 Wohnungen. Durch geeignete Auswahl ergeben sich unterschiedlich große und unterschiedlich gestaltete Baukörper, mit denen Grundstücke ab 15,0 bis 20,0 m Breite bebaut werden können.


BEISPIEL 1 SEKTIONSHAUS AUS SEGMENTEN TL2/EL3 WOHNRAUMSEITE


BEISPIEL 2 HAUS AUS EQ3/T1/EQ4/NEBENRAUMSEITE / VAR. FERTIGTEILFASSADE

SEKTIONSHÄUSER ALS FREISTEHENDE GEBÄUDE
VORZUGSLÖSUNG: WENIG GEGLIEDERTE SEKTIONSHÄUSER (OBEN)
• AUS LÄNGSWANDSEGMENTEN MIT SATTELDACH (1)
• AUS QUERWANDSEGMENTEN MIT SATTEL- ODER MANSARDDACH (2)

EINORDNUNG IN GRUNDSTÜCKE UND GRUNDSTÜCKSNUTZUNG



HAUS SENKRECHT ZUR STRASSE. GRUNDSTÜCK M. MIETERGARTEN U. GEM. NUTZUNG


VARIANTEN STARK GEGLIEDERTE SEKTIONSHÄUSER MIT SATTELDACH (BEISPIEL 3) ODER MIT FLACHDACH (BEISPIEL 4.5)

BEISPIEL 3 HAUS AUS SEGMENTEN TLQ UND EL 5 / WOHNRAUMSEITE

MIETERGARTEN
23000 (mind. 20500)
HAUS PARALLEL ZUR STRASSE. GESAMTES GRUNDSTÜCK MIT MIETERGARTEN


BEISPIEL 4 HAUS AUS EQ 22, T1, EL3 + EL4 (ALS VARIANTE IM TERRASSENTEIL)


BEISPIEL 5 HAUS AUS EL3/EL4 (ALS VARI IM TERRASSENTEIL) U. SEGMENT TLQ

6

WOHNUNG
WOHNUNG
WOHNUNG
KELLER

2 GESCHOSSE KELLER BEI
• EINFACHER GRÜNDUNG
• GUTEN HYGIENISCHEN BEDINGUNGEN IM EG

WOHNUNG
WOHNUNG
WOHNUNG
NEBENFLÄCHE (WE)

3 GESCHOSSE BEI
• UNGÜNSTIGER GRÜNDUNG
• UNZUREICHENDEN HYGIEN. BEDINGUNGEN IM EG

WOHNUNG
WOHNUNG
WOHNUNG
GES. UND GEM. EINRICHTG.
KELLER

3 GESCHOSSE KELLER BEI
• GESELLSCHAFTL. ODER GEMEINSCH. EINRICHT. IM EG
• EINFACHER GRÜNDUNG

7

15° ca 25%
60° ca 175%
MANSARDDACH MIT BRETTBINDERN (25%) UND TRADITIONELLER SPARRENKONSTRUKTION

50° ca 120%
KEHLBALKENDACH (MIT BINDER KS4.2-KS6.4)
• IN TRAUFSTELLUNG (VORZUGSLÖSUNG)
• IN GIEBELSTELLUNG
VORZUGSLÖSUNG FÜR ALLE SEGMENTE

8

A FENSTERTÜR MIT DACHAUSTRITT. VARIANTE FÜR GROSSE RÄUME
B FENSTERTÜR MIT KL. DACHTERASSE. VORZUGSLÖSUNG F. WOHNZIMMER
C LIEGENDES FENSTER. VORZUGSLSG FÜR KLEINE RÄUME, TREPPE
D GAUBE. VARIANTE FÜR KLEINE RÄUME, TREPPE
E STEHENDES FENSTER. VARIANTE FÜR KLEINE RÄUME
F WIE VOR, MIT FESTEM OBERLICHT FÜR GROSSE RÄUME
BREITE DER ÖFFNUNGEN 2100 / 900 (VARIANTEN 750 1050)

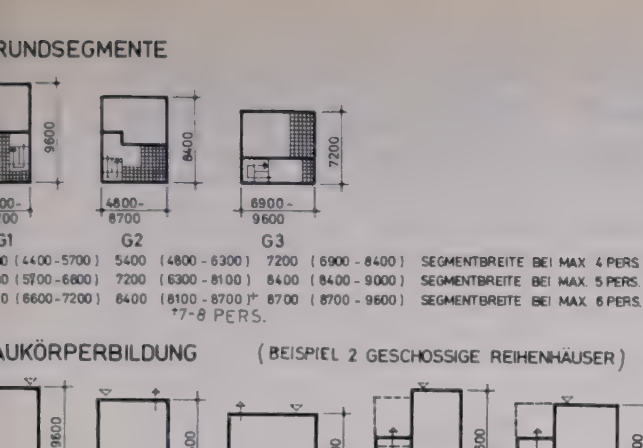
9

7
Geschoßzahl, -nutzung und Geländezuordnung berücksichtigen die am häufigsten zu erwartenden Situationen: vorzugsweise Wohnhäuser mit 2 bis 3 Vollgeschossen und ausgebautem Dachgeschoß. Im Erdgeschoß können auch gesellschaftliche oder gemeinschaftliche Einrichtungen bzw. Nebenflächen, Durchfahrten u. a. eingeordnet werden.

8
Ausgebaute Steildächer mit Kehlbalkenbindern auf etwa 50 cm hohem Drempel sind Vorzugslösungen für alle Segmente. Querwandsegmente erhalten darüber hinaus Varianten mit Mansarddächern.

9
Funktionsgerechte, bautechnisch und ökonomisch günstige Lösungen für die Dachraumbelichtung sind eine wesentliche Voraussetzung für einen hohen Wohnwert der Wohnungen im Dachgeschoß.

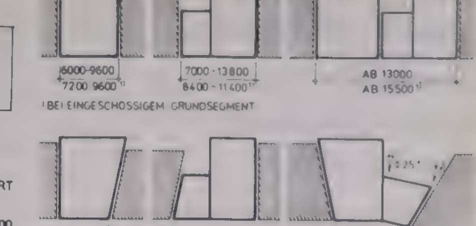
grundlagen für den Geschoßwohnungsbau (Serie f – siehe Darstellungen auf S. 23 bis 26) und den Reihenhausbau (Serie B – Siehe S. 27) hat sich herausgestellt, daß auch im traditionellen Wohnungsbau die Erarbeitung von Erzeugnisserien als rationellste Lösung anzusehen ist. Zwingender als bisher führten die obengenannten Prämissen jedoch zur Erarbeitung möglichst kleiner selbständiger und gut kombinierbarer Gebäudeteile.
Bei diesem ersten Versuch zur Erarbeitung von Angebotsprojekten für Baulückenbebauung stellte es sich zugleich heraus, daß die Angebote unter Berücksichtigung der allgemein bekannten städtebaulich-gestalterischen Anforderungen (siehe auch Artikel von R. Linke) im Hinblick auf die unterschiedlichen Standortbedingungen relativ neutral gestaltet, jedoch weitgehend anpassungsvariabel sein sollten. Das erfordert bei der örtlichen Angleichung zwar eine gründlichere Kenntnis der Leistungsparameter des Angebotes und einen höhe-



ERGÄNZUNGSSEGMENTE

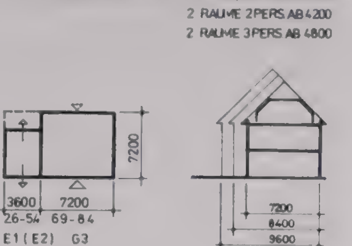
IM EG: GARAGE / HOF-ZUFAHRT
IM OG: 1 RAUM FÜR 2 PERS.

E2
GARAGE / HOFZUFAHRT
HAUSEINGANG
1 RAUM, 2 PERS. AB 3900
2 RÄUME 2 PERS. AB 4200
2 RÄUME 3 PERS. AB 4800



BIS 25° ± 25° BIS 25°

11



10

SCHLAFEN / WOHNEN / NEBENFLÄCHE — 1 GESCHOSSIG; 1½ GESCHOSSIG; 2 GESCHOSSIG

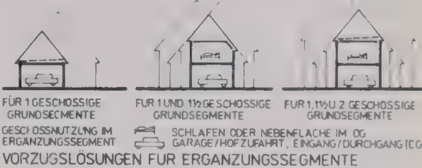
VORZUGSLÖSUNGEN FÜR ALLE GRUNDSEGMENTE

SCHLAFEN / WOHNEN / GEWERBE / NEBENFLÄCHE; RESERVE / SCHLAFEN / WOHNEN / NEBENFLÄCHE; SCHLAFEN / WOHNEN / ZWEITWHG. / NEBENFLÄCHE

VORWIEGEND MIT ERGÄNZUNGSSEGMENT — VORWIEGEND OHNE ERGÄNZUNGSSEGMENTE

VARIANTEN (2 GESCHOSSIG) FÜR GRUNDSEGMENTE G2 UND G3

12



FÜR 1 GESCHOSSIGE GRUNDSEGMENTE — FÜR 1 UND 1½ GESCHOSSIGE GRUNDSEGMENTE — FÜR 1, 1½ U. 2 GESCHOSSIGE GRUNDSEGMENTE

GESCHOSSNUTZUNG IM ERGÄNZUNGSSEGMENT — SCHLAFEN ODER NEBENFLÄCHE IM OG; GARAGE / HOFZUFAHRT, EINGANG / DURCHGANG (EG)

VORZUGSLÖSUNGEN FÜR ERGÄNZUNGSSEGMENTE

13

ren Anteil schöpferischer Arbeit des Architekten als es bisher bei der Angleichung von Angebotsprojekten üblich ist, ermöglicht aber zugleich ein höheres Maß an Individualität.

Nach den im Bildteil auszugsweise dargestellten Projektierungsgrundlagen für die Geschoßwohnungsbauserie f und die Reihenhausserie B sollen ab 1980 schrittweise von der Kreisentwurfsgruppe Klötze Angebotsprojekte erarbeitet und – in Zusammenarbeit mit den örtlichen Räten – praktische Anwendungsbeispiele realisiert werden. Der Realisierung und Auswertung solcher Beispiele wird von den Verfassern große Bedeutung nicht nur aus städtebaulich-gestalterischen, sondern auch aus organisatorischen, ökonomischen und anderen Gründen beigemessen. Damit verbunden ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit solchen Partnern, die in den Jahren 1981 bis 1985 den Wohnungsneubau entsprechend diesen Vorschlägen durchführen können.

Serie B

10
Serie B besteht aus den unterschiedlich dimensionierten, längenvariablen Grundsegmenten G 1 bis G 3 als jeweils voll funktionsfähige, ökonomisch günstige Eigenheime. Sie können entweder allein oder in Verbindung mit einem der beiden weitgehend anpassungsfähigen Ergänzungssegmente als Reihenhaus errichtet werden.

11
Die Mindestbreite der Baulücken beträgt 6 m. Ab 7 m Breite können bereits Hofzufahrten sinnvol eingeordnet werden. Schiefwinklige Anschlüsse sind dabei wie dargestellt möglich, sollten aber vorzugsweise mit Ergänzungssegmenten gelöst werden.

12
Alle Grundsegmente können bei gleicher Funktionsverteilung auf die Geschosse unterschiedlich im Gelände so eingeordnet werden, daß ein-, 1½- und zweigeschossige Bebauung mit Steildach vorzugsweise als Satteldach möglich ist. Die dargestellten Varianten für zweigeschossige Bebauung (z. B. mit Handwerksbetrieben im Erdgeschoß) sind durch örtliche Angleichung zu realisieren.

13
Lösungsprinzip für Ergänzungssegmente

14
Wie das am Beispiel 1½geschossiger Reihenhäuser (Grundsegmente 3, Ergänzungssegment 2) dargestellte funktionelle Prinzip zeigt, können auch auf Standorten in Umgestaltungsgebieten alle eigenheimtypischen Vorteile geboten werden. Dazu gehören ausreichend große, gut zugeordnete Funktionsbereiche, gute Erschließbarkeit des Grundstückes und günstige Beziehungen der Wohnung zum Freien, wie direkte Verbindung des Wohnbereiches zur Gartenterrasse und Zuordnung von Nebenräumen zur Straße.

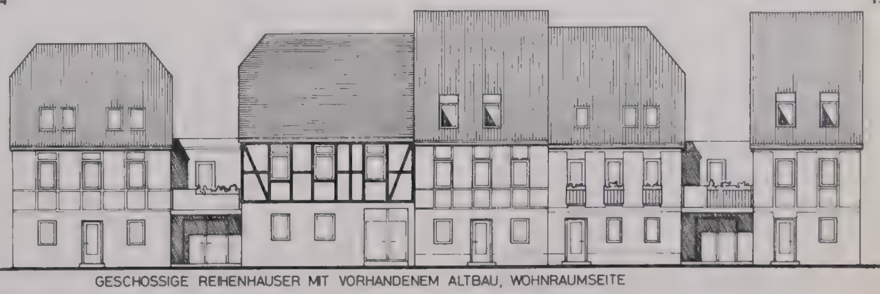
15
Die Gestaltungsprinzipien der erhaltenswerten Bausubstanz können auch mit den Segmenten der Serie B aufgenommen werden. Die einzelnen Segmente dürften dabei vor allem auf Grund ihrer unterschiedlichen Dimensionen und der veränderlichen Öffnungsausbildung zu ausreichender gestalterischer Variabilität führen.



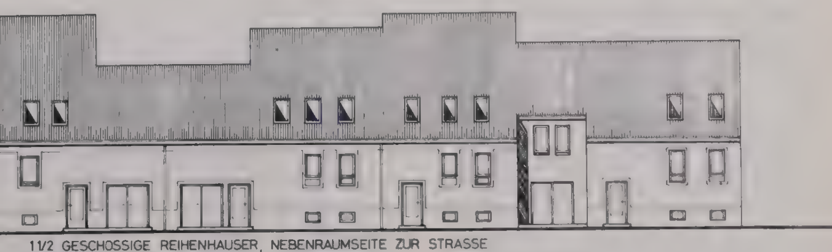
KELLER (KG) EINGANGSBEREICH WOHNBEREICH (EG) INDIVIDUELLER BEREICH (OG)

14

15



GESCHOSSIGE REIHENHÄUSER MIT VORHANDENEM ALTBAU, WOHNRAUMSEITE



1½ GESCHOSSIGE REIHENHÄUSER, NEBENRAUMSEITE ZUR STRASSE



WOHNRAUMSEITE ZUM GARTEN

Ausgewählte gesellschaftliche Einrichtungen in traditionell errichteten Wohngebäuden

Dipl.-Ing. Evelyn Marquardt
Bauakademie der DDR
Institut für Landwirtschaftliche Bauten

Die mit der Umgestaltung der Kleinstädte gestellte Aufgabe der Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen ihrer Bewohner bedingt auch die Einbeziehung der gesellschaftlichen Einrichtungen in die Planung. Aus dem Bestreben, Substanz, Struktur und Charakter der gewachsenen Städte zu bewahren, ergibt sich die Notwendigkeit, im innerstädtischen Bereich die Form der Unterlagerung gesellschaftlicher Einrichtungen in Wohngebäuden weitgehend zu erhalten und zu ergänzen. Die vorhandenen Einrichtungen in den Kleinstadtkernen haben vor allem in den Bereichen Handel, Gastronomie und Dienstleistungen zumeist die in den Richtwerten geforderten Kapazitäten; die zum Teil sehr kleinen Einrichtungen lassen jedoch oft keine rationelle Nutzung und keinen optimalen Einsatz der Arbeitskräfte zu, zumal sie oftmals eine Reihe qualitativer Mängel aufweisen. Deshalb sollte in erster Linie die vorhandene, noch brauchbare Substanz genutzt und verbessert werden.

Daraus ergeben sich im Prozeß der Umgestaltung Maßnahmen, wie

- die Überarbeitung des Gesamtnetzes, um u. a. durch Aufgabe oder Verlagerung ungeeigneter Einrichtungen, die Zersplitterung des Netzes zu vermindern
- die Vergrößerung vorhandener Einrichtungen durch Anbauten, Zusammenlegung nebeneinanderliegender Einrichtungen oder Inanspruchnahme benachbarter Flächen
- die Beseitigung bestehender Mängel durch Instandsetzung, Modernisierung, Um- und Ausbau.

Darüber hinaus ist es wichtig, daß bei notwendigen Neubaumaßnahmen des Wohnungsbaus im innerstädtischen Bereich auch die Möglichkeiten der Einordnung gesellschaftlicher Einrichtungen im Rahmen der Gesamthandelsnetzkonzeption erwogen werden. Dabei sollten Einrichtungen bevorzugt werden, die für eine Unterlagerung geeignet sind. Prämissen dafür sind

- die sinnvolle Einordnung in die vorhandene städtebauliche Situation nach funktionellen und gestalterischen Kriterien
- die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Einrichtung innerhalb des durch das Wohnungsgebäude vorgegebenen Rahmens mit vertretbarem bautechnischem und ökonomischem Aufwand
- keine bzw. minimale Beeinträchtigung der Funktion der darüberliegenden Wohnungen.

So sind vorrangig Einrichtungen des Handels, der Dienstleistungen, der Gastronomie, des Post- und Fernmeldewesens und der Geldinstitute geeignet. Darüber hinaus gibt es auch Möglichkeiten, kleinere Einrichtungen der kulturellen, medizinischen oder sozialen Betreuung einzuordnen.

Die hier vorgestellten Beispiele gesellschaftlicher Einrichtungen sind für traditionell zu errichtende Wohngebäude, die vorrangig zur Baulückenschließung geeignet sind, vorgesehen. Der bauliche Rahmen des Wohngebäudes bringt eine Reihe von Bindungen mit sich, die für die Einordnung gesellschaftlicher Einrichtungen Probleme aufwerfen und zum Teil aus der Anpaßbarkeit an Baulücken unterschiedlichster, häufig geringer Breiten resultieren. Daraus abgeleitet ergeben sich zumeist relativ kleine zusammenhängende Flächen für gesellschaftliche Einrichtungen. Um jedoch Einrichtungen mit größerem Flächenbedarf einordnen zu können, müssen die zu kleinen Flächen erweitert werden, z. B. durch eingeschossige Anlagerung oder durch Zusammenlegung beachbarter Flächen. Dadurch ist es möglich, ein Flächenangebot verschiedener Größenordnung zwischen 60 und 250 m² zu erreichen. Für diese Flächen sind zumeist nur kleine Einrichtungen, oftmals mit spezialisiertem Angebot, geeignet.

Es wurden Prinziplösungen für Gaststätten, Einzelhandelseinrichtungen, Volksbuchhandlungen und kleine Klubeinrichtungen erarbeitet, die mit den zuständigen Fachplanträgern abgestimmt wurden. Um den örtlichen Organen der Städte für die Entscheidungsfindung eine breitgefächerte Grundlage zu geben, wurde eine Reihe von Varianten für die genannten Einrichtungen auf ihre Eignung für die Unterlagerung untersucht (Tabelle).

Für den Bereich Gastronomie wurden spezialisierte Einrichtungen (Imbißgaststätte mit Selbstbedienungsbüfett, Getränkebar/Espresso und Tagescafé) erarbeitet. Die Lösungsbeispiele für den Bereich Einzelhandel ermöglichen, eine breite Palette von Sortimenten sowohl für Nahrungs- und Genußmittel als auch für Industriewaren anzubieten.

Die Volksbuchhandlungen sind als Stadtbuchhandlungen oder als kleine Kreisbuchhandlungen geeignet.

Jede Einzelmaßnahme für die Schaffung gesellschaftlicher Einrichtungen muß aus der Planung des innerstädtischen Bereiches hervorgehen und mit dem zuständigen Fachplanträger für den konkreten Standort abgestimmt werden.

Tabelle
Übersicht über die erarbeiteten Prinziplösungen

Einrichtung		Kapazität
Gaststätten		
— Imbißgaststätte		24 bis 40 Plätze
— Getränkebar	jeweils	24 bis 45 Plätze
Espresso	9 Varianten	
— Tagescafé		24 bis 40 Plätze
Einzelhandel	11 Varianten	40 bis 75 m² Verkaufsraumfläche
Volksbuchhandel	4 Varianten	48 bis 70 m² Verkaufsraumfläche
Klubeinrichtungen	3 Varianten	30 bis 60 Plätze (2 bis 4 Klubräume)

1



2

1
Beispiele gesellschaftlicher Einrichtungen auf durch eingeschossige Anlagerung erweiterten Flächen.
Die Zugänge für die Nutzer der Einrichtungen und die Bewohner des Wohngebäudes befinden sich auf der Straßenseite.
Für die hofseitige Anlieferung muß eine Zufahrt in der vorhandenen Bebauung gewährleistet sein.

2
Beispiele gesellschaftlicher Einrichtungen unter Nutzung der Flächen nebeneinanderliegender Gebäude.
Die für die Anlieferung erforderliche Hofzufahrt wurde in der Neubebauung vorgesehen.

Legende zu 1 und 2

A	Aufenthaltsraum
Ab	Abstellraum
B	Büro
G	Garderobe
K	Küche
Kr	Kühlraum
L	Lager
Lg	Leergut
Lt	Leiter
S	Sozialräume
Sk	Sekretariat
Sp	Spüle
Tk	Teeküche
Vo	Vorbereitungsraum
W	WC
WE	Wareneingang

Weiterentwicklung der WBS 70 unter dem Aspekt ihrer Anwendung in innerstädtischen Gebieten

Im folgenden Beitrag werden Möglichkeiten der Anwendung der Plattenbauweise in innerstädtischen Bereichen zur Diskussion gestellt. Der Autor, der diese Thematik in seiner Dissertation behandelt hat, vertritt die Auffassung, daß es notwendig und möglich ist, das Erzeugnissortiment der Wohnungsbauserie 70 auch in Umgestaltungsgebieten bei einer schrittweisen Qualifizierung und Profilierung des Angebotes einzusetzen. Da künftig der innerstädtische Wohnungsbau an Bedeutung gewinnt, sind die vorgetragenen Probleme und Lösungsvorschläge von allgemeinem Interesse. Die Dissertation des Verfassers zu diesem Thema wird in der Schriftenreihe „Bauforschung – Baupraxis", Heft 46, veröffentlicht. red.

Dr.-Ing. Wilfried Stallknecht
Bauakademie der DDR
Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau

Wohnungsbauten werden in der DDR gegenwärtig überwiegend in Neubaugebieten errichtet, die den Gebäudekonzeptionen keine oder nur unwesentliche Bindungen an erhaltenswerte Bausubstanz oder städtebauliche Strukturen auflegen. Diese Art der Einordnungsbedingungen prägt die Erzeugnisse des industriellen Wohnungsbaus, gewährt günstige Voraussetzungen für den Bauablauf.

Die funktionelle Organisation von Wohnungen und Wohngebäuden zur Gewährleistung einer optimalen Wohnqualität unterliegt – neben volkswirtschaftlichen Vorgaben in Form von Aufwandsnormativen, wie der Einhaltung einer durchschnittlichen Wohnungsröße von 58 m² – vor allem den konstruktiven und technologischen Möglichkeiten des industriellen Bauens, das eine unumgängliche Voraussetzung zur Lösung der Wohnungsfrage ist.

In konsequenter Fortführung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und der auf dieser Grundlage bis 1980 geschaffenen Basis an Vorfertigungsstätten bleibt die Plattenbauweise für den Wohnungsneubau im Zeitraum bis 1990 die vorherrschende Bauweise. Hierbei bestimmen die der Wohnungsbauserie 70 zugrunde liegenden konstruktiv-technologischen Charakteristika Produktionsprofil und Erzeugnisentwicklung.

Wie jede Industrieproduktion, so erfordert auch das industrielle Bauen eine exakte Bestimmung der Erzeugnisse, um für deren effektive Herstellung Produktionsvorbereitungen treffen zu können. Produkte des industriellen Bauens sind serienmäßig zu produzierende, universell anwendbare Gebäude oder Gebäudeteile.

Das Wohngebiet als Ergebnis des komplexen Wohnungsbaus wird aus diesen im voraus bestimmten Erzeugnissen gebildet. Die Erscheinungsform der Gebäude, wie auch des gesamten Wohngebietes spiegelt die Herstellungsweise – das industrielle Bauen – wider, das somit zu einem entscheidenden städtebaulichen Faktor geworden ist und deshalb seinerseits höchste Aufmerksamkeit hinsichtlich einer spürbaren qualitativen Weiterentwicklung bedarf.

Unter Einfluß sich wandelnder Auffassungen zur Wohngebietsplanung – von der Ausschließlichkeit freistehender Wohnblöcke zu geschlossenen Bebauungsformen – vollzieht sich der Übergang zu Wohnungsbauserien mit umfassenderen Gebäudesortimenten. Die fortgeschrittenste Entwicklung wurde in dieser Hinsicht mit der Wohnungsbauserie 70 erreicht, die mit unterschiedlich langen Gebäudeteilen, Ecksegmenten und Verbindern vielfältige Bebauungsformen ermöglicht.

Nach der Beseitigung des Wohnungsdefizits mit der Lösung der Wohnungsfrage dient der Wohnungsneubau zunehmend dem Ersatz nicht mehr modernisierungswürdiger Bausubstanz. Aus der Sicht einer erforderlichen Reproduktion der Substanz und eines rationellen Umgangs mit Bauland ist es unumgänglich, immer häufiger Wohnungsneubauten in erhaltungswürdige Gegebenheiten innerstädtischer Wohnbereiche einzuordnen.

Einordnungsbedingungen

Damit tritt eine entscheidende Wandlung der Aufgabenstellung für den Wohnungsneubau ein. Während beim extensiven Wohnungsbau die Einordnungsbedingungen der Erzeugnisse (z. B. die gesetzlichen Vorschriften für Besonnung, natürliche Beleuchtung und Schallschutz) in hohem Maße die Raumordnung, Funktionslösung und Gestaltung eines Wohngebietes formen, ist beim innerstädtischen Wohnungsneubau die erhaltenswerte Substanz des Hoch- und Tiefbaus zu beachten, die dem industriellen Wohnungsbau hinsichtlich technologischer, maßlicher und funktioneller Aspekte neue Bedingungen auferlegt, ganz besonders unter dem Aspekt, daß der Abriß von Gebäuden und baulichen Anlagen, die erhaltenswürdig sind, untersagt ist.

Wie auf dem 11. Plenum des ZK der SED erneut betont wurde, ist die wirtschaftlichste Lösung darin zu suchen, Neubau, Modernisierung und Werterhaltung miteinander zu verbinden. Ein solches Herangehen erfordert eine hohe Anpassungsfähigkeit der Neubauten an Vorhandenes.

Materiell-technische Voraussetzungen

„Seit 1971 wurde viel getan, um eine moderne, leistungsfähige Wohnungsbauindustrie unserer Republik zu schaffen. Allein über 8 Milliarden Mark Investitionen sind dafür im Bauwesen eingesetzt und realisiert worden. So stieg die Vorfertigungskapazität in der produktionsbestimmenden Großplattenbauweise von 35 000 auf 100 000 Wohnungen bis Ende 1979 an".[1])

Das beträchtliche Anwachsen des Wohnungsneubaus auf innerstädtischen Standorten im Zeitraum von 1981 bis 1990 verbietet aus den realen Prozessen die Auffassung, den innerstädtischen Wohnungsbau als etwas Besonderes, neben dem Massenwohnungsbau Existierendes zu handhaben. Die oft geäußerte Auffassung, die Plattenbauweise, besonders die Wohnungsbauserie 70, nicht in umzugestaltenden innerstädtischen Wohnbereichen anzuwenden, steht nicht mit der Realität in Übereinstimmung. Auch wenn bis 1985 der Anteil der Wohnungsbauserie 70 am gesamten Wohnungsbauvolumen kleiner ist als der Bedarf für Neubaugebiete und die restlichen Baukapazitäten des Massenwohnungsbaus theoretisch für den innerstädtischen Wohnungsbau ausreichen würden, zwingt die territoriale Lage von Vorfertigungsstätten und die – für den Elementetransport – dazu in günstigen Entfernungen liegenden größeren Umgestaltungsaufgaben zu anderen Zuordnungen. Gleiche Vorfertigungsstätten werden dann sowohl für den extensiven als auch den innerstädtischen Wohnungsbau produzieren, der damit den Realisierungsgrundlagen und Entwicklungstendenzen des Massenwohnungsbaus unterliegt.

Es geht deshalb vordergründig nicht um innerstädtische Varianten der Wohnungsbauserien, die, in geringerem Umfang angewendet, einen erhöhten Aufwand rechtfertigen könnten, sondern um die Profilierung des industriellen Massenwohnungsbaus, sowohl für seinen Einsatz in umzugestaltenden innerstädtischen Wohnbereichen als auch in neuen Wohngebieten.

Städtebauliche Zielstellungen

Zur Umgestaltung innerstädtischer Wohnbereiche gibt es gegenwärtig eine außerordentlich große Variationsbreite unterschiedlicher Leitbildvorstellungen. Sie reichen von der detailgetreuen Wiederherstellung und Kopie des Vorhandenen bis zu völlig neuen Bebauungsstrukturen, die alle historisch entstandenen Gegebenheiten negieren.

Die Notwendigkeit, den Wohnungsneubau immer auf innerstädtischen Standorten mit industriellen Bauverfahren zu realisieren, zwingt zur Klärung des Verhältnisses zwischen städtebaulichen Leitbildvorstellungen und der Architektur industriell zu errichtender Wohngebäude. Von zeitgemäßen funktionellen Anforderungen ausgehend, sind städtebauliche Zielstellungen zu entwickeln, die die technischen Realisierungsmittel – die fortgeschrittensten Montageverfahren des industriellen Wohnungsbaus – und die volkswirtschaftlichen Vorgaben von Anfang an in Rechnung stellen.

Allgemeingültige Hauptmerkmale städtebaulicher Zielstellungen als Grundlage von Anforderungen an den industriellen Wohnungsneubau sind

- eine geschlossene Bebauung zur Erhaltung und Wiederherstellung der vorhandenen städtebauräumlichen Ordung
- Maßnahmen zur rationellen Nutzung des städtischen Territoriums mit Hilfe differenzierter und vielfältiger Wohnhaupt- und Wohnnebenfunktionen in hoher Dichte des Neben- und Übereinanders von unterschiedlichen Funktionen in einem baulich-räumlichen Kontinuum
- die gestalterische Bezugnahme der Neubauten auf Vorhandenes unter Ausnutzung der Möglichkeiten einer funktionell motivierten Plastizität der Baukörper und
- Funktionslösungen für Wohnungen und Wohngebäude, die trotz veränderter Einordnungsbedingungen eine dem extensiven Wohnungsbau entsprechende Wohnqualität

[1]) Wolfgang Junker: Wege zu steigender Qualität und Produktivität beim Bauen. 11. Plenum des ZK der SED, In: ND vom 15./16. 12. 1979, Seite 11/12

gewähren. Dabei sind allen Wohnungen in einer geschlossenen Bebauung ausreichender Schallschutz und Besonnung sowie günstige funktionelle und optische Kontakte zu individuellen, gemeinschaftlichen und öffentlichen Freiflächen zu garantieren.

Anforderungen an den Wohnungsneubau

In innerstädtischen Wohnbereichen bereits ausgeführte Bauten des industriellen Wohnungsbaus lassen häufig erkennen, wie unzulänglich die Erzeugnisse für dieses Anwendungsgebiet vorbereitet sind. Daraus ist abzuleiten, besonders unter dem Vorzeichen, daß der innerstädtische Wohnungsneubau zur Massenerscheinung wird und deshalb der Einsatz hochproduktiver industrieller Bauverfahren notwendig ist, die Erzeugnisse des industriellen Wohnungsbaus für diese Aufgabe weiterzuentwickeln. Dafür sind städtebauliche Anforderungen zu formulieren.

Alle Anforderungen wurden auf das allseitig geschlossene Quartier beliebiger Größe und Grundform bezogen, das für jede Orientierung zur Himmelsrichtung geeignet ist. Dabei gelten folgende Einschränkungen:

- Der Quartierinnenraum muß mindestens so groß sein, daß in Abhängigkeit von der Gebäudehöhe eine ausreichende Besonnung und natürliche Beleuchtung der Wohnungen gewährleistet ist.
- Die Gebäudehöhen zu untersuchender oder zu entwickelnder Wohnungsneubauten werden begrenzt durch die maximale Höhe abzulösender oder zu erhaltender Substanz als Bestandteil der alten Quartierrandbebauung.

Die Quartierform wurde als Ausgangsposition für die Ermittlung eines universell anwendbaren Gebäudeteilsortimentes gewählt, weil

- das Quartier das wesentlichste und häufigste Element alter, ganz oder teilweise zu ersetzender Bebauungsstruktur ist
- für Umgestaltungsvorhaben bereits vorliegende städtebauliche Entwürfe in hohem Maße auf die Beibehaltung der alten Quartierstruktur orientieren
- Wohngebietsplanungen ebenfalls zunehmend nach geschlossenen Bebauungsformen tendieren
- aus den Bestandteilen einer Quartierrandbebauung alle anderen städtebaulichen Grundformen – mit Ausnahme von punktförmiger Einzelbebauung – gebildet werden können (z. B. U-Formen, Winkel, Mäander, freistehende Wohnblöcke und Lückenschließungen) und
- das allseitig geschlossene Quartier die höchsten und umfassendsten Anforderungen an die funktionelle Organisation von Wohnungen und Wohngebäuden stellt, wobei die für das geschlossene Quartier notwendigen funktionellen Details für die abgeleiteten, einfacheren Bebauungsformen nicht nachteilig sind, sondern deren funktionelle Qualität verbessern helfen.

Die städtebaulichen Anforderungen an den industriellen Wohnungsbau werden unterteilt in Anforderungen

- zur Realisierung von Zielstellungen der städtebauräumlichen Ordnung
- zur Wiederherstellung einer der Altbausubstanz adäquaten funktionellen Vielfalt und
- zur abwechslungsreichen Baukörpergestaltung.

Untersuchungsprogramm

Auf die Wohnungsbauserie 70 bezogen gilt es, drei Fragenkomplexe zu beantworten:

a) Inwieweit werden die Projekte der Wohnungsbauserie 70 den Anforderungen gerecht?
b) Was muß am Gebäudeteilsortiment verändert oder ergänzt werden?
c) Wo sind der Anwendbarkeit der Plattenbauweise in der Laststufe 6,3 Mp und dem Großraster 6000 mm nach funktionell-gestalterischen Kriterien objektive Grenzen gesetzt?

Aus dem dritten Fragenkomplex resultiert ein vierter:
Welche weiteren Erzeugnisserien und Verfahren des Wohnungsneubaues sind zusätzlich zur Plattenbauweise noch für das Bauen auf innerstädtischen Standorten vorzubereiten, um in jeder Umgestaltungssituation den genannten Zielstellungen gerecht zu werden?

Grundsätze zur Erzeugnisentwicklung

Es gehört zu den Grundzügen der industriellen Massenproduktion, möglichst hohe, rationell zu produzierende Losgrößen zu erzielen. Bei beschränktem Produktionsvolumen folgert daraus eine permanente Tendenz zur Sortimentsbeschränkung, was für eine – aus Gründen wirtschaftlicher Transportentfernungen – territorial begrenzt wirksame Vorfertigungsstätte des industriellen Wohnungsbaus im allgemeinen zutreffend ist.
Möglichst kleine Gebäudesortimente müssen einer großen Vielfalt von städtebaulichen Situationen gerecht werden. Ein entscheidendes Kriterium für die Auswahl von Hausarten und Gebäudeteilen ist deshalb ihre universelle Anwendbarkeit, denn auch beim innerstädtischen Wohnungsneubau ist mit einem im voraus bestimmten, optimierten Sortiment von Gebäudeteilen und Segmenten die städtebauliche Lösung zu suchen. Diese Methode entspricht den Prinzipien des industriellen Bauens im bisher praktizierten Planungsablauf, beginnend mit der Erzeugnisentwicklung, über die Projektierung wiederverwendungsfähiger Gebäudeeinheiten, der Organisation von Vorfertigung, Transport und Montage bis zum baukastenmäßigen Arrangieren der im voraus festgelegten Erzeugnisse. Es gilt als gesicherte Erkenntnis, daß dieser Planungsablauf beibehalten wird.
Entsprechend aufbereitete Erzeugnisserien industrieller Montagebauverfahren, die gekennzeichnet sind durch ein begrenztes Sortiment unterschiedlicher Gebäudeteile und Segmente, sind grundsätzlich geeignet,

- die aus der Zielstellung zur Umgestaltung innerstädtischer Wohnbereiche resultierenden Anforderungen an den Wohnungsneubau zu erfüllen und
- unter den speziellen Einordnungsbedingungen innerstädtischer Standorte eine hohe, zu Neubaugebieten äquivalente Wohnqualität zu gewähren.

Die vorhandenen Typenserien des industriellen Wohnungsbaus – auch die Wohnungsbauserie 70 – werden in ihrer gegenwärtigen Form in zahlreichen Positionen den Anforderungen von innerstädtischen Umgestaltungsgebieten nicht gerecht. Das konstruktiv-technologische System aber läßt solche Veränderungen und Ergänzungen der funktionell-gestalterischen Konzeption zu, mit welchen den Anforderungen weitgehend entsprochen werden kann.
Über die Anwendung gleicher Erzeugnisse für den extensiven und innerstädtischen Wohnungsneubau werden die aus der Eigenart umzugestaltender innerstädtischer Wohnbereiche abgeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung von Wohnqualität und städtebaulicher Gestaltung ebenso für neue Wohngebiete wirksam, wie die optimale Konzeption des weiterentwickelten Sortimentes nach funktionellen, technologischen und ökonomischen Aspekten die funktionell-gestalterische Anlage innerstädtischer Wohnbereiche mitbestimmen werden.

Rang- und Reihenfolge von Einzelmaßnahmen zur Weiterentwicklung

Die prozeßhafte Weiterentwicklung der WBS 70 und damit des industriellen Wohnungsbaus verlangt neben der Determinierung von Idealzuständen und Zielen das Ordnen der Einzelmaßnahmen nach Wertigkeit, Dringlichkeit sowie ihrer Realisierbarkeit, die abhängig ist von den Möglichkeiten der materiell-technischen Basis. Der Prozeß der Wandlung einer Erzeugnisreihe vollzieht sich nicht fließend, sondern in abgegrenzten Intervallen, nach Projekten, die für eine bestimmte Produktionsperiode gültig sind. Vorschläge zur Weiterentwicklung der WBS 70 sind deshalb an einzelne Etappen ihrer Einführbarkeit gebunden.

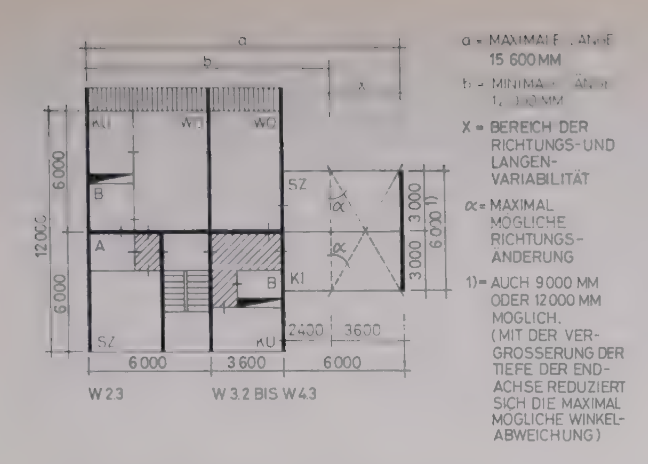
Zur Einführung von Lösungsmöglichkeiten werden drei Schritte vorgeschlagen, denen die Einzelmaßnahmen entsprechend ihrer Dringlichkeit und Realisierbarkeit zugeordnet werden. Als allgemeine Grundtendenz kann angenommen werden, daß das Gebäudeteilsortiment in dem Maße weiterentwickelt wird, wie Anforderungen aus konkreten Umgestaltungsaufgaben zu erfüllen sind und dabei Erfahrungen gesammelt werden. Das in den einzelnen Schritten erreichte Niveau der Weiterentwicklung der WBS 70 für das innerstädtische Bauen ist die Basis von Entscheidungen über ihre Anwendbarkeit für Umgestaltungsaufgaben. Die Anwendung der WBS 70 auf innerstädtischen Standorten wird deshalb bei weniger komplizierten Situationen beginnen.

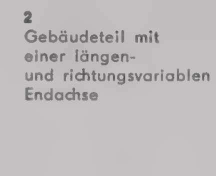
Der erste Schritt

Der erste Schritt zur Vorbereitung der Wohnungsbauserie 70 für die Umgestaltung innerstädtischer Wohnbereiche wird geprägt durch das vorhandene Gebäudeteilsortiment, das nicht für die speziellen Einordnungsbedingungen innerstädtischer Standorte konzipiert wurde, aber auch hier angewendet werden muß. Unverändert und ohne Ergänzungen wird es nur einen ge-

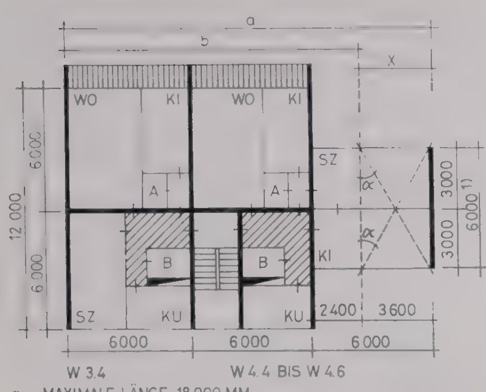
1
Gebäudeteile nach dem Übersichtskatalog WBS 70

BEZEICHNUNG	SCHEMADARSTELLUNG	LANGE
MEL B 0505		360
MEL B 0512		420
MEL B 0504 [MEL B 0506 MEL B 0531]		43 2
MEL B 0509		48 0
MEL B 0511		49 2
MEL B 0517		54 0
MEL B 0515		57 6
MEL B 0510 [MEL B 0565]		60 0
MEL B 0516		72 0

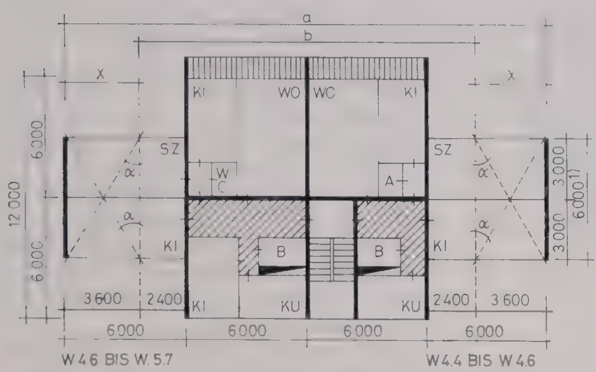




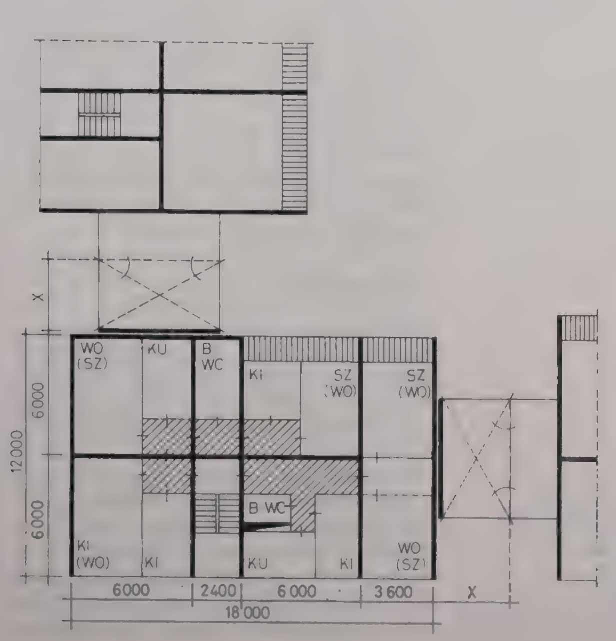
2
Gebäudeteil mit einer längen- und richtungsvariablen Endachse



3
Gebäudeteil mit einer längen- und richtungsvariablen Endachse



4
Gebäudeteil mit zwei längen- und richtungsvariablen Endachsen



5
Gebäudeteil Ecke (W 5.7 + W 3.4)

ringen Anteil von Umgestaltungssituationen gerecht werden können.

Um den Anwendungsbereich im Sinne der städtebaulichen Zielstellung zu erweitern, sind aus dem gegenwärtigen Sortiment geeignete Gebäudeteile auszuwählen und mit möglichst wenigen, aber solchen Gebäudeteilen zu ergänzen, die der Wohnungsbauserie 70 eine größere Anpassungsfähigkeit an die vielfältigen Umgestaltungssituationen verleihen. Als Grundhaltung für die ergänzenden, neuen Projekte gilt, daß sie den Anforderungen der folgenden Schritte genügen oder für diese mit geringem Aufwand aufbereitet werden können.

Die elementarste Anforderung an den Wohnungsbau in umzugestaltenden innerstädtischen Wohnbereichen wird im Bauen nach dem Stadtgrundriß gesehen. Mit dem vorhandenen Sortiment und dessen Ergänzung muß es möglich sein,

- eine Randbebauung von Quartieren jeder Größe und Grundform realisieren zu können und
- alle damit zusammenhängenden funktionell-hygienischen Mindestforderungen zu erfüllen, wie

die Gewährleistung der Mindestbesonnung für jede Wohnung sowie

die minimale Erfüllung des Ruhebedürfnisses, indem jede Wohnung über wenigstens einen Raum verfügt, der nach dem ruhigen Quartierinnern orientiert ist.

Mit der Zielstellung einer geschlossenen Bebauung kommt zunächst nur der mehrgeschossige Wohnungsbau mit maximal 6 Geschossen einschließlich von Projektvarianten für Gebäude mit geringerer Geschoßanzahl in Betracht, weil der vielgeschossige Wohnungsbau von 6 bis 9 Geschossen (Definition nach TGL 10723) bis auf wenige Ausnahmen nicht ausgeführt wird und 11geschossige Gebäude (Hochhäuser der Kategorie 1) beim Bauen nach dem alten Stadtgrundriß ungeeignet sind. Zwölf Gebäudeteile des Kataloges WBS 70, die in folgender Darstellung erfaßt sind, können für eine mehrgeschossige geschlossene Bebauung verwendet werden, sofern es sich um keine extremen Einordnungsbedingungen (z. B. Lärm) handelt.

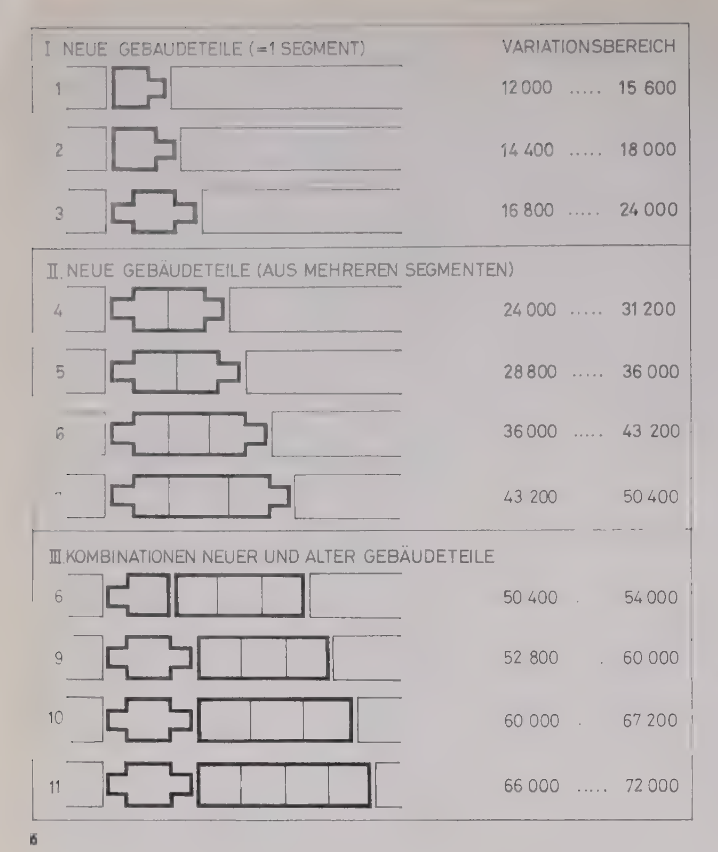
Das Katalogsortiment der WBS 70 beinhaltet keine systematische, rasterbezogene Längendifferenzierung. Aus Bild 1 ist zu erkennen, daß die Längendifferenzierung zwischen 1200 mm und 12 000 mm schwankt und Gebäudeteile kleiner als 36 000 mm gar nicht vorhanden sind.

Für eine minimale rasterbezogene Längendifferenzierung von 1200 mm, die bei Verzicht auf eine stufenlose Feinanpassung notwendig ist, wären für Gebäudelängen von 36 000 mm bis 72 000 mm dreißig und von 12 000 mm bis 72 000 mm fünfzig unterschiedlich lange Gebäudeteile erforderlich. Unberücksichtigt ist dabei der erforderliche Aufwand für Richtungsänderungen und geschlossene Ecken.

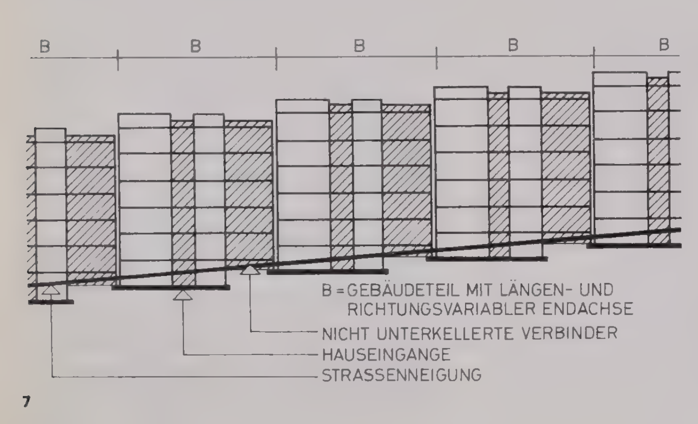
Der Tendenz nach einem minimalen, aber universell anwendbaren Sortiment folgend, werden – unter Wahrung der Grundregeln zur WBS 70 – folgende ergänzende Gebäudeteile vorgeschlagen:

a) ein mehrgeschossiges Segment (= Gebäudeteil), l = 9600 mm (mit spiegelbildlicher Lösung), als konstruktiv selbständige Gebäudeeinheit mit einer zusätzlichen längen- und richtungsvariablen Endachse (Bild 2)

b) ein mehrgeschossiges Segment (= Gebäudeteil) l = 12 000 mm (mit spiegelbildlicher Lösung), als konstruktiv selbständige Gebäudeeinheit mit einer zusätzlichen längen- und richtungsvariablen Endachse (Bild 3)

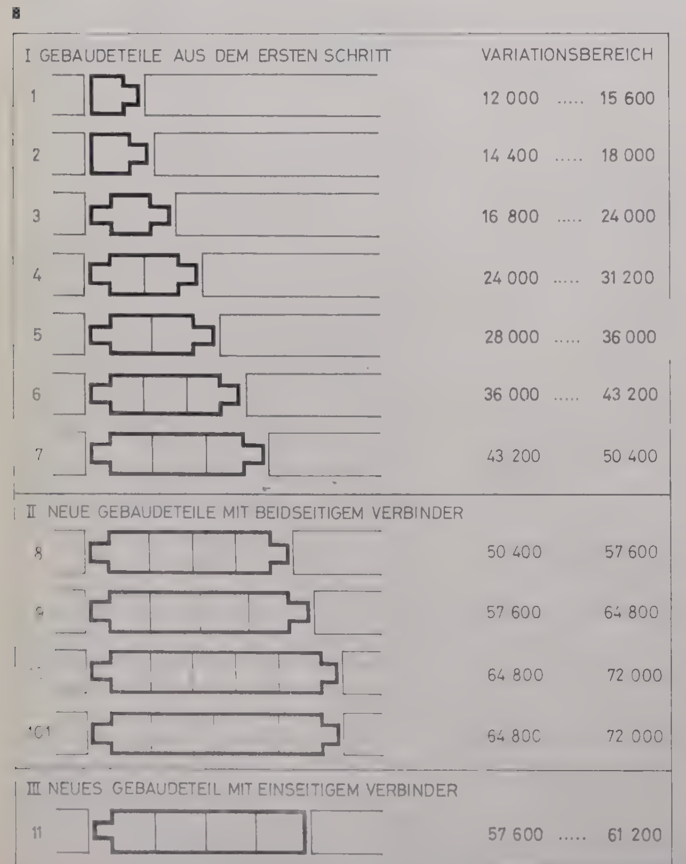


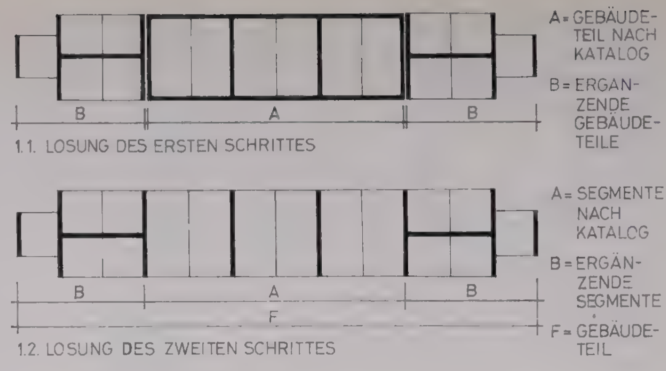
6



7

8





9

9
Schematische Darstellung der Gebäudeteilbildung

6
Längendifferenzierung unter Verwendung vorhandener Gebäudeteile (mehrgeschossige Gebäude). Beispiele von Lückenschließungen

7
Hangbebauung in Richtung der Hangneigung

8
Längendifferenzierung des zweiten Schrittes (mehrgeschossige Gebäude). Beispiele von Lückcken-schließungen

c) ein mehrgeschossiges Gebäudeteil, l = 12 000 mm, als konstruktiv selbständiges Gebäudeteil mit zwei zusätzlichen längen- und richtungsvariablen Endachsen (Bild 4)
d) ein mehrgeschossiges Gebäudeteil „Ecke" als konstruktiv selbständige Einheit, das jeder Wohnung einen Raum zum Quartierinnern garantiert (Bild 5).

Mit diesen vier zusätzlichen Gebäudeteilen (mit Spiegelbildern sieben) und einer begrenzten Auswahl aus dem vorhandenen Angebot von Segmenten und Gebäudeteilen wird ein Sortiment gebildet, das wesentlichen Anforderungen an ein Gebäudeteilsortiment für Wohnungsneubauten in umzugestaltenden innerstädtischen Wohnbereichen entspricht.

Die dargestellte Längendifferenzierung (Bild 6) ist ein Prinzipbeispiel. Dieses Prinzip beinhaltet die Möglichkeit, die verwendeten katalogisierten Gebäudeteile auszutauschen. Die Gebäudelängendifferenzierung läßt sich mit gleichen Mitteln auch über 72 000 mm fortsetzen.

Mit den neuen Gebäudeteilen (= Segmenten) werden außer der stufenlosen Gebäudedifferenzierung und Richtungsänderung weitere Anforderungen erfüllt, wie

a) Hausdurchgänge und Durchfahrten mit Stellflächen für Müllcontainer
b) kurze, reihbare Gebäudeteile, wie sie für das Bauen in Hanglagen mit der Gebäudelängsachse in Richtung Hangneigung (Bild 7) notwendig sind
c) eine funktionell motivierte Plastizität der Baukörper
d) ein vereinfachter Anschluß im Gründungsbereich an vorhandene Gebäude, was auch für Hanglagen (nach b) vorteilhaft ist.

Mit dem als Beispiel dargestellten Sortiment, bestehend aus alten und neuen Gebäudeteilen, wird bei ausschließlich 5geschossigen Gebäuden das Bauen nach dem Stadtgrundriß mit der WBS 70 möglich. Damit werden jedoch nicht alle städtebaulichen, gestalterischen und funktionellen Anforderungen jeder Umgestaltungssituation erfüllt, so daß eine weitere Entwicklung der WBS 70 für Umgestaltungsaufgaben notwendig ist.

Der zweite Schritt

Mit dem 2. Schritt der Weiterentwicklung der WBS 70 für die Umgestaltung innerstädtischer Wohnbereiche sollte, nachdem das Bauen nach dem Stadtgrundriß mit der Realisierung der vorgenannten Maßnahmen möglich geworden ist, das Hauptaugenmerk auf die funktionelle Vielfalt, charakterisiert durch das Nebeneinander und Übereinander gleicher und unterschiedlicher Funktionen in einem baulich-räumlichen Kontinuum, den Maßstab und die Erscheinungsform – in Beziehung zur gegebenen städtebaulichen Situation und

zur erhaltenswerten Substanz – gerichtet werden. Die nicht allein und ursächlich durch die Umgestaltungsproblematik ausgelöste funktionelle Weiterentwicklung der WBS 70, die unvermeidbar eine Neuprojektierung von Segmenten und Gebäudeteilen auslöst, sollte dazu genutzt werden, das neue Sortiment gleichzeitig auf die speziellen Bedingungen der Umgestaltung auszurichten.

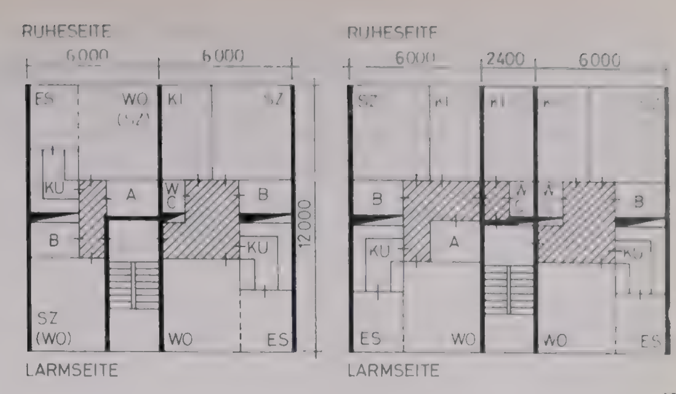
Wurden die neuen ergänzenden Segmente zunächst für Gebäude unter 48 000 mm angewendet, so eröffnet sich in der zweiten Etappe – aus den vorher genannten Gründen – mit der Neuprojektierung die Möglichkeit, diese neuen Segmente mit den Normalsegmenten auch zu Gebäuden über 48 000 mm zusammenzufassen (Bild 8).

Die innere Längsstabilität der ergänzenden Gebäudeteile des ersten Schrittes wird damit beim zweiten Schritt für das gesamte neue Gebäudeteil wirksam (Bild 9). Die Außenwände verlieren hierbei ihre Funktion für die Stabilisierung des Gebäudes und dienen nur noch dem Raumabschluß. Damit ergeben sich Möglichkeiten für

- vorgehängte Außenwände als Grundlage des Öffnens der Erd- und Kellergeschoßzone als verbesserte Voraussetzung für die Funktionsüberlagerung und
- andere Außenwandkonstruktionen, die speziellen Situationen (wie in Denkmalschutzbereichen) entsprechen sollen und gegebenenfalls nach der Rohbaumontage handwerklich in der beabsichtigten Anpassung an Vorhandenes ausgeführt werden können.

In den beiden wesentlichsten Mittelsegmenten der WSB 70 sind für die Erfüllung der Anforderungen innerstädtischer Standorte Küchen mit vorgelagertem Eßplatz bei mittiger Sanitärschachtanlage zu bevorzugen (Bild 10), weil damit

- günstige Bedingungen für die variable Nutzung der Flächen für gesellschaftliche Einrichtungen im Erdgeschoß geschaffen werden und
- die Ruheseite maximal für Wohnhauptfunktionen (besonders Schlafräume) genutzt werden kann.



10
Mittelsegmente zur WBS 70, die für innerstädtische Standorte besonders geeignet sind

11
Ergänzendes Gebäudeteil, vorbereitet für eine nachträgliche Ausführung von Außenwand und Dach

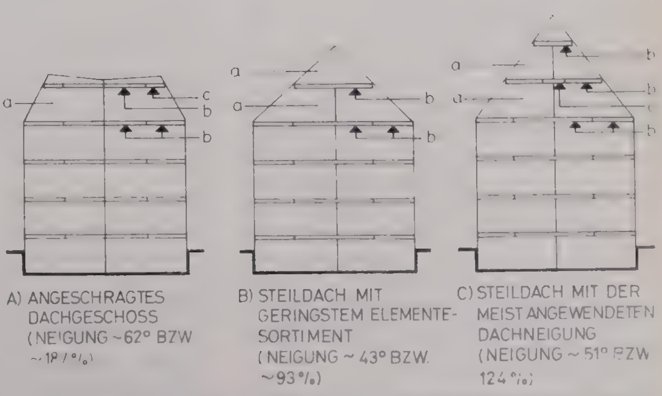
Mit der Überarbeitung der Ausführungsprojekte sollten neue, differenzierte Formen des oberen Gebäudeabschlusses erwogen werden, die von differenzierten Höhen der einzelnen Teilsegmente bis zu nutzbaren Dachterrassen mit Aufbauten reichen.

Wenn in Denkmalschutzbereichen ein Steildach oder Steildachansatz notwendig ist, wird vorgeschlagen, in den Dachgeschossen nur die Decken, Mittellängswände (soweit sie für die Stabilisierung des Daches notwendig sind) und die abgeschrägten Querwände als Elemente des Plattenbaues zu montieren (Bild 11). Um die Harmonie zwischen Dachform und Materialstruktur zu wahren und Möglichkeiten für vielgestaltige Details (wie Dachgaupen oder differenzierte Traufausbildungen) offenzuhalten, wird auf eine handwerkliche Komplettierung der Dachgeschosse orientiert.

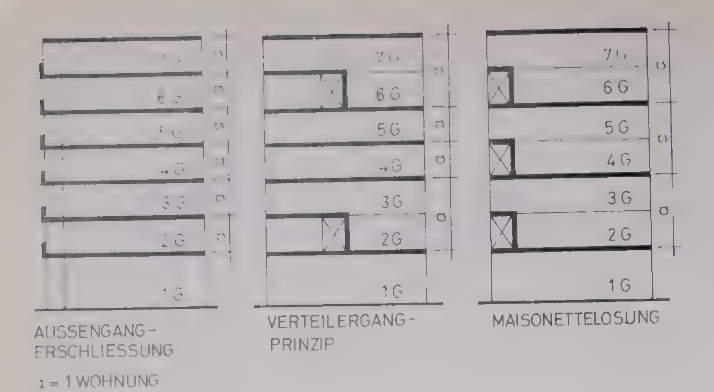
Die abgeschrägten Wandelemente sind in ihren Parametern gleich oder kleiner als die normalen Querwandelemente. Sie können deshalb in vorhandene Fertigungslinien eingeordnet werden. Im Bild 12 sind einige für das Elementesortiment günstige Dachformen dargestellt.

Außer der Überarbeitung der 5geschossigen Gebäudeteile, einschließlich von Projektvarianten für geringere Gebäudehöhen, sind neue Gebäudekategorien vorzubereiten, für die es zwei unterschiedliche Gründe gibt:

1. Es werden Gebäude benötigt, die in Angleichung an die Traufhöhe der Substanz und zur optimalen Ausnutzung des Baulandes oder der Standorte mehr als 5 Geschosse haben müssen.
2. Für die Wohnungsneubauten, vor allem

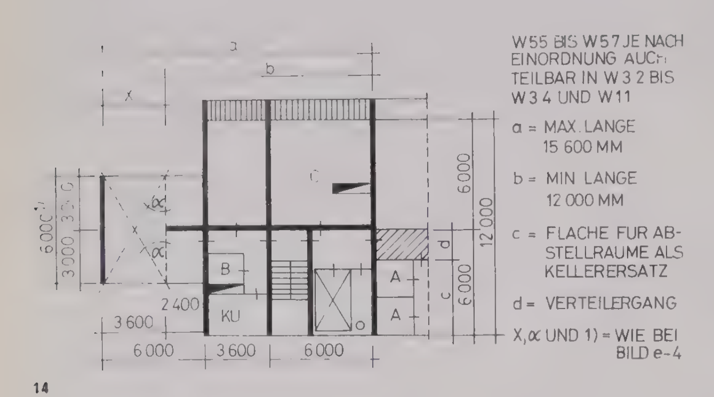


12
Beispiele für Dachformen



13

13
Prinzipdarstellung der horizontalen Erschließungsarten



14

14
Ergänzendes Segment für Verteilergangprinzip mit Aufzug

in Stadtzentren an Haupterlebnisbereichen, wird die Funktionsüberlagerung von größeren, variabel nutzbaren Flächen für gesellschaftliche Einrichtungen unerläßlich.

Beide Motive erfordern eine Konzentration der Vertikalerschließung für die Wohngeschosse, und zwar

- bei vielgeschossigen Bauten aus Gründen der rationellen Anordnung und Auslastung von Personenaufzügen und
- bei der Funktionsüberlagerung zur Minimierung trennender Funktionselemente in den Angebotsflächen für gesellschaftliche Einrichtungen.

Der Zielstellung nach einer universellen Anwendbarkeit der Gebäudeteile folgend, sind dafür drei Erschließungsarten geeignet, die alle durch horizontale Gänge gekennzeichnet sind (Bild 13), und zwar

- die Außengangerschließung in jedem Geschoß (Laubengänge, wenn sie offen sind)
- das Verteilerprinzip (teilweise mit 2geschossigen Wohnungen) und
- die Maisonettelösung.

Das Zusammenstellen von Teilstücken einer Quartierbebauung beliebiger Größe erfolgt bei vielgeschossigen Bauten in gleicher Weise wie bei mehrgeschossigen. Auch hier übernehmen spezielle Segmente die Funktionen der Feinanpassung, der Richtungsänderung und zusätzlich der Vertikalerschließung mit einem Personenaufzug (Bild 14).

Die ergänzenden Segmente für vielgeschossige Bauten sind in der Grundrißgeometrie mit denen für mehrgeschossige kongruent. Das Unterscheidungsmerkmal ist die Einordnung des Personenaufzuges und der Müllabwurfanlage sowie die damit unvermeidliche Änderung der Wohnungen in Größe und Raumfolge. Die ergänzenden Segmente für Laubengangerschließung, Verteilergangprinzip und Maisonettelösung unterscheiden sich nur unwesentlich.

Die Identität der Segmente für unterschiedliche Gebäudehöhen und Erschließungsarten ist Grundlage eines begrenzten, universell anwendbaren Elementesortiments.

Auch wenn das Verteilerprinzip und die Maisonettelösung noch nicht in das Sortiment aufgenommen werden, ist es zweckmäßig, zweigeschossige Wohnungen auszuführen, wenn örtlich unter Bezugnahme auf die Substanz 6geschossige Gebäude wünschenswert sind oder in speziellen Situationen eine ausreichende Besonnung der Erdgeschoßwohnungen nicht gewährleistet ist.

Der dritte Schritt

Der dritte Schritt zur Vorbereitung der Wohnungsbauserie 70 für die Umgestaltung innerstädtischer Wohnbereiche ist ebenso wie der zweite einzuordnen in den Prozeß der allgemeinen Weiterentwicklung der Wohnungsbauserie 70, wie sie für die bessere Befriedigung des wachsenden Bedürfnisses nach hohen Gebrauchswerteigenschaften der funktionellen Organisation von Wohnungen und Wohngebäuden notwendig ist.

Mit der nach 1985 zu erwartenden Wandlung der Dominanz des extensiven zum innerstädtischen Wohnungsbau muß diese neue Projektgeneration der Plattenbauweise für die speziellen Bedingungen aller innerstädtischen Standorte ausgelegt sein. Es sind die bereits eingeführten Ergänzungen und überarbeiteten Gebäudeteile in ihren Grundzügen beizubehalten, weitere, im Rahmen des Bausystems mögliche Veränderungen und Ergänzungen einzufügen und neue Ausführungsprojekte auszuarbeiten.

Nach den drei Teilaspekten
beibehalten
qualifizieren und
ergänzen
ist das Sortiment der dritten Etappe folgendermaßen zu charakterisieren:

a) Beizubehalten sind
Mittelsegmente in den Längen 12 000 mm und 14 400 mm
die längen- und richtungsvariablen Segmente und Gebäudeteile, mehr und vielgeschossig
das Gebäudeteil „Ecke", mehr- und vielgeschossig
die Gebäudeteile entsprechend Bild 8, als Mittel der Gebäudelängendifferenzierung.

b) Das Sortiment nach a) ist zu qualifizieren, indem
für die Verbesserung des Sanitärbereiches neue Zellenvarianten eingeführt werden
die freie Wahl der Wohnraumseite durch den Nutzer selbst ermöglicht wird (dafür ist ein Sortiment von Bauteilen für die sekundäre Raumteilung notwendig.)
mit einer optimalen Einordnung der Sanitärinstallation bessere Voraussetzungen für die Funktionsüberlagerungen geschaffen werden
sowohl für die Funktionsüberlagerung von gesellschaftlichen Einrichtungen und auch des ruhenden Verkehrs vorgehängte Außenwände in größerem Umfange angewendet werden und
eine stärkere, funktionell motivierte Plastizität der Gebäudefronten vorbereitet wird, vor allem mit Hilfe räumlicher Fassadenelemente, auch zur Lösung von schwierigen Besonnungssituationen.

c) Das Sortiment ist zu ergänzen mit
Segmenten als Zweispänner über 14 400 mm, die dem sich wandelnden Verhältnis von Raumanzahl zur Belegung (auch für größere Familien) gerecht werden
Gebäudeteilen für extreme Lärmsituationen (z. B. Hauptverkehrsstraßen und stark frequentierte Straßenkreuzungen) wie
einhüftige Laubenganghäuser mit Wohnungen, deren Hauptfunktionsräume nur zur Ruheseite orientiert sind und von der Lärmquelle durch die Nebenfunktionsräume abgeschirmt werden sowie
Ecksegmente ohne Wohnungen, die nur für gesellschaftliche Einrichtungen und Gewerbestätten genutzt werden.
Einfamilienreihenhäuser, die jeder örtlich erforderlichen Querschnittsform im Bereich 2- und 3geschossiger Gebäude mit auch handwerklich zu realisierenden Ergänzungen angepaßt werden können (z. B. mit Steildächern für Denkmalsschutzbereiche).
Die Grundrißkonzeption dieser Reihenhäuser und deren oberer Gebäudeabschluß sollte mit den obersten Geschossen der mehr- und vielgeschossigen Gebäude identisch sein, um gleiche Elemente und Konstruktionen anwenden zu können.

Auf eine Darstellung von Gebäudelösungen für den dritten Schritt wird verzichtet, weil

- der Zeitpunkt seiner zu erwartenden Realisierung noch in zu weiter Ferne liegt und sich zwischenzeitlich wesentliche Präzisierungen der Programmgestaltung ergeben werden und
- die vorhandenen Forschungs- und Projektierungskapazitäten auf die Vorbereitung des ersten und zweiten Schrittes zu konzentrieren sind.

Der beschriebene Lösungsvorschlag zur Weiterentwicklung der Wohnungsbauserie 70 ist der Gegenstand einer „Aufgabenstellung zur Vervollkommnung des Angebotssortimentes der WBS 70 und anderer vorhandener Typenreihen des industriellen Wohnungsbaus für die Umgestaltung der Städte".

Auf der Grundlage dieser Aufgabenstellung werden gegenwärtig von der Bauakademie der DDR, Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau, in Zusammenarbeit mit dem Wohnungsbaukombinat Karl-Marx-Stadt Projektierungsgrundlagen erarbeitet, deren Ergebnis eine Erzeugnisserie sein wird, die bei Einhaltung des Flächennormativs von durchschnittlich 58 m^2/WE sowohl in innerstädtischen Umgestaltungsgebieten als auch Neubaugebieten angewendet werden kann.

Bauen und Erhalten in Landgemeinden



Ortsgestaltungskonzeptionen und „Mach mit!"-Wettbewerb

Die Zentrale Fachgruppe „Ländliches Bauen" des BdA/DDR führte 1980 in der Gemeinde Ahrensberg ein Seminar über Aufgaben bei der baulichen Entwicklung der Landgemeinden und der Ausarbeitung von Ortsgestaltungskonzeptionen durch. Auf diesem Gebiet hat der BdA/DDR gemeinsam mit den Bürgern, den örtlichen Staatsorganen und den Ausschüssen der Nationalen Front eine sehr wirksame Arbeit geleistet. Nachfolgend veröffentlichen wir einige der Beiträge, die auf dem Seminar gehalten wurden und interessante Erfahrungen vermitteln. red.

Werner Kahnt
Leiter der Abt. Volkswirtschaftliche Masseninitiative beim Sekretariat des Nationalrates der Nationalen Front der DDR

Die Bürger unserer Republik bestimmen in erheblichem Maße den Zustand und das Ansehen ihrer Wohngebiete mit. Die Leistungen im „Mach-mit!"-Wettbewerb bei der Verschönerung der Städte und Gemeinden machen das auch wieder 1980 deutlich. Damit diese Potenzen sowohl volkswirtschaftlich als auch hinsichtlich des Wohlbefindens der Bewohner noch effektiver werden, verbünden sich die Ausschüsse der Nationalen Front auch mit Mitgliedern des Bundes der Architekten, schaffen sie gemeinsam Konzeptionen zur Ortsgestaltung. Besonders in ländlichen Gemeinden ist dieser Prozeß weit entwickelt.

Der wichtigste Gesichtspunkt für dieses gemeinsame Tun ist bedingt durch die weitere Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und der Produktivkräfte, vor allem der Menschen. Höhere Leistungen zur noch besseren Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und der Industrie mit Rohstoffen stehen im engen Zusammenhang mit guten Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft. Denn: Je besser die staatlichen Pläne erfüllt und überboten werden, um so günstiger sind auch andere kommunale Aufgaben lösbar. Und umgekehrt, je vollkommener die Arbeits- und Lebensbedingungen gestaltet werden, um so mehr steigen Leistungsbereitschaft und Produktionsergebnisse, und um so wirksamer können das materielle und kulturelle Lebensniveau aller Bürger erhöht werden.

Gemeinschaftsarbeit mit dem BdA/DDR

Von Jahr zu Jahr nimmt die Gemeinschaftsarbeit der Abteilung Volkswirtschaftliche Masseninitiative beim Sekretariat des Nationalrates der Nationalen Front und der Zentralen Fachgruppe „Ländliches Bauen" des Bundes der Architekten der DDR zur Erarbeitung von Ortsgestaltungskonzeptionen an Umfang zu und trägt der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik immer besser Rechnung. In den Dörfern, in denen bereits eine Ortsgestaltungskonzeption erarbeitet wurde und die entsprechende Rolle in der Leitung und Planung gesellschaftlicher Prozesse spielt, vor allem bei der Ausarbeitung der örtlichen Volkswirtschaftspläne und der Wettbewerbsprogramme, wird diese Feststellung eindeutig bestätigt. Das ist für unsere weitere gemeinsame Arbeit insofern von Bedeutung, weil ja letztlich mit Hilfe dieser Konzeptionen das ganze Dorf umgestaltet werden soll. Und das heißt sowohl Veränderungen in der Umwelt herbeizuführen als auch Einfluß auf die Veränderung der Menschen zu nehmen.

Mit der Verschönerung des Ortes und seiner Umwelt, mit der Verbesserung der Wohnbedingungen, mit der Erhöhung von Ordnung, Sauberkeit, kommunaler Hygiene und Disziplin sind gleichzeitig neue Verhaltensweisen, neue Einstellungen und Einsichten bei den Bürgern zu fördern, die einerseits dem Veränderten Rechnung tragen und andererseits immer wieder Ausgangspunkt für neue Bereitschaft zum Verändern sein sollen. Diesen dialektischen Zusammenhang gilt es, in unserer Arbeit mit den Ortsgestaltungskonzeptionen grundsätzlich zu beachten.

Die ständig wachsende Leistungskraft unserer Volkswirtschaft wirkt sich fördernd auf die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft aus. In diesem Prozeß erhöhen sich auch die Ansprüche der Menschen an ein niveauvolles Leben in den Wohngebieten, und das wiederum ist untrennbar verbunden mit der Entfaltung und Gestaltung entsprechender Bedingungen zur Befriedigung dieser Ansprüche. Im Blickfeld der Nationalen Front stehen dabei vordergründig solche Fragen wie: Wo lebt der Mensch? Wie lebt er? Was kann der einzelne selbst zur Verbesserung seines Lebens beitragen? Es sind also in zunehmendem Maße sozialpolitische, psychologische und soziologische Aspekte, die eine immer größere Rolle spielen, die in der politischen Massenarbeit

und bei der Ausarbeitung von Ortsgestaltungskonzeptionen Berücksichtigung finden müssen. Nur so läßt sich auch eine neue, höhere Qualität dieser wichtigen Tätigkeit aller in der Nationalen Front vereinten gesellschaftlichen Kräfte erreichen. Das gilt sowohl für die Stadt als auch für das Dorf. Die Nationale Front unternimmt bekanntlich in ihrer politischen Überzeugungsarbeit große Anstrengungen, um den Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!" in voller Breite zu führen. Alle einbeziehen, jeden gewinnen, dieses in der Bürgerinitiative bewährte Motto muß ebenso für die Erarbeitung und Verwirklichung der Ortsgestaltungskonzeptionen Geltung erlangen. Jeden Bürger mit seinen Erfahrungen, mit seinen Ideen, Vorschlägen und Anregungen heranzuziehen, heißt aber auch, jedem verständlich zu machen, was von ihm erwartet wird.

Das ist nicht wenig. Wir erwarten vor allem, daß jeder Bürger mehr Gebrauch macht von der Wahrnehmung seiner staatsbürgerlichen Verantwortung und die Geschicke seiner Stadt oder seines Dorfes als sein persönliches Anliegen betrachtet und behandelt – eine Erwartung also, in der sich die Übereinstimmung von gesellschaftlichen Erfordernissen und persönlichen Interessen widerspiegelt.

Bürgerinitiativen fördern

Das geschieht jedoch nicht im Selbstlauf. Dazu bedarf es einer gut durchdachten, mit allen Beteiligten abgestimmten und den Interessen der Mehrheit entsprechenden Konzeption und Aufgabenstellung. Dazu bedarf es in wachsendem Maße der reichen Erfahrungen und der Einsatzbereitschaft auch und besonders der Architekten, die den Ausschüssen der Nationalen Front und den örtlichen Staatsorganen unentbehrliche Helfer sein sollten.

Nachahmenswert in diesem Zusammenhang könnte die von der Stadtverordnetenversammlung und dem Stadtausschuß der Nationalen Front Lauchhammer entwickelte Initiative sein. Beide Gremien in einem Zentrum der Braunkohle, der Energieproduktion, des Schwermaschinenbaus und der Metallurgie tätig, haben viele solcher Kräfte in die Erarbeitung ihrer Konzeption einbezogen. Gemeinsam lenken sie die Bereitschaft der Einwohner zur Verbesserung der Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen vorrangig auf die Unterstützung landeskultureller, umweltschützender Aufgaben mit dem Ziel, das Wohlbefinden aller Bürger im Territorium zu steigern.

Ganz bewußt werden im Beitrag der Bürger der Stadt Lauchhammer zur Vorbereitung des X. Parteitages der SED die Einheit, die Komplexität von Verschönerung der Stadt, Gewährleistung von Ordnung, Sauberkeit und kommunaler Hygiene, Erhaltung und Pflege bereits realisierter und Schaffung weiterer landeskultureller Objekte sowie Gestaltung der Naherholung herausgestellt und mit der weiteren Entwicklung der Stadt verbunden, weil sie die Interessen und Bedürfnisse der Menschen am stärksten berühren.

Es nimmt daher nicht Wunder, daß, um nur ein Beispiel zu nennen, von den am 18. Juni 1980 beschlossenen 300 ha zu rekultivierenden Tagebaukippen, bis zum 31. 8. 1980 bereits 100 ha realisiert waren. Hieran läßt sich sehr überzeugend beweisen, welche immense Kraft erschlossen und für die gesellschaftlichen Belange nutzbar gemacht werden kann, wenn die Ausschüsse der Nationalen Front richtig mit den Bürgern arbeiten. Richtig und immer überzeugender arbeiten sie dann, wenn sie sich auf alle gesellschaftlichen Kräfte stützen und deren Potenzen ausschöpfen. Das zeigt aber auch die Vielfalt von Möglichkeiten, die sich für das Mittun der Mitglieder des Bundes der Architekten ergeben.

Der Schwerpunkt unserer Gemeinschaftsarbeit liegt jedoch auf dem Lande.

Ausgehend von der Struktur der ländlichen Gemeinde, rechnen wir auch mit dem Verständnis der Bürger für die Spezifik der sich daraus ergebenden Aufgaben. Hier handelt es sich ebenfalls um ein wichtiges ideologisches Anliegen, und die Arbeit mit der Ortsgestaltungskonzeption wird gleichsam zu einem unmittelbaren Bestandteil massenpolitischen Wirkens. Das Erhalten des Vorhandenen und das Schaffen von Neuem in richtigen Proportionen vorzunehmen, Bewährtes und Neues zum Nutzen der Gesellschaft und des einzelnen in Übereinstimmung zu bringen, erfordert zuerst Überzeugung, fordert persönliche Gespräche. Aussprachen mit den Bürgern helfen z. B. ein Abgleiten in übertriebene Erscheinungen des Modernismus oder der Nostalgie weitgehend auszuschließen und den Charakter des Dorfes zu erhalten, was sowohl im Interesse der Volkswirtschaft als auch jedes einzelnen liegt. Die Menschen in den Dörfern haben, bedingt durch ihre soziale Schichtung und die unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse, sehr verschiedenartige Gesichtspunkte, die natürlich zu beachten sind. Wo sie in die Ortsgestaltungskonzeptionen aktivierend einfließen, werden sie Bereitschaft und Mitmachen fördern. Wer sich mit seinen freiwilligen Leistungen ideenreich bei der Gestaltung des **gesamten** Ortes einsetzt, bringt auch seine Liebe zu seinem Heimatdorf zum Ausdruck.

Werterhaltung hat Priorität

In den Dörfern sind den Ausschüssen der Nationalen Front bei der Organisierung und Führung des „Mach mit!"-Wettbewerbs einige zusätzliche spezifische Aufgaben gestellt. Es geht dabei um die tatkräftige Unterstützung der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe bei den Pflege- und Erntearbeiten sowie bei der Rekonstruktion von Ställen. Des weiteren sind alle Initiativen der Bürger zu fördern, mit Erzeugnissen aus Gärten, Siedlungen und Kleintierhaltungen zur guten Versorgung der Bevölkerung beizutragen sowie in enger Zusammenarbeit mit dem Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter besonderes Augenmerk auf die Nutzung und den Ausbau der Kleingartenanlagen als Stätten der Naherholung und Entspannung für die Bürger umliegender Wohngebiete zu legen. Dieser erweiterten Aufgabenstellung sollten sich auch unsere Freunde im Bund der Architekten zuwenden, wenn sie an die Erarbeitung der Ortsgestaltungskonzeptionen herangehen. Dazu gehört auch das Bemühen, jeden Quadratmeter Boden sinnvoll zu nutzen und nicht zu vergeuden.

Neben dem Volkswirtschaftsplan stellen die Ortsgestaltungskonzeptionen, in denen alles, was mit dem Bauen in den ländlichen Gemeinden zusammenhängt, das Kernstück bildet, einen wichtigen Ausgangspunkt für die Erarbeitung der jährlichen „Mach-mit!"-Wettbewerbsprogramme dar.

Dem breiten Feld der Wohnraumwerterhaltung kommt in diesen Programmen eine besondere Priorität zu. Es geht zwingender denn je darum, in großem Umfang Klein- und Kleinstreparaturen durch die Bürger selbst durchzuführen; es geht darum, das Vorhandene zu pflegen und instand zu halten, größere Schäden zu vermeiden. Dabei muß auch entschieden mehr als bisher auf die Gewinnung und Nutzung örtlicher Reserven orientiert werden. Die im Fünfjahrplanzeitraum 1981 bis 1985 vorgesehene Steigerung der Baureparaturen auf 125 Prozent gegenüber dem Zeitraum von 1976 bis 1980 sowie die weitere Modernisierung von 330 000 bis 350 000 Wohnungen, für die jede freie Kapazität benötigt wird, unterstreichen das mit aller Deutlichkeit.

Da jede einzelne Bau- und Werterhaltungsmaßnahme im Dorf die Gestaltung des ganzen Ortes beeinflußt, wird es einmal mehr notwendig, diese Seite bei der Beratung der Wettbewerbsvorhaben zu beachten und mit Hilfe der Ortsgestaltungskonzeptionen gangbare Wege dafür zu zeigen.

Nicht wenig Einfluß auf ein niveauvolles gesellschaftliches Leben, auf das Wohlbefinden der Einwohner im Dorf haben auch die gesellschaftlichen Einrichtungen der Volksbildung, des Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Handels, der Dienstleistungen und des Sports. Die Bereitschaft der Bürger, in diesen Lebensbereichen einen größeren Anteil zur weiteren Gestaltung ihres Ortes beizutragen, nimmt zu. Neue Überlegungen sowohl für die politische Massenarbeit als auch für die praktische Realisierung sind darum notwendig, um in dieser Hinsicht eine noch höhere Effektivität und Wirksamkeit zu erzielen. In weitaus stärkerem Maße als bisher sollten vor allem Interessengemeinschaften gewonnen werden, die diese Einrichtungen ständig pflegen und entsprechend den Erfordernissen der eigenen Gemeinde und des Gemeindeverbandes planmäßig erweitern helfen.

Mitarbeit an Gemeindeordnungen

Die Gestaltung und Umgestaltung unserer Dörfer und Ortsteile beginnt im wesentlichen mit dem Verschönern der einzelnen Anwesen und der Wohnumwelt und mit der Gewährleistung von Ordnung, Sauberkeit und kommunaler Hygiene. Diese Grundsätze finden in fast allen Gemeinden ihren Ausdruck in den öffentlich beratenen und von den Volksvertretungen beschlossenen Gemeindeordnungen.

Die Gemeindeordnungen können außerordentlich fördernd auf die Entwicklung sozialistischer Denk- und Verhaltensweisen der Bürger wirken. Das um so mehr und überzeugender, wenn ihre Erarbeitung nicht losgelöst, sondern im Zusammenhang mit der Ortsgestaltungskonzeption erfolgt. Es wird sich darum als zweckmäßig erweisen, daß sich die Architekten auch schöpferisch am Zustandekommen und an der Durchsetzung der Gemeindeordnungen beteiligen.

Überall in unserem Lande unternehmen die Werktätigen große Anstrengungen, um auf der Grundlage der Beschlüsse der 11. und 12. Tagung des ZK der SED eine höhere Effektivität und Leistungssteigerung bei der Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben zum Wohle unserer Gesellschaft zu erreichen.

Auch im sozialistischen Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!" haben sich die Ausschüse der Nationalen Front höhere Ziele gestellt, um einen weiteren spürbaren Beitrag zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Bürger zu erbringen.



Ortsgestaltungskonzeptionen als Beiträge zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen

Prof. Dr.-Ing. Walter Niemke
Bauakademie der DDR
Institut für Landwirtschaftliche Bauten

1
Reihenhäusergruppe in der Eigenheimsiedlung Klötze, Bezirk Magdeburg

Durch die Verwirklichung des sozialpolitischen Programms sind besonders seit 1971 die Wohnbedingungen wesentlich verbessert worden. Mit dem Eigenheimbau und dem ländlichen Wohnungsbau haben sich Formen herausgebildet, die die aktive Mitwirkung der Bürger und der Betriebe in großem Umfang gestatten und den Wohnungsbau auf dem Dorf, in den Arbeitssiedlungen und Kleinstädten besonders günstig gestalten können. Die Leistungen unserer Bevölkerung im Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!" haben daher auf dem Lande eine große Resonanz gefunden und sich besonders auf die Verschönerung der Wohnumwelt in den Siedlungen ausgewirkt. Die auf der 7. Baukonferenz verkündete Weiterführung des Wohnungsbauprogramms bis 1985 mit der Blickrichtung auf 1990 und die Aktivitäten zur Vorbereitung des X. Parteitages der SED setzen neue Maßstäbe für die Effektivität und erfordern vor allem, mit den verfügbaren Material- und Energie-Ressourcen verantwortlich, d. h. vor allem sparsam umzugehen.

Die vielfältigen Baumaßnahmen machen deshalb eine von diesen Zielen getragene weitsichtige Planung, qualitätsgerechte Projektierung und Bauausführung notwendig. Während für die Schwerpunkte des Wohnungs- und Gesellschaftsbaus und des Industriebaus im Prinzip die entsprechenden städtebaulichen Planungs- und Projektierungskapazitäten bereitstehen, ist das bei den zahlreichen Vorhaben, die zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den kleineren Städten, Arbeitersiedlungen und Dörfern in Form von Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen vorwiegend bei Einfamilienhäusern zur Ausführung kommen, zumeist nicht der Fall.

Damit auch in kleineren Siedlungen Baumaßnahmen mit höchstem gesellschaftlichem Effekt durchgeführt und wirksam werden, gilt es auch hier, mit den vorhandenen Kräften und Mitteln die notwendigen Planungen und städtebaulichen Projektierungarbeiten zu organisieren. Für Gemeinden, in denen in absehbarer Zeit solche Baumaßnahmen zur Ausführung kommen, die im Bereich der technischen oder sozialen Infrastruktur Probleme aufwerfen oder auch das Gesamtbild der Siedlung entscheidend verändern, wird empfohlen, Ortsgestaltungskonzeptionen auszuarbeiten. Werden dagegen in einer Siedlung nur wenige Einfamilienhäuser gebaut, genügt in der Regel die Abstimmung mit den zuständigen Versorgungsträgern und die Einflußnahme des örtlichen Bauaktivs im Hinblick auf eine harmonische Einordnung der Bauten in die Ortslage.

Vorschläge, Maßnahmen und Lösungen, die im Rahmen der Ortsgestaltungskonzeptionen entstehen, müssen dazu beitragen, daß die Aktivitäten der Bürger richtig gelenkt und weiter gefördert werden. Es gilt, Initiativen zu unterstützen und nicht zu bremsen. Durch den Einsatz der Baumaterialien und Kapazitäten sind die Wohn- und Umweltbedingungen tatsächlich zu verbessern und nicht Maßnahmen auszuführen, die unökonomisch sind oder ein gesellschaftlich gerechtfertigtes Niveau weit überziehen. Insgesamt geht es um die schrittweise Verwirklichung eines langfristigen Programms, das frei von Utopien ist und von den Realitäten des täglichen Lebens getragen wird.

Der Bund der Architekten der DDR organisierte zwischen den am Wettbewerb zur Ausarbeitung von Ortsgestaltungskonzeptionen beteiligten Kollektiven im Abstand von ein bis zwei Jahren einen Erfahrungsaustausch. Unterschiedliche Aktivitäten – zuerst in den Bezirken Neubrandenburg und Erfurt, in jüngerer Zeit auch in den Bezirken Dresden, Suhl und Rostock – haben zu praktischen Arbeitsmethoden geführt und zahlreiche Erfahrungen vermittelt.

Ausgehend von den örtlichen Situationen haben sich jedoch in den Arbeitsweisen und in den vorgelegten Ergebnissen gewisse Unterschiede gezeigt, die jedoch in der generellen Zielstellung übereinstimmen.

Die Verwirklichung der Konzeption erfolgt mit dem Bau und der Modernisierung von Wohnungen und gesellschaftlichen Bauten, der farbigen Gestaltung von Fassaden sowie der Schaffung und Pflege von Freiflächen. Sie vollzieht sich schrittweise im Rahmen des Umgestaltungsprozesses der ländlichen Siedlungen und Siedlungszentren. Dabei sind Rückkopplungen zur Gestaltung der Arbeitsumwelt zu beachten, weil eben das Wohnen und das Produzieren zwar räumlich, aber nicht inhaltlich zu trennen sind.

Ortsgestaltungskonzeptionen werden gegenwärtig vorwiegend für ländliche Gemeinden, Arbeitersiedlungen und Siedlungszentren mit dörflichen und kleinstädtischen Strukturen ausgearbeitet. Der Wohnungsbau in dörflichen Siedlungen und Siedlungszentren ist für die stabile landwirtschaftliche Produktion von großer Bedeutung und ist fester Bestandteil der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Das Dorf wird damit auch wieder für junge Menschen attraktiver.

Nachfolgend soll auf einige Fragen eingegangen werden, die bei der Ausarbeitung der Ortsgestaltungskonzeptionen immer wieder auftreten.

Standorte für den Wohnungsbau

Die Einwohnerzahlen in den Siedlungen unter 2000 Einwohnern sind weiterhin rückläufig. Während z. B. im Jahr 1968 28 % der Wohnbevölkerung in Siedlungen dieser Größenordnung ansässig war, ging der



2

30 %
20 %
10 %
29 %
28 %
26,2 %
24,1 %
TREND DES ANWACHSENS
DER BEBAUTEN FLÄCHEN
DER ORTSLAGEN
1950
1960
1970
78
1980

3

Anteil bis zum Jahr 1978 auf 24,1 Prozent zurück. Trotz der sinkenden Einwohnerzahlen erfolgt der Bau der Wohnungen in zunehmendem Maße auf Flächen, die bisher noch nicht zur Ortslage gehörten. Aus diesem Widerspruch ergibt sich die Schlußfolgerung, daß der Eigenheimbau und der ländliche Wohnungsbau in den folgenden Jahren genutzt werden müssen, um die Rekonstruktion der kleineren Siedlungen (Kleinstädte, Arbeitersiedlungen und Dörfer) planmäßig durchzuführen. Das bedeutet, daß in zunehmendem Maße von der Erschließung neuer Flächen Abstand zu nehmen ist und Konzeptionen für die Rekonstruktion der innerörtlichen Bereiche ausgearbeitet werden müssen. In diesem Zusammenhang werden nicht nur die noch vorhandenen Baulücken, sondern auch Flächen in Anspruch genommen werden, die gegenwärtig durch nicht mehr nutzbare, überwiegend abbruchreife Wirtschaftsgebäude blockiert sind. Hier liegt eine schwierige Aufgabe vor, die im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Ortsgestaltungskonzeptionen durch beharrliche Aussprachen mit den betreffenden Bürgern geklärt werden muß. Es liegt auf der Hand, daß neben diesen bauökonomischen Erfordernissen der intensiven Grundstücksnutzung gleichzeitig auch Einfluß auf die Verschönerung des Ortsbildes genommen wird. Die Inanspruchnahme solcher Grundstücke erfordert auch die Klärung der Eigentumsrechte, die erfahrungsgemäß sehr schleppend verläuft und daher unbedingt in Verbindung mit der Ortsgestaltungskonzeption in Angriff genommen werden muß.

Wenn Einfamilienhäuser innerhalb der Stadtrand- und Arbeitersiedlungen der Kleinstädte, der größeren Dörfer zur Ausführung kommen sollen, sind überall dort, wo es städtebaulich zu vertreten ist, Reihenhäuser vorzusehen.

Auf Standorten, auf denen Reihenhäuser aus städtebaulichen Gründen nicht eingeordnet werden können, sind vorzugsweise Doppelhäuser zu errichten.

Damit die Entscheidungen für die Auswahl von Standorten für Einfamilien-Reihenhäuser immer unter dem Gesichtspunkt der ingenieurtechnischen Erschließung gesehen werden, wird dringend empfohlen, hierfür gesonderte Standortkonzeptionen auszuarbeiten, die gegebenenfalls im Kreismaßstab durchgeführt werden können. Für die im Kreis sich anbietenden Standorte für Einfamilien-Reihenhäuser ist der Aufwand für die Netze der Wasserwirtschaft, der Energie sowie für den Verkehr gemeinsam mit den Versorgungsträgern zu ermitteln und erst danach ist vom örtlichen Rat über die Inanspruchnahme des Standortes zu entscheiden. Sollte der Erschließungsaufwand über die bezirklich festgelegte Kennziffer hinausgehen, darf der Standort vorerst nicht bebaut werden. Nach endgültiger Standortentscheidung ist dann die Bebauungskonzeption zu diskutieren, mit dem Rat des Kreises abzustimmen und von der örtlichen Volksvertretung zu beschließen. Mit dieser Beschlußfassung ist die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, daß dort nur Reihenhäuser zur Ausführung kommen und eine Einzelhausbebauung ausgeschlossen ist.

Zur Modernisierung

Einleitend wird darauf hingewiesen, daß die Modernisierung gleich einer Kette im Reproduktionszyklus des Wohnungsfonds ist. Der Zyklus beginnt mit dem Neubau, setzt sich turnusgemäß über notwendige Werterhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen fort, um schließlich mit dem Gebäudeabriß zu enden. Erfahrungsgemäß umfaßt dieser Zyklus 100 und mehr Jahre. Insgesamt geht es also um eine intensive Nutzung der Bausubstanz mit dem Ziel, die Einheit von Neubau, Rekonstruktion, Modernisierung und Werterhaltung zu gewährleisten, damit das Verhältnis von Aufwand und Nutzung bei der Verbesserung der Wohnbedingungen rationell gestaltet werden kann.

2
Neue Wohnhäuser für die Einwohner der Gemeinde Berlstedt

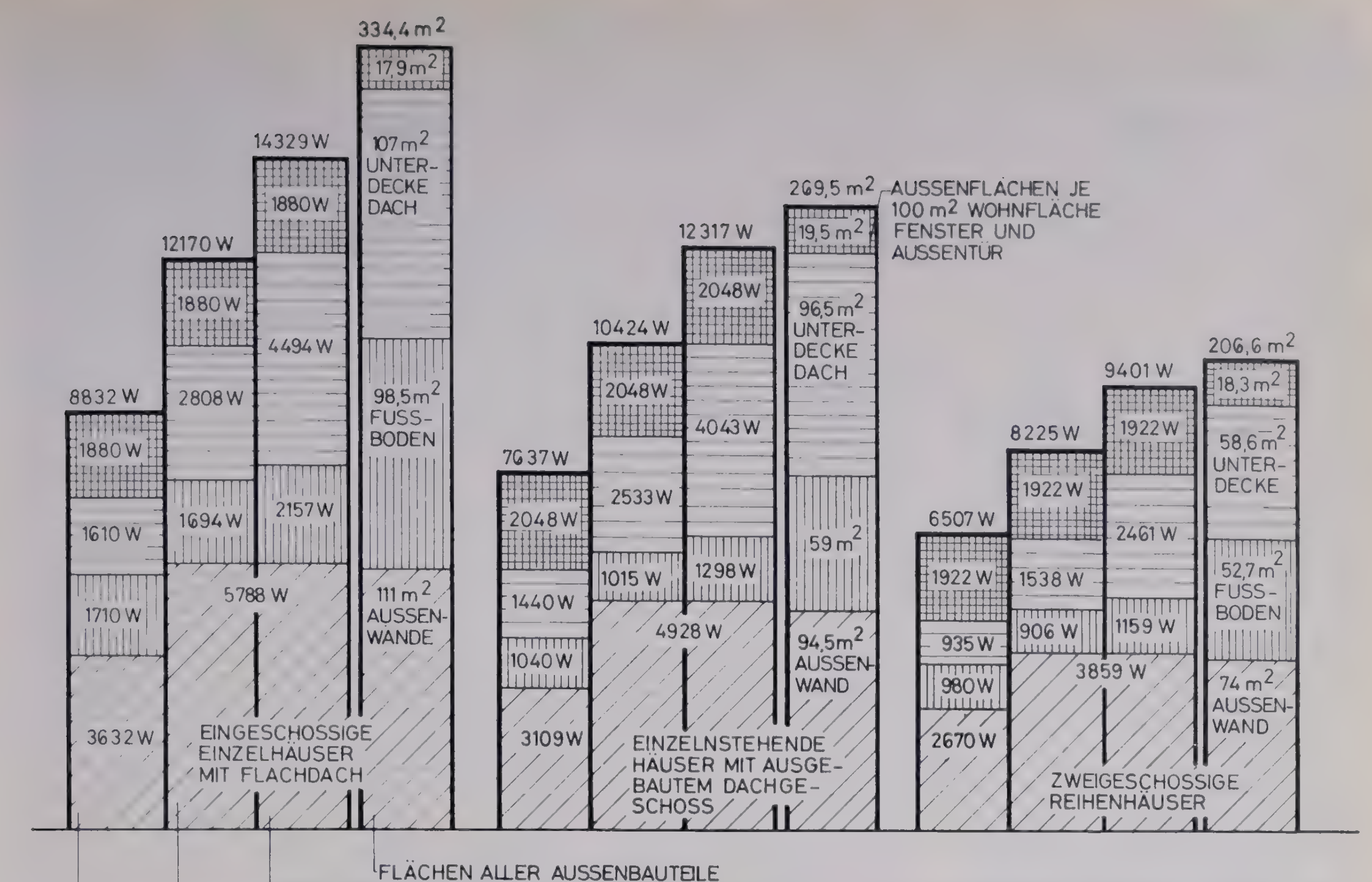
3
Anteil der Wohnbevölkerung in Siedlungen bis zu einer Größe von 2000 Einwohnern in Prozent

4
Eigenheimsiedlung bei Damgarten in der Nähe von Darkow

5
Gegenüberstellung der Außenfläche verschiedener Hausformen mit daraus resultierenden Wärmeverlusten

4





5

Erfahrungsgemäß verlaufen die Werterhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in den kleinen Siedlungen anders als in den Groß- und Mittelstädten. In den Dörfern und Siedlungszentren mit kleinstädtischen Strukturen wohnen die Hauseigentümer größtenteils in ihren Häusern, die selten über zwei Stockwerke hinausgehen, wodurch gute Voraussetzungen vorhanden sind, um diese Baumaßnahmen mit eigenen Leistungen, mit Freundes- und Nachbarschaftshilfe sowie auch mit betrieblicher Unterstützung auszuführen. Aus diesem Grunde war in den vergangenen Jahren der Anteil der Modernisierungsmaßnahmen in den vorgenannten Siedlungen besonders groß.

Mit der Ortsgestaltungskonzeption schafft sich der örtliche Rat auch ein Instrument, um den Prozeß der Werterhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen besser lenken zu können. Notwendige Bestandsaufnahmen, Begehungen und Gespräche mit den Bewohnern vertiefen das Wissen über die Bausubstanz sowie auch über die beabsichtigten Aktivitäten der Bürger. Gleichzeitig wird auch deutlich, wo Baureparaturen und Modernisierungen am dringendsten sind und wo sich gegebenenfalls An- und Umbauten anbieten.

Auf Grundlage dieser Erkenntnisse wird der örtliche Rat darauf Einfluß nehmen, daß Bürger und auch Betriebe zielgerichtet Baureparaturen durchführen und Modernisierungsmaßnahmen nach notwendigen oder angemessenen Maßstäben ausführen. Schranken wird man aber dort setzen müssen, wo z. B. noch funktionsfähige Fenster durch maßstäblich zu große ersetzt werden sollen, die oft das Antlitz der Gebäude verunstalten und nur den Bedarf an Heizenergie vergrößern. Wichtig ist, daß bei den Häusern der Dachbereich in Ordnung gebracht wird, die sanitärtechnische Ausrüstung und Elektroinstallation der Wohnung dem gegenwärtigen Niveau angepaßt werden und das Haus insgesamt ein gepflegtes Aussehen erhält.

Zur Material- und Energieökonomie

Standortentscheidungen, die in Verbindung mit der Ausarbeitung der Ortsgestaltungskonzeptionen getroffen werden, sind immer von großem Einfluß auf die Material- und Energieökonomie. So haben z. B. Standortfestlegungen entscheidende Auswirkungen auf den Aufwand an Bauland, für die Gründung, die ingenieurtechnische Erschließung und den Straßenbau, während der Energieaufwand vor allem durch die Wahl der Haus- und Bebauungsform mitbestimmt wird.

Insgesamt kann man feststellen, daß das zweigeschossige Einfamilien-Reihenhaus beträchtliche volkswirtschaftliche Vorteile hat, die durchaus mit den Gesichtspunkten eines individuellen Wohnens in Übereinstimmung zu bringen sind. Die geringen Außenwandflächen des Reihenhauses führen zu einer beträchtlichen Einsparung an Heizenergie, was sowohl im Interesse der Gesellschaft als auch des Bürgers liegt. Im Durchschnitt wird beim Reihenhaus gegenüber dem einzeln stehenden Haus jährlich mindestens eine Tonne Braunkohlenbrikett eingespart. Die Einsparung an Heizenergie ist beim Eigenheimbau zur dringenden Notwendigkeit geworden, da hierbei zwei- bis dreimal mehr Heizenergie als bei einer entsprechenden Wohnung im Geschoßbau benötigt wird. Allein das ist ein Grund zur bevorzugten Anwendung von Reihenhäusern. Es muß aber auch erwähnt werden, daß dieses Reihenhaus materialökonomische Effekte von beachtlicher Größe mit sich bringt. So sind z. B. durchschnittlich 4 m^3 Dämmstoff, mindestens 2 m^3 Schnittholz und Materialien für rund 8 m Versorgungsleitungen und Straßenbefestigung weniger nötig als für den Bau eines einzeln stehenden Einfamilienhauses.

Bei der Ausarbeitung der Ortsgestaltungskonzeption müssen viele Probleme aufgegriffen und gelöst werden, von denen hier nur einige wichtige angesprochen werden konnten. Es wurde deutlich, daß die Ortsgestaltungskonzeption nicht nur die Ortsgestaltung beinhaltet, sondern bedingt durch die notwendige komplexe Betrachtungsweise auf alle Fragen eingehen muß, die sich aus der baulichen Weiterentwicklung der Siedlung, insbesondere aus der Verbesserung der Wohnbedingungen, ergeben, wofür der örtliche Rat die Verantwortung trägt. Deshalb kann die Ortsgestaltungskonzeption nur unter Leitung des Rates der Gemeinde oder der Stadt entstehen, wobei jedoch die volle Unterstützung von Architekten und Bauleuten notwendig ist. Die Ortsgestaltungskonzeption soll das Produkt der gemeinsamen Arbeit sein, wobei vor allem auch interessierte Bürger schöpferisch mitwirken sollen und die Fachleute im wesentlichen die Aufgabe haben, ausgehend von den Prinzipien des Städtebaus und den Grundsätzen der Bautechnik die Vorstellungen der Bürger in städtebaulichen Planungen darzustellen.

Die im Zuge dieser Arbeit notwendigen intensiven Diskussionen und Auseinandersetzungen mit anstehenden ortsspezifischen Problemen sind wichtiger Bestandteil im Leben unserer sozialistischen Demokratie.

Die Ausarbeitung der Ortsgestaltungskonzeption kann deshalb kein einmaliger Akt sein, sondern ist ein Prozeß, der sich über Jahre hinweg vollzieht und damit zu einem wichtigen Leitinstrument des örtlichen Rates zu allen Baufragen wird.

Werterhaltung und Modernisierung im Mittelpunkt

Eckard Fandrich
Bürgermeister der Gemeinde Klein Bünzow

. . . Die gesellschaftliche Entwicklung des Dorfes muß von den Volksvertretungen, ihren Räten und allen gesellschaftlichen Kräften als ein revolutionärer Umwälzungsprozeß verstanden und politisch geleitet werden. Er umfaßt materielle Fragen und vor allem die Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens. Die nachstehenden Ausführungen sollen zeigen, wie einige der damit verbundenen Aufgaben in der Gemeinde Klein Bünzow gelöst werden, und welche Erfahrungen es dabei mit der Ortsgestaltungskonzeption gibt.

Die Gemeinde Klein Bünzow liegt im Nordwesten des Kreises Anklam. Sie umfaßt ein Territorium von 35 km². Die Einwohnerzahl betrug im Mai 1980 1163. Der Hauptort ist Klein Bünzow mit 424 Einwohnern. Die anderen Einwohner verteilen sich auf sechs weitere Ortsteile. Um alle Ortsteile und Wohnplätze zu erreichen, ist eine Wegstrecke von etwa 32 km zurückzulegen.

Die Gemeinde Klein Bünzow ist Mitglied des gleichnamigen Gemeindeverbandes. Der Gemeindeverband hat sechs Mitgliedsgemeinden mit 31 Ortsteilen.

Die wirtschaftliche Struktur wird durch die Landwirtschaft bestimmt. Im Territorium der Gemeinde Klein Bünzow gibt es eine LPG Pflanzenproduktion, eine LPG Tierproduktion und einen Betriebsteil des Agrochemischen Zentrums Anklam. Weitere Betriebe sind im Territorium nicht vorhanden, so daß sich die Entwicklung unserer Dörfer in erster Linie auf der Grundlage dieser Betriebe vollzieht.

Die Grundversorgung der Bevölkerung wird durch einen zentralen Kindergarten, eine zentrale Kinderkrippe, sieben Verkaufsstellen für Waren des täglichen Bedarfs, eine Verkaufsstelle der BHG Anklam sowie durch eine Zweigstelle der Deutschen Post gewährleistet. Außerdem wurden ein Friseurstützpunkt sowie eine Komplexannahmestelle für Dienstleistungen geschaffen . . . Zentrum für die geistig-kulturelle Arbeit ist die im Jahre 1974 der Bevölkerung übergebene Klubgaststätte. Dieses Objekt entstand in einer Gemeinschaftsaktion zwischen den Betrieben des Territoriums, dem Ortsausschuß der Nationalen Front und dem Rat der Gemeinde.

Die Verkehrslage der Gemeinde Klein Bünzow ist im Verhältnis zu anderen Gemeinden im Kreis Anklam als sehr günstig anzusehen. Es gibt einen Bahnhof sowie eine Reihe von Bus-Verbindungen zur Kreisstadt Anklam, nach Greifswald und Wolgast.

Der Hauptort Klein Bünzow ist als Siedlungsschwerpunkt des gleichnamigen Gemeindeverbandes vorgesehen. Klein Bünzow gliedert sich in das Altdorf, das Neudorf und Wohnplätze an der F 109. Diese Zergliederung beeinträchtigt das Dorfbild wesentlich. Von einer planmäßigen Gestaltung des Dorfbildes konnte in der Vergangenheit kaum die Rede sein. Unter Vernachlässigung einer Reihe von Aspekten, wie ein geschlossenes Dorfbild, Umweltfaktoren und ähnliches mehr, wurden Wohn- und Gesellschaftsbauten dort errichtet, wo der Erschließungsaufwand am geringsten war, bzw. wo es einige für notwendig hielten. Dadurch wurde die territoriale Trennung von Alt- und Neudorf noch weiter vergrößert. Diese Art und Weise der Ortsgestaltung trug in keiner Beziehung dazu bei, das Dorf Klein Bünzow zum Siedlungsschwerpunkt herauszubilden. Die planmäßige Gestaltung an Hand einer entsprechenden zielgerichteten Konzeption machte sich erforderlich.

Im Auftrage der Kreisplankommission des Rates des Kreises Anklam erfolgte durch das Büro für Stadt- und Dorfplanung die Erarbeitung der Ortsgestaltungskonzeption für den Ortsteil Klein Bünzow. Diese Dokumentation ist jedoch nicht nur ein Werk des Büros für Stadt- und Dorfplanung, sondern ein Produkt einer effektiven Zusammenarbeit zwischen dem Büro für Stadt- und Dorfplanung, den Fachabteilungen des Rates des Kreises, insbesondere der Kreisplankommission, der Örtlichen Volksvertretung und ihrem Rat und dem Ortsausschuß der Nationalen Front. Besondere Verdienste haben sich dabei die Kollegen des Büros für Stadt- und Dorfplanung in unserer Gemeinde erworben. In gemeinsamen Absprachen, Ortsbegehungen und gemeinsamen Überlegungen, wie der Ortsteil Klein Bünzow gestaltet werden kann, haben sie es verstanden, uns ein Konzept zu erarbeiten, in dem das Zusammenfließen von wissenschaftlichen Grundlagen mit praktischen Erfahrungen dokumentiert wird. In gemeinsamen Beratungen und Ortsbegehungen sowie unter Berücksichtigung des vorhandenen Projektes für Klein Bünzow wurde die vorliegende Gestaltungskonzeption erarbeitet. Damit steht uns eine langfristige Arbeitsgrundlage zur Ortsverschönerung und zur Verbesserung der Ortsgestaltung zur Verfügung.

Welche Maßnahmen sind in der Ortsgestaltungskonzeption zur Herausbildung eines schönen Dorfbildes vorgesehen?

Nach eingehender Analyse der örtlichen Bedingungen wurde entschieden, das vorhandene Altdorf als Siedlungsschwerpunkt und als Hauptwohnsitz der Gemeinde auszubauen.

Um das Bahngelände, das sich in einer Entfernung von etwa einem Kilometer vom Altdorf befindet, konzentrieren sich die Produktionsstätten der LPG Pflanzenproduktion und des Betriebsteils des Agrochemischen Zentrums. Auf Grund der Zergliederung steht die Aufgabe, ein einheitliches Dorfbild zu schaffen, wobei wir uns in erster Linie auf das vorhandene Altdorf konzentrieren . . .

Wir sind bei der Durchsetzung der Ortsgestaltungskonzeption und deren Verwirklichung fast ausschließlich auf die Kräfte des eigenen Territoriums, das heißt, auf die vorhandenen Betriebe und unsere Bürger angewiesen, so daß die Hauptaufgaben bei der Durchsetzung vom Rat der Gemeinde und vom Ortsausschuß der Nationalen Front getragen werden, und daß in einer kameradschaftlichen Zusammenarbeit die anfallenden Probleme geklärt werden, um die Ortsgestaltungskonzeption zu realisieren. Obwohl es uns aus Kapazitätsgründen nicht möglich ist, alle Vorhaben mit einmal durchzusetzen, sind wir doch bestrebt, den Grundinhalt der Ortsgestaltungskonzeption zu verwirklichen. Dabei liegt der Schwerpunkt gegenwärtig beim Eigenheimbau, der so eingeordnet werden soll, daß das Dorfbild insgesamt aufgewertet wird. Dafür war zunächst die Wasserversorgung nicht gesichert. In Feierabendtätigkeit und unter Beteiligung der Betriebe und der Bürger wurde 1978/79 die Wasserversorgung mit einem Wertumfang von 150 000 Mark fertiggestellt. Jetzt beginnen wir mit der Verwirklichung des Eigenheimbaus. Im Jahre 1980 wurden vier Eigenheime begonnen, und 1981 kommen weitere vier hinzu. Auf Grund der sich dann ergebenden Erfordernisse in der Produktion werden wir uns von weiteren Schritten bei der Realisierung leiten lassen. Die in der Ortsgestaltungskonzeption vorgesehenen Standorte werden dabei eingehalten.

Bei der ganzen Ortsgestaltung im Altdorf Klein Bünzow tritt mit der notwendigen Entwässerung ein weiteres Problem auf. Das ist ein Vorhaben, das zur Zeit unsere finanziellen und materiellen Möglichkeiten übersteigt. Wir behelfen uns mit Sammelgruben, die ständig entleert werden müssen. In den nächsten Jahren wollen wir in Zusammenarbeit mit den Betrieben des Territoriums eine zentrale Entwässerung für den gesamten Ortsteil schaffen, um dann die geklärten Abwässer in einen Vorfluter leiten zu können.

Zur Verbesserung der Wohnbedingungen und zur Verschönerung des Dorfbildes wurden im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs in den Jahren 1978 und 1979 1600 m² Gehwegplatten verlegt. Der Gehweg zieht sich durch das Altdorf, und als Weiterführung wurde der Anschluß an das Neudorf hergestellt. Die in der Gestaltungskonzeption vorgesehenen Verkehrslösungen können insbesondere durch den Straßenbau nur schrittweise zur Ausführung kommen. Kleinere Arbeiten, wie zum Beispiel der Ausbau einer Zufahrtsstraße zur Verkaufsstelle und der Ausbau einer Bustasche, werden wir mit eigenen Kapazitäten bzw. mit der Initiative unserer Bürger durchführen . . .

Mit der Verwirklichung der Ortsgestaltungskonzeption ist eine Reihe guter Ergebnisse zu verzeichnen. Es konnten nicht nur die zentrale Bewässerung des gesamten Ortsteils Klein Bünzow abgeschlossen und Gehwege angelegt werden, sondern es wurden auch zur weiteren Gestaltung des Dorfbildes im Altdorf vorhandene Gebäude rekonstruiert. Ein Problem ist dabei noch die Bereitstellung neuer Fenster für die Maße der alten Fensteröffnungen.

Die Frage der Werterhaltung und Modernisierung steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. So wurden von 1977 bis 1979 im Ortsteil Klein Bünzow fünf Wohnungseinheiten modernisiert. 1980 sind vier weitere vorgesehen. Es ist zu verzeichnen, daß das Bedürfnis nach Modernisierung des Wohnraums ständig steigt.

Im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs sind im Zeitraum von 1977 bis 31. März 1980 von der Bevölkerung Eigenleistungen bei der Werterhaltung in Höhe von 106 000 Mark erbracht worden. Über fünf Grünanlagen im Ortsteil Klein Bünzow wurden Pflegeverträge mit den Bürgern abgeschlossen.

Neben der Arbeit im sozialistischen Wettbewerb bei der Modernisierung und Werterhaltung sowie der Gestaltung eines schönen Dorfbildes sind die planmäßigen Baumaßnahmen ein entscheidendes Kriterium zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Bürger. In der Gemeinde Klein Bünzow wurden im Jahre 1978 für den Wohnungsbau Leistungen in Höhe von 280 000 Mark durchgeführt, im Jahre 1979 waren es 69 000 Mark, und im Jahre 1980 sind dafür 172 000 Mark geplant. Damit leisten wir unseren Beitrag zur Lösung der Wohnungsfrage bis 1990 und schaffen uns damit auch ein schönes und gepflegtes sozialistisches Dorf.

1



2

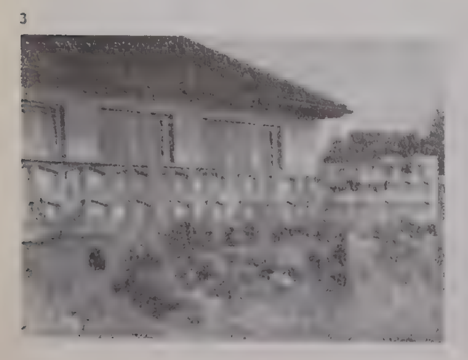


1
Diese alten Wohnhäuser wurden in Eigeninitiative der Bewohner modernisiert.

2
Auch viele Jahrzehnte alte Wohngebäude des Dorfes werden erhalten und gepflegt.

3
Das erste fertiggestellte Eigenheim, das entsprechend der Ortsgestaltungskonzeption eingeordnet wurde.

3





Erfahrungen im Bezirk Suhl bei der Arbeit mit den Ortsgestaltungskonzeptionen

Dipl.-Ing. Roland Lenz
Büro für Städtebau beim Rat des Bezirkes Suhl

1
Rekonstruierter Straßenzug in Dingsleben

Mit der städtebaulichen Planung im Rahmen von Ortsgestaltungskonzeptionen wird angestrebt, die notwendige Vorarbeit für den effektivsten Einsatz aller Kräfte von den planmäßigen Investitionen bis zur volkswirtschaftlichen Masseninitiative zu sichern, die Funktionsfähigkeit der Städte und Dörfer zu erhalten und zu qualifizieren sowie das städtebaulich-gestalterische Erscheinungsbild bis hin zur Ordnung und Sauberkeit qualitativ zu verbessern.

Besonders in den letzten Jahren haben sich die Bemühungen im Bezirk verstärkt, für alle Städte und Gemeinden bessere Unterlagen für eine langfristige, planmäßige städtebauliche Entwicklung zu schaffen. Auf der Grundlage von Beschlüssen der Bezirksleitung der SED und des Rates des Bezirkes konnte erreicht werden, daß für alle Kreisstädte Generalbebauungs- und Generalverkehrspläne erarbeitet werden, ebenso Entwicklungskonzeptionen für Siedlungsschwerpunkte. Die Bearbeitung erfolgte dabei auf der Grundlage einer von der Bezirksplankommission abgestimmten Reihenfolge.

Ebenfalls auf der Grundlage zentraler Beschlüsse wurde von der Bezirksleitung der SED und vom Rat des Bezirkes 1977 festgelegt, die Ausarbeitung von Ortsgestaltungskonzeptionen für alle Orte des Bezirkes vorzusehen.

Hierzu wurde im Sinne eines Leitfadens „Hinweise zur Ausarbeitung von Ortsgestaltungskonzeptionen" an alle Bürgermeister über die Räte der Kreise gegeben.

Diese Vorgabe (einschließlich eines Beispiels einer farbig gedruckten Flächennutzung mit Legende) verdeutlichte das Ziel der Erarbeitung. Dieses Ziel wurde in thesenhafter Form allgemeinverständlich formuliert nach den Schwerpunkten des Arbeitsablaufs:

- Ziel und Inhalt der Ortsgestaltungskonzeption
- Arbeitsverlauf mit der Bildung einer Arbeitsgruppe
- Ausarbeitung einer Aufgabenstellung für die Ortsgestaltung und Ortsentwicklung
- Kartengrundlage
- Bestandserfassung
- Planung
- Beratung und Abstimmung sowie
- arbeitsmethodische Hinweise.

Dieser Leitfaden ist nicht vergleichbar mit dem wohl abgerundeten Ratgeber oder Hinweisen für die Ortsgestaltungskonzeptionen der Bezirke Neubrandenburg, Halle und Erfurt. Er ist deshalb nicht vergleichbar, da wir von einer ersten Bearbeitungsstufe ausgegangen sind, die nur eine begrenzte oder reduzierte Anforderung zum Inhalt hatte.

Dadurch, daß die Erarbeitung in einer vereinfachten ersten Stufe gefordert wurde, gelangt man relativ schnell zu ersten Ergebnissen. In dieser Bearbeitungsphase wurde auf der Grundlage des Aufrufs des Nationalrates der Nationalen Front und des Präsidiums des Bundes der Architekten der DDR die Mitarbeiter vieler unserer Mitglieder des BdA organisiert. Bereits Ende 1978 lagen für 80 Prozent aller Gemeinden – von 359 Gemeinden und Städten – 270 Ortsgestaltungskonzeptionen vor. Dieses Ergebnis macht deutlich, daß es im Bezirk Suhl darauf ankam, sehr schnell zu einer Grundlage für jede Gemeinde zu gelangen, die die vielen Probleme der Ortsgestaltung und Ortsentwicklung in einer geordneten Entwicklung garantiert. Es kam speziell darauf an, zu vermeiden, daß an Standorten gebaut wird, für die keine Bebauung vorgesehen war, oder diese Bebauung sich für die Ortsbildpflege nachteilig auswirkt oder nicht vertretbare volkswirtschaftliche Aufwendungen in Kauf genommen wurden, wie zum Beispiel:

- bei der Errichtung von Bungalows, Gartenlauben und Garagen in der freien Landschaft
- beim Bau in Landschaftsschutzgebieten oder Überschwemmungsgebieten
- bei zu hohen Erschließungskosten im Eigenheimbau

- beim Bauen an vielen Einzelstandorten anstelle von konzentrierten Bebauungen
- bei der Wiederbebauung von Engstellen in Ortslagen anstelle eines erforderlichen Abbruchs und in diesem Zusammenhang keine Beachtung künftiger verkehrsbaulicher Maßnahmen.

Diese Beispiele beweisen die Notwendigkeit der Ausarbeitung von langfristigen Ortsentwicklungskonzeptionen zur planmäßigen Entwicklung des Territoriums.

In die Probleme der Ortsgestaltung ist fast jeder Bürger eines Ortes einbezogen. Deshalb ist es notwendig, Mittel und Wege zu erschließen, um die gesamte Bevölkerung bereits bei der Planung und Realisierung einzubeziehen. Zum Beispiel zeigte die Durchführung der planmäßigen Straßenbaumaßnahmen an der Landstraße von Suhl nach Meiningen durch Mäbendorf und Dietzhausen, wie durch gründliche Information über die geplanten Projekte nach anfänglichem abwartendem Verhalten alle Anlieger diese an der Realisierung der Bürgersteige, Stützmauern und Einzäunungen mitgewirkt haben.

Damit wird erreicht, daß erstens die Bürgerinitiative allseitig koordiniert und zielgerichteter eingesetzt wird und zweitens unnötiger Aufwand vermieden und damit der effektivste Einsatz der Mittel garantiert wird.

In der ersten Arbeitsphase ging es also darum, vorrangig die Bestimmung der Flächennutzung festzulegen einschließlich der operativen Klärung kurzfristiger Vorhaben.

Die Erarbeitung erfolgte durchweg in der Verantwortung der Räte der Kreise durch Arbeitsgruppen der Gemeinden. Die Arbeitsgruppen werden vom Bürgermeister geleitet. Ihr gehören Vertreter der ständigen Kommissionen, des Ortsausschusses der Nationalen Front, der Landwirtschaft, der Industrie, des Erholungswesens sowie im Ort ansässige Architekten, Bauingenieure und andere Fachexperten an. Eine gute sozialistische Gemeinschaftsarbeit mit den Kreisarchitekten und Kreisplankommissionen und die regelmäßige qualifizierte Anleitung



2
Leitplan (Vorschlag) für die Ortsentwicklung von Römhild

3
Fachwerkbauten in Römhild

4
Neue Kaufhalle in Römhild



durch den Rat des Bezirkes haben sich als Grundlage für die intensive Arbeit an den Ortsgestaltungskonzeptionen in den zurückliegenden vier Jahren bewährt. Als außerordentlich vorteilhaft hat sich zu Beginn der Bearbeitungsphase eine gemeinsame Beratung beim Rat des Bezirkes mit allen Vorsitzenden der Kreisplankommissionen und den Kreisbaudirektoren unter Leitung des Bezirksbaudirektors und des Vorsitzenden der Bezirksplankommission erwiesen, in der die hierbei für die Bürgermeister zu tragende Verantwortung sichtbar und bewußt gemacht werden konnte. Durch die intensive bisherige Arbeit entstanden mit ehrenamtlichen Kräften in Kürze durchaus brauchbare Arbeitsunterlagen, die außerdem den Vorteil besitzen, daß Planung und Umsetzung in einer Hand liegen.

Natürlich ist die Qualität sehr unterschiedlich. Es ist aber wichtig, erst einmal für möglichst alle Gemeinden Planungsunterlagen zu erhalten, die neben der Bestimmung für die Flächennutzung die Aussagen enthalten:

- zur Ortsbebauungsgrenze
- zur Standortfestlegung für den Wohnungsbau, besonders für den Eigenheimbau sowie produktive und gesellschaftliche Einrichtungen
- zu Maßnahmen der Werterhaltung und Modernisierung
- zur Führung von Straßen und Wegen sowie die Einordnung von Parkplätzen und Haltestellen des Kraftverkehrs
- zu Gestaltungsschwerpunkten des Ortes für die nächsten Jahre
- zur Standortfestlegung für Kleingärten, Wochenendbaugebiete, Sport- und andere Erholungsflächen
- zur Festlegung vereinfachter Erschließungssysteme der Stadttechnik.

Dieses Ziel wurde erreicht. Die Ergebnisse sind gründlich mit den Volksvertretungen und besonders ihren Kommissionen beraten und in den meisten Fällen bereits auch als Arbeitsgrundlage bestätigt worden.

Die Zielstellungen oder Programme, die sich die Arbeitsgruppen in den Städten und Gemeinden vorgenommen hatten, weisen erhebliche Unterschiede auf. Sie reichen von einer ausführlichen Erläuterung der historischen und wirtschaftlichen Entwicklung der jeweiligen Gemeinde, bis zur exakten sozialökonomischen Strukturuntersuchung und Bauzustandsanalyse, der Einordnung konkreter Planvorhaben bis zu Maßnahmen im „Mach mit!"-Wettbewerb. Es erwies sich die Notwendigkeit, daß vor Beginn der zweiten Phase eine staatliche Bestätigungsphase durch die Kreisplankommission gemeinsam mit dem Kreisbauamt erforderlich ist, die gleichzeitig mit einer territorialen Orientierung verbunden sein sollte. Die territoriale Orientierung sollte die Grundlage für das bestätigte langfristige Arbeitsprogramm der zweiten Phase der Bearbeitung der Ortsgestaltung/Ortsentwicklung bilden. Inzwischen liegt der Entwurf einer „Ordnung zur weiteren Arbeit mit den Ortsgestaltungskonzeptionen" für den Bezirk vor, der diese ersten Arbeitsschritte präzisiert und Vorschläge zur Weiterführung dieser Aufgabe enthält. Dabei wird im wesentlichen auf das gleiche Organisationsschema und die bewährten Kollektive zurückgegriffen. Die Bearbeitung der Konzeption durch das Büro für Städtebau bildet auch zukünftig die Ausnahme.

In den vergangenen Jahren wurden für Siedlungsschwerpunkte wie Heldburg, Themar, Schleusingen, Römhild, Kaltennordheim Ortsentwicklungskonzeptionen erarbeitet, und in jüngster Zeit gibt es auch Beispiele der Ortsgestaltung für Kloster Veßra und Pfersdorf. Diese Bearbeitungen erfolgten auf Grund volkswirtschaftlicher Entwicklungsmaßnahmen und entsprechend ihrer Rangigkeit sowie auch unter dem Aspekt des Beispiels für andere Orte.



4

Bei Beratungen mit Bürgermeistern an Ort und Stelle konnte festgestellt werden, daß das Interesse für diese planerischen Aufgaben durch diese Konkretheit außerordentlich gewachsen ist, und daß die Zahl der Fragen und Vorschläge von den Gemeinden und Kreisen (wie geht es weiter?) stark zugenommen hat.

Die Ordnung für die zweite Phase der Arbeit mit den Ortsgestaltungskonzeptionen wird an Hand ausgewählter Beispiele aus dem Bezirk die notwendige Aussagekraft erhalten. Diese Ordnung wird veröffentlicht und allen Bürgermeistern zur Verfügung gestellt.

Mit dem Abschluß der ersten Phase durch die Bestätigung des örtlichen Rates werden in der zweiten Phase solche Aussagen an Bedeutung gewinnen

- wie geht es mit der Ortsgestaltungskonzeption weiter?
- Grundsätze zur Einordnung der Investitionen
- Maßnahmen der Werterhaltung, Modernisierung und des Um- und Ausbaus
- Analyse und Aussage zur effektivsten versorgungstechnischen Möglichkeit für den Eigenheimbau, den industriellen Wohnungsbau auf Einzelstandorten und vorgesehene gesellschaftliche Einrichtungen
- Probleme der Ortsbildpflege, Ortsverschönerung und Ausarbeitung einer Ortssatzung
- städtebaulich-planerische Untersuchungen für die vorgesehenen Maßnahmen.

Welche prinzipiellen Erfahrungen wurden in der Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden gesammelt?

Auf Bürgermeisterschulungen beim Rat des Bezirkes, auf gemeinsamen Konferenzen mit der Nationalen Front, Betrieben und Einrichtungen mit den Architekten und Städtebauern wurden zu den Fragen der Ortsgestaltungskonzeption eindeutige Standpunkte bezogen.

Wir haben die Erkenntnis gewonnen, daß die Praxiswirksamkeit derartiger Planungen dort am besten ist, wo die Arbeit Anliegen des ganzen Rates der Stadt oder Gemeinde ist.

Wo die Vertreter der Stadt und Gemeinde ihre Rechte und Pflichten durch persönlichen Einsatz für die Durchsetzung der einmal vorgenommenen Aufgabenstellung wahrgenommen haben und die einbezogenen Fachkollegen sich gründlich mit der Aufgabe auseinandersetzten, wurden die besten Umsetzungen in die Praxis erreicht. Viele gute Beispiele im Bezirk dokumentieren dies bereits sichtbar. Es hat sich gezeigt, je kleiner die Ortslage, um so ausgewogener muß das Verhältnis zwischen langfristigen Aussagen und konkreten Sofortmaßnahmen sein.

Ob Parkplätze, Buswendeschleifen, die Einordnung von Einzelobjekten, die Gestaltung von Fassaden; diese Fragen wurden in den Entwicklungskonzeptionen für Städte von drei- bis fünftausend Einwohnern meist so bearbeitet, daß bei guter Anleitung eine Ausführung durch Baubrigaden der Stadt oder der Gemeinde möglich war.

Dadurch wurde erreicht, daß eine stärkere Identifizierung mit der gesamten Planung der Ortsgestaltung durch die örtliche Volksvertretung vorhanden ist, als bei nur langfristig orientierten Aussagen.

An dieser Stelle ist es wichtig, festzustellen, unter welchem Aspekt die Erarbeitung der Ortsgestaltungskonzeptionen im Bezirk Suhl betrachtet wird. Wir haben die Erarbeitung nicht vordergründig als eine rein städtebauplanerische oder gar territorialplanerische Angelegenheit — vereinfacht gesagt als eine Sache der Planungsbüros der Städtebauer und Architekten — angesehen, sondern wir haben sie von Anbeginn als ein gesamtgesellschaftliches Anliegen — als ureigenste Sache des Ortes und deshalb in der Verantwortung des Bürgermeisters liegendes Anliegen — gesehen, interpretiert und auch so mitgeholfen zu organisieren.

Das heißt, wir haben unsere Arbeit als Architekten und Planer stets als einen Anteil an der Erarbeitung der Ortsgestaltungskonzeptionen betrachtet. Dieser Sachverhalt ist der ideologische Inhalt unserer Arbeitsweise. Für die Räte muß die Ortsentwicklungskonzeption und besonders die Ortsgestaltungskonzeption nicht nur Entscheidungsgrundlage für die Einordnung von Investitionen der langfristigen Planung des Geschoßwohnungsbaus und des Eigenheimbaus sein, sondern gleichzeitig auch Instrument zur Lenkung und Leitung des planmäßigen Einsatzes der volkswirtschaftlichen Masseninitiative der Bevölkerung.



1

2

Rekonstruktion am Altstädter Rathaus in Prag

Dipl.-Arch. Karel Kibic, Prag

Das Altstädter Rathaus in Prag gehört zu den kulturhistorisch bedeutsamsten Denkmälern der Altstadt. Dieser Bedeutung entsprechend wird dem gesamten Rathausareal von der Denkmalpflege größte Beachtung geschenkt. Nach dem zweiten Weltkrieg war es vor allem notwendig, den historischen Südflügel zu retten, der von den Nazis schwer beschädigt worden war, als sie versuchten, den Aufstand des tschechischen Volkes im Mai 1945 niederzuschlagen. Bei der Instandsetzung des alten Teils des Rathauses in den Jahren 1946 bis 1948 wurden wertvolle ursprüngliche Details wiederentdeckt. Weitere Erkenntnisse erbrachte auch die Erneuerung der Außenfassade im Jahre 1972. Diese Erkenntnisse trugen dazu bei, die historische Entwicklung des Altstädter Rathauses zu verdeutlichen und genauer zu datieren.

Im Jahre 1296 wandte sich der Rat der Prager Altstadt an König Wenzel II. mit dem Ersuchen, der Gemeinde zu gestatten, für die Zwecke der Stadtverwaltung ein Haus kaufen und einen Stadtschreiber ernennen zu können. Der Stadtrat kam bis dahin im Gemeindehaus oder im Haus eines der Ratsherren zusammen, und eine Versammlung der ganzen Gemeinde fand damals in der Nikolauskirche statt. Wenzel II. entsprach der Bitte, was die Ernennung eines Stadtschreibers anbelangte, von der Genehmigung eines Rathauses ist aber in der königlichen Antwort nicht die Rede. Darum wiederholten die Altstädter 1338 ihr Ansuchen, und König Johann von Luxemburg billigte es in einem Privilegium zu. Die Gemeinde fand das für die Verwaltungszwecke angemessene Gebäude im „Haus der Wölflin von Steine", das („in acie in medio fori") an der Ecke des mittleren Platzes stand. Die historische Bauforschung wies im Jahre 1958 nach, daß dieses Haus aus dem 13. Jahrhundert den Kern des ursprünglichen Rathauses neben dem Turm bildete, und daß die drei vorgefundenen waagerecht getriebenen Keller noch aus der Zeit vor seiner Bestimmung zum Rathaus stammen. Dozent Václav Mencl äußerte sogar die Ansicht, daß auch der untere Teil des Turms mit dem Kreuzgewölbe-Keller schon im 13. Jahrhundert entstand. Das „Wölflin-Haus" habe daher einen Turmcharakter besessen, wie er bei einer Reihe von Bürgerhäusern in der Altstadt vorkam und teilweise bisher erhalten geblieben sei.

Sicher ist, daß die Gemeinde das Haus zu Verwaltungszwecken umgebaut hat. Im Jahre 1348 beschlossen die Ratsherren, eine Rathauskapelle zu errichten, die zwei Jahre später fertiggestellt wurde. Im Jahre 1350 setzte hier König Karl IV. den neuen Rat ein. Bis 1420 findet man in den Quellen Hinweise auf solche Einzelheiten wie den Sitzungssaal, den „Palast", den Gemeindesaal, den Kerker, die Aposteluhr und die große Glocke usw. Im Jahre 1399 brannte der Ratssaal aus und wurde erneuert. Das

ursprüngliche „Wölflin-Haus" wurde nach dem Jahre 1338 umgebaut und in Richtung auf den Stadtplatz erweitert.
In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts ist das Altstädter Rathaus im spätgotischen Stil umgebaut worden. Anregung dazu waren im Jahre 1458 zwei Ereignisse: die Wahl Georgs von Podiebrad zum böhmischen König im Rathaus und der Umstand, daß das benachbarte ausgebrannte Haus der Gemeinde der Altstadt durch Schenkung zufiel. Die ungewöhnliche Form der Wahl eines böhmischen Königs im Rathaus zeigt am besten die einflußreiche Stellung Prags und des ganzen Bürgerstandes. Die Altstädter Selbstverwaltung wurde auf dreißig Ratsherren erweitert, und es wurden weitere Ämter eingerichtet.
Um 1490 ist an der Westseite ein zweiter Flügel angebaut worden, und in seinem obersten Stockwerk wurde ein schöner spätgotischer Sitzungssaal errichtet; um 1520 schmückte die Stirnseite des Hauses ein Frührenaissancefenster mit dem Stadtwappen und der Aufschrift „Praga caput regni" („Prag, die Hauptstadt des Reiches"). Gleichzeitig hat man das benachbarte Steinhaus angegliedert und umgebaut.



3

4



5

Aber auch das „Wölflin-Haus" wurde im spätgotischen Stil umgebaut: Der Eingangssaal erhielt ein neues Gewölbe, und man betrat ihn durch ein reich verziertes Portal. Neben dem Portal befand sich ein Schmuckfenster mit steinernem Kreuz. Der Gemeindesaal im ersten Stock des Ostflügels wurde durch eine Netzwölbung zwischen zwei Mittelpfeilern neu gestaltet. Um 1490 entstand die Aposteluhr, die Stunden, Tage, Monate und Jahre sowie die Bewe-

1
Das Altstädter Rathaus in Prag auf dem Stich des Krönungsumzuges Maria Theresias im Jahre 1743

2
Der Ostteil des Rathauses mit dem Turm und der rekonstruierten Erkerkapelle

3
Die Rathausgebäude mit der Aposteluhr nach der stilgetreuen Erneuerung im Jahre 1979

4
Das mittlere Rathausgebäude mit dem Renaissancefenster und dem Sitzungssaal im zweiten Geschoß

5
Das Eingangsportal des Rathauses mit dem Fenster aus der Zeit um 1470



6

gung von Sonne, Mond und Sternen um die Erde auf Grund des damaligen geozentrischen Weltbildes anzeigt.

In späterer Zeit kam es am Rathaus nur noch zu kleineren Eingriffen und Umbauten. So ist zum Beispiel in den Jahren 1614 bis 1618 ein zweites niedriges Stockwerk über dem Ostflügel errichtet worden. Der Rathauskomplex wurde aber um Nachbarhäuser erweitert; im Jahre 1510 wird das Haus an der Nordseite gekauft, 1660 wird das Haus „Zum goldenen Halbmond" in den Rathausblock eingegliedert. Schwere Folgen hatte für das Rathaus die Reorganisation der Stadtverwaltung, die unter Kaiser Josef II. im Jahre 1784 erfolgte. Nach der Zusammenlegung von vier Gemeinden wurde die Stadtverwaltung Prags zentralisiert und im Altstädter Rathaus konzentriert. Diesen erhöhten Ansprüchen genügte das Gebäude räumlich nicht mehr.

So wurden in den Jahren 1784 bis 1787 in dem großen Gemeindesaal im Ostflügel Zwischendecken eingezogen und der Saal in Büroräume aufgeteilt. Da auch durch den Anschluß der Nachbarhäuser „Zum Schmierhof", „Zur Goldenen Krone" und „Zu den zwei wilden Männern" die Raumprobleme nicht zu lösen waren, wurde 1839 der ganze Ostflügel abgerissen und bis 1848 durch einen neuen Flügel im Neorenaissancestil nach dem Entwurf von Petr Nobil und Pavel Sprenger ersetzt. Diesen Flügel aus dem 19. Jahrhundert zerstörten aber die Nazis im Mai 1945 vollkommen. Auch der alte Südflügel brannte damals stellenweise bis zum ersten Stock aus; wie durch ein Wunder blieb der wertvollste Teil des Rathauses erhalten, der spätgotische Sitzungssaal im zweiten Stock des mittleren Rathausgebäudes.

Nach dem Krieg wurde beschlossen, den historischen Teil des Rathauses sorgfältig zu restaurieren. Völlig neu entstand auch der vernichtete Rathauserker; an die Stelle der früheren nicht mehr rekonstruierten Plastiken traten neue, die der Bildhauer Vojtěch Suchard schuf.

7



8



Für die Lösung des neuen Ostflügels wurden nach 1945 drei architektonische Wettbewerbe ausgeschrieben: in den Jahren 1946, 1962 bis 1963 und 1966 bis 1967. Im zeitlich letzten Wettbewerb wurde der erste Preis für den Entwurf der Architekten Jaroslav Šusta und Ladislav Vrátník vergeben. Auf dieser Grundlage wurde auch die Studie für die endgültige Lösung ausgearbeitet. Die Realisierung des Entwurfs, bei dem die Autoren in den neuen Rathausflügel erhaltene Gegenstände aus dem alten Rathaus einbeziehen wollen (einschließlich der Porträts der Bürgermeister und Primatoren), wurde vorläufig zurückgestellt. Vor dem Bau begann eine archäologische Untersuchung der Fundamente, des sogenannten Kennhauses, das in der Nähe des Geländes des künftigen Neubaus steht. Danach soll der Ostflügel fertiggestellt und Erneuerungsarbeiten im historischen Südflügel durchgeführt werden (leitender Projektant ist Architekt Jaroslav Koreček). Nach seinem Entwurf wurde der Trauungssaal umgebaut und die funktionellen Bereiche (Repräsentation, Trauung und Tourismus) sind so gegliedert, daß sie sich nicht überschneiden oder stören. Im Erdgeschoß des zweiten und dritten Rathausgebäudes finden verschiedene Ausstellungen statt, die gleichzeitig die Zugänglichmachung dieser historischen Räume ermöglichen. Im Jahre 1979 erfolgte auch ein Stilumbau der historischen Räume. Es wurden dabei bemerkenswerte Details der gotischen Vertäfelung an der Südfront des ehemaligen „Wölflin-Hauses" entdeckt.

Bei der Rekonstruktion ist die ursprüngliche Farbgebung der einzelnen Rathausgebäude erneuert worden. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei der Restaurierung der farbigen Wappen gewidmet, die sich oberhalb der Fenster und Portale sowie im Reliefsreifen unter dem Hauptsims des mittleren Gebäudes befinden. Schon früher war die Front des kurzen Hofflügels auf der Nordseite neu gestaltet worden. Der Teil mit dem erhaltenen Renaissancegraffito ist restauriert; der kulturhistorisch wertlose Holzteil abgerissen und durch einen gemauerten Teil mit moderner Fliesenverkleidung ersetzt. Restauriert ist auch die berühmte Aposteluhr, bei der die Farbigkeit der Bestandteile und der einzelnen Plastiken erneuert wurde. Nach der letzten umfassenden Erneuerung zeigt sich das Altstädter Rathaus, das im Jahre 1962 zum nationalen Kulturdenkmal erklärt wurde, wieder in seiner vollen Schönheit und Sehenswürdigkeit. Es ist Gegenstand anhaltenden Interesses der in- und ausländischen Besucher Prags.



9

6
Der Hofflügel mit dem Renaissancesgraffito und der neuen Keramikverkleidung

7
Die berühmte Apostelwhr nach der Rekonstruktion im Jahre 1979

8
Restaurierte Plastiken an der Apostelwhr

9
Der spätgotische Sitzungssaal im mittleren Gebäude

10
Portal im Sitzungssaal mit dem Stadtwappen aus dem Jahre 1477

11
Spätgotische Plastik des leidenden Christus im Sitzungssaal

10



11



Zu subjektiven Faktoren in der Ausbildung und Tätigkeit von Architekten und Städtebauern

Dozent Dr.-Ing. Gerd-Axel May
Dipl.-Ing. Jost Böttcher,
Institut für Aus- und Weiterbildung im Bauwesen
Dr. Erwin Bendrat,
Institut für Hochschulbildung

Die ständig steigenden Anforderungen an das Bauwesen können nur auf dem Weg der Intensivierung bewältigt werden ⟨1⟩. Maßgeblichen Einfluß auf die Intensivierung der Bau- und Investitionstätigkeit sowie auf deren Qualität und Effektivität haben Planungs- und Projektierungsprozesse.

Die damit verbundenen höheren Anforderungen an architektonische Entwürfe sowie städtebauliche und landschaftsgestalterische Planungen fordern eine höhere Wirksamkeit der in diesen Bereichen tätigen Hoch- und Fachschulkader, besonders der Architekten, Städtebauer und Landschaftsarchitekten. Dabei kommt es auf eine noch stärkere Nutzung der schöpferischen Potenzen dieser Kader für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts an ⟨2⟩.

Im folgenden soll zusammenfassend auf die Bedeutung einiger subjektiver Faktoren im Entwurfs- und Planungsprozeß sowie auf die Möglichkeiten ihrer Beeinflussung eingegangen werden. Die Aussagen stützen sich vor allem auf Ergebnisse der Befragungen von Hochschulabsolventen, die unter dem Arbeitsthema „Bewährungsanalyse" ⟨3⟩ vom Institut für Aus- und Weiterbildung im Bauwesen in Zusammenarbeit mit dem Institut für Hochschulbildung durchgeführt wurden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß aus Befragungen nicht alle Faktoren, Ursachen und Widersprüche zu erkennen sind, aber bestimmte Trends und Schwerpunkte sichtbar werden, deren Darstellung wir als Diskussionsbeitrag in Auswertung der V. Hochschulkonferenz verstehen.

Fähigkeiten und Persönlichkeitseigenschaften

Die Untersuchungen haben erneut bestätigt, daß Architekten und Städtebauer bei der Vorbereitung des Bauens nicht nur fachliches Wissen, sondern auch – und das in zunehmendem Maße – stark ausgeprägte berufscharakteristische Fähigkeiten benötigen, die ihnen erst ein effektives Wirken in der konzeptionellen Tätigkeit sowie in der Planung und Projektierung ermöglichen. Unter den berufscharakteristischen Fähigkeiten sollen in diesem Zusammenhang solche Fähigkeiten verstanden werden, die nicht nur der Anwendung des Wissens einzelner Lehrgebiete dienen, sondern der komplexen Umsetzung der Gesamtheit aller erworbenen Kenntnisse in Verbindung mit solchen Persönlichkeitseigenschaften wie Bereitschaft und Fähigkeit zur Kooperation, Gemeinschaftsarbeit und Kommunikation sowie Verantwortungsbewußtsein, Eigeninitiative und Selbständigkeit. Obwohl diese Fähigkeiten sowohl vom Architekten als auch vom Städtebauer gefordert werden, zeigen sich in der Anwendung dieser Fähigkeiten in der beruflichen Tätigkeit einige Unterschiede.

Für den Städtebauer vollzieht sich die Umsetzung gesellschaftlicher Bedürfnisse in adäquate baulich-räumliche Lösungen in erster Linie bei der Erarbeitung von Bebauungskonzeptionen. Hierzu benötigt er neben speziellen fachlichen Kenntnissen vor allem Fähigkeiten, die es ihm ermöglichen, die erforderlichen Ausgangspunkte für die Bebauungskonzeption aus den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft abzuleiten und diese in Verbindung mit den konkreten ökonomischen und territorialen Bedingungen und Möglichkeiten in gestalterische Lösungen umzusetzen. Fähigkeiten also, die sowohl gründliche Kenntnisse des Marxismus-Leninismus, der Beschlüsse von Partei und Regierung sowie der neuesten Erkenntnisse der sozialistischen Gesellschaftswissenschaften als auch Erkenntnisse spezieller Wissenschaftsdisziplinen erfordern.

Für die Architekten vollzieht sich die Umsetzung gesellschaftlicher Berdürfnisse in adäquate baulich-räumliche Lösungen auf einer anderen Ebene. Bei der Erarbeitung von Entwürfen und Detaillösungen und den dazu erforderlichen Konzeptionen benötigt er neben speziellen fachlichen Kenntnissen insbesondere Fähigkeiten, um die differenzierten sozialen und funktionellen Anforderungen an bauliche Lösungen mit den ökonomischen, technisch-technologischen und konstruktiven Anforderungen entsprechend den realen Bedingungen und Möglichkeiten im Entwurf in Übereinstimmung zu bringen. Hierbei handelt es sich um qualitativ anders strukturierte Fähigkeiten und Fertigkeiten als das beim Städtebauer der Fall ist.

Die Hervorhebung dieser dargestellten Entwicklung ist deshalb von Bedeutung, weil sich auch in anderen Industriezweigen – bedingt durch die weitere Entwicklung der Arbeitsteilung innerhalb des wissenschaftlich-technischen Kaderpotentials – ein vielschichtiges System von Anforderungen an die Fähigkeiten und Fertigkeiten herausgebildet hat, wozu entsprechende Lösungen für die Ausbildung erforderlich sind.

Damit besteht gleichzeitig die Notwendigkeit, verstärkt mit Kadern anderer Fachrichtungen zusammenzuarbeiten. Erst durch diese Zusammenarbeit wird es dem Städtebauer und Architekten möglich, moderne städtebauliche Lösungen zu erarbeiten und „die sozialen, funktionellen, technischen und ökonomischen Anforderungen im Entwurf zu baukünstlerischer Synthese ⟨4⟩ zu führen. Die Persönlichkeitseigenschaften, die von Architekten und Städtebauern vorrangig für die Erfüllung der Aufgaben im Beruf benötigt werden, sind Durchsetzungsvermögen in Verbindung mit Selbständigkeit, Eigeninitiative und Verantwortungsbewußtsein.

Bei der weiteren Vervollkommnung der inhaltlichen Gestaltung der Ausbildung sollte deshalb sowohl der Aspekt der zunehmenden Differenziertheit der Tätigkeiten und der sich daraus ergebenden Anforderungen an unterschiedliche Fähigkeiten und Fertigkeiten als auch die wachsenden Anforderungen an die interdisziplinäre Zusammenarbeit berücksichtigt werden.

Schöpfertum und Einstellung zur Tätigkeit

Nach der „Bewährungsanalyse" ⟨3⟩ schätzt die Mehrzahl der Absolventen ein, daß sie zu wenig Spielraum zu schöpferischer Tätigkeit habe. Bei der näheren Untersuchung dieser Aussage ist zunächst zu berücksichtigen, daß die Befragten nicht von einer einheitlichen Position über das Wesen des Schöpfertums in der beruflichen Tätigkeit ausgingen.

Wesentliche Bezugspunkte für die Einschätzung der Befragten bildeten die an der Hochschule erworbenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie die dort geweckten Erwartungen und die Arbeitsbedingungen in der Praxis. Werden die einzelnen Begründungen für den zu geringen Spielraum für schöpferische Tätigkeit auf das Wesen der Aussagen zurückgeführt, so sind es ökonomische, technisch-technologische, organisatorische „Zwänge", die die schöpferischen Möglichkeiten in der beruflichen Tätigkeit scheinbar verringern.

Ergibt sich daraus nicht die Frage, ob das Wesen einer schöpferischen Tätigkeit nicht zu einfach gesehen wird? Zweifellos können sich schöpferische Arbeitsmethoden nur entwickeln, wenn entsprechende Arbeitsbedingungen vorhanden sind. Dazu gehören solche Faktoren wie:

- politisch und fachlich begründete Leitungsentscheidungen, die eine kontinuierliche Arbeit des Kollektivs sowie exakte terminlich abgestimmte Aufgabenstellungen und Vorgaben gewährleisten
- bewußt gestaltete Arbeitsteilung im Kollektiv, so daß sich z. B. notwendige Routinearbeiten nicht auf einzelne Mitarbeiter konzentrieren
- Sicherung von möglichst umfassender Information.

Die Schlußfolgerung zu ziehen, nur die Praxisbereiche mögen hier entsprechende Veränderungen vornehmen, wäre nach unserer Auffassung zu einfach.

Wir erwarten von unseren Architekten, daß sie die Forderungen von Funktion, Gestaltung, Konstruktion und Ökonomie in einer optimalen Entwurfslösung zusammenführen.

Dazu ist es aber notwendig, daß sie die von ihnen genannten ökonomischen, technisch-technologischen und organisatorischen „Zwänge" nicht als Einschränkung, sondern als Bestandteil ihrer Aufgabe, als Aufforderung zu höchster schöpferischer Leistung verstehen.
Bereits Erziehung und Ausbildung während des Studiums müssen darauf gerichtet sein, eine solche Haltung auszuprägen.

Damit soll betont werden, daß sich der Absolvent für den komplexen Entwurf verantwortlich fühlen muß und sich selbst nicht als „Ästhetikspezialist" sehen darf. Gelingt es, eine solche Einstellung verstärkt herauszubilden, kann sich der Absolvent leicht von einem falsch verstandenen, die Leistungsbereitschaft hemmenden, Kreativitätsbegriff trennen oder sich diesen gar nicht erst aneignen.

Schöpfertum ist auch immer auf die Entwicklung und Verwirklichung von Ideen gerichtet, die etwas verbessern oder Neues enthalten ⟨5⟩; es geht jedoch nicht nur um Neues oder Veränderungen, sondern auch „um die sinnvolle Auswahl geeigneter Lösungen (unabhängig, ob neu oder alt, gewohnt oder nicht) die der Gesellschaft hohen Nutzen bringen und zur Gestaltung der Kollektivbeziehungen beitragen" ⟨6⟩.

Daraus ergibt sich die Forderung, Architekten, Städtebauer und Landschaftsarchitekten so auszubilden und zu erziehen, daß sie nicht nur das notwendige fachliche Wissen, sondern auch die entsprechende Einstellung haben, um effektiv im Entwurf und koordinierend im gesamten Projektierungsprozeß arbeiten zu können.

Literatur:

⟨1⟩ Materialien der 5. Tagung des ZK der SED 17./18. März 1977. Berlin: Dietz-Verlag 1977
⟨2⟩ Böhme, H.-J.: Referat auf der gemeinsamen Tagung des Hoch- und Fachschulrates und der Rektoren der Universitäten und Hochschulen der DDR. Leipzig: MHF 1979
⟨3⟩ Bewährungsanalyse Hoch- und Fachschulkader
– Fachrichtungen Städtebau und Architektur
– Fachrichtungen Landschaftsarchitektur und Landschafts- und Grünanlagenbau
Leipzig, IAW 1979 (unveröffentlicht)
⟨4⟩ Studienplan für die Grundstudienrichtung Städtebau und Architektur zur Ausbildung an Universitäten und Hochschulen der DDR, Berlin: MHF 1974
⟨5⟩ Heyde, E.: Was ist Kreativität und wie können wir sie beeinflussen?, in: Technik 33 (1978), 7, S. 365–369
⟨6⟩ Draeger, W.: Der Ingenieur im sozialistischen Betrieb. Berlin: VEB Verlag Technik 1978

In der
Architektur
muß alles
wahr sein;
jedes Markieren, Verstecken
der Konstruktion
ist ein Fehler.
Die eigentliche Aufgabe
ist hier
jeden Teil
der Konstruktion
in seinem Charakter
schön auszubilden.
In dem Wort
— schön —
liegt die ganze Geschichte,
die ganze Natur,
das ganze Gefühl
für Verhältnisse.
Kurz'aller
— selbst der trivialen —
Zweckmäßigkeit,
die zu gleicher Zeit
nie fehlen darf,
wenngleich sie mit
höherer und
weniger hoher Einsicht
ausgedeutet werden kann.

K. F. Schinkel



Nachlese

JEDE HAUPTZEIT
HAT IHREN STIL
HINTERLASSEN
IN DER BAUKUNST;
WARUM WOLLEN WIR
NICHT VERSUCHEN,
OB SICH NICHT AUCH
FÜR DIE UNSRIGE
EIN STIL
AUFFINDEN LÄSST?

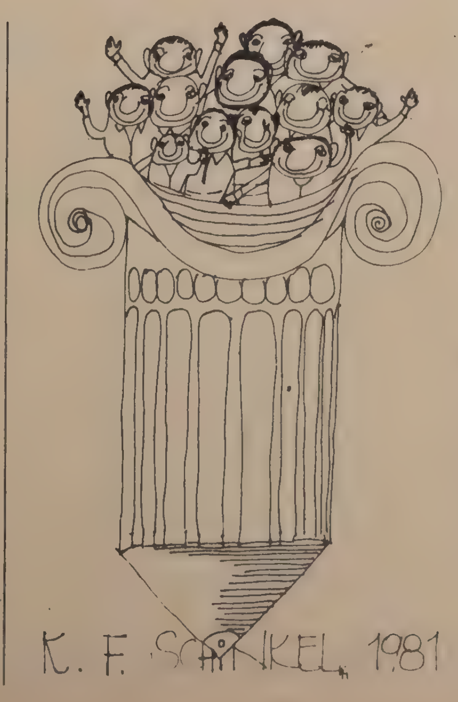
K. F. SCHINKEL
1781-1841

Weinbrenner gegen Schinkel

in einem Brief an Klüber am 6. Dezember 1821 über das Schauspielhaus Schinkels in Berlin:
„Das Berliner neue Theater Gebäude, von dem ich nun die Grund u. Aufrisse eingesehen habe, ist ein erbärmliches, architectonisches Product, was den Erbauern keine Ehre macht. Obgleich wohl H. Schenkel (Schinkel) unter die erste schön Zeichner gezählt werden kann, so sollte er aber kein Bauprojekt entwerfen, indem er durch dieselbe zu erkennen gibt, daß er von dem wahren Studium der Baukunst wenig oder gar nichts versteht."
(zit. nach: Arthur Valdenaire, Friedrich Weinbrenner, Sein Leben und seine Bauten, Karlsruhe 1919, S. 196)

Schinkel gegen Weinbrenner

1824 auf der Durchreise in Baden:
„In der Stadt angekommen, besuchten wir noch im Zwielicht die Badepromenade und die neuen Badesäle, das Theater und die dazugehörigen Hallen von der ungeschickten Architektur Weinbrenners. Die Lage dieser Partie ist jedoch trefflich gewählt; ..."
(zit. nach: A. v. Wolzogen, Aus Schinkels Nachlaß, Berlin 1862)





(Zeichnung aus: arhitectura 4/76)



1

„Colonie Victoriastadt"

Eine Berliner Wohnsiedlung mit mehr als hundert Jahre alten Wohnhäusern aus Beton

Architekt Ernst Kanow, Berlin

Ortsgeschichtliche und denkmalpflegerische Nachforschungen im Stadtbezirk Berlin-Lichtenberg gaben Anlaß, den Tätigkeiten eines 1871 gegründeten Unternehmens nachzugehen, das sich Berliner Cementbau AG nannte und mit Bau- und Bodenspekulation befaßt war. Diese, im folgenden kurz BCBAG genannt, war ein klassisches Unternehmen der sogenannten Gründerjahre, das mit der damals einsetzenden Überflutung Berlins durch Arbeitsuchende entstandene Wohnungsnot konjunkturell im großen Stil zu nutzen gedachte, tatsächlich auch eine bedeutende Stadterweiterung Berlins nach Osten in Bewegung gesetzt und mit der für die damalige Zeit absolut neuen Betonbauweise im mehrgeschossigen Wohnungsbau kühn experimentiert hat.

Die „Colonie Victoriastadt"

Die Gebrüder Lehmann, in Stralau-Rummelsburg ansässige Woll- und Plüschfabrikanten, mit regen Geschäftsbeziehungen zu England und offenbar für Neues aufgeschlossen, erwarben in Boxhagen-Rummelsburg unmittelbar an das Weichbild Berlins angrenzend, 65 Morgen (rund 20 ha) Wiesenland. Dieses brachten sie nun schon mit Gewinn in die von ihnen gegründete BCBAG ein, parzellierten das Gelände für Zwecke der Wohnbebauung und gaben dem als Komplex ausgewiesenen Wohngebiet die als Huldigung der Königin von England gedachte Bezeichnung „Colonie Victoriastadt". Für dieses Gebiet liegen Parzellierungs- und Bebauungspläne vor, die von den Behörden aber nie genehmigt oder bestätigt worden sind. Das damals noch unerschlossene Gelände wurde südlich vom Kietzer Landweg begrenzt, der in Prinz-Albert-Straße umbenannt wurde und heute Nöldnerstraße heißt. Auch nach der Parzellierung und der zunächst recht forcierten, mit Abklingen der Gründerhausse aber verlangsamten Bebauung blieb die „Victoriastadt" auf viele Jahre noch ohne befestigte Straßen, Straßenbeleuchtung, Wasserversorgung und Kanalisation. Immerhin entspricht die derzeitige Bebauung zwischen dem S-Bahnhof Rummelsburg, der Kaskelstraße, der Kynaststraße und dem S-Bahnhof Nöldnerplatz im wesentlichen den von der BCBAG vorgegebenen Straßenzügen und Grundstücksschnitten. Das insgesamt für die damalige Zeit kühne städtebauliche Vorhaben läßt im Schnitt der Parzellen erkennen, daß an eine nur anspruchslose, offenbar an den Arbeiterquartieren englischer Industriestädte orientierte Wohnbebauung gedacht war. Das drückte sich auch deutlich im Typus der für die Bebauung vorgesehenen Betonhäuser aus. Bei der Realisierung dieser Absichten ergaben sich Auseinandersetzungen der kommunalen Behörden mit der BCBAG, die Auflagen zur städtischen Erschließung des Geländes zur Folge hatten. Das kann durchaus dazu beigetragen haben, daß die ursprünglich durch den Verkauf der Baugrundstücke, und die Ausführung von Betonhäusern erzielten Gewinne der BCBAG erheblich geschrumpft sind. Das Unternehmen florierte nur fünf Jahre und ging schließlich ganz ein. Der Beitrag der BCBAG zur Baugeschichte Berlins und zur Anwendung von Beton im Wohnungsbau ist in den bisher vorliegenden historischen Dokumentationen völlig übersehen und vernachlässigt worden.

Die Betonhäuser der BCBAG

Nach historischen Bebauungsplänen, Grundstücks- und Gebäudeverzeichnissen

1
Dreigeschossige Wohnhäuser aus Beton in der Türrschmidtstraße

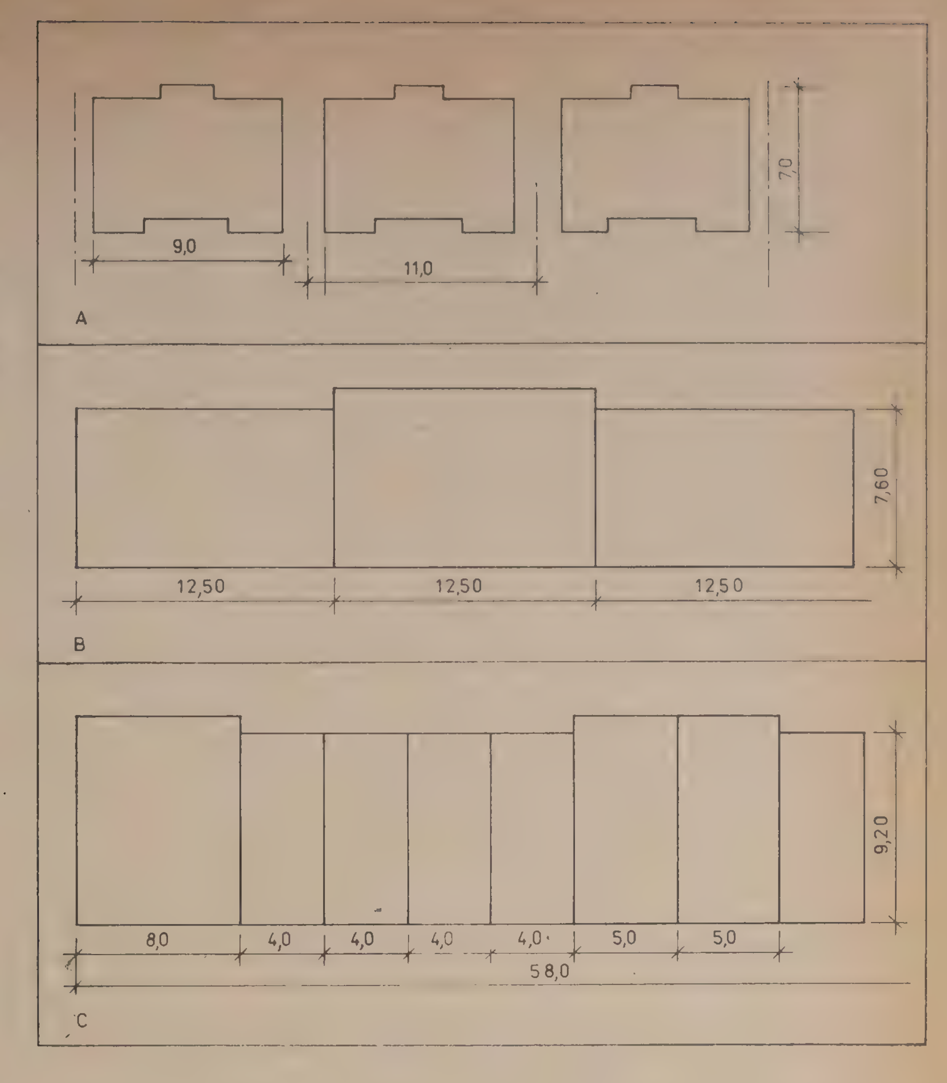
2
Dreierwohnhausgruppe (Baujahr 1872) in der ehemaligen Portlandstraße

3
Reihenhausgruppe in der Liebigstraße

4
Reihenhausgruppe mit 12 Sektionen in der Prinz-Albert-Straße (jetzt Nöldnerstraße)

Zu 2/3/4
Diese Hausgruppen (Typ A, Typ B, Typ C) wurden vor längerer Zeit abgebrochen, die Grundstücke neu überbaut.
Gebäudeumrisse und Abmessungen sind dem Bebauungsplan aus dem Jahre 1875 entnommen worden.

5
Doppelhaus Typ D in der heutigen Nöldnerstraße



2
3
4

der „Colonie Victoriastadt" hat die BCBAG von etwa 200 Teilstücken des von ihr parzellierten Geländes in der Zeit von 1872 bis 1875 mindestens 60 Parzellen selbst bebaut. Von den aus Beton hergestellten zwei- und dreigeschossigen, mit Mietwohnungen unterschiedlicher Größe ausgestatteten Häusern wurden bei Aufnahme der Nachforschungen noch 16 vorgefunden. Von weiteren Betonbauten sind Ruinen und Wandteile erhalten. Die als Betonbauten identifizierten Häuser unterscheiden sich äußerlich nicht von den zu gleicher Zeit in traditioneller Ziegelbauweise entstandenen Wohnbauten. Material und Technologie des Bauens in Beton blieben in der Architektur der Betonhäuser ohne spezifischen Ausdruck. Sie wurden jedoch als Reihenhäuser mit mehreren Sektionen und als Doppelhäuser auf jeweils benachbarten Parzellen konzipiert. Aus den Bebauungsplänen und den noch vorgefundenen Häusern kann eine Entwicklungsreihe von Haustypen, die damals in Serie produziert wurden, rekonstruiert werden, die von Typ zu Typ auf die Verbesserung der Wohnungsgrundrisse, auf die immer konsequentere Nutzung der konstruktiven Möglichkeiten des Betons und der Technologie der Betonbauweise gerichtet war.

5



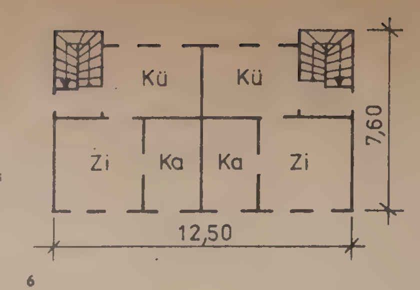
Für die Hausgruppen A bis C können Angaben weder über die Anzahl der Geschosse noch über die Grundrißgestaltung gemacht werden. Bei dem Typ A könnte es sich dem Gebäudeumriß nach um einen Vorläufer des Typs D handeln. Mit den in den Baujahren 1872 bis 75 ausgeführten Typen D bis G zeichnen sich die folgenden Entwicklungsmerkmale ab

- zweigeschossige Doppelhäuser, kleinste Wohnungs- und Raumgrößen, nicht unterkellert, die Umfassungs- und Innenwände aus Beton, noch Holzbalkendecken und gewendelte Holztreppen
- dreigeschossige Doppelhäuser, verbesserte Wohnungs- und Raumgrößen, nicht unterkellert, alle Wände und auch die Geschoßdecken aus Beton, noch gewendelte Holztreppen
- weiter verbesserte Raumgrößen, Podesttreppen mit Podesten und Treppenläufen aus Beton
- verbesserte Wohnungsgrundrisse, unterkellert.

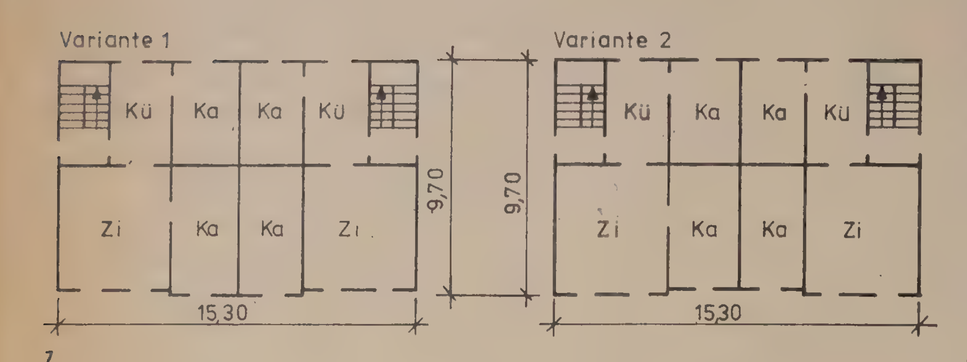
Bemerkenswert ist die standardmäßige Einheitlichkeit der Abmessungen der Gebäudelängen und -tiefen, der Raumgrößen, Wandstärken, Etagenhöhen, Treppensteigungsverhältnisse, Fenster- und Türöff-

6
Neun zweigeschossige Doppelhäuser mit je vier Wohnungen (Baujahr 1872) in der heutigen Nöldnerstraße. Häuser teilweise oder vollständig erhalten, nicht unterkellert, Wände einschließlich Schornsteine aus Beton (Typ D)

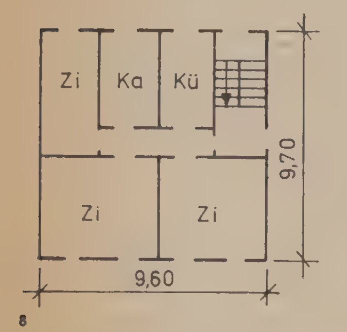
7
Sechs dreigeschossige Doppelhäuser mit je sechs Wohnungen (Baujahr 1872/73) in der Spitta- und Türrschmidtstraße, nicht unterkellert, Wände und Geschoßdecken aus Beton (Typ E)



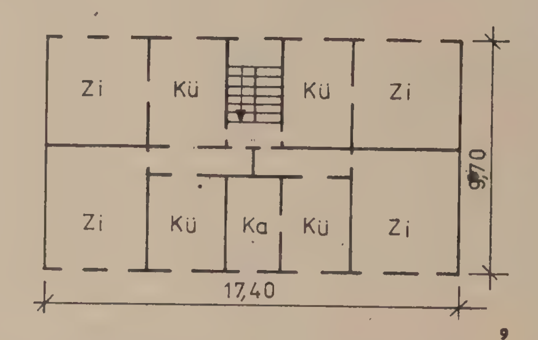
6



7



8



9

8
Dreigeschossiges Haus mit sechs Wohnungen (Baujahr 1873/74) in der Türrschmidtstraße, unterkellert, Wände, Geschoßdecken, Treppenpodeste und -läufe aus Beton (Typ F)

9
Dreigeschossiges Haus mit zwölf Wohnungen (Baujahr 1874/75) in der Türrschmidtstraße, unterkellert, Wände, Geschoßdecken, Treppenpodeste und -läufe aus Beton (Typ G)

10
Wohnbauten in der Spittastraße

11
Modernisierungswürdige Wohnbauten in der Spittastraße

12
Längsschnitt Typ E. Unter dem Dach Holzbalkendecke, Dachstuhl mit Drempel als flachgeneigtes Satteldach oder Sattel-, Pult- bzw. Walmdach aus Bohlensparren auf Balkenlage.
Dacheindeckung: Teerpappe auf Schalung

13
Schnitt durch eine Betondecke

10



nungen, der Schornsteine, der Spannweite und Stichhöhe der Deckenkappen, aber auch der offenbar mehrfach verwendeten Kletterschalung für die, wie deutlich erkennbar ist, in Arbeitsgängen von jeweils 60 cm Höhe gegossenen oder geschütteten Wände. Die mit den Wänden hochgezogenen Schornsteinrohre sind beim Gießen durch 15 cm starke Rundhölzer ausgespart worden. Für den Beton wurde Schlacke als Hauptzuschlagstoff verwendet. Bei einem offenbar hohen Zementanteil ist der Beton mit Ziegelbruch und großen Brocken vorzeitig hart gewordenen Zements gestreckt worden. Er hat sich in den mehr als hundert Jahren als außerordentlich fest erwiesen.

Seiner makroporigen Struktur entsprechend müßten die Wärmedurchgangswerte gering sein. Die Wohnlichkeit der Häuser wird von den Bewohnern unterschiedlich eingeschätzt. Feuchte Wände oder auf Feuchtigkeit zurückzuführende Bauschäden sind in keinem der Häuser festgestellt worden. Die Betonschornsteine zeigen keine Versottungserscheinungen. Alle Betonelemente der Häuser sind ohne jede Eisenbewehrung; über Fenster- und Türöffnungen sind nicht einmal Entlastungsbohlen verwendet worden. Zur Aufnahme von Dekkenkappen eingezogene Träger lassen selbst bei Spannweiten bis zu 4,70 m und Profilen von 12, 14 oder maximal 16 cm nicht die geringste Durchbiegung erkennen.

Horizontale Sperrschichten waren weder in den Fundamenten der nichtunterkellerten noch in den aufgehenden Wänden der unterkellerten Häuser zu finden. Die Häuser waren ursprünglich und auf lange Zeit ohne jeden technischen Komfort. Wasser mußte einer Gemeinschaftszisterne in der Prinz-Albert-Straße, später Hofpumpen entnommen werden. Klosetts waren in Nebengebäuden mit Gruben, auch diese aus Beton, untergebracht. Diesen „Schlackehäusern" stand die Bevölkerung ablehnend gegenüber. Die minimierten Wohnungs- und Raumgrößen waren für die in Berlin seit eh und je übliche Überbelegung der Wohnungen durch vielköpfige Familien und oft zusätzliche Untermieter ungeeignet; die Unbehaglichkeiten des Trockenwohnens erstreckten sich auf einen längeren Zeitraum als bei Ziegelbauten; die gewölbten Geschoßdecken, bis dahin im Wohnungsbau nur im Keller üblich, scheinen, wie schließlich die abseitige Lage der Häuser, aus der sich weite Wege auf ungepflasterten Straßen ergaben, zu den Vorbehalten beigetragen haben.

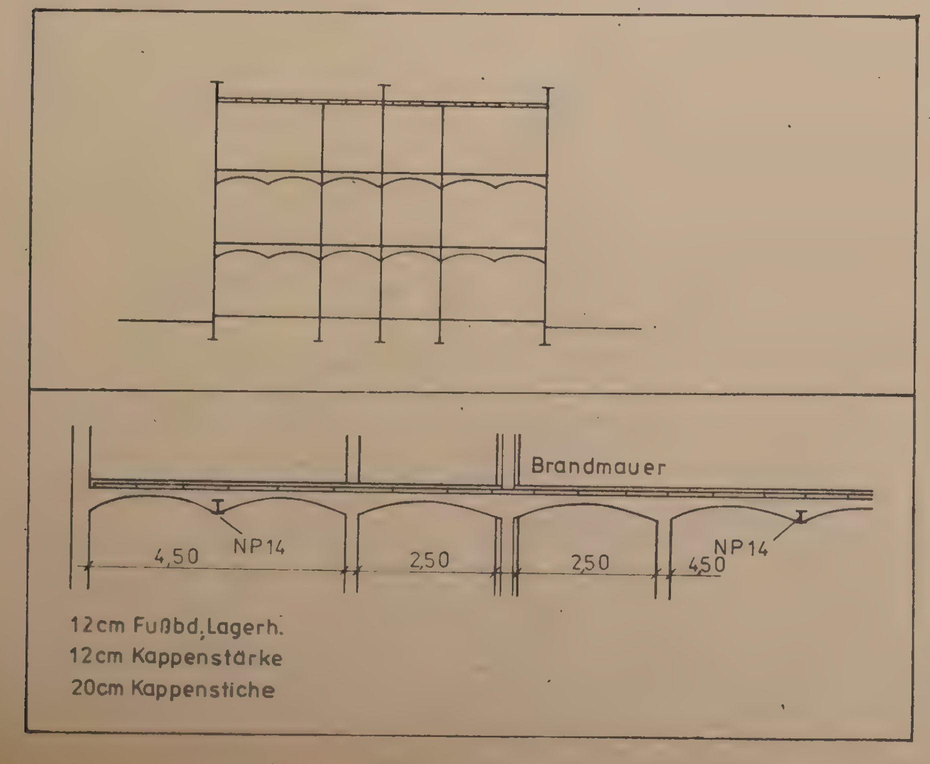
Diese und wahrscheinlich auch weitere Schwierigkeiten haben den zügigen Aufbau der „Victoriastadt" und das Durchsetzen der Betonbauweise erschwert, so daß die Bautätigkeit der BCBAG 1875 in der auf die Gründerjahre folgenden Krisenjahre ganz zum Erliegen kam. Heute erscheint es unbegreiflich, daß diese Entwicklung ein so abruptes Ende nehmen konnte, zumal die BCBAG als Bauunternehmen in keiner Weise verrufen oder mit einer Katastrophe durch technische Mängel belastet war.

Auch die beanstandete Wohnqualität der Betonhäuser kann dafür nicht geltend gemacht werden, war doch das Niveau der zur gleichen Zeit in traditioneller Ziegelbauweise entstandenen Mietkasernen mit dem Elend ihrer Hinterhöfe und anderen Zumutungen an ihre Bewohner keineswegs höher einzuschätzen als das der Häuser in Boxhagen.

Wie jede Neuerung hatte auch das Bauen von Wohnungen aus Beton Vorstufen und

11

12 | 13



Vorläufer. An die Großquaderbauweise der Römer erinnernde Hafenbauten, Kaimauern, Molen, Tunnel, Brücken und Fundamente von Großbauten aus Beton auf der Basis des damals noch neuen Romanzements machten schon in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts deutlich, welche Möglichkeiten zur Bewältigung der neuen Bauaufgaben des anbrechenden Industriezeitalters sich mit diesem neuen Baustoff bieten. Der 1835 begonnene Bau des Themsetunnels und ein ebenfalls in London um diese Zeit innerhalb von drei Monaten im Betongußverfahren ausgeführter Ersatzbau für das 1834 abgebrannte Parlamentsgebäude gehören zu den ersten Bewährungsproben im Umgang mit Beton.

Verfolgt man die Anwendung von Beton im Wohnungsbau zurück, bleiben realisierte Beispiele auf einige wenige Versuchsbauten der früheren Pioniere der Zementproduktion, insbesondere der Erfinder des Portlandzements beschränkt, die zugleich auch Pioniere der Betonbauweise waren:

- um 1830 ein dreigeschossiges Wohnhaus des Architekten F. M. Lebrun in Montauban, Frankreich
- um 1837 ein vom Keller bis zum Schornstein aus Beton hergestelltes kleines Wohnhaus mit Erd- und ausgebautem Dachgeschoß des englischen Zementfabrikanten J. B. Withe in Swansombe, Grafschaft Kent, England
- das 1862 in St. Denis errichtete Privathaus des französischen Pioniers des Betonbaus, F. Coignet, mit Erd- und zwei Obergeschossen; Wände, Kellergewölbe, Fußböden, Treppen und Geschoßdecken aus Stampfbeton, Flachdach aus eisenbewehrtem Beton
- ein 1867, ebenfalls von Coignet in Paris in der Rue de Mirosmesnit, Ecke Rue de Naples gebautes sechsstöckiges Wohnhaus, das angeblich heute noch steht
- ein etwa aus gleicher Zeit stammendes Wohnhaus des Gipsermeisters Wilkinson in Newcastle upon Tyne mit Erd- und ausgebautem Dachgeschoß; erst beim Abriß 1955 als Betonhaus identifiziert
- das 1873 in Port Chester bei New York von Ward, einem der ersten Theoretiker des eisenbewehrten Betons, gebaute „Castle" mit Erd- und zwei Obergeschossen
- später datierten die „Villa" in Nizza von Monier (1875) und Wohnhäuser von Hennebique in Paris (1896/97)
- Die in einem Sitzungsprotokoll der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom Mai 1873 erwähnte Baumethode eines Mr. Philipp Brannon aus London und einer englischen Gesellschaft, vertreten durch Herrn I. A. Simpson, nach der auf einem Gelände bei Treptow innerhalb von zwei Monaten probeweise ein zweistöckiges Wohnhaus errichtet werden sollte, findet in der Fachliteratur keine Erwähnung. Auch etwaige Zusammenhänge der Genannten mit der BCBAG konnten nicht ermittelt werden.

Soweit es die Geschichte des Betonbaus erkennen läßt, können mithin die Wohnhäuser der BCBAG in Boxhagen als die ersten Zeugnisse für eine wirtschaftlich, technologisch und materialmäßig beherrschte Anwendung dieser Bauweise im städtischen mehrgeschossigen Wohnungsbau nicht nur in Berlin, sondern auch im damaligen Deutschland und darüber hinaus eingeschätzt werden. Erst mehr als zwanzig Jahre nach dieser Pionierleistung wurde Beton im Wohnungsbau zunächst nur zögernd und an Einzelobjekten erneut ausprobiert und angewendet. Doch hat es noch fast hundert Jahre gedauert, bis er seine beherrschende Anwendung im Wohnungsbau unserer Zeit gefunden hat.



INFORMATIONEN

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Dr.-Ing. habil. Karl-Heinz Krell, Dresden
1. Februar 1921, zum 60. Geburtstag

Architekt Gerhard Böhme, Leipzig,
2. Februar 1921, zum 60. Geburtstag

Architekt Diplomgärtner Erhard Stefke, Berlin,
3. Februar 1931, zum 50. Geburtstag

Diplomarchitekt Christian Schmidt-Mewes, Berlin,
5. Februar 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Dietrich Woßeng, Hartmannsdorf,
5. Februar 1921, zum 60. Geburtstag

Diplomarchitekt Jörg Streitparth, Berlin,
8. Februar 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Rudi Zarn, Frankfurt (Oder),
9. Februar 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Herbert Flade, Dresden,
15. Februar 1906, zum 75. Geburtstag

Architekt Gartenbauingenieur Ortwin Foth, Berlin,
15. Februar 1931, zum 50. Geburtstag

Gartenarchitekt Heinz Därr, Halle,
17. Februar 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Diplomgärtner Freimut Wenzel, Berlin,
19. Februar 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Paul Große, Wusterwitz,
19. Februar 1911, zum 70. Geburtstag

Innenarchitekt Waldemar Gude, Birkenwerder,
21. Februar 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Prof. Dr. Hans Krause, Berlin,
24. Februar 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Gerhard Rehling, Heidenau,
24. Februar 1921, zum 60. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Eberhard Diatzki, Potsdam,
28. Februar 1931, zum 50. Geburtstag

Architekt Franz Kirsch, Plauen,
28. Februar 1931, zum 50. Geburtstag

Tagungen

VDJ-Baujournalisten informieren sich in Leipzig

Zum Thema „Baureparaturen, Modernisierung und Instandsetzung" führte die zentrale Sektion Baujournalisten im VDJ der DDR eine Exkursion nach Leipzig durch.
Am Beispiel des Modernisierungsgebietes Leipzig Ostvorstadt erhielten die Teilnehmer der Exkursion einen umfassenden Einblick in diese Thematik. Im Büro des Chefarchitekten der Stadt Leipzig gaben zunächst der Stellvertreter des Stadtbaudirektors, Dipl.-Ing. Mahnke, der Chefarchitekt von Leipzig, Prof. Siegel, und der Komplexverantwortliche für die Modernisierung der Ostvorstadt, Dipl.-Ing. Denda, nähere Informationen zur Bedeutung der Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten im Rahmen des Wohnungsbaus der Stadt Leipzig. Da in Leipzig das Durchschnittsalter der Wohnungen insgesamt rund 60 Jahre beträgt, und der sanitärtechnische Standard vielfach unter dem Niveau vergleichbarer Bezirksstädte liegt, haben die Maßnahmen der Modernisierung und Instandsetzung gerade in den traditionellen Arbeiterwohngebieten Leipzigs einen großen Einfluß auf die Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen. So sind auch in Auswertung der 7. Baukonferenz die größten Steigerungsraten im Wohnungsbau bei der komplexen Modernisierung und Instandsetzung vorgesehen. Um eine möglichst große Zahl von Wohnungen modernisieren zu können, ist die Einhaltung durchschnittlicher normativer Werte von größter Bedeutung.
Prof. Dr.-Ing. Siegel, Chefarchitekt der Stadt Leipzig, erläuterte an Hand von Plänen und Modellen den engen Zusammenhang von prinzipiellen Fragen der Stadtentwicklung, der Lösung der Wohnungsfrage und der komplexen Modernisierung.
Im Rahmen einer Baustellenbesichtigung in der Ostvorstadt unter Leitung des Direktors des Kombinats für Baureparaturen und Rekonstruktion, Dipl.-Ing. Morgenstern, konnten sich die Exkursionsteilnehmer über die vielfältigen Probleme informieren, die vor den Architekten und Bauschaffenden bei der Bewältigung der komplexen und funktionsbedingten Modernisierung stehen.
Um das Nadelöhr „Gerüstkapazität" zu überwinden, arbeiten die Leipziger Bauleute zum Beispiel an einer Verbesserung der von ihnen erstmals eingesetzten Gerüstbrücke. Gute Ideen, Neuerervorschläge und noch mehr Unterstützung durch Kollegen aus entsprechenden Betrieben der Stadt im Rahmen der volkswirtschaftlichen Masseninitiative sind gefragt.
Durch diese von der zentralen Sektion Baujournalisten im VDJ der DDR durchgeführte Exkursion haben die Journalisten einen intensiven Einblick in die komplexe Thematik der Modernisierung und Instandsetzung in der Bezirksstadt Leipzig und zugleich generelle Anregungen erhalten, diesen wichtigen Fragen in der Presse künftig noch mehr Aufmerksamkeit zu widmen. D. H.

Bücher

Innenraumgestaltung in Industriegebäuden

Verlag Technik, Sofia 1977
162 Seiten, zahlreiche Abbildungen, Skizzen und Tabellen (in bulgarischer Sprache)

Innenraumgestaltung im Industriebau nimmt im komplexen Sinne – bezogen auf Fertigungsstruktur, Arbeitsplatzgestaltung, Pausenerholung, baulich-räumliche Strukturen einschließlich TGA und Ausstattung – in der fachlichen Diskussion von Architekten, Technologen und vieler angrenzender Bereiche immer breiteren Raum ein.
Alle diese Einflußfaktoren sowie das planerische und technologisch-gestalterische Instrumentarium zur komplexen Gestaltung der Arbeitsumwelt zu analysieren, an Beispielen aufzuzeigen und zu verdeutlichen, ist das Anliegen des Autors.
Es ist bekannt, daß in vielen Ländern seit Jahren an Veröffentlichungen und Forschungsprojekten zum Thema des Buches gearbeitet wird. Um so beachtlicher ist es, daß es dem bulgarischen Autor gelang, sein Projekt bereits 1977 herauszugeben und viele grundlegende Probleme und Anregungen zur Systematisierung der Einflußfaktoren der Arbeitsumweltgestaltung und für konkrete planerische und gestalterische Lösungen zur Diskussion zu stellen.
Mit Gewinn zu lesen ist erstmals das komplexe Erfassen von planerischen und gestalterischen Aktivitäten in der Arbeitsumweltgestaltung, unterteilt in zwei Hauptabschnitte

- Gestaltung der baulich-räumlichen Bedingungen im Arbeitsprozeß
- Gestaltungsmittel für die Pausenerholung.

Ausgehend von der räumlichen Organisation unterschiedlicher Produktionsprozesse werden Grundrißbildung, Gestaltungsgrundlagen zu technologischen Prozessen einschließlich TGA und Transport mit baulich-konstruktiven Gebäudelösungen und bautechnischem Ausbau vorgestellt.
Lösungen zu sozial-kulturellen Aufgaben im Industriebetrieb, insbesondere bei der Pausenerholung, werden durch systematische Aufbereitung der Komplexe wie Arbeit – Erholungspause, Lage und Anordnung der Pausenräume, Erholung im Freiraum sowie Bemessungsgrundlagen an bulgarischen und internationalen Beispielen allgemein verständlich dargelegt und ermöglichen einen Überblick zum Stand der Raumgestaltung im bulgarischen Industriebau.
Die Abbildungen, Schemaskizzen und grafischen Analysen ergänzen den Text, wobei nicht immer der unmittelbare Bezug – gerade beim Bildteil – herzustellen ist. Die Vielzahl der Abbildungen läßt beim Leser mitunter Gedanken an Zufälligkeit bei der Bildauswahl und Bedenken für die Beispielhaftigkeit zu optimaler Raumgestaltung der dargestellten Lösungen aufkommen. Darunter leidet das Bemühen des Autors, die Gestaltung des Industrie-Interieurs durch gezielte Auswahl vorhandener Möglichkeiten – auch aus internationaler Sicht – weiter aufzuwerten.
Leider wurde die Betrachtungsweise des Zusammenhangs zwischen sozialen und technisch-technologischen Faktoren für die Arbeitsumweltgestaltung noch sehr abstrakt und eingeschränkt vorgenommen und wenig auf die Forderung konkreter sozialer Aktivitäten der Arbeiterklasse im Prozeß der Produktion ausgerichtet.
Eine genauere soziologische Indikation oder Methodik ist nicht erkennbar. Es erhebt sich hier, wie überhaupt bei vielen Publikationen zu dem Thema, die Frage nach der gestalterischen Spezifik in der Arbeitsumweltgestaltung neben jeweils konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen.
Insgesamt sei das Verdienst von Kostov – eines durch langjährige Lehr- und Bautätigkeit erfahrenen Architekten – hervorgehoben, vorwiegend für die Praxis, aber auch für andere Bereiche in Lehre, Wissenschaft und Planung zu aktuellen Problemen der Gestaltung des Industrie-Interieurs einen Beitrag geleistet und zahlreiche Anregungen zur Lösung anstehender Aufgaben vermittelt zu haben. Die hierbei sichtbar werdenden Anforderungen erlangen eine steigende gesellschaftliche Bedeutsamkeit. Sie sind verbunden mit dem Einsatz volkswirtschaftlich bedeutender Ressourcen und erfordern Planmäßigkeit sowie größte ökonomische und sozialpolitische Sorgfalt im Einsatz dieser Mittel.

Prof. Dr.-Ing. habil. Baumgärtel

Aus der Buchproduktion des VEB Verlag für Bauwesen empfehlen wir:

Henze

Berechnungen der Technischen Gebäudeausrüstung

Lehrbuch
LSV 3772, 5., unveränderte Auflage 1980, etwa 368 Seiten mit 158 Abbildungen und 48 Tabellen, L 6 N, Pappband, etwa 12,– M
Bestellnummer: 561 701 1,
Bestellwort: Henze, Berchn. TGA

Bochmann

Statik im Bauwesen

Band 3: Statisch unbestimmte ebene Systeme
LSV 3783, 7., unveränderte Auflage 1980, etwa 316 Seiten mit 291 Abbildungen und 20 Tafeln, L 7, Leinen, etwa 14,– M, Export etwa 27,– M
Bestellnummer: 561 815 4,
Bestellwort: Bochmann, Statik 3

Backe

Werkstoffkunde für die Bauindustrie

Lehrbuch
LSV 3772, 16., durchgesehene Auflage 1980, 336 Seiten mit 136 Abbildungen und 42 Fotos, 47 Tabellen, L 6 N, Pappband, 9,90 M
Bestellnummer: 561 905 0,
Bestellwort: Backe, Werkstoffkunde

Henze

Fachzeichnen der Gas- und Wasserinstallation

Lehrbuch
LSV 3772, 1. Auflage 1980, etwa 120 Seiten mit 350 Abbildungen und 9 Tabellen, L 4, Broschur, etwa 7,– M
Bestellnummer: 561 955 2,
Bestellwort: Henze, Fachz. Gas/Wasser

Kröber

Das städtebauliche Leitbild zur Umgestaltung unserer Städte

Kleine Reihe Architektur
LSV 3715, 1. Auflage 1980, etwa 160 Seiten mit 119 Abbildungen, davon 30 Fotos, L 7 N, Broschur, etwa 12,50 M
Bestellnummer: 561 917 3,
Bestellwort: Kröber, Städtebaul. Leitbild

Berichtigung und Ergänzung

Der Beitrag über Bernini im Heft 11/1980 erschien natürlich zu dessen 300. Todestag. Durch ein Versehen war hier eine falsche Zahl in der Titelzeile erschienen.
Nachträglich wurde uns noch zum Beitrag über den Wettbewerb Rostock-Toitenwinkel mitgeteilt, daß im Kollektiv der Vorprüfung auch Gartenbauingenieur Lämmel, Technischer Direktor des VEB Gartengestaltung, mitwirkte.

Kurzfassung

DK 69.036:620.9
Petzold, K.
Energieökonomisches Bauen – Möglichkeiten und Tendenzen
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, S. 9–12, 10 Graphiken, 17 Lit.
Die Raumheizung gehört mit einem Anteil von mehr als einem Viertel zu den größten Energieverbrauchern der DDR. Die Senkung des spezifischen Heizenergieverbrauchs ist deshalb eine Aufgabe von erheblicher gesamtvolkswirtschaftlicher Bedeutung. Bereits bei der Gestaltung und Konstruktion sollten in der Projektierungsphase energieökonomische Gesichtspunkte sinnvoll einbezogen werden. Die Möglichkeiten der Einsparung von Energie werden an Hand der Gebäudeform und -größe, der Lüftung und des Luftdurchsatzes, der Größe und Anordnung der Fenster, der Verschattungseinrichtungen sowie der Dimensionierung der Dächer und Außenwände aufgezeigt, durch bauphysikalische Berechnungen bewiesen und durch praktikable Lösungsvorschläge ergänzt.

DK 711.4-111:658.14.011.1:65.011.2
Stepputat, S.
Die Einbeziehung des laufenden Aufwandes in die ökonomische Bewertung von Bebauungskonzeptionen
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, S. 13–15, 4 Tab.
Die anspruchsvolle Zielstellung des Wohnungsbauprogramms der DDR stellt hohe Anforderungen an die gesamte Volkswirtschaft und erfordert, die vorhandenen Fonds rationell, auf maximalen Zuwachs an Gebrauchswerteinheiten orientiert, einzusetzen. Es gilt Erzeugnisse zu entwickeln, die bei minimalem Einsatz von Material und Arbeitszeit dem gesellschaftlich erforderlichen Gebrauchswertniveau entsprechen, bei minimalem Aufwand für die Bewirtschaftung eine möglichst hohe Lebensdauer aufweisen, den gestiegenen Anforderungen an Architektur und Ästhetik gerecht werden und ermöglichen, mit geringstem Aufwand wachsenden Anforderungen an die Wohnqualität nachzukommen. Neben der Reduzierung des einmaligen Aufwands gilt es, künftig stärker den laufenden Aufwand (für Nutzung und Erhaltung) in die ökonomische Bewertung einzubeziehen. Dazu unterbreitet der Autor methodische Vorschläge.

DK 711.345-163:333.32+72
Zur Verbesserung der Wohnbedingungen in Kleinstädten
Die Verbesserung der Wohnbedingungen in Kleinstädten ist eine Aufgabe, die nur im Rahmen der Erfüllung des Wohnungsbauprogramms und dessen Einheit von Erhaltung, Modernisierung und Neubau definiert werden kann. Die städtebauliche Erneuerung der Kleinstädte, die häufig die Funktion von ländlichen Siedlungszentren übernehmen, ist ein langfristiger Prozeß, der differenzierte Lösungswege erfordert. Besondere Schwerpunkte bei der Verbesserung der Wohnbedingungen sind die intensive Nutzung der vorhandenen Substanz und die Orientierung auf baulandsparende Bebauungsformen. Die unterschiedliche Bedeutung und die daraus abzuleitende Entwicklung der Kleinstädte führt neben den verschiedenen Ausgangsbedingungen in der vorhandenen Infrastruktur auch zu differenzierten städtebaulichen Konsequenzen bei der Planung und Umgestaltung dieser Städte.
Folgende Beiträge behandeln diese Thematik:

Sommerer, K.
Bauen in Kleinstädten: Ausgangsposition, Bestandsaufnahme und Zielstellung
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, S. 16–18, 4 Abb.

Linke, R.
Städtebauliche gestalterische Bedingungen und Möglichkeiten für eine schrittweise Umgestaltung von Kleinstadtkernen
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, S. 19–23, 7 Abb., 5 Lagepläne

Hennig, P.
Vorschläge für den traditionellen Wohnungsbau
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, S. 24–27, 15 Abb.

Marquardt, E.
Ausgewählte gesellschaftliche Einrichtungen in traditionell errichteten Wohngebäuden
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, S. 27–28, 2 Abb.

DK 728.001.6+711.4-168+72
Stallknecht, W.
Weiterentwicklung der WBS 70 unter dem Aspekt ihrer Anwendung in innerstädtischen Umgestaltungsgebieten
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, S. 29–34, 3 Schemata, 10 Grundrisse, 8 Schnitte, 1 Perspektive
Das beträchtliche Anwachsen des Wohnungsneubaus in innerstädtischen Bereichen erfordert die Profilierung des industriellen Massenwohnungsbaus (Plattenbauweise) für den Einsatz in Umgestaltungsgebieten. Der Verfasser schlägt eine Weiterentwicklung der Wohnungsbauserie 70 vor, die sowohl die Qualität des extensiven Wohnungsbaus erhöht als auch die Anwendung in umzugestaltenden innerstädtischen Wohnbereichen gestattet. Eine Rang- und Reihenfolge zur Einführung von Lösungsmöglichkeiten wird in drei Schritten unterbreitet.

DK 711.3
Bauen und Erhalten in Landgemeinden
Die Zentrale Fachgruppe „Ländliches Bauen" des BdA/DDR führte 1980 in der Gemeinde Ahrensberg ein Seminar über Aufgaben bei der baulichen Entwicklung der Landgemeinden und der Ausarbeitung von Ortsgestaltungskonzeptionen durch. Auf diesem Gebiet hat der BdA/DDR gemeinsam mit den Bürgern, den örtlichen Staatsorganen und den Ausschüssen der Nationalen Front eine sehr wirksame Arbeit geleistet. In diesem Heft sind einige der Beiträge veröffentlicht, die auf dem Seminar gehalten wurden und interessante Erfahrungen vermitteln.
Es sind folgende Artikel enthalten:

Kahnt, W.
Ortsgestaltungskonzeptionen und „Mach mit!"-Wettbewerb
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, S. 35–36, 1 Abb.

Niemke, W.
Ortsgestaltungskonzeptionen als Beiträge zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, S. 37–39, 3 Abb., 2 Schemata

Fandrich, E.
Werterhaltung und Modernisierung im Mittelpunkt
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, S. 40, 3 Abb.

Lenz, R.
Erfahrungen im Bezirk Suhl bei der Arbeit mit den Ortsgestaltungskonzeptionen
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, S. 41–43, 3 Abb., 1 Lageskizze

Содержание

УДК 69.036:620.9
Petzold, K.
9 **Строительство с точки зрения экономии энергии — возможности и тенденции**
Architektur der DDR, Берлин 30 (1981) 1, стр. 9—12,
10 графиков, 17 лит.
Имея долю свыше одной четверти в общем расходе энергии, отопление является одним из наибольших потребителей энергии в ГДР. Поэтому сокращение удельного расхода энергии на отопление является задачей народнохозяйственного значения. Уже при разработке объемно-планировочного решения и конструкции в фазе проектирования требовалось бы целесообразно учитывать аспекты экономии энергии. Возможности экономии энергии показываются на основе формы и размеров зданий, вентиляции и воздухообмена, размеров и расположения окон, солнцезащитных экранов, а также геометрических размеров крыш и наружных стен, подтверждаются строительно-физическими расчетами и дополняются предложениями по полезным решениям.

УДК 711.4-111:658.14.011.1:65.011.2
Stepputat, S.
13 **Включение текущих затрат в экономическую оценку концепций застройки**
Architektur der DDR, Берлин 30 (1981) 1, стр. 13—15, 4 табл.
Высокая постановка цели программы жилищного строительства ГДР предъявляет больше требования к всему народному хозяйству и требует рационального использования имеющихся фондов с ориентацией на максимальный прирост потребительских единиц. Необходимо разработать изделия, которые при минимальном расходе материалов и рабочего времени соответствуют общественно необходимому уровню потребительной стоимости, при минимальных затратах на эксплуатацию достигают возможно длительного срока службы, удовлетворяют повышенные требования к архитектуре и эстетике и позволяют при наименьших затратах выполнять возрастающие требования к качеству жилья. Кроме сокращения единовременных затрат в будущем необходимо в большей мере включать в экономическую оценку текущие затраты (на пользование и содержание). Для этого автор дает методические предложения.

УДК 711.345-163:333.32+72
16 **Об улучшении жилых условий в малых городах**
Улучшение жилых условий в малых городах является задачей, которую можно решать только в рамках выполнения программы жилищного строительства и его единства с содержанием, модернизацией старых и строительства новых зданий. Градостроительное возобновление малых городов, которые зачастую выполняют функции центров сельских населенных мест, представляет собой долгосрочный процесс, который требует различных путей решения. Особенно важные задачи при улучшении жилых условий состоят в интенсивном использовании существующего строительного фонда и ориентации на формы застройки, обеспечивающие снижение потребности в территории, отводимой под застройку. Разное значение и вытекающее из этого развитие малых городов наряду с различными исходными условиями в существующей инфраструктуре приводит также и к различающимся в градостроительном отношении выводам при планировании и перестройке этих городов.
Нижеследующие статьи посвящены этой тематике:

Sommerer, K.
Строительство в малых городах: исходное положение, анализ настоящего состояния и постановка цели
Architektur der DDR, Берлин 30 (1981) 1, стр. 16—18, 4 илл.

Linke, R.
Градостроительные и архитектурно-планировочные условия и возможности постепенной перестройки центральных частей городов
Architektur der DDR, Берлин 30 (1981) 1, стр. 19—23, 7 илл., 5 планов расположения

Hennig, P.
Предложения для жилищного строительства по традиционному способу
Architektur der DDR, Берлин 30 (1981) 1, стр. 24—27, 15 илл.

Marquardt, E.
Выранные общественные учреждения в жилых зданиях, возведенных по традиционному способу
Architektur der DDR, Берлин 30 (1981) 1, стр. 27—28, 2 илл.

УДК 728.001.6+711.4-168+72
Stallknecht, W.
Усовершенствование серии жилых зданий WBS 70 под аспектом применения их во внутригородских реконструируемых районах
Architektur der DDR, Берлин 30 (1981) 1, стр. 29—34, 3 схемы, 10 планов, 8 разрезов, 1 перспектива
Значительное возрастание жилищного строительства во внутригородских районах требует профилирования индустриального массового жилищного строительства (крупнопанельного домостроения) для применения в реконструируемых районах. Автор предлагает усовершенствованную серию жилых зданий WBS 70, которая и повышает качество экстенсивного жилищного строительства и позволяет применение в реконструируемых внутригородских жилых районах. Предлагается очередность трехшагового внедрения предложенных решений.

УДК 711.3
35 **Строительство и содержание зданий в сельских населенных местах**
В 1980 году Центральная специальная группа «Сельское строительствои» Союза архитекторов ГДР в сельском общине Аренсберг провела семинар о задачах при строительном развитии сельских населенных мест и разработке концепций их планировки. В этой области Союзом архитекторов ГДР совместно с жителями, местными государственными органами и комитетами Национального Фронта была проведена очень эффективная работа. В настоящем номере опубликованы некоторые доклады, представленные на семинаре и посредничающие интересный опыт.
К ним относятся:

Kahnt, W.
Концепции планировки сельских населенных мест и соревнование в рамках самодеятельности населения при улучшении городов и сел
Architektur der DDR, Берлин 30 (1981) 1, стр. 35—36, 1 илл.

Niemke, W.
Концепции планировки сельских населенных мест как вклад в улучшение трудовых и жизненных условий
Architektur der DDR, Берлин 30 (1981) 1, стр. 37—39, 3 илл., 2 схемы

Summary

DK 69.036:620.9
Petzold, K.
High-Economy Building – Possibilities and Trends 9
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 1, pp. 9–12,
10 graphs, 17 references
More than 25 per cent of all energy are being consumed by space heating in the GDR, thus placing space heating on top of the list. Therefore, reduction in specific energy consumption is an urgent need of greatest relevance to national economy at large. Energy saving should be given priority attention in design and construction, as early as in the drawing board phase. Possibilities for saving energy are suggested in this paper, with particular reference being made to shapes and dimensions of buildings, ventilation, and air throughput, as well as to size and arrangement of windows, shadow-casting structures, and dimensioning of roofs and exterior walls. Evidence to the feasibility of those suggestions is produced by calculations in structural physics, and practice-oriented solutions are proposed.

DK 711.4-111:658.14.011.1:65.011.2
Stepputat, S.
Inclusion of Current Expenses in Economic Assessment of Development Concepts 13
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 1, pp. 13–15, 4 tables
The assuming goals of the housing construction programme of the GDR constitute a great challenge to national economy with all its potentials. Hence, available assets have to be used with high economy and with an unambiguous orientation to maximum growth in terms of end-use products. The products of the building industry have to be based on minimised input of material and man-hours and still be good enough for full satisfaction of all users demands. They must be designed to longest possible service life, with lowest possible maintenance. They must also meet the growing demands on architecture and aesthetics as well as on dwelling standards. Structures should be characterised not only by lowered site investment, but current expenses on permanent occupancy and maintenance should, as well, be included in economic advance calculations. Methods to that end are proposed in this article.

DK 711.345-163:333.32+72
Improvement of Housing Conditions in Small Towns 16
Improvement of housing conditions in small towns is a task which must be defined, in the context of the housing production programme and its successful accomplishment, as unity of preservation, modernisation, and new construction. Small towns often have the function of rural settlement centres. Their urban renewal is a long-term process which calls for differentiated solutions. High-intensity use of existing building stock and orientation to land-saving construction are priorities in any effort undertaken with the view to enhancing housing conditions. The differentiated roles played by small towns and urban developments, likely to be shaped such differentiation, are believed to lead to a diversity of infrastructural points of departure as well as to variable consequences in urban planning and renewal. This subject is covered by the following contributions:

Sommerer, K.
Building Activity in Small Towns – Departure, Stock-Taking, Goals
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 1, pp. 16–18, 4 illustrations
Linke, R.
Urban Design Conditions and Possibilities for Stepwise Renewal of Central Areas in Small Towns
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 1, pp. 19–23,
7 illustrations, 5 layouts
Hennig, P.
Proposals for Traditional Housing Construction
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 1, pp. 24–27, 15 illustrations
Marquardt, E.
Selected Services for the Public in Traditionally Built Dwelling Houses
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 1, pp. 27–28, 2 illustrations

DK 728.001.6+711.4-168+72
Stallknecht, W.
Improvement of WBS 70 for Application to Renewal of Urban Centres 29
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 1, pp. 29–34,
3 diagrams, 10 floor plans, 8 sections, 1 perspective
Considerable growth in new housing construction in urban centres calls for more specific improvement of large-scale industrial ised housing construction (panel assembly processes) for effective use in renewal areas. Proposed in this article is further improvement and expansion of the WBS 70 technique for higher quantitative output in housing construction and for better applicability to renewal jobs in central housing areas. An order of possible solutions is proposed for implementation in three steps.

DK 711.3
Construction and Maintenance of the Countryside 35
A seminar on building developments on the countryside and on the drafting of village renewal concepts had been held by the GDR Association of Architects, Rural Construction Centre, in a village called Ahrensberg, 1980. This is a field in which the Association has done a good job, in coopera ion with citizens, the local councils and the other authorities, and local committees of the National Front. Some of the lectures, in which valuable experience was presented at the seminar, have been evaluated for the following articles:

Kahnt, W.
Village Renewal Concepts and Involvement Contest
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 1, pp. 35–36, 1 illustration
Niemke, W.
Village Renewal Concepts Help Improving Working and Living Conditions
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 1, pp. 37–39,
3 illustrations, 2 diagrams
Fandrich, E.
Maintenance and Modernisation in Focus
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 1, pp. 40, 3 illustrations
Lenz, R.
Experience from Use of Village Renewal Concepts in Region of Suhl
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) No. 1, pp. 41–43,
3 illustrations, 1 layout

Résumé

DK 69.036:620.9
Petzold, K.
Construction à économie d'énergie – possibilités et tendances
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, pages 9–12,
10 représentations graphiques
Avec une part de plus de 25 pour cent, le chauffage des localités compte parmi les plus grands consommateurs d'énergie en RDA. La réduction de la consommation spécifique d'énergie de chauffage est donc d'une importance primordiale pour l'économie nationale dans son ensemble. La tâche consiste à intégrer des aspects de l'économie d'énergie déjà dans la phase d'étude de tel ou tel projet d'aménagement ou de construction. L'auteur montre des possibilités de l'économie d'énergie: choix de formes et de tailles appropriées pour bâtiments, ventilation et débit d'air, dimensions et disposition des fenêtres, dispositifs d'ombrage, dimensionnement des toits et parois extérieures. S'y ajoutent des calculs physiques du bâtiment et des propositions pratiques.

DK 711.4-111:658.14.011.1:65.011.2
Stepputat, S.
L'intégration des dépenses courantes dans l'évaluation économique de conceptions d'aménagement
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, pages 13–15, 4 tableaux
Les grands objectifs fixés au programme de construction de logements de la RDA posent des exigences élevées à toute l'économie nationale. L'accent doit être mis sur l'utilisation rationelle des fonds disponibles, et ceci d'une manière orientée vers l'accroissement max. des unités d'habitation. Il s'agit de développer des produits qui, à une mise en œuvre minimum de matériaux et de temps de travail, concrétisent un niveau élevé quant à la valeur de service, qui se caractérisent par une longue durée d'usage, qui satisfont aux exigences accrues posées à l'architecture et qui permettent, à des dépenses minimes, de tenir compte des exigences croissantes émises en vue d'une haute qualité des conditions d'habitat. En dehors de la réduction des dépenses uniques, il s'agit donc de faire entrer dans une mesure de plus en plus grande les dépenses courantes (utilisation, entretien) dans l'évaluation économique. L'auteur soumet des propositions méthodiques à ce sujet.

DK 711.345-163:333.32+72
Au sujet de l'amélioration des conditions d'habitat dans les petites villes
L'amélioration des conditions d'habitat dans les petites villes est une tâche dont la réalisation n'est possible que dans le cadre de l'accomplissement du programme de construction de logements avec ses complexes partiels entretien, modernisation et construction nouvelle. Le renouvellement urbain de petites villes qui assument souvent la fonction d'agglomérations rurales constitue un processus à long terme qui exige l'application de variantes de solution différenciées. Dans le cadre de l'amélioration des conditions d'habitat, des points forts sont constitués par la mise en valeur intensive de la substance existante et par l'orientation vers des formes de construction ne demandant que peu de terrain à bâtir. L'importance différente des petites villes de même que les différentes conditions de départ concernant l'infrastructure donnée, mènent à des conséquences urbanistiques différenciées également pour la planification et la restructuration de ces villes.
Les articles suivants portent sur ce sujet:

Sommerer, K.
Construction dans de petites villes: position de départ, situation actuelle, objectifs
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, pages 16–18, 4 illustrations
Linke, R.
Conditions architecturales et urbanistiques et possibilités de la restructuration progressive de noyaux urbains de petites villes
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, pages 19–23,
7 illustrations, 5 plans de situation
Hennig, P.
Propositions pour la construction de logements conventionnelle
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, pages 24–27, 15 illustrations
Marquardt, E.
Etablissements collectifs intégrés dans des immeubles d'habitation de construction conventionnelle
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, pages 27–28, 2 illustrations

DK 728.001.6+711.4-168+72
Stallknecht, W.
Perfectionnement de la série WBS 70 sous l'aspect de son utilisation dans des régions de restructuration urbaines
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, pages 29–34,
3 schémas, 10 sections horizontales, 8 coupes, 1 plan en perspective
L'accroissement considérable de la part de la construction d'immeubles neufs d'habitation dans des régions de centre-ville exige l'adaptation de la construction de logements industrielle (méthode en panneaux préfabriqués) à l'utilisation dans des régions prévues pour la restructuration. L'auteur propose une variante perfectionnée de la série WBS 70 assurant tant une meilleure qualité de la construction de logements extensive qu'aussi son utilisation dans des zones d'habitation à reconcevoir.

DK 711.3
Problèmes de la construction et de la conservation dans des communes rurales
Le groupe spécialisé central «Construction rurale» de l'Union des Architectes de la RDA (BdA/DDR) a organisé en 1980 dans la commune rurale d'Ahrensberg un séminaire ayant porté sur les tâches posées au développement des communes rurales et sur l'élaboration de conceptions d'aménagement de localités. Dans ce domaine, l'Union des Architectes de la RDA a accompli, en coopération étroite avec des habitants, les organes d'Etat locaux et les commissions du Front National, un travail très efficace. Le numéro présent contient plusieurs conférences faites dans le cadre de ce séminaire:

Kahnt, W.
Elaboration de conceptions d'aménagement de localités avec participation de la population
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, pages 35–36, 1 illustration
Niemke, W.
Conceptions d'aménagement de localités comme contribution à l'amélioration des conditions de travail et de vie
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, pages 37–39,
3 illustrations, 2 schémas
Fandrich, E.
Au centre: la conservation et la modernisation
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, page 40, 3 illustrations
Lenz, R.
Expériences faites au district de Suhl avec les conceptions d'aménagement de localités
Architektur der DDR, Berlin 30 (1981) 1, pages 41–43,
3 illustrations, 1 esquisse de situation



Jahresinhaltsverzeichnis 1980
XXIX. Jahrgang



Sachverzeichnis

Wohnungsbau und Wohngebiete

Planung, Intensivierung, Ökonomie

Modernisierung und Rekonstruktion

Bauten der Produktion

Gesellschaftliche Bauten

Architektur und Städtebau

Gebiets- und Stadtplanung

Aus sozialistischen Ländern

Aus der Tätigkeit des Bundes der Architekten der DDR

Autorenverzeichnis



Index 31 409